



Deutscher Bundestag

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und
nukleare Sicherheit

Wortprotokoll der 51. Sitzung

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

Berlin, den 6. November 2019, 11:00 Uhr
Paul-Löbe-Haus, E.700

Vorsitz: Sylvia Kotting-Uhl, MdB

Tagesordnung - öffentliche Anhörung

Tagesordnungspunkt 1

Seite 4

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und
SPD

Entwurf eines Gesetzes zur Einführung eines Bun- des-Klimaschutzgesetzes und zur Änderung weiterer Vorschriften

BT-Drucksache 19/14337

Federführend:

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicher-
heit

Mitberatend:

Ausschuss für Inneres und Heimat
Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
Finanzausschuss
Ausschuss für Wirtschaft und Energie
Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur
Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kom-
munen
Haushaltsausschuss

Berichterstatter/in:

Abg. Dr. Anja Weisgerber [CDU/CSU]
Abg. Klaus Mindrup [SPD]
Abg. Karsten Hilse [AfD]
Abg. Dr. Lukas Köhler [FDP]
Abg. Lorenz Gösta Beutin [DIE LINKE.]
Abg. Lisa Badum [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]



Tagesordnungspunkt 2

Seite 4

Unterrichtung durch die Bundesregierung

**Klimaschutzprogramm 2030 der Bundesregierung
zur Umsetzung des Klimaschutzplans 2050**

BT-Drucksache 19/13900

Federführend:

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

Mitberatend:

Finanzausschuss

Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur

Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Ausschuss für Tourismus

Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen

Haushaltsausschuss

Berichterstatter/in:

Abg. Dr. Anja Weisgerber [CDU/CSU]

Abg. Klaus Mindrup [SPD]

Abg. Karsten Hilse [AfD]

Abg. Dr. Lukas Köhler [FDP]

Abg. Lorenz Gösta Beutin [DIE LINKE.]

Abg. Lisa Badum [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]



Mitglieder des Ausschusses

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Damerow, Astrid Dött, Marie-Luise Färber, Hermann Grundmann, Oliver Kießling, Michael Kruse, Rüdiger Kuffer, Michael Möring, Karsten Schulze, Dr. Klaus-Peter Schweiger, Torsten Simon, Björn Vogel (Kleinsaara), Volkmar Wegner, Kai Weisgerber, Dr. Anja	Abercron, Dr. Michael von Benning, Sybille Haase, Christian Krauß, Alexander Ludwig, Daniela Mannes, Dr. Astrid Nüßlein, Dr. Georg Oßner, Florian Pols, Eckhard Röring, Johannes Sauer, Stefan Sendker, Reinhold Thies, Hans-Jürgen
SPD	Mindrup, Klaus Nissen, Ulli Pilger, Detlev Scheer, Dr. Nina Schrodi, Michael Schwabe, Frank Thews, Michael Träger, Carsten	Bartol, Sören Burkert, Martin Gremmels, Timon Held, Marcus Klare, Arno Miersch, Dr. Matthias Röspel, René
AfD	Bernhard, Marc Bleck, Andreas Hilse, Karsten Kraft, Dr. Rainer Wildberg, Dr. Heiko	Hemmelgarn, Udo Theodor Heßenkemper, Dr. Heiko Magnitz, Frank Protschka, Stephan Spaniel, Dr. Dirk
FDP	Aggelidis, Grigorios in der Beek, Olaf Köhler, Dr. Lukas Skudelny, Judith	Busen, Karlheinz Meyer, Christoph Neumann, Dr. Martin Sitta, Frank
DIE LINKE.	Lay, Caren Lenkert, Ralph Schreiber, Eva-Maria Zdebel, Hubertus	Beutin, Lorenz Gösta Perli, Victor Remmers, Ingrid Weinberg, Harald
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Badum, Lisa Hoffmann, Dr. Bettina Kotting-Uhl, Sylvia Lemke, Steffi	Ebner, Harald Krischer, Oliver Kühn (Tübingen), Christian Verlinden, Dr. Julia
fraktionslos	Bülow, Marco	



Tagesordnungspunkt 1

Gesetzentwurf der Fraktionen der
CDU/CSU und SPD

**Entwurf eines Gesetzes zur
Einführung eines Bundes-Klimaschutzgesetzes
und zur Änderung weiterer Vorschriften**

BT-Drucksache 19/14337

in Verbindung mit

Tagesordnungspunkt 2

Unterrichtung durch die Bundesregierung

**Klimaschutzprogramm 2030 der Bundesregierung
zur Umsetzung des Klimaschutzplans 2050**

BT-Drucksache 19/13900

dazu Sachverständige:

Dr. Alexander Barthel

Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH)
Ausschussdrucksache 19(16)292-A (Anlage 1)

Prof. Dr. GÖRGE DEERBERG

Fraunhofer-Institut für Umwelt-, Sicherheits- und
Energietechnik (UMSICHT)
Ausschussdrucksache 19(16)292-G (Anlage 2)
PowerPoint-Präsentation (Anlage 3)

Dr. Kay Ruge

Deutscher Landkreistag
Ausschussdrucksache 19(16)292-E (Anlage 4)

Prof. Dr. Kai Niebert

Deutscher Naturschutzring, Dachverband der
deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzorgani-
sationen (DNR) e. V.

Frederik Moch

Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)
Ausschussdrucksache 19(16)292-B (Anlage 5)

Piers Corbyn

Ausschussdrucksache 19(16)292-C (Anlage 6)
Ausschussdrucksache 19(16)292-D (Anlage 7)

Prof. Dr. Jan Schnellenbach

Brandenburgische Technische Universität Cottbus
Ausschussdrucksache 19(16)292-F (Anlage 8)

Antje von Broock

Klima-Allianz Deutschland
Ausschussdrucksache 19(16)292-H (Anlage 9)

Michael Schäfer

WWF Deutschland
Ausschussdrucksache 19(16)292-I (Anlage 10)

Vorsitzende: Ich darf Sie alle ganz herzlich begrü-
ßen zur öffentlichen Anhörung zum Gesetzent-
wurf der Bundesregierung zum Bundes-Klima-
schutzgesetz und zum Klimaschutzprogramm
2030. Diese Vorhaben fallen gewissermaßen zwi-
schen Fridays for Future-Demonstrationen und
der COP25, die jetzt in Madrid stattfindet und
nicht in San Diego de Chile – sie sind sehr breit
gefächert und stoßen auf unterschiedliche Bewer-
tungen, die wahrscheinlich auch heute zu hören
sind.

Ich begrüße für das Bundesumweltministerium
die Parlamentarische Staatssekretärin Rita
Schwarzelühr-Sutter, sowie ganz besonders die
von den Fraktionen benannten Sachverständigen.
Das sind Dr. Alexander Barthel vom Zentralver-
band des Deutschen Handwerks, Prof. Dr. GÖRGE
DEERBERG vom Fraunhofer Institut, Dr. Kay Ruge
für den Deutschen Landkreistag, Prof. Dr. Kai Nie-
bert vom Deutschen Naturschutzring, Frederik
Moch für den Deutschen Gewerkschaftsbund,
Piers Corbyn – er ist englischsprachig und für ihn
wird simultan übersetzt werden –, Prof. Dr. Jan
Schnellenbach von der Brandenburgischen Tech-
nischen Universität in Cottbus, Frau Antje von
Broock für die Klima-Allianz und Michael Schäfer
für den WWF Deutschland. Seien Sie hier alle
herzlich willkommen und vorab vielen Dank, dass
Sie hier herkommen und mit Ihrem Sachverstand
unsere Meinungsfindung unterstützen.

Eine Anmerkung für alle, aber insbesondere auch
für die Gäste, die ich damit auch ganz herzlich be-
grüße auf der Tribüne: Fotografieren, Filmen und
auch Mitschnitte sind nicht erlaubt. Das ist der
akkreditierten Presse und Personen mit besonde-
rer Erlaubnis vorbehalten. Ich muss noch darauf
hinweisen, dass die Sitzung live im Parlaments-
fernsehen auf Kanal 2 und live im Internet im
Web-TV übertragen wird. Das Video der Veran-
staltung wird später auf der Internetseite des Um-
weltausschusses verlinkt und kann dort nochmals
angesehen werden. Stellungnahmen, Statements,



Diskussionen und die Powerpoint-Präsentationen sind damit über das Internet zugänglich. Soll von der Sitzung, wie üblich ein Wortprotokoll angefertigt werden? Gibt es dazu einen Widerspruch? Das sehe ich nicht, dann werden wir auch so verfahren und ein Wortprotokoll anfertigen.

Jetzt werde ich unsere Sachverständigen über den Ablauf informieren. Sie haben jetzt jeweils nach einander fünf Minuten Zeit für ein Eingangsstatement. Ich bitte darum, diese fünf Minuten wirklich einzuhalten. Ich mache mich zur Not auch bemerkbar, weil wir anschließend noch Zeit für die Frage-und-Antwort-Runden haben wollen. Wir haben insgesamt 120 Minuten. Wenn sich neun Sachverständige an die fünf Minuten Eingangsstatement halten, sind das 45 Minuten. Es wird sich Ihnen erschließen, dass das relativ viel ist von der gesamten Zeit, deswegen die Bitte, auch diese fünf Minuten tatsächlich einzuhalten. Dann kommen wir in die Frage-und-Antwort-Runde. Die läuft so ab, dass jeweils fünf Minuten zur Verfügung stehen und zwar für Frage und Antwort inklusive. Das heißt, die oder der Abgeordnete, der oder die Sie befragt, entscheidet selbst über die Zeit, die Ihnen zur Antwort zur Verfügung steht. Es läuft hier unübersehbar eine Uhr ab und wenn die fünf Minuten in der Frage-und-Antwort-Runde durch sind, dann ist die Zeit für Ihre Antwort auch beendet. Mein Appell an die Abgeordneten ist immer, sich kurz zu halten und tatsächlich eine Frage zu stellen. Denn unsere Auseinandersetzungen über die Bewertung des Klimaschutzpaketes finden dann an anderer Stelle statt. Die übermittelten Powerpoints, die wir bekommen haben, die werden hier ebenfalls an der Deckenampel zu sehen sein.

Dr. Alexander Barthel (ZDH): Ich darf mich herzlich bedanken für die Möglichkeit, hier einige kurze skizzenhafte Bewertungen zu machen. Es sind ja heute zwei Tagesordnungspunkte: Klimaschutzgesetz und Klimaschutzprogramm.

Zum Klimaschutzgesetz: Wir als Zentralverband des Deutschen Handwerks erachten dieses Gesetz als unverzichtbares Element des Gesamtpaketes. Dies aber nicht, weil wir das alles so gut finden, sondern weil wir davon ausgehen, dass mit den ins Auge gefassten Instrumenten keine genaue Zielerreichung möglich sein wird und es insoweit sachlogisch ist, zeitnah nachzufassen, um entsprechend nachjustieren zu können. Der Preis des

Ganzen wird aber sein – und das ist jetzt die negative Wertung –, dass wir alle Jahre wieder, jedes Jahr aufs Neue einen gewissen klimapolitischen Aktionismus zu bewerkstelligen haben, weil die Ziele nicht erreicht wurden und insoweit nachgesteuert werden muss. Soviel zum Klimaschutzgesetz.

Zum Klimaschutzpaket: Wir haben uns dafür ausgesprochen, dass es eine CO₂-Bepreisung geben wird, die sicher aus politischen Gründen etwas flach im Anstiegswinkel ist, was ich hier nicht kritisieren will. Wir stellen nur fest, diese CO₂-Bepreisung zwar immerhin für fünf Jahre eine Mengensteuerung vorsieht, aber kein Zertifikatehandel sein soll. Welche Rechtsnatur hat dieses Instrument überhaupt?

Wir bekommen zwar die Aussage, es sei eine nichtsteuerliche Abgabe, aber das wird mehr Fragen aufrechterhalten als dass es sie löst. Sicher brauchen wir eine gewisse Eingewöhnungszeit bzw. Aufbauzeit für ein wirklich funktionierendes CO₂-Handelssystem. Dafür sind jetzt fünf Jahre vorgesehen. Diese fünf Jahre erachten wir als etwas zu lang und denken, man sollte durchaus nach drei Jahren mit einem wirklichen Handelssystem anfangen können. Wir hatten die Einführung einer CO₂-Bepreisung auch mit unserer Forderung verbunden, dass das Aufkommen aufkommensneutral an diejenigen zurückgegeben wird, die diese Mehrkostenbelastung aus der Bepreisung zu tragen haben. Davon sind wir nach aktuellem Stand weit entfernt. Bei 19 Milliarden Euro Bepreisungsaufkommen in den ersten drei Jahren sind wir mit den entsprechenden Kompensationsmaßnahmen, beispielsweise Reduzierung der EEG-Umlage, Wohngeld und Pendlerpauschale, wenn man ganz hoch rechnet, bei etwas mehr als fünf Milliarden Euro. Also haben wir ungefähr eine Differenz von 17 Milliarden Euro, die nun für andere Haushaltsmaßnahmen ausgegeben werden sollen. Wir regen an und bitten dringend darum, dass eine deutlich höhere Kostenkompensation eingeführt wird, wobei wir bei der vorgesehenen Erstattung über die EEG-Umlage gewisse beihilferechtliche Probleme sehen. Diese war ja bis jetzt immer staatsfern gehalten, auch in der Argumentation gegenüber dem EuGH. Wenn nun aus einem Klimafonds des Bundeshaushalts auf einmal EEG-Differenzkosten mitfinanziert werden, wird dieses Argument nicht mehr hinreichend sein. Deswegen



regen wir an, dass in einem ersten Schritt die Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß reduziert wird.

Ich komme zu einem sehr positiven Bestandteil dieses Pakets. Das ist die steuerliche Sanierungsförderung. Diese fordern wir ja nun schon seit Jahrzehnten und hoffen darauf, dass es in diesem Falle beim dritten Anlauf endlich funktionieren wird. Wir gehen davon aus, dass mit diesem Instrument, ohne dass ich das jetzt in CO₂-Tonnen genau beziffern kann, durchaus eine höhere Sanierungsdynamik im Gebäudestand erzielt werden kann.

Prof. Dr. GÖRGE DEERBERG (Fraunhofer-Institut UMSICHT): Vielen Dank, dass ich hier kurz Stellung beziehen darf. Ich mache das anhand von drei Leitfragen, die mir mit auf den Weg gegeben sind. Die lauten:

1. Wie wichtig ist die Kohlenstoff-Kreislaufwirtschaft?
2. Welche Bedeutung hat der Wasserstoff?
3. Welche Rahmenbedingungen brauchen wir dafür?

Auf diese Fragen möchte ich im Folgenden kurz eingehen und muss dazu kurz einleiten über das Thema „Kohlenstoff-Kreislauf und Recycling“. Was verstehen wir eigentlich darunter? Sie sehen hier oben [siehe Anlage 3] das heute übliche sektorielle System, in dem wir verschiedene Sektoren – hier beispielhaft Stahl- und Chemieindustrie – aufführen. Es werden fossile Rohstoffe in das System gebracht und am Ende des Tages wird dann CO₂ emittiert. Die Frage ist dann: Wie können wir das mit Kohlenstoff-Recycling in den Griff bekommen? Hier sehen Sie einen Lösungsvorschlag. Wir entnehmen von unvermeidbaren CO₂-Emissionen aus dem Stahlwerk, die in der Mitte stehen, 7,6 Millionen Tonnen CO₂. Das ist eine Beispielrechnung. Wir überführen diesen Kohlenstoff in die Chemieproduktion und benutzen das hier als Rohstoff für die Herstellung von Chemikalien und Treibstoffen. Der wesentliche Effekt dabei ist, dass wir primär erstmal diese 7,6 Millionen Tonnen CO₂, ein Wert für ein großes Stahlwerk, sparen. Parallel sparen wir uns aber auch den Einsatz von 50 Terawattstunden Heizwerk bzw. Erdgas ein. Diese 50 Terawattstunden Erdgas sind auch assoziiert mit weiteren CO₂-Emissionen, die auf dem Weg vom Bohrloch bis zum Chemiepark entstehen. Da entstehen immer 5 Millionen Tonnen CO₂.

Das heißt, wenn man das mal addiert, dann landen wir bei einer Einsparung von 12,5 Millionen Tonnen CO₂. Und der Preis dafür sind 50 Terawattstunden erneuerbare Energie. Diese muss weitestgehend erneuerbar sein, sonst funktioniert es nicht. Das Ganze ist dann eine cross-industrielle Lösung, die letztendlich die Gesamtemission senkt und zugleich auch langfristig Kohlenstoffquellen für die chemische Industrie sichert. Das Ganze ist aber nur sinnvoll, wenn wir hier unvermeidbare CO₂-Quellen einsetzen. Das Ganze wird im Moment in einem großen Projekt des Bundesministeriums für Bildung und Forschung gefördert. Dieses Projekt nennt sich „Carbon2Chem“ und wird derzeit gemeinsam mit vielen Partnern aus der Industrie von der Grundlage bis hin zur Realisierung überführt. Ziehen wir den Rahmen mal etwas größer, dann landen wir jetzt bei Deutschland. Ich habe hier mal ein paar Zahlen aufgeführt [siehe Anlage 3]. Rechts oben steht der Stahl. Dort emittieren wir 16,4 Millionen Tonnen Kohlenstoff. Wenn man das mal mit anderen unvermeidbaren Emittenten, z.B. Zementwerke, Abfall etc. zusammenzählt, dann landen wir bei 26 Millionen Tonnen Kohlenstoff, die wir emittieren. Gleichzeitig haben wir einen Rohstoffbedarf in der chemischen Industrie, der liegt bei ca. 57 Millionen Tonnen Kohlenstoff. Das wird sicherlich weniger werden, weil wir weniger Treibstoffe einsetzen werden, aber wir werden nicht ohne Kohlenstoff-Chemie betreiben können. Wenn wir jetzt mal schauen, wie wir die beiden Dinge zusammen bringen, dann kann man sehen, dass wir ein Vermeidungspotential von 95 Millionen Tonnen CO₂ haben in dieser cross-sektoriellen Betrachtung. Der Preis dafür sind 60 bis 90 Milliarden Normkubikmeter Wasserstoff, die wir einsetzen müssen. Kohlenstoff-Kreislaufwirtschaft-Recycling ist sicherlich ein wichtiger Baustein für die Erreichung der Klimaziele. Die Technologien stehen zur Verfügung, es mangelt allein an erneuerbarer Energie.

Ich komme zum nächsten Punkt. Die Frage war: Wie sieht es mit dem Wasserstoff aus? Wir brauchen die Zahlen hier nicht einzeln durchzugehen, ich verweise auf die letzte Zeile. Wenn man alle Wasserstoffbedarfe, die prognostiziert sind, addiert, dann landen wir bei 200 Milliarden Normkubikmeter. Das entspricht einem Elektrolyse-Strombedarf von 900 Terawattstunden. Das liegt weit jenseits dessen, was wir bereitstellen können



in Deutschland. Die Elektrolyse selber ist im Prinzip einsatzbereit, wir müssen es nur tun. Und den Wasserstoffbedarf müssen wir noch versuchen zu decken. Dazu komme ich jetzt im nächsten Bild [siehe Ausschussdrucksache 19(16)292]. Wir haben zurzeit einen Gesamtenergiebedarf in Deutschland von dreieinhalb Tausend Terawattstunden und die werden im Wesentlichen fossil gedeckt. Lediglich 230 Terawattstunden erneuerbarer Strom wird bereitgestellt. Ich erinnere, 900 Terawattstunden allein von Wasserstoff.

Ich werde jetzt den Übergang machen zum Jahr 2050. Dann brauchen wir etwa 3000 Terawattstunden, das variiert so ein bisschen von Studie zu Studie. Wir brauchen weiterhin erneuerbare Energie als Import, diesmal dann nicht fossil, sondern wasserstoffbasiert. Und dann möchte ich noch ein bis zwei Rahmenbedingungen, die wir uns vorstellen können, ansprechen. Wir müssen die Kapazitäten für erneuerbaren Strom erhöhen. Wir müssen für Importe von erneuerbarer Energie sorgen und wir müssen eine konsequente Berücksichtigung von Wasserstoff im Regulationssystem berücksichtigen, zum Beispiel durch technische Regeln und durch den Ausbau von Pipelines. Vielen Dank.

Dr. Kay Ruge (Deutscher Landkreistag): Herzlichen Dank für die Einladung zu dieser Anhörung. Ich möchte vorab darauf hinweisen, dass wir insgesamt etwas die Eile dieses Gesetzgebungsverfahrens beklagen. Sowohl in der vorbereitenden Erstellung der Entwürfe durch die Bundesregierung, als auch durch das parlamentarische Verfahren konnte eine gesamthafte Bewertung des Klimaschutzpakets auf diese Weise mit kommunaler Rückkopplung nur sehr schwer gewährleistet werden. Insofern werden wir auch im Laufe des weiteren Prozesses immer wieder versuchen, Einzelfragen aufzugreifen – zum Beispiel für den ländlichen Raum, der besonders betroffen ist. Für diesen ist eben nicht nur die einzelne Maßnahme von Relevanz, sondern das Gesamtpaket – der Mix aus Allem und auch die mögliche Kompensation. Zu den Inhalten beider hier heute auf der Tagesordnung stehenden Punkte Folgendes:

Das Klimaschutzgesetz selbst begrüßen wir. Wir verstehen das als Rahmengesetzgebung, die die internationalen Verpflichtungen in nationale umsetzt und die Zuständigkeiten im Bund regelt. Den Expertenrat kann man nur begrüßen. Transparente

Berichterstattung ist positiv und auch die Landkreise bekennen sich – das will ich hier auch ausdrücklich vorab noch sagen – ausdrücklich dazu, eigene Klimaschutzverpflichtungen einzugehen. In vielfältiger Weise haben wir viele Landkreise, die eigene Klimaschutzprogramme, z. B. durch Autarkie im Energiebereich, durchführen. Insofern würden wir sagen, dass das Gesetz in die richtige Richtung geht.

Der ländliche Raum ist von diesen Fragestellungen überproportional betroffen, und zwar nicht nur, wie man gemeinhin meint, als Standort von Windenergieanlagen, als Standort von PV-Anlagen oder als Standort von Übertragungsleitungen, sondern auch als maßgeblicher Standort für Industrie in diesem Land. 65 Prozent der Industrieproduktion werden in den deutschen Landkreisen geleistet. Das produzierende Gewerbe ist überwiegend im ländlichen Raum, sodass alle Fragen, auch der CO₂-Bepreisung, der Verkehrsinfrastruktur, die Landkreise unmittelbar wirtschaftlich und in vielfältiger Weise mit Blick auf Lebens- und Arbeitsqualität berühren. Zum Gesetz im Konkreten sehen wir wenig kommunale Betroffenheit im unmittelbaren, mittelbar schon, auch über das Klimaschutzprogramm, zu dem ich nachfolgend komme. Die einzige maßgebliche Regelung mit kommunaler Betroffenheit in einem weiten Umfang ist die Berücksichtigungsregel im § 13. Wir halten sie in der jetzt vorgelegten Form für unverhältnismäßig, weil sie alle Entscheidungen ausdrücklich adressiert, nicht nur fiskalisches Handeln.

Wir sind durchaus bereit, bei Beschaffung, Vermögenshandlung oder bei Gebäudesanierungsmaßnahmen im kommunalen Bereich, Klimaschutzbelange zu berücksichtigen. Aber im Kern ist alles hoheitliches Handeln umfasst. Das bedeutet im Ergebnis aus unserer Sicht einen dramatischen Aufwuchs von Bürokratie, weil wir bei jedem Verwaltungsakt immer auch Klimaschutzgedanken berücksichtigen müssen und zwar konkret aus dem Gesetz heraus, auf das Bezug genommen wird. Wir fürchten, dass in vielfältiger Weise Anfechtungen und Widersprüche drohen, weil wir Klimaschutzgedanken eben nicht gerichtsfest einbezogen haben. Das ist in der Breite, wie das hier normativ angelegt ist, zu weit. Auch die Einschränkungen in Satz 2, die im Übrigen Landkreise und Gemeindeverbände nicht ausnimmt,



regelt nur das „Wie“ und nicht das „Ob“. Insofern wären wir dankbar, wenn man – wie im Baubereich – dazu käme, dass man sich die relevanten Gesetze, die Fachgesetze vornimmt – das ist im Baugesetzbuch geschehen – und nicht eine querschnittsartige Regelung über das gesamte kommunale Verwaltungshandeln legt.

Zum Klimaschutzprogramm selber: Wir sehen die besondere Belastung der ländlichen Räume, die ich vorangestellt habe. Deshalb ist für uns die Akzeptanz von hoher Bedeutung. Wir brauchen – wie auch immer wieder auch in unseren Gremiensitzungen artikuliert worden ist – Nutzen, Ausgleich und regionale Wertschöpfung, die auf diese Weise generiert werden. Die Kohlekommission hat dramatisch viel Energie und am Ende auch Geld dafür aufgewandt, den Kohleausstieg in irgendeiner Weise strukturpolitisch abzupuffern und Akzeptanz zu schaffen. Wir brauchen einen ähnlichen Mehrwert. Sicherlich nicht in dieser Höhe – das ist keine Forderung nach 40 Milliarden. Wir brauchen akzeptanzschaffende Maßnahmen. Deshalb sind Fragestellungen, wie z. B. die Abstände bei Windenergie, das Wohngeld und die Pendlerpauschale gerade für die Landkreise von hoher Bedeutung. Hier geht es in die richtige Richtung, insbesondere bei der Pendlerpauschale. Wir würden uns über die vorgesehene Adressierung 2021 bis 2026 hinaus eine dauerhafte Entlastung wünschen und halten das für erforderlich. Wir finden, dass das Klimaschutzpaket im Bereich der Attraktivität des ÖPNV und bei verschiedenen anderen verkehrspolitischen Maßnahmen in die richtige Richtung weist. Bei der Windenergie halten wir die steuerrechtliche Ausgestaltung derzeit für unzulänglich. Beim Gebäude kann ich mich dem anschließen, was Herr Barthel gesagt hat. Wir halten die Bündelung im Förderbereich für richtig. Wir glauben, dass es auch im kommunalen Förderbereich bei energiepolitischen und Klimaschutzpolitischen Maßnahmen stärker möglich ist, mehr Transparenz zu schaffen und wir halten die steuerliche Sanierungsförderung für richtig. Herzlichen Dank.

Prof. Dr. Kai Niebert (Deutscher Naturschutzring e. V.): Vielen Dank für die Einladung, Frau Vorsitzende. Ich möchte vielleicht unmittelbar bei Herrn Ruge anschließen. Wir haben bei beiden Gesetzespaketen als Verbände die Einladung zur Kommentierung jeweils an einem Samstagabend

bekommen mit Frist bis Montagabend. Das ist eine Kommentierung, die zivilgesellschaftlich nicht zu leisten ist. Ich möchte hier das Parlament aufrufen, entsprechend auf die Ministerien einzuwirken, den demokratischen Prozessen tatsächlich Raum zu geben. Ich möchte kommentieren auf der einen Seite vor dem Hintergrund des Sofortprogramms, das meine Mitgliedsverbände erarbeitet haben und auf der anderen Seite aus meiner Perspektive als Wissenschaftler auf diese Dinge.

Wir haben gestern als Klimawissenschaftler ein großes Papier herausgebracht. 11 000 Kolleginnen und Kollegen weltweit haben kommentiert und aufgezeigt, dass das, was wir im Moment als Klimarahmen weltweit mit dem Pariser Klimaabkommen haben, zwar ein guter Rahmen ist, aber im Moment nicht ausreichend in nationale Gesetzgebung umgesetzt wird. Wir steuern mit den seitens der Bundesregierung vorgelegten Maßnahmen im Moment nicht auf 1,5 oder 2 Grad zu, sondern auch mit dem deutschen Beitrag eher auf 3,5 Grad. Da ist also eine deutliche Nachschärfung notwendig, wenn ich das Gesamtpaket anschau.

Wir haben als Umweltverbände der Bundesregierung im Sommer ein Sofortprogramm vorgeschlagen, das deutlich macht, dass wir eine Mischung brauchen aus einer ordnungsrechtlichen Absicherung, einem wirksamem CO₂-Preis und Anreizprogrammen, die diesen Weg tatsächlich beschreitbar machen. Das, was wir jetzt in dem Gesamtpaket sehen, ist nahezu ausschließlich eine Fokussierung auf Anreizprogramme. Lassen Sie mich da einmal in die Geschichte der Bundesrepublik und ihrer Umweltpolitik zurückschauen: Weder den Himmel über der Ruhr, noch das Ozonloch haben wir mit Anreizprogrammen in den Griff bekommen. Ich möchte Sie deshalb dazu ermutigen, als Parlament zu dem genuinen Instrument des Parlaments zu greifen: Nämlich diesen Weg ordnungsrechtlich zu beschreiten.

Ich durfte etwas mehr als ein halbes Jahr in der Kohlekommission tätig sein. Was dort von Beginn an anstand, war tatsächlich, einen für alle absehbaren, kalkulierbaren Pfad zu schaffen. Das ist es, was die Bundesregierung im Gesetzespaket eben nicht geschafft hat. Wenn ich im Moment die Maßnahmen hochrechne, die da vorliegen, dann haben wir rund 30 Prozent der Ziele für 2030 erreicht. Das ist weder für Paris noch für die bisherigen Vorgaben ausreichend. Probleme haben wir



auch mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien. Da gibt es zwar rhetorische Bekenntnisse. Aber wenn wir sehen, wie unter anderem über Abstandsregelungen Beschneidungen stattfinden, dann fehlt mir tatsächlich die Phantasie, wie wir 2030 bei 65 Prozent erneuerbarer Energien sein wollen. Was ich im Moment aus den derzeitigen Entwürfen der Kohleausstiegsgesetze kenne und wenn ich mir auch das Klimaschutzgesetz anschau, da sehe ich, dass da bisher überhaupt keine verbindlichen Zahlen festgeschrieben sind. Das heißt, da müsste deutlich nachgeschärft werden.

Zur Kohlegesetzgebung: Die ist ja im Moment noch ausgeklammert – die kommt jetzt noch nach. Da möchte ich Sie jetzt schon mal ermahnen, dass wir als Kommission von Anfang an für eine eins zu eins Umsetzung eingestanden haben und das auch weiterhin einfordern werden.

Ich möchte zum positiven Teil kommen. Das Klimaschutzgesetz als Architektur für die weitere Klimaschutzpolitik für die Bundesregierung ist das, was wir auch als Verbände immer eingefordert haben. Wir brauchen klare Verpflichtungen für die Sektoren, wir brauchen einen klaren Pfad. Wenn Sie so wollen, könnte das Ihr Businessplan für den Klimaschutz werden. Allerdings fehlt mir auch da die Phantasie, wenn wir es schon im Jahre 2019 nicht schaffen, diese Architektur tatsächlich mit Inhalt zu füllen und zu sagen, was denn in welchen Sektoren passieren soll. Das wird natürlich in den Jahren 2023, 2025, 2027 nicht einfacher. Jetzt sind die einzelnen Sektoren zwar verpflichtend und man kann auch zwischen den Sektoren verhandlungsmäßig hin- und herschieben. Wovor ich warnen möchte – da muss tatsächlich ein Auge drauf gelegt werden –, dass eine Kaskadierung stattfindet: Wenn ich 2025 in einem Sektor die Ziele nicht erreiche, dann kommen die 50 Prozent, die ich nicht erreicht habe, 2026 noch drauf. Aber im Zweifelsfall kommen dann 200 Prozent, 300 Prozent, 400 Prozent in den Jahren 2028, 2029 drauf und dann sind wir wieder da angekommen, wo wir schon heute stehen. Also diese Kaskadierung muss deutlich verhindert werden.

Worauf ich zum Schluss noch hinaus möchte: Es wird nicht ausreichen, allein mit Anreizprogrammen dieses Paket zu schaffen. Wir müssen auch den CO₂-Preis nicht als Steuerungsinstrument,

sondern als ein Instrument, um bisherige Fehlansätze zu beseitigen, deutlich anschärfen. Wir haben als Umweltverbände uns da den Berechnungen des Umweltbundesamtes angeschlossen, wonach wir 2030 bei 180 Euro sein müssten und wenn wir jetzt bei 10 Euro einsteigen und dann irgendwann 2028 von 10 Euro auf 180 Euro steigen, dann ist das alles andere als sozialverträglich – da brauchen Sie einen absehbaren Pfad, wie wir ihn auch in der Kohlekommission für alle anderen Maßnahmen vorgeschlagen haben. Also noch einmal: Ich möchte Sie ermutigen, das Gesetzespaket deutlich nachzuschärfen, um das zu erreichen, was die Kohlekommission eben geschafft hat, nämlich einen absehbaren Pfad bis 2030 zu beschreiben.

Frederik Moch (DGB): Sehr geehrte Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren Abgeordnete, auch von meiner Seite vielen Dank für die Möglichkeit, hier Stellung zu beziehen. Ich denke, dass das Thema Klimaschutz weit oben auf der Agenda steht, ist gut. Wir finden das als DGB richtig. Nichtsdestotrotz darf diese Notwendigkeit nicht dazu führen, dass im Gesetzgebungsprozess Schnelligkeit vor Gründlichkeit geht. Ich kann mich da meinen Vorrednern anschließen. Entscheidend ist aus unserer Sicht, dass – wenn man die Klimaziele erreichen will – man ein Gesamtpaket auf den Weg legt, dass die verschiedenen Perspektiven zusammen bringt. Für uns sind auch Themen wie gesellschaftlicher Zusammenhalt und Akzeptanz von Klimapolitik ganz entscheidend. Denn am Ende müssen die Menschen den Weg mitgehen und wir brauchen sie auch bei der Gestaltung. Wir müssen insbesondere die Beschäftigten über die Mitbestimmung mit einbeziehen. Lassen Sie mich zum Klimaschutzgesetz Folgendes sagen: Das Entscheidende ist, man kann Klimaschutz ohne Wohlstand machen. Das wollen wir aber nicht. Wir wollen Klimaschutz mit Wohlstand organisieren und dafür ist es ganz entscheidend, Investitionen zu mobilisieren – mehr private Investitionen, aber vor allem auch mehr öffentliche Investitionen und dafür kann aus unserer Sicht das Klimaschutzgesetz einen wesentlichen Beitrag leisten. Denn mit seiner Governance-Struktur beschreitet es einen Weg, in dem sich die Klimaschutzpolitik und daraus abgeleitete Maßnahmen bewegen sollen, damit auch entsprechende Investitionen getätigt werden können. Ich denke in der öffentlichen Diskussion kommt das



Klimaschutzgesetz relativ schlecht weg. Wir teilen das nicht, weil am Ende des Tages den Sektoren klare Verantwortlichkeiten zugewiesen werden und das ist wichtig. Wir wollen, dass in allen Sektoren auch entsprechende Minderungsmaßnahmen erfolgen. Bislang gibt es nur im Bereich der Energiewirtschaft ein Konzept, wo eine eins zu eins Umsetzung ansteht. Aber das haben wir in den anderen Bereichen eben nicht. Strukturwandel funktioniert nicht linear, der funktioniert eher stufenweise. Deshalb sehen wir die jahresscharfen Sektorbudgets insoweit kritisch, als dass bei einer kurzfristigen Zielüberschreitung sofort Ad-hoc-Maßnahmen greifen. Und diese Ad-hoc-Maßnahmen sind im Zweifel immer schlechter als wenn man von vornherein vernünftige Maßnahmen aufsetzt, die gleich die komplette Minderungswirkung entfalten. Das bitte ich auf jeden Fall tiefer zu berücksichtigen. Deshalb ist es wichtig, sich im Vorfeld Gedanken zu machen, was eine Maßnahme wirklich an Minderung bringen kann.

Das Expertengremium, das der Gesetzentwurf vorsieht, finden wir gut. Das ist richtig. Wichtig ist, dass dabei auch die Sozialpartner angemessen berücksichtigt werden. Denn das ist generell ein Thema im Klimaschutzgesetz, nicht nur auf CO₂-Emissionen zu schauen, sondern eben auch auf die Frage, welche an Beschäftigungswirkung bzw. Auswirkungen auf die Wirtschaftsstruktur, welche Verteilungswirkung bzw. inwiefern sog. „Carbon Leakage“ zu erwarten ist. Lassen Sie mich deshalb das Folgende unterstreichen: Das fehlt bislang im Gesetzentwurf, dort einen übergeordneten Kriterienkatalog über CO₂-Emissionen hinaus einzuführen. Das sollte auf jeden Fall nachgearbeitet werden.

Zum Klimaschutzprogramm: Das ist aus unserer Sicht erstmal ein guter Mix, wo verschiedene Instrumente zusammen wirken. Es ist ein Stück weit ein Blindflug, weil man nicht weiß, ob am Ende die 2030-Ziele erreicht werden. Das ist eine offene Flanke. Es gibt eine Reihe von Maßnahmen, die gut sind. Die steuerliche Sanierungsförderung wurde schon genannt, mehr Geld für den ÖPNV und mehr Geld für die Schiene generell. Auf der anderen Seite gibt es auch offene Widersprüche. Ich will den prognostizierten Stromverbrauch und den daraus abgeleiteten Ausbau der erneuerbaren Energien erwähnen. Das ist deutlich zu wenig.

Wir brauchen da viel mehr Investitionen in die erneuerbaren Energien, denn die sind auch die Grundlage für die Dekarbonisierung anderer Bereiche der Wirtschaft. Das ist ganz zentral.

Einen Kritikpunkt am Klimaschutzprogramm möchte ich noch deutlich machen: Die Mittel, die insgesamt zur Verfügung gestellt werden. Die sind vor dem Hintergrund der Bedarfe, die wir in den verschiedenen Sektoren sehen, einfach zu gering. Das ist etwas, das muss nachgearbeitet werden und das bringt mich auch zu dem Punkt der Finanzierung. Eine Finanzierung, die sehr stark über Konsumabgaben steuert, so wie das mit dem Emissionshandel angedacht wird und sich fortsetzen wird, hat natürlich eine gewisse soziale Unausgeglichenheit in sich. Damit muss man sich am Ende des Tages auseinandersetzen. Als DGB stehen wir dafür, stärker große Vermögen, hohe Einkommen, Erbschaften, Kapitaleinkünfte zu besteuern, dass damit angemessene Beiträge auch zur Finanzierung von öffentlichen Investitionen im Klimaschutz möglich werden. Damit lässt sich eine soziale Unausgeglichenheit deutlich besser darstellen. Alles Weitere kann ich dann noch später beantworten.

Piers Corbyn: Es mir eine große Ehre, hier zu sein. Ich bin der Geschäftsführer von WeatherAction Long Range Weather and Climate Forecasters. Außerdem bin ich Physiker, Astrophysiker und Klimaforscher.

Am Ende meiner Präsentation [siehe Anlage 6] finden Sie Links zu weiteren Quellen, auch zu einem Dokument, das ich Ihnen nachher als Handout zur Verfügung stellen werde.

Die wichtigsten Punkte, die ich Ihnen heute mitteilen will, sind, dass die menschengemachte Klimaveränderung nicht existiert. Und dass Kohlendioxid das Gas des Lebens ist und nicht das Gas des Todes. Und dass wir mehr davon haben wollen statt weniger und dass in Wirklichkeit der Kohlendioxidgehalt von der Temperatur gesteuert wird und nicht umgekehrt. Und dass mit Klimaschutzpolitik nicht das Klima gesteuert wird, sondern Sie, die Öffentlichkeit, damit Sie Steuern zahlen und das tun, was man Ihnen sagt.

Sehen Sie sich jetzt mal das nächste Diagramm an, das die Fakten darüber zeigt, was gerade passiert. Hier haben wir eine relativ neue Entlarvung des



sogenannten Hockeyschläger-Diagramms, demzufolge die Temperaturen weltweit in den letzten tausend Jahren mehr oder weniger konstant waren und dann durch die Menschheit plötzlich angestiegen sind. Ein Gerichtsfall hat gezeigt, dass das Betrug ist. Das bedeutet, dass die heiligen Symbole, auf die Sie sich bei Ihren politischen Maßnahmen stützen, bedeutungslos sind. Die Wirklichkeit wird im unteren Diagramm dargestellt. Zum Beispiel war es in der mittelalterlichen Warmzeit viel wärmer, als es jetzt ist. Wir haben es also mit einer fälschlichen Übertreibung der Temperaturen in jüngerer Zeit zu tun, obwohl die Welt sich in Wirklichkeit abkühlt. Und wir haben in Skandinavien bereits extreme Kälte, die etwa in der nächsten Woche nach Süden zieht, was von uns schon vor langer Zeit vorhergesagt wurde und die Folge verschiedener Faktoren der Sonnenaktivität ist – hauptsächlich, dass es durch geringe Sonnenaktivität kälter wird.

Die zentrale Frage ist: Was macht das CO₂ bzw. was macht es nicht? Wenn die Geschichte mit dem CO₂ stimmen soll, bedenken Sie, dass nur 0,04 Prozent der Atmosphäre CO₂ sind und dass davon menschengemachtes CO₂ nur vier Prozent von den 0,04 Prozent sind. Von der Größenordnung her heißt das: Wenn der Reichstag die Atmosphäre darstellt, dann wäre das menschengemachte CO₂ etwas Vogeldreck auf dem Gebäude, und das CO₂ selbst wären 20 Millimeter. Man will uns also glauben machen, dass ein Millimeter das gesamte Klima steuert. Damit dieses Narrativ stimmen kann, müssen zwei Dinge gegeben sein. Erstens, dass das menschengemachte CO₂, vier Prozent vom CO₂, die anderen 96 Prozent steuert und zweitens, dass CO₂ als solches das Klima steuert. Wissenschaftliche Fakten zeigen, dass beides falsch ist. Sehen Sie, wenn menschengemachtes CO₂ das übrige CO₂ steuern soll, dann müssen zum Beispiel Termiten, die mehr CO₂ abgeben als der Mensch, nach der Pfeife der Menschen tanzen, denn sonst hätten die Termiten das Sagen, und wir müssten Krieg gegen sie führen. Warum führen wir keinen Krieg gegen die Termiten? Beantworten Sie mir das. Wie Sie sehen, ist das völlig absurder Unsinn. Zu behaupten, dass die vier Prozent vom Menschen die übrigen 96 Prozent steuern, ist eine Natur-Verschwörungstheorie.

Und was ist mit dem CO₂ selbst? Was macht das? Daten zu einer Million Jahren zeigen, dass der

Kohlendioxidgehalt sich aus der Temperatur ergibt und diese nicht bestimmt; er ergibt sich – geglättet – aus der Temperatur. Siehe Diagramm.

Nächstes Bild. Wenn sich CO₂ wirklich so gut dafür eignen würde, Dinge wärmer zu machen, schlage ich vor, dass Sie sich mal diese Glasfenster ansehen. Man könnte Doppelverglasung mit CO₂ im Zwischenraum einsetzen, und dann würde dieser Raum wärmer werden, oder? Das glauben Sie, ja? Also, ein amerikanisches Unternehmen hat das ausprobiert, es hat Doppelverglasung mit CO₂ drin produziert. Das hat nicht funktioniert und das Unternehmen ist Pleite gegangen.

Drei Zusammenfassungen, die man hier verstehen muss: Dass der CO₂-Gehalt die Folge und nicht die Ursache von Änderungen bei Temperatur und Klima ist. Menschengemachtes CO₂ sind nur vier Prozent von der Gesamtmenge, die Erwärmungstheorie ist eine verrückte Natur-Verschwörungstheorie, und die Extreme, die wir jetzt haben, kommen vom wilden Jet Stream, der von der Sonnenaktivität bestimmt wird.

Jetzt noch ein kurzer Blick auf das, was seit – sagen wir einer Million Jahren – passiert. Wir haben Eiszeitalter, als Normalzustand, gerade sind wir in einem Interglazial, und dieses Interglazial, also wärmere 10 000 Jahre, innerhalb dessen. In den letzten 10 000 Jahren gab es neun Spitzen, ungefähr alle 1000 Jahre, die letzten waren alle wärmer als die derzeitige Spitze – alle. Aber in der Vergangenheit gab es laut offiziellen Daten weniger CO₂. Wir wissen, das ist eine wissenschaftliche Tatsache, dass die geglättete Durchschnittstemperatur der durchschnittlichen Sonnenaktivität folgt. Und darauf steuern wir zu, auf eine geringe Sonnenaktivität...

Vorsitzende: Entschuldigen Sie, Mr Corbyn, noch 30 Sekunden.

Piers Corbyn: Dreißig Sekunden, gut... Dann gehe ich also mal zum Ende, und den Rest können Sie bei Gelegenheit nachlesen.

Das hier ist ein Diagramm der erwarteten Temperaturen, ausgehend von der Arbeit eines Finnen, Timo Niroma. Es zeigt, dass wir uns auf einen starken Temperatureinbruch zubewegen. Und hier ist ein kleines Diagramm, das zeigt, dass die Rückkopplungsmechanismen, auch die Schneegebiete



auf der Nordhalbkugel nach jedem Winter, uns immer schneller in eine kältere Welt befördern.

Und als Letztes hierzu: Was auch immer die angeblichen 97 Prozent der Wissenschaftler sagen – erstens, es ist irrelevant, wie viele Leute etwas sagen, es kommt auf die wissenschaftlichen Fakten an, und in jedem Fall ist diese Behauptung falsch, und eine Untersuchung der Veröffentlichung zeigt, dass nur 0,3 Prozent der Klimaforscher das glauben. Und in Amerika haben 31 000 Wissenschaftler eine Petition unterzeichnet, mit der die Beendigung dieser Maßnahmen gefordert wird, weil sie auf Pseudo-Wissenschaft beruhen.

Vorsitzende: Mister Corbyn, ich möchte Sie als Ausschussvorsitzende darauf hinweisen, weil vielleicht die Sie einladende Fraktion das nicht getan hat, dass der Gegenstand der heutigen Anhörung nicht die Frage ist, ob es einen menschengemachten Anteil am Klimawandel gibt oder nicht, sondern die Auseinandersetzung mit dem von der Bundesregierung vorgelegten Klimapaket und ihrem Klimaschutzgesetz. Nur zur Information für Sie. Das nächste Wort hat jetzt Prof. Schnellenbach, bitte schön.

Piers Corbyn: Sicher – ich verstehe es, aber wenn es auf Nonsense basiert, dann muss man sich diesen Gesetzen entgegensetzen.

Vorsitzende: Ja, Herr Corbyn, wissen Sie, wir hören das jetzt bei jeder Anhörung, die wir machen, egal wie der Fortschritt ist. Hier in der Debatte haben wir immer die gleiche Argumentation der Fraktion, die Sie eingeladen hat. Es ist ein bisschen neben der Debatte, das ist schade.

Prof. Dr. Jan Schnellenbach (Brandenburgische Technische Universität Cottbus): Auch von mir herzlichen Dank für die Einladung. Ich würde gerne aus ökonomischer Sicht ein paar Punkte zu dem Gesetzentwurf und zu dem Klimaschutzprogramm sagen, wobei ich die tatsächliche Mehrheitsmeinung der Naturwissenschaft in Rechnung stelle. Das heißt, wir haben tatsächlich die Aufgabe, hier relativ effizient mit dem Klimawandel umzugehen und den Klimawandel zu verhindern. Die Frage ist einfach aus meiner Sicht, ob wir das, mit dem, was die Bundesregierung im Moment vorhat, tatsächlich effizient schaffen.

Wir sehen im Gesetzentwurf oder im Klimaschutzprogramm einen relativ niedrigen Preispfad

vor für die CO₂-Bepreisung. Es ist zu befürworten, dass wir einen Einstieg in die CO₂-Bepreisung haben. Das ist uneingeschränkt zu befürworten. Das Problem ist, dass tatsächlich der Preispfad sehr niedrig ist. Wenn man die Zahlen vom Umweltbundesamt nimmt, dann haben wir Zahlen, die, was die externen Effekte, die negativen externen Kosten, die sozialen Kosten einer Tonne CO₂ betrifft, etwa mit 180 Euro pro Tonne in Rechnung gestellt werden. Da sind wir weit von entfernt. Es ist aus politischer Sicht klar, dass wir nicht direkt mit 180 Euro starten können. Aber es wäre doch in der langen Frist zu befürworten, wenn zumindest am Ende – so in Richtung 2030 – wir uns verbindlich in Richtung 180 Euro pro Tonne bewegen würden. Das sehen wir im Moment nicht. Das führt dann eben auch zu problematischen Anzeigeneffekten. Man berücksichtigt eben nicht, dass man einen hohen Innovationsdruck hat, sondern man geht davon aus, dass vielleicht nach 2026, wenn dann politisch noch mal geschaut wird, wie es weiter geht, dass dann die Preise auch weiterhin eher niedrig bleiben.

Man sollte ehrlicherweise von einer Steuer sprechen beim Einstieg in den Emissionshandel oder einer Abgabe – wie auch immer man das nennen will. Es ist jedenfalls zunächst Mal kein Emissionshandel. Das ist auch ein systematisches Problem. Wir betreiben ein bisschen Politikmarketing, indem man das am Anfang einen Handel nennt. Aber zunächst Mal, solange wir die Fixpreise haben, ist es einfach eine Abgabe. Es würde Einiges dafür sprechen, stattdessen tatsächlich von Anfang an einen echten Emissionshandel einzuführen. Denn beim Emissionshandel können wir unmittelbar die Mengen an CO₂ steuern. Wir können unmittelbar eine fixe Menge CO₂ vorgeben, die in den Nicht-ETS-Sektoren dann noch verbraucht werden kann. Und das heißt, ein Emissionshandel mit einer fixen Menge wäre unmittelbar anschlussfähig an das Pariser Abkommen. Wir könnten einfach die Mengenziele, die wir vom Pariser Abkommen bekommen, übernehmen. Wir haben Reduktionsziele. Diese Reduktionsziele könnten wir übernehmen und die könnten wir dann unmittelbar berücksichtigen in einem Emissionshandel. Und dann hätten wir tatsächlich einen fixen Deckel. Wir müssten uns dann über den richtigen Preis gar keine Gedanken mehr machen, sondern der Preis würde dann vom Markt im Emissionshandel gefunden.



Ein Problem ist, dass man diesem Handel, wenn man ihn hat, dann auch vertrauen muss. Das heißt, aus ökonomischer Sicht sollte man tatsächlich den Emissionshandel als primären Steuerungsmechanismus verwenden und auf die Sektorenziele eher verzichten. Es ist keineswegs so, dass eine Doppelung der Mechanismen zu mehr Effizienz führt, sondern die Tatsache, dass man eine zweite Säule aufbaut mit den Sektorenzielen eher dazu führt, dass die Effizienz des Emissionshandels reduziert wird. Ich würde also aus ökonomischer Sicht vorschlagen, stärker dem Emissionshandel zu vertrauen. Stattdessen sollte man auf das Mikromanagement – man könnte drastisch sagen: Die Planwirtschaft mit den Sektorenzielen – doch eher verzichten und tatsächlich darauf achten, dass dort Emissionen reduziert werden, wo es am effizientesten ist. Diese effiziente Reduktion, die schafft man mit dem Emissionshandel und nicht mit Sektorenzielen.

Die Kompensation für die CO₂-Bepreisung passiert im Moment über die sinkende EEG-Umlage. Ich denke, die sinkende EEG-Umlage ist ein separates Problem. Da haben wir Fehlregulierung, mit der man umgehen muss und es gibt gute Gründe, den Strompreis zu senken. Man sollte es aber nicht unbedingt mit den Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung machen. Ich denke, da wäre ein Mechanismus der direkten pauschalen Rückerstattung zu befürworten. Das hätte bessere Verteilungseffekte und würde einen Haushalt mit niedrigem Einkommen wesentlich stärker entlasten, wenn wir einfach eine unmittelbare pauschale Rückerstattung vornehmen würden, anstatt den Umweg über die Strompreise bzw. die EEG-Umlage zu gehen.

Antje von Broock (Klima-Allianz Deutschland): Herzlichen Dank für die Einladung. Die Beschlüsse von Paris verpflichten die Staaten, die Erderhitzung möglichst bei 1,5 Grad zu stoppen. Deutschland hat hier nicht nur aus historischer Verantwortung eine zentrale Rolle, sondern unser Land ist ja vorangeschritten bei dem Ausbau der erneuerbaren Energien und hat mit dazu beigetragen, dass die erneuerbaren Energien heute konkurrenzfähig sind. Also wir haben hier schon eine Vorreiterrolle eingenommen und sollten diese auch nicht verlassen. Nächstes Jahr steht die Erhöhung der nationalen Zusagen im Pariser Abkommen wieder auf der Tagesordnung. Die deutsche

Kommissarin von der Leyen hat schon angedeutet, dass sie das EU-Klimaziel an die Ambitionen von Paris anpassen möchte. Es ist mit den Ambitionen vom Pariser Vertrag nämlich nicht kompatibel. Hier wäre es sehr wichtig, wenn Deutschland sich unterstützend verhält. Denn wenn alle Länder mitziehen, dann können die Ziele schneller und auch sicherer erreicht werden. Und deswegen ist es gut, dass das vorliegende Paket gewisse flexible Mechanismen vorhält, so dass nachgesteuert werden kann. Genauso wie das auch bei dem erwähnten Kompromiss mit Revisionsklauseln von der Kohlekommission schon geschehen ist. Das vorliegende Paket enthält wichtige Elemente. Es enthält das Klimaschutzgesetz, was von vielen schon lobend erwähnt worden ist. Es enthält eine CO₂-Bepreisung und es schaut auch auf die Energiewende.

Bei allen drei Punkten möchte ich ein „Aber“ dranhängen: Denn die Sektorziele sind aus meiner Sicht nicht verbindlich genug durch die Möglichkeit, zwischen den Ressorts zu handeln. Deswegen haben wir keine Verbindlichkeit der Zielerreichung, sondern eher einen Verschiebebahnhof.

Der Emissionshandel wird eingeführt als „Fake-Handel“ mit Mindest- und Höchstpreisen. So kann ein echter Handel nicht entstehen und die Lenkungswirkung ist mehr als ungewiss. Die Energiewende macht uns auch große Sorgen, denn die Regelungen, die wir jetzt vorliegen haben zum Ausbau der erneuerbaren Energien, werden die Energiewende eher eindämmen.

Insgesamt ist dieses Paket also leider kein überzeugendes Programm, um die Klimaschutzziele für 2030 einzuhalten. Das 2020-Ziel ist schon aufgegeben worden. Das 2030-Ziel zu erreichen steht weiter in Frage. Von einem fairen Beitrag für das Pariser Klimaabkommen ganz zu schweigen. Dieses Programm sorgt leider nicht für die politischen Neuerungen, die wir brauchen. Es wird zwar Neues gefördert – Herr Niebert hat das gerade selber schon gesagt – aber Bestehendes wird gleichzeitig nicht angetastet.

Wenden wir den Blick auf die Subventionen: Es gibt zwar neue Subventionen, aber es wird auch weiter Klimaschädliches subventioniert. Wenn man sich die Maßnahmen anschaut im Flugverkehr, dann wird das, was jetzt vorliegt, die Befrei-



ung des Kerosins von der Steuer nicht kompensieren können. Und die Energiewende ist ein gutes Beispiel dafür, dass wir in der Vergangenheit die erneuerbaren Energien wirklich beeindruckend ausgebaut haben. Aber dadurch, dass wir nicht gleichzeitig den Kohleausstieg angegangen sind, sind die Emissionen nicht in dem Maße gesunken. Also wenn wir Neues fördern, aber Altes nicht ordnungsrechtlich angehen, dann werden wir nicht die Emissionsminderung kriegen, die wir brauchen. Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist derzeit wirklich in einer massiven Krise.

Zehntausende von Arbeitsplätzen sind in Gefahr. Aber nicht nur das: Das 65-Prozent Ziel erneuerbarer Energieanteil bis 2030 kann so nicht erreicht werden. Die Vereinbarung zu pauschalen Abstandsregeln wird den Ausbau verhindern oder zumindest doch nochmals erschweren. Spätestens ab dem nächsten Jahr werden wir Netto einen Rückgang der Windkraftkapazitäten zu verzeichnen haben, denn die Altanlagen gehen aus der EEG-Förderung. Es braucht bundesweite Vorgaben für die Windkraft, aber nicht mit pauschalen Abstandsregeln, sondern mit Natur- und Artenschutz und für eine ausreichende Flächenausweisung in den Ländern. Die Behörden und Gerichte müssen personell und fachlich besser ausgestattet werden, denn das würde die Verfahren tatsächlich beschleunigen, nicht aber das Schleifen von Naturschutzrecht und Rechtswegen. Die Akzeptanz der Energiewende ist übrigens ungebrochen hoch. Die Fachagentur für Windkraft an Land hat gerade wieder eine Umfrage gemacht, die zeigt, dass also auch die Zustimmung von Menschen in Kommunen, in denen viel Windkraft in der Umgebung gebaut worden ist, nicht rückgängig ist.

Deutschland hat sich zu einem Minderungsziel von minus 55 Prozent gegenüber 1990 europäisch verpflichtet. Mit diesem Paket droht ein Nichterzielen der europäischen Klimaziele und die Gefahr, dass auf dem europäischen Markt Zertifikate hinzugekauft werden müssen, was uns teuer zu stehen käme. Danke.

Michael Schäfer (WWF Deutschland): Frau Vorsitzende, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, ich habe Ihnen konkrete Vorschläge zur Weiterentwicklung des Klimaschutzgesetzentwurfs mitgebracht. Zunächst danke ich Ihnen ganz herzlich für Einladung und noch viel mehr für den großen Arbeitseinsatz, den sehr viele von

Ihnen in Ihren Fraktionen und im Parlament in den letzten Monaten für den Klimaschutz erbracht haben und weiter erbringen. Danke schön.

Wir müssen als Naturschutzorganisationen dieses Ergebnis natürlich nicht am Einsatz messen, sondern an den Erfolgen, die tatsächlich dann damit in Richtung der Pariser Klimaziele vonstatten gehen. Wir müssen es an der naturwissenschaftlichen Forschung messen, beispielsweise an Berichten des IPCC, aber auch denen des Weltbiodiversitätsrats, die uns sehr deutliche Handlungsempfehlungen mit auf den Weg geben. Gemessen an diesen Zielen greift das Klimaschutzgesetz bei weitem zu kurz. Auch die ökonomischen Chancen, die zuletzt die OECD in ihrem bahnbrechenden Report *"Investing in Climate, Investing in Growth"* dargestellt hat, können mit diesem Klimapaket nicht für die Bundesrepublik Deutschland gehoben werden. Das ist sehr schade.

Ich möchte aber darüber hinaus noch sagen, dass das erkennbare Bestreben der Bundesregierung, durch dieses Paket die Wirtschaftsakteure nicht zu überfordern und soziale Härten zu vermeiden, nicht erreicht wird. Denn mit jedem Jahr des zögerlichen Handelns wird der Emissionssenkungspfad, den wir vor uns haben, steiler und die Gefahr sozialer Härten und wirtschaftlicher Disruption größer. Das heißt, das Gegenteil von dem, was hier versucht wurde, tritt ein. Ein besonderes Problem sehen auch wir bei den erneuerbaren Energien, insbesondere bei der Windenergie an Land. Die erneuerbaren Energien sind der Grundpfeiler für den Klimaschutz im Industriesektor, im Wärmesektor und im Verkehrssektor. Der dramatische Einbruch bei dem Windenergiezubau an Land, den wir gerade erleben, bedroht den Klimaschutz insgesamt. Hier sind im Klimapaket sogar neue Hürden angekündigt statt bestehende abzubauen. Wir bitten das Parlament besonders darauf zu achten, dass das nicht umgesetzt wird, sondern im Gegenteil, dass die bestehenden Hürden abgebaut werden.

Zum Klimaschutzgesetz, das ein echter Lichtblick im Rahmen dieses Pakets ist, möchte ich sagen: Es modernisiert die politische Steuerung. Es macht es wahrscheinlicher, dass wir Strafzahlungen für das Nichterzielen unserer EU-Verpflichtungen deutlich reduzieren können und es ermöglicht, die Investitionssicherheit deutlich zu erhöhen.



Letzteres liegt aber daran, dass von Anfang an die Maßnahmen so geplant werden, dass sie auch die Ziele erreichen. Je weiter wir davon entfernt sind – wie im Moment –, umso größer ist die Gefahr jährlicher Nachsteuerungen, was natürlich auch für die Investitionssicherheit negative Auswirkungen hat. Die konkreten Änderungen, die wir Ihnen vorschlagen, sind Folgende: Zum einen schlagen wir vor, bei der Zieldefinition auch das 2040-Ziel und das Langfristziel der Klimaneutralität ganz explizit in die Ziele aufzunehmen. Das ermöglicht es gerade für Industrien mit langen Investitionszyklen eine gewisse Sicherheit herzustellen. Dazu haben wir Ihnen einen Formulierungsvorschlag gemacht. Zum anderen empfehlen wir Ihnen, in diesem Gesetz die Rolle des Deutschen Bundestags zu stärken. Dazu schlagen wir vor, den Expertenrat auch damit zu beauftragen, Hinweise zu geben, wie sich alle neuen Gesetzesvorhaben auf den Klimaschutz auswirken als Grundlage für die Bundestagsbefassung. Wir schlagen Ihnen vor, dem Bundestag das Recht zu geben, den Expertenrat mit Sondergutachten zu beauftragen, wie wir sie etwa im Rahmen der Review-Prozesse beim Kohleausstieg, aber auch bei anderen Themen, brauchen können. Wir schlagen Ihnen vor allem vor, der Expertenkommission zusätzlich den Auftrag zu geben, schon im nächsten Jahr eine Bestandsaufnahme, ein *stocktake* zu machen, weil sie sonst erst 2021 anfangen würde zu arbeiten und wir ein weiteres Jahr verlieren würden. Diesen Vorschlag diskutieren wir gerne mit Ihnen, wenn Sie Interesse haben, dieses Gesetz noch weiter zu entwickeln. Wir würden uns darüber sehr freuen. Wir bieten dazu auch ein parlamentarisches Frühstück am Dienstag für alle interessierten Abgeordneten an. Ich hoffe sehr, dass Sie die parlamentarische Beratung des Gesetzentwurfs und auch des Pakets insgesamt nutzen, um weitere Schritte hin zur Verbesserung dieser Vorschläge zu machen, so dass wir tatsächlich Investitionssicherheit herstellen können und die Maßnahmen so aufbessern, dass sie die selbstgesteckten Ziele in einem ersten Schritt erreichen und so die Voraussetzungen dafür zu schaffen, diese Ziele auch anzuheben, wie es das Pariser Abkommen vorsieht. Vielen Dank.

Vorsitzende: Vielen Dank – und damit kommen wir in die erste Frage-und-Antwort-Runde. Also nochmal zur Erinnerung: Fünf Minuten, die hier ablaufen, Frage Antwort inklusive. Es beginnt

Frau Dr. Weisgerber für die Union. Ihre Frage geht an Herrn Prof. Deerberg.

Abg. **Dr. Anja Weisgerber** (CDU/CSU): Prof. Deerberg, das Fraunhofer-Institut arbeitet bekanntlich zusammen mit der Stahlindustrie. Sie haben es gerade beschrieben anhand einer Methode, um CO₂ aus der Stahlproduktion als Rohstoff für die chemische Industrie zu gewinnen. Sie messen, wie Sie es beschrieben haben, der Kohlenstoff-Wirtschaft und dem Wasserstoff eine ganz enorme Bedeutung zu. Sie sehen darin eine enorme Chance, um im Bereich der industriellen Produktion CO₂ einzusparen und gleichzeitig die nationalen Klimaziele zu erreichen. Sie haben am Ende wenig Zeit gehabt noch darauf einzugehen, welche Rahmenbedingungen von Seiten der Politik notwendig sind. Sie haben ganz kurz die Pipelines angesprochen. Mich würde aber auch noch darüber hinausgehend interessieren: Welche Rahmenbedingungen müssen gesetzt werden, damit diese Technologie vorankommt? Noch eine Frage: Sie haben auch angesprochen, dass man enorme Mengen an erneuerbaren Energien braucht. In diesem Zusammenhang haben Sie angedeutet, dass es durchaus möglich ist, diese erneuerbaren Energien, z. B. Solarstrom, außerhalb Deutschlands zu gewinnen und dann in Form von Methan nach Deutschland zu transportieren. Wie wäre dann der Gesamtbedarf? Wie viel Kubikmeter wären da notwendig und was müssten da noch für Rahmenbedingungen gesetzt werden, damit diese Zukunftsvision möglich wird?

Prof. Dr. Gorge Deerberg (Fraunhofer-Institut UMSICHT): Ich gehe auf die zweite Frage zuerst ein. Zurzeit ist es so, dass wir etwa 80 bis 90 Prozent unseres Energiebedarfs durch Importe decken. Wir können jetzt nicht davon ausgehen, dass wir das alles hier im Land schaffen. Das heißt, wir müssen für Importe sorgen – diesmal aber regenerative. Es gibt dazu Studien, auch vom letzten Jahr, dass es unter politischen Gesichtspunkten und Stabilitätsgesichtspunkten einige Regionen der Welt gibt, in denen die Bedingungen für die Herstellung erneuerbarer Energien gut sind. Hier gilt es letztendlich Kooperationen anzugehen, um entsprechend dann die Infrastruktur aufbauen zu können, damit erneuerbare Energie, z. B. in Form von Wasserstoff, nach Europa bzw. nach Deutschland transportiert wird. Dazu braucht es natürlich erstmal diesen geopolitischen Teil. Es braucht



aber eine Infrastruktur im Land und diese Infrastruktur letztendlich kann vielleicht zunächst Mal auf Basis der bestehenden Erdgasinfrastruktur genutzt werden. Wir haben gerade eine Umstellung von L-Gas auf H-Gas, da werden einige Pipelines möglicherweise frei. Die kann man dann auch für den Wasserstoff nutzen. Insbesondere an der Rheinschiene sieht man, dass hier der Bedarf sehr groß ist und sich hier auch eine Ballung ergibt, um letztendlich eine Wasserstoff-Infrastruktur entsprechend aufzubauen, die in den nächsten Jahrzehnten dann ausgerollt werden muss.

Die Rahmenbedingungen, die wir dazu brauchen, sind natürlich zunächst einmal, erneuerbare Energien zu haben. Das ist zum einen hier im Land bedeutsam, aber eben auch bedeutsam für die Märkte. Also Anreize zu schaffen, dass die Produkte, die auf dieser Schiene produziert werden, dann auch marktfähig sind. Wenn wir an Treibstoffe denken, so können da Quoten helfen oder aber der Abbau von negativen Anreizen im Steuer- und Abgabensystem, um die Erneuerbaren zu nutzen.

Entscheidend aus meiner Sicht ist noch ein weiterer Punkt: Wir müssen den Wasserstoff konsequent auch in gesetzlich relevanten Regelungen berücksichtigen. So müsste z. B. im Netzentwicklungsplan ein Abschnitt bzw. Kapitel zum Thema Wasserstoff aufgenommen werden, damit wir da gleichgestellt mit Erdgas sind. Erdgas als Versorgungsgut hat gewisse Privilegien, die wir beim Wasserstoff dementsprechend auch benötigen würden.

Ich kann mich den Ausführungen zum Thema CO₂-Bepreisung an der Stelle ein Stück weit anschließen. Es ist tatsächlich so, dass – wenn wir das mal ausrechnen – wir also eine Vergleichsrechnung anstellen zwischen einem konventionellen, fossilbasiertem Produkt – beispielsweise Treibstoff – und einem erneuerbaren Produkt, wir eine Preisdifferenz bzw. eine Kostendifferenz feststellen, die wir letztendlich ausgleichen müssen. Und dazu wäre natürlich durchaus eine CO₂-Bepreisung geeignet, die aber auf dem jetzigen Niveau nicht ausreichen dürfte. Und da ist die Angleichung an das ETS sicherlich sinnvoll.

Abg. **Dr. Anja Weisgerber** (CDU/CSU): Ich habe für die letzten 36 Sekunden noch eine ganz kurze Nachfrage.

Vorsitzende: Dann muss aber innerhalb der Zeit auch geantwortet werden.

Abg. **Dr. Anja Weisgerber** (CDU/CSU): Sie haben „Carbon2Chem“ angesprochen. Können Sie das nochmal kurz beschreiben und ganz kurz sagen, was für Rahmenbedingungen da notwendig wären.

Prof. Dr. Gorge Deerberg (Fraunhofer-Institut UMSICHT): „Carbon2Chem“ – da geht es genau um das System, aus den Stahlwerken Kohlendioxyd zu nutzen, um sie zu chemischen Produkten zu transferieren. Die Rahmenbedingungen habe ich gerade genannt. Was am Ende für einen schnellen Einstieg noch erforderlich wäre, wären natürlich einigermaßen zügige Genehmigungsverfahren. Wenn wir jetzt Chemieanlagen im großen Stil bauen, dann dürfen wir nicht 20 Jahre Genehmigungsverfahren durchlaufen. Dann kommen wir zu spät. Die Technologien sind da.

Abg. **Klaus Mindrup** (SPD): Zunächst möchte ich sagen, dass ich mich über die Äußerungen von Herrn Schäfer ausdrücklich gefreut habe. Er hat gesagt, dass das Klimaschutzgesetz ein echter Lichtblick ist. Ich möchte betonen, dass die Klimadebatte erst hier anfängt. Die zweite Hälfte dieser Wahlperiode wird ganz klar geprägt werden von einer Klimadebatte, denn vor uns liegt eine Vielzahl von Gesetzgebungsvorhaben. Jetzt zu meiner Frage an Prof. Dr. Niebert: Ihr Kollege Moch vom DGB hat das Thema „gesellschaftlicher Zusammenhalt“, das Thema „Wertschöpfung“ und die Bedeutung des Ausbaus der erneuerbaren Energien besonders betont. Wie sieht das aus Sicht der Umweltverbände aus? Sind Sie auch der Auffassung, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland weiter stark erfolgen muss? Ich nenne mal eine Zahl: Gerade einmal 17 Prozent der Endenergie in Deutschland kommt aus erneuerbaren Energien. Wenn wir nur Strom betrachten, reden wir uns ein bisschen besoffen. Wir müssen stattdessen eine gesamthafte Betrachtung machen. Wie sehen Sie vor diesem Hintergrund die Zahlen des Bundeswirtschaftsministeriums mit der sinkenden Stromprognose und welchen Beitrag leisten die Umweltverbände zu einer stärken Akzeptanz? Die zweite Frage: Wir haben ja auch über Ziele geredet. Teilen Sie meine Auffassung, dass wir europäische Ziele brauchen und dass wir auf der europäischen Ebene für eine Verschärfung eintreten sollten? Das tun wir übrigens



auch, Frau von Broock – die Bundesregierung unterstützt das ganz stark. Aber wir sollten das gemeinsam mit unseren Partnern machen. Zielverschärfung ja, aber gemeinsam mit unseren Partnern.

Prof. Dr. Kai Niebert (Deutscher Naturschutzring e. V.): Ich fange mal mit der zweiten Frage an. Wir brauchen natürlich nicht nur eine europäische, sondern wir brauchen insgesamt eine weltweite Energiewende. Das ist erstmal außen vor. Das darf uns aber nicht davon abhalten, tatsächlich voranzugehen und den Weg zu beschreiten. Denn wir erleben ja auch in Europa, dass es Staaten gibt, die schneller sind als andere. Ich würde mir wünschen, dass sich die deutsche Bundesregierung wieder den Staaten anschließt – zum Beispiel Frankreich und die Niederlande, die mit großen Schritten vorangehen wollen. Frau von der Leyen hat ja die Verschärfung der nationalen Klimaschutzziele ins Spiel gebracht. Das wird tatsächlich im Rahmen der Lastenteilung, dem sogenannten „Burden sharing“, auch auf Deutschland zurückfallen. Das heißt, wir können unsere bisherigen sämtlichen Ziele ad acta legen, weil da deutlich nachgeschärft werden muss. Die Frage ist: Schaffen wir das? Da würde ich einfach einmal die Frage nach dem gesellschaftlichen Zusammenhalt und den Kosten aufwerfen. Wie nehmen wir dabei die Menschen mit? Die Frage, schaffen wir das? Da würde ich mal nicht auf eine Greenpeace- oder WWF-Studie eingehen wollen, sondern auf eine Studie des Bundesverbands der Deutschen Industrie e. V. (BDI). Der BDI hat einmal durchgerechnet, was die Klimaneutralität Deutschland kosten würde bzw. was die Klimapfade für Deutschland auf jeden Einzelnen heruntergebrochen kosten würden. Die Studie gelangt zu dem Ergebnis: 30 Milliarden Euro würde das jedes Jahr kosten, ab heute gerechnet. 30 Milliarden Euro sind natürlich ein Batzen Geld auf der einen Seite. Wenn ich mir aber auf der anderen Seite anschau, dass wir uns im Moment knapp 60 Milliarden Euro an umweltschädlichen Subventionen leisten, würde ich sagen: Dann lasst uns doch das Geld von gestern auf morgen legen. Das Geld ist da, die Euros sind da, wir müssen sie nur richtig investieren. Das vielleicht dazu.

Dann die ganze Frage: Ausbau erneuerbarer Energien und der Beitrag der Umwelt-, Natur- und Tierschutzverbände dazu. Frau von Broock hat es

richtigerweise angesprochen. Das, was im Moment dem Ausbau Erneuerbarer im Weg steht, ist im Großen und Ganzen die Frage von Ausschreibungen. Wir haben an einzelnen Stellen tatsächlich Naturschutzkonflikte. Das will ich gar nicht kleinreden. Da haben wir auch Konflikte mit unseren Mitgliedsverbänden. Ich kann Ihnen hier sagen: Wir sind da dran, wir diskutieren die Fragen mit unseren Mitgliedsverbänden. Verschiedene Studien unserer Mitgliedsverbände haben aufgezeigt: Wenn wir 2 Prozent der Fläche Deutschlands für Erneuerbare nutzen, können wir damit auf der einen Seite die Versorgung sicherstellen und sie auf der anderen Seite auch so sicherstellen, ohne dass wir in Konflikte mit dem Natur- und Artenschutz kommen; von daher: Ja, das müssen wir gewährleisten und können wir auch gewährleisten. Das ist aber auch der Knackpunkt des Ganzen. Wenn ich Ihnen aus der Kohlekommission ein Ergebnis noch mitgeben darf, da waren sich alle einig drüber: Der Kohleausstieg, die Energiewende, die Verkehrswende, das wird alles nur funktionieren, wenn wir den Ausbau der erneuerbaren Energien deutlich nach oben schrauben und da müssen wir jetzt ran, denn es darf nicht das passieren, was Frau von Broock aufgezeigt hat, wo wir im Moment vor stehen. Wir kommen zur Zeit nämlich eher zu sinkenden Zahlen bzw. zu einer Stagnation.

Da war noch die Frage nach den Zahlen des Bundeswirtschaftsministeriums zu den 65 Prozent 2030. Es stellt sich tatsächlich die Frage: 65 Prozent von was? Und da sage ich ganz klar, dass ich diese Zahlen für völlig unrealistisch halte. Wenn man alleine die Daten der chemischen Industrie anschaut, die sagt, eine komplette Dekarbonisierung brauche schon den gesamten Strombedarf von heute. Dann halte ich das für realistisch, auch wenn man bei der Effizienz vielleicht noch nachsteuern kann. Auch bei der Elektromobilität müssen wir noch draufsetzen. Also die Ausbauziele müssen da deutlich von den Zahlen her nach oben geschraubt werden.

Abg. **Karsten Hilse** (AfD): Ich entschuldige mich erstmal ausdrücklich für die versuchte Maßregelung der Ausschussvorsitzenden. Natürlich haben Sie, Herr Corbyn, Recht, wenn Sie sagen, dass, wenn die Theorie, auf dessen Grundlage ein Gesetz erlassen wird, nicht bewiesen werden kann – Sie nennen die Theorie „Nonsense“ – sich eine



Gesetzgebung auf Grundlage dieser Theorie verbietet. Wir als Politiker dürfen keine Gesetze erlassen, die nutz- und wirkungslos sind, die zudem der Umwelt nachhaltigen Schaden zufügen und breite Schichten der Bevölkerung verarmen lassen. Einerseits durch die Verteuerung der Lebenshaltungskosten im Allgemeinen und andererseits durch Arbeitslosigkeit. Knapp hunderttausend Entlassungen sind jetzt schon angekündigt – es werden aber sicherlich mehr werden.

Jetzt zu meiner Frage: Die Klimaalarmisten sprechen ja ständig davon, dass die derzeitige Erderwärmung besonders schnell und ungewöhnlich sei. Die mittelalterliche Warmzeit, die in der sog. „Hockey-Stick-Kurve“ von Michael Mann – das haben Sie ja gezeigt –, wurde quasi ausgelöscht. In der Zwischenzeit gibt man ja zu, dass es sie gab. Man behauptet aber nun, dass es sich nur um ein regionales Phänomen handelte. Also erstens: Gab es in der Vergangenheit schnelle und abrupte Klimaveränderungen auf der Erde? Zweitens: Handelte es sich bei den Warm- und Eiszeiten in der Vergangenheit um globale Klimaschwankungen?

Piers Corbyn: Neuere Erkenntnisse zeigen, dass es im Prinzip schon globale Schwankungen waren. Aber ich würde als Antwort eine weitere Frage stellen. Es ist so: Geringe Sonnenaktivität – das zeigen Daten von einer Million Jahren – bedeutet, dass die Welt kälter wird. Und gerade haben wir geringe Sonnenaktivität und starke Kälteeinbrüche, die durch das Fälschen von Daten verheimlicht werden, und das steht alles in der Präsentation. Aber in den nächsten Jahren, ganz sicher im nächsten Jahrzehnt, wird es sehr viel kälter werden. Ich möchte also alle Vortragenden hier fragen, ob sie, wenn es dann kälter wird, eingestehen werden, dass es nicht sein kann, dass sie ihr sogenanntes 1,5-Grad-Ziel der Nicht-Erderwärmung schon erreicht haben, weil die Welt dann kälter geworden ist – und ob sie deshalb diese Anti-CO₂-Maßnahmen fallen lassen werden? Ich vermute, dass sie darauf mit „Nein“ antworten werden. Der Grund dafür ist, dass das Ganze ein Business ist – es dient der Besteuerung und der Kontrolle, und es muss beendet werden. Nicht nur, weil es nicht auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruht, sondern weil es die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit von Deutschland und ganz Europa mindert und Leid verursacht.

Als Beispiel für dieses Leid möchte ich erwähnen,

dass jedes Jahr eine Million afrikanische Frauen sterben, weil sie auf offenem Feuer kochen. Sie kochen deshalb auf offenem Feuer, weil sie keine Unterstützung für die Elektrifizierung bekommen, denn der Bau von Kohlekraftwerken verstößt gegen verschiedene Strategien der Vereinten Nationen. Eigentlich sollten wir also den Bau von Kohlekraftwerken in Afrika finanzieren, um eine Million Menschenleben im Jahr zu retten. Oder anders ausgedrückt: Mal angenommen, in Bayern gäbe es keinen Strom, und die Frauen kochen dort auf offenem Feuer, und dann schlägt jemand vor, dass man dort Strom bekommen sollte. Würden Sie das unterstützen oder nicht? Oder würden Sie sagen: „Nein, Sie können in Bayern keinen Strom bekommen, weil Sie die Erde retten müssen“? Seien Sie doch mal realistisch! Diese Politik beruht auf Unsinn und wird scheitern. Und Sie müssen dazu übergehen, die Dinge zu tun, die wirklich im Interesse der Menschen sind, die Sie gewählt haben.

Abg. **Dr. Lukas Köhler** (FDP): Man sieht ja in der Runde, dass fast alle sehr intensiv die Frage der CO₂-Bepreisung nochmal in den Raum stellen.

Herr Prof. Dr. Schnellenbach, Sie hatten schon kurz ausgeführt, dass die Positionierung der Sektorziele und die Verbindung zur CO₂-Bepreisung, der – Sie sagten – CO₂-Steuer, dass es damit ein Problem gibt. Könnten Sie nochmal den Zusammenhang zwischen einer CO₂-Bepreisung und einzelnen sektoralen Zielen herausstellen und vielleicht nochmal darauf eingehen, inwieweit das zu Effizienzen führt? Damit verbunden die zweite Frage: Warum ist aus Ihrer ökonomischen Sicht Effizienz gerade bei klimapolitischen Maßnahmen so wichtig und warum sollte das im Kern unserer politischen Agenda stehen?

Prof. Dr. Jan Schnellenbach (Brandenburgische Technische Universität Cottbus): Der Konflikt zwischen Sektorzielen und CO₂-Bepreisung, denke ich, lässt sich am besten erklären, wenn man sich zunächst einmal klar macht, warum die CO₂-Bepreisung effizient ist. Warum vor allen Dingen ein Emissionshandel effizient wäre? Der führt letztendlich dazu, dass diejenigen, die relativ preiswert Emissionen vermeiden können, dass die das auch tatsächlich tun. Das heißt, diejenigen Marktteilnehmer und diejenigen Bürger, die in der Lage sind, relativ preiswert Emissionen zu ver-



meiden, die werden darin investieren. Und diejenigen, die das nicht tun, diejenigen, für die es relativ teuer ist, Emissionen zu vermeiden, die werden Zertifikate kaufen. Und so bildet sich dann durch Angebot und Nachfrage ein Gleichgewicht auf dem Zertifikatemarkt heraus. Das sorgt dafür, dass die Emissionen dort tatsächlich reduziert werden, wo es am kostengünstigsten möglich ist. Das ist letztendlich ein einfacher Marktmechanismus. Und in dem Moment, wo wir jetzt steuernd eingreifen und zusätzlich Sektorziele vorgeben, sorgen wir dafür, dass eben nicht mehr dort vermieden wird, wo es am kostengünstigsten ist, sondern wir üben einen politischen Druck auf die Sektoren aus, für die es relativ teuer ist, Emissionen zu vermeiden. Wir sorgen also gerade nicht dafür, dass die Emissionen dort reduziert werden, wo es relativ preiswert möglich ist. Und das passiert letztendlich dann in diesem Gesetzentwurf, den wir jetzt haben.

Besonders problematisch sehe ich im Gesetzentwurf den § 8 an. Das passiert durch politischen Druck auf die Ministerien, die dann jeweils in ihren Sektoren verpflichtet werden, dafür zu sorgen, dass dort bestimmte Emissionsziele erreicht werden. Und wie gesagt: Das ist nicht effizient. Wünschenswert wäre es, das effizient zu tun. Einfach, weil wir hier ein sehr großes Problem vor uns haben, das gesellschaftlich sehr teuer wird. Wir haben tatsächlich die Aufgabe, das so kostengünstig wie möglich zu lösen. Wir sollten bei der Bekämpfung des Klimawandels so wenig Kosten verursachen, wie es irgendwie möglich ist. Das ist letztendlich auch bedeutsam für die Akzeptanz bei der Bevölkerung. Wenn wir unnötig hohe Kosten verursachen durch verschiedene Maßnahmen, wenn wir auch sehr stark regulierend in Form eines Mikromanagements eingreifen und ordnungsrechtlich regulierend bestimmte Vorgaben machen, wie man sich in bestimmten Sektoren verhalten soll, dann sorgt das für wesentlich weniger Akzeptanz, als wenn einfach allgemein ein Mengenziel vorgeben wird und es dann den Bürgern bzw. den Marktteilnehmern selbst überlassen wird, effiziente Wege zu finden. Es ist letztendlich ein freiheitserhaltender Mechanismus, wenn wir uns auf den Emissionshandel verlassen und nicht im Detail in die Entscheidung bzw. die Lebensstile der Bürger hineinregieren. Wir sollten es, wie gesagt, den Marktteilnehmern selbst überlassen,

auf dieses fixe Mengenlimit, das wir ja haben, effizient zu reagieren. Das muss man sich in Erinnerung rufen. Wir haben mit dem Emissionshandel ein fixes Mengenlimit. Wir haben dann keine Ausweicheffekte mehr, sondern dieses fixe Mengenlimit, das politisch gesetzt wird, das wird durchgesetzt. Die Frage ist letztlich, ob wir dieses fixe Mengenlimit so effizient und so freiheitserhaltend wie möglich durchsetzen.

Dann machen wir das mit einem reinen Emissionshandel. Oder ob wir versuchen, Mikro-Management zu betreiben und den Leuten Vorschriften zu machen, welche Autos sie fahren dürfen, auf welche Weise sie ihr Haus dämmen müssen. Wenn wir im Detail in den Lebensstil hineinregieren, wäre das letztendlich für die Akzeptanz von Klimaschutzmaßnahmen ein erhebliches Problem.

Abg. Lorenz Gösta Beutin (DIE LINKE.): Ich möchte vorweg ganz kurz anmerken, dass ich es für eine Verhöhnung des Parlaments halte, wenn von der AfD jemand eingeladen wird, der nicht zum Thema redet, der behauptet, die Mondlandung wäre ein Fake, Notre-Dame hätte nicht brennen können, weil es aus Stein besteht und der auch 9/11 in Frage stellt – der uns Sachen präsentiert, die wirklich wissenschaftlich und vernunftmäßig nicht haltbar sind. Das finde ich problematisch.

Aber jetzt direkt zur Frage an Frau von Broock: Sie haben eben schon allgemein ausgeführt, dass Ihnen das Klimaschutzgesetz nicht ausreichend ist. Können Sie das nochmal spezifizieren an einigen Beispielen, inwiefern Deutschland damit seinen Beitrag zu Paris verfehlt? Und wie groß die Lücke zu den eigenen Klimazielen 2030 sein wird? Falls dann noch die Zeit bleibt, die Frage: Teilen Sie die Einschätzung, dass wir keine Sektorziele benötigen?

Antje von Broock (Klima-Allianz Deutschland): Also zur Lücke: Wir müssen ja unsere Emissionen von aktuell 860 Millionen Tonnen auf 560 Millionen Tonnen senken.

Laut Projektionsbericht der Bundesregierung von 2019 soll durch bereits beschlossene Maßnahmen bis 2030 eine Minderung auf 730 Millionen Tonnen erreicht werden. Also der Großteil, der noch erreicht werden muss, muss durch das vorliegende Programm inklusive Klimaschutzgesetz erreicht werden. Nun waren die Projektionsberichte



in der Vergangenheit immer sehr optimistisch. Deswegen gehe ich davon aus, dass der aktuelle Projektionsbericht auch eher optimistisch ist und andererseits die Wirkung der beschlossenen Maßnahmen ungewiss ist. Fast alle messbaren Maßnahmen, die durch das Bundesumweltministerium vorgelegt worden sind, sind im Paket gestrichen worden. Deswegen ist es sehr schwer zu kalkulieren, welche Lücke bleibt. Nach der ersten Schätzung der Agora-Energiewende wird durch das Paket nur ein Drittel der nötigen Emissionsminderung geliefert. Also wenn wir grob überschlagen, dann bleiben auf jeden Fall 100 Millionen Tonnen, die noch reduziert werden müssen und die durch das Paket nicht erreicht werden. Das größte Potential für eine schnelle Minderung ist natürlich der Kohleausstieg. Es ist sehr, sehr bedauerlich, dass wir seit Januar einen Kompromiss vorliegen haben und die Gesetze auf sich warten lassen. Diese Verzögerungen erfüllen uns mit großer Sorge. Auch die Pläne, die wir bisher kennen, wonach bei der Steinkohle vor allen Dingen auf ein Ausschreibermodell gesetzt werden soll, gibt mir nicht ausreichend Sicherheit, dass wir beim Kohleausstieg einen geordneten und planbaren Ausstiegspfad bekommen. Und wenn in diesem Jahr keine Beschlüsse zur Braunkohle fallen, dann wird es auch nicht mehr möglich sein, im nächsten Jahr mit den Abschaltungen zu beginnen, die wir brauchen für 3,1 Gigawatt, die zwischen 2020 und 2022 abgeschaltet werden sollen. Wenn wir wenigstens sicher das 2030-Ziel erreichen wollen, dann darf Datteln IV nicht mehr ans Netz gehen und dann brauchen wir einen stetigen Ausstiegspfad, der ordnungsrechtlich abgesichert werden muss. Und wer mit dem Kompromiss der Kohlekommission die Befriedung eines gesellschaftlichen Konfliktes angestrebt hat, der muss jetzt unbedingt liefern, damit das auch passieren kann.

Sie fragten nach Kritikpunkten zum Klimaschutzgesetz. Ich will dies in drei Punkte zusammenfassen. Erstens: Ergänzung der Klimaziele nach 2030: Wir kriegen sonst keinen verbindlichen Pfad für das, was nach 2030 passieren muss. Es wurde hier von den anderen Sachverständigen auch schon ausgeführt, dass damit natürlich keine Sicherheit für Investitionen und Verhaltensänderungen gegeben wird.

Zweitens: Die Kontrolle durch den Expertenrat halten wir für eher unzureichend. Vor allen Dingen aber finde ich es sehr bedauerlich, dass Bundesrat und Bundestag keinen Zugriff auf diesen Expertenrat haben – das ist an anderer Stelle auch schon gesagt worden. Das wäre sehr wünschenswert, wenn auch dieses Haus den Expertenrat anrufen könnte und um Vorschläge zu Maßnahmen bitten könnte, um hier das Wissen, was dort vorhanden sein wird, nutzen zu können.

Drittens: Die Sektorziele: Ja, es braucht Sektorziele. Aber es braucht verbindliche Sektorziele, die einem Ministerium jeweils zugeschrieben werden. Die Möglichkeit, zwischen den Sektoren zu verhandeln, kann unter Umständen dazu führen, dass ein Ministerium aufs andere verweist. Da wird ein Verschiebeparkplatz der Verantwortlichkeiten stattfinden und dann wird es sehr, sehr viel schwieriger sein, die Ziele insgesamt zu erreichen.

Abg. **Lisa Badum** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ganz kurz noch eine Bemerkung zu Herrn Corbyn. Auch für mich ist Ihre wissenschaftliche Glaubwürdigkeit fragwürdig. Die muss ich ein bisschen in Zweifel ziehen, wenn man bedenkt, dass Sie schon mehrfach Mini-Eiszeiten für die Erde vorhergesagt haben, zuletzt 2003 oder auch 2016, die nicht eingetreten sind. Da muss man sich dann schon fragen, wo das herkommt.

Aber was mich sehr viel mehr bewegt, ist der Appell von 11 000 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die als Gemeinschaft international gewarnt haben, dass wir uns im Klimanotstand befinden und das unsägliche menschliche Leid auf uns zukommt, wenn wir nicht bald umsteuern. Wir müssen unseren deutschen Beitrag zur Klimapolitik aus diesem Lichte betrachten. Wenn wir sehen, dass mit diesem vorgelegten Klimapaket das Klimaziel 2020 voraussichtlich erst 2025 erreicht wird, wenn man bedenkt, dass sich die Bundesregierung noch ein Restbudget von 13 Milliarden Gigatonnen CO₂ für Deutschland rausnimmt, was uns auf Grund unseres Anteils an der Weltbevölkerung überhaupt nicht zusteht und selbst dieses Budget nicht annäherungsweise erreicht – dann, Herr Mindrup, sehe ich einige Probleme hinsichtlich unserer Glaubwürdigkeit, auch im europäischen Kontext für ambitioniertere Klimaziele zu verhandeln. Ich glaube, da müssen wir uns in der Weltgemeinschaft anders aufstellen.



Jetzt die Frage: Wenn wir uns die Bauweise des Klimapakets anschauen und an welchen Stellen wir noch drehen müssten, um noch auf einen richtigen Pfad zu kommen, würde mich sehr der Sektor Industrie interessieren. Das ist auch schon von Herrn Deerberg, Herrn Niebert und Frau Dr. Weisgerber, die gerade nicht mehr da ist, angesprochen worden. Es ist bezeichnend, dass die Union sich für ihr eigenes Klimapaket so wenig interessiert.

Denn die Industrie verursacht am zweitmeisten Emissionen in Deutschland: Wir haben Stahl, wir haben Zement, wir haben Kunststoffindustrie – alles Bereiche, in denen wir viel tun könnten. In diesem Zusammenhang würde mich interessieren, Herr Schäfer: Welche Chancen und Potentiale stecken denn für die Industrie in diesem Klimapaket drin und welche Potentiale könnten vielleicht noch gehoben werden?

Michael Schäfer (WWF Deutschland): Der Sektor Industrie zeigt sehr gut, dass es nicht nur mit inkrementalen Änderungen an diesem Paket getan ist. Das ist der zweitgrößte Verursacher von CO₂-Emissionen in Deutschland und dieser Sektor kommt kaum vor in diesem Klimapaket. Es fehlen die Rahmenbedingungen, um hier tatsächlich zu einer Treibhausneutralität zu kommen – Rahmenbedingen übrigens, die inzwischen von der Industrie selber immer stärker eingefordert werden. Die Industrie sieht natürlich, was international auf sie zukommt. Im Sektor Industrie eine Treibhausgasneutralität zu erreichen, ist ein extrem ambitioniertes Unterfangen. Es geht hier insbesondere um vier Bereiche. Das eine ist, kurzfristig vor allem die Effizienz zu erhöhen. Dann geht es um neue Prozesse – also da, wo wir jetzt Fossile einsetzen in den Prozessen, das auf erneuerbare Energien umzustellen. Das braucht mehr erneuerbaren Strom. Und dann geht es darum, die Kreislaufwirtschaft auf ein ganz neues Level zu heben und tatsächlich zu geschlossenen Stoffkreisläufen zu kommen. Und zuletzt in einem kleinen Restbereich auch um CCU („Carbon Capture and Utilization“) und CCS („Carbon Capture and Storage“). Nichts von diesen Weichenstellungen wird mit dem jetzigen Klimapaket überhaupt nur angegangen. Das kann zu Wettbewerbsnachteilen für die Industrie führen. Da steht eine Erneuerung ganzer Anlageparks, die zeitweise noch aus der Marshall-

plan-Zeit kommen, in den nächsten 10 bis 15 Jahren bevor. Wir müssen jetzt die Rahmenbedingungen dafür setzen, dass wir da nicht „stranded investments“ gebaut bekommen. Die Industrie braucht Sicherheit, damit sie die neuen Prozesse auch durch neue Anlagen ermöglicht. Von dieser Rahmenbedingungssetzung ist im Klimaschutzpaket bisher keine Spur. Das ist extrem beunruhigend. Wir erleben in unseren Gesprächen mit der Industrie auch die Frage der erneuerbaren Energien immer stärker. Unternehmen, die noch vor fünf Jahren gesagt haben, die Erneuerbaren sind das Problem, die sind schwankend. Die sagen uns: Zu wenig Erneuerbare sind inzwischen das Problem in Deutschland für die Industrie. Es hat ein kompletter Wechsel der Sichtweisen stattgefunden, den das politische Handeln noch nicht reflektiert. Ich möchte nochmal an Sie appellieren: Die neuen Hürden, die die Bundesregierung für den Zubau für die Windenergie an Land angekündigt hat – bitte stoppen Sie die im Deutschen Bundestag! Wir müssen bestehende Hürden abbauen, auch für die Zukunft der deutschen Industrie, für Mobilität und Wärmesektor statt neue Hürden zu errichten. Das ist der Grundpfeiler allen klimapolitischen Handelns, was wir vor uns haben.

Vorsitzende: Wir starten damit in die zweite und leider auch letzte Runde. Wir haben nur noch etwas über eine halbe Stunde.

Abg. Dr. Anja Weisgerber (CDU/CSU): Herr Dr. Barthel, wir haben jetzt im Klimaschutzprogramm wirklich ein hervorragendes Paket zum Thema Energieeffizienz. Neben der bestehenden KfW-Förderung, die wir auch noch attraktiver machen wollen, bekommen wir jetzt die steuerliche Förderung, für die ich mich auch seit vielen Jahren einsetze. Wir wollen uns da auch ganz bewusst für den unbürokratischen Weg entscheiden. Wir wollen die Qualitätskontrolle trotzdem durch den Handwerker garantieren, dass die Maßnahme auch wirklich zu mehr Energieeffizienz führt. Welche Impulse erwarten Sie von diesem Instrument für den Klimaschutz und für das Handwerk? Natürlich ist das Handwerk im Moment sehr stark im Einsatz. Aber wir sind der Meinung, dass das wirklich enorme Potentiale hat und auch einen Schub auslösen kann. Und an Herrn Dr. Ruge vom Landkreistag: Wir sind überzeugt, dass Klimaschutz nur mit Akzeptanz in der Bevölkerung geht. Es darf nicht dazu kommen, dass Stadt und



Land gegeneinander ausgespielt werden. Es geht für mich jetzt nochmal um die verkehrspolitischen Maßnahmen. Wie bewerten Sie die verkehrspolitischen Maßnahmen des Pakets? Sind sie geeignet für die Herausforderungen des ländlichen Raums, beispielsweise für einen Pendler?

Dr. Alexander Barthel (ZDH): Ich habe ja schon eingangs gesagt: Wir begrüßen ausdrücklich, dass nun ein neuer, hoffentlich erfolgreicher Anlauf unternommen wird, die steuerliche Sanierungsförderung für selbstgenutztes Wohneigentum auf den Weg zu bringen. Was erwarten wir davon? Wir erwarten – wenn die Rahmenbedingungen stimmen –, dass auch in den Unternehmen entsprechende zusätzliche Kapazitäten aufgebaut werden, um dann den absehbaren zusätzlichen Auftragsbestand abzarbeiten. Dabei ist es für uns ein wichtiger Punkt, auf die Verlässlichkeit der Rahmenbedingungen hinzuweisen. Ich hatte es vorhin schon im Kontext des Klimaschutzgesetzes angesprochen. Wenn wir nun damit rechnen müssen, künftig im Jahrestakt neue Modifizierungen der Rahmenbedingungen zu bekommen, dann haben wir nicht das notwendige Vertrauen der Unternehmen, die Kapazitäten aufzubauen. Darüber hinaus brauchen die potentiellen Investoren eine gewisse Langfristigkeit, um die Planung in Angriff zu nehmen. Deswegen ist es grundsätzlich positiv, dass das Vorhaben auf zehn Jahre angelegt ist. Vielleicht fällt der eine oder andere Schatten jetzt etwas aus der aktuellen Sicht im Hinblick auf die Zielerreichung des Gesamtproblems.

Wir regen aber an, dass die Elektromobilität im Kontext dieses Gesetzes mit berücksichtigt wird. Es wird ja momentan viel unternommen, um im öffentlichen Bereich entsprechende Ladestellen aufzubauen. Dabei findet aber der Großteil der Ladevorgänge selbst im privaten und gewerblichen Bereich statt. Insoweit regen wir an, dass der Förderkatalog dessen, was in der steuerlichen Sanierungsförderung vorgesehen ist, ergänzt wird um den Aufbau von Ladeinfrastruktur im selbstgenutzten Wohneigentum. Unter Effizienzgesichtspunkten sollte, müsste, dürfte man nach unserem Dafürhalten alle Vorkehrungen mit einbeziehen, die zu effizienzbezüglichen Smart-Home-Lösungen geeignet sind.

Dr. Kay Ruge (Deutscher Landkreistag): Wir teilen alle Ausführungen zur Akzeptanz. Auch wir wol-

len Stadt und Land nicht gegeneinander ausspielen. Wir sehen die besondere Betroffenheit im ländlichen Raum. Wir halten deshalb die verkehrspolitischen Maßnahmen für grundsätzlich geeignet. Das mit der Pendlerpauschale bzw. Mobilitätspauschale geht klar in die richtige Richtung. Ich hatte einleitend bereits ausgeführt: 2021 bis 2026 ist uns zu kurz. Wir brauchen angesichts der CO₂-Bepreisung, wir brauchen angesichts der Kfz-Steuern, die nachhaltig und darüber hinaus stattfinden, auch eine darüber hinaus gehende dauerhafte Entlastung im Bereich der Pendlerpauschale. Wir sehen, dass das Auto im ländlichen Raum viel stärker als in den Verdichtungsräumen das Mittel schlechthin ist, das Mobilität und Teilhabe sicherstellt. Insofern müssen wir das im ländlichen Raum stärker berücksichtigen als woanders. Deshalb halten wir Ladestelleninfrastruktur für sehr richtig, dass die ausgebaut wird. Denn auf diese Weise kann man zu alternativen Antrieben kommen und Klimaschutz betreiben.

Wir plädieren aber dringend dafür, das technologieoffen zu machen. All das, was Herr Deereberg ausgeführt hat zum Wasserstoff – insbesondere auch die Möglichkeit per Autogas – halten wir für sehr richtig, weil das real Nutzen und Mehrwerte im ländlichen Raum schaffen kann. Wir halten auch alternative strombasierte Kraftstoffe für sehr richtig und wünschen uns, dass nicht eine einseitige Festlegung auf Elektromobilität erfolgt. Die anderen Maßnahmen, die im Bereich Verkehr stattfinden sollen, sind richtig – z. B. Attraktivität des ÖPNV steigern, wissend, dass das im ländlichen Raum weit weniger relevant ist. Es geht trotzdem in die richtige Richtung. Wir brauchen keine räumliche Konzentration bei den GVFG-Mitteln. Die Steigerung, die vorgesehen ist, von einer Milliarde Euro ab 2021 und zwei Milliarden Euro ab 2025 sind gut. Wir brauchen eine Stärkung des Schienenverkehrs, denn wir haben ganz viele Strecken, die nach wie vor nicht elektrifiziert sind. Das müssen wir nutzen, gerade auch für den ländlichen Raum. Auch die Reaktivierung der teilweise durch die Bahn stillgelegten Strecken geht in die richtige Richtung. Beim Radverkehr dürfen wir ebenfalls den Ausbau beschleunigen. Dort, wo Schutzstreifen im ländlichen Raum gehen, sollten wir auch das stärker berücksichtigen. Die Grundrichtung der verkehrspolitischen Maßnahmen ist richtig.



Abg. **Dr. Nina Scheer** (SPD): Wir haben ja noch ein bisschen Zeit. Es bleibt auch noch eine zweite kurze Frage an Herrn Niebert. Die an Herrn Moch gerichtete Frage: Teilen Sie die Betrachtung, dass aufgrund einer zu starken Fokussierung auf die batteriebetriebene Elektromobilität wir im Bereich der erneuerbaren Energien einen massiv zurückgehenden Arbeitsmarkt haben? Oder anders ausgedrückt: Könnte es nicht durch eine technologieoffene Betrachtung noch einen Zuwachs an Arbeitsplätzen geben?

An Herrn Niebert dann die Frage, ob Sie die von Herrn Ruge angerissene Meinung teilen, dass man in dem Maße importabhängig ist? Also ich war bisher auf Grundlage der bestehenden Studie immer fest davon überzeugt, dass wir auch die gesteigerten Ausbaubedarfe erneuerbarer Energien auch heimisch gewinnen können. Dazu hätte ich gerne eine Einschätzung von Ihnen, Herr Niebert.

Frederik Moch (DGB): Wir sehen im Moment tatsächlich, dass der Strukturwandel in der Automobilindustrie beginnt. Der beginnt nicht erst seit heute. Der nimmt volle Fahrt auf. Die Frage wird sein, wie man diesen Strukturwandel so gestaltet, dass am Ende viel Beschäftigung, viel gute Arbeit hier in Deutschland in den Produktionsstandorten bestehen bleibt. Ich glaube, man kann da im Moment keine abschließende Prognose zu abgeben. Wichtig ist, dass man die Aufgabe annimmt, diese Veränderungen so zu gestalten, dass Beschäftigung gesichert wird. Wir wissen, wenn man sich die verschiedenen verkehrspolitischen Herausforderungen anguckt, dass in bestimmten Bereichen Wasserstoff oder alternative Antriebe jenseits der Elektromobilität notwendig sein werden, sonst wird man das mit den Klimazielen nicht hinbekommen. Deshalb werben wir immer dafür, möglichst breit Technologien einzusetzen. Ich würde das verknüpfen wollen mit einem Punkt, der daran anschließt. Die Frage ist ja, wie man diese wirtschaftlichen Chancen generell nutzen kann, um zu Arbeitsplätzen zu kommen, die bei der Energiewende wichtig sind. Ich hatte eingangs die Wichtigkeit von Investitionen erwähnt. Das ist, glaube ich, ganz entscheidend, dass Sie mit den Regelwerken, die Sie auf den Tisch legen, diese Investitionssicherheit darlegen müssen. Sie müssen diese sicherstellen, um neue Beschäftigungsfelder zu schaffen, wo an anderer Stelle vielleicht

welche wegfallen. Denn das zeichnet Strukturwandel aus: Verschiebung zwischen Branchen und Regionen. Das muss man politisch managen, das kann man nicht dem Markt überlassen – das würde am Ende des Tages sonst zu Brüchen führen.

Prof. Dr. Kai Niebert (Deutscher Naturschutzring e. V.): Wir reden bei der Energiewende in letzter Zeit nur noch sehr stark über den Ausbau erneuerbarer Energien, der nicht stattfindet. Von daher müssen wir deutlich über Effizienzmaßnahmen reden, um dann den Bedarf doch nicht so durch die Decke steigen zu lassen, wie es im Moment aussieht. Die Frage war aber, ob wir es schaffen, heimisch den Energiebedarf zu decken? Wir befinden uns in einem europäischen Strommarkt. Von daher wird es immer einen Import und Export über die Grenzen geben. Es geht also eher darum, ob wir es Netto schaffen. Schaffen wir es am Ende des Tages, das im Gesamtpaket zu decken? Die Analysen, die wir haben, zeigen ganz klar: Durch einen wirklich klugen, gesteuerten Ausbau der Windenergie an Land, durch einen gesteuerten Ausbau der Offshore-Windparks und einen wirklich stark vorangetriebenen Ausbau der PV-Anlagen, gerade auch auf öffentlichen Bauten, die stehen noch ganz hinten an, können wir das schaffen.

Abg. **Karsten Hilse** (AfD): Eine Vorbemerkung natürlich auch von mir: Wenn Du das Argument nicht angreifen kannst, dann greife denjenigen an, der das Argument vorbringt. Diese Vorgehensweise ist typisch für linksgrüne Gesinnungsgenossen. Und natürlich auch für diejenigen, die mit dem Geschäft Klimahysterie bereits Milliarden Euro verdient haben und noch mehr verdienen wollen. Und für diese Profiteure geht es natürlich nicht darum, die Welt zu retten, sondern letztendlich darum, sich die Taschen mit dem Geld anderer voll zu machen.

Mister Corbyn, also meine Frage: Letztendlich beruht unser Wohlstand auf der Bereitstellung kostengünstiger Energie. Sie hatten das schon erwähnt. Dieser Wohlstand und die dadurch besseren Lebensbedingungen wirken sich natürlich auch auf die Lebenserwartung aus. Zudem befähigen uns unsere ökonomischen Grundlagen erst dazu, überhaupt Umweltschutz zu betreiben. Diese Klimaschutzmaßnahmen plündern ja nicht



nur die Bevölkerung aus, sie zerstören letztendlich auch unsere wirtschaftlichen Grundlagen, die uns erst befähigen, Umweltschutz zu betreiben. Welche Entwicklung prognostizieren Sie für Deutschland und Europa, wenn wir diesen Irrweg weiter verfolgen?

Piers Corbyn: Jemand schien vorhin negative Bemerkungen über mich zu machen. Ich möchte darum bitten, diese zurückzunehmen, weil ich sehr wohl qualifiziert bin.

Weltweit betrachtet müssen wir uns im Klaren sein, dass die sogenannten erneuerbaren Energien nur zwei Prozent der weltweiten Energie ausmachen. Und was auch immer Sie in Deutschland oder Europa oder Amerika zur CO₂-Minderung tun, wird wirkungslos sein. Nicht nur, weil China gerade eine neue Bahn gebaut hat, um jährlich 200 Millionen Tonnen Kohle zu transportieren, das ist das eine. Das andere ist, dass im Meer 50 mal mehr gelöstes Kohlendioxid ist als in der Luft. Das bedeutet: Was immer man mit der Luft macht, es wird vom Meer gesteuert. Wenn man das Meer erwärmt, kann es CO₂ abgeben, und wenn man es abkühlt, kann es CO₂ aufnehmen. Und die Gründe für die CO₂-Zunahmen haben nichts mit der Menschheit zu tun. Sie haben mit der mittelalterlichen Warmzeit zu tun, mit Nachwirkungen der damaligen Erwärmung und der Subduktion vom zusätzlichen CO₂ in Strömungen, die von Grönland unter das Meer gingen und jetzt wieder auftauchen. Das kann man in den Veröffentlichungen nachlesen. Die Sache ist also die: Was auch immer Sie tun, Ihre Maßnahmen werden keine Auswirkungen auf das CO₂ haben – das geht gar nicht. Das Meer hat die Macht, und die Sonne hat die Macht über das Meer.

Ich würde also anregen, dass Sie diese ganzen Anti-CO₂-Maßnahmen ausmustern und dort Geld für Ihre Menschen ausgeben sollten, wo es gebraucht wird. Ich wiederhole noch einmal die Frage: Wenn es in zehn Jahren kälter wird – also, in ungefähr zehn Jahren, sagen wir, in fünf bis 25 Jahren wird es extrem kalt – dann sollten Sie logischerweise mit Ihren Maßnahmen aufhören, die Sie nach eigener Aussage brauchen, um die CO₂-Menge zu reduzieren, weil es zu warm wird, denn es wäre ja nicht zu warm. Aber ich fordere Sie heraus, weil ich weiß, was Sie sagen werden. Sie wollen ja, dass diese Maßnahmen weiter Geld pro-

duzieren. Und dazu würde ich sagen: Bei ökologischen Maßnahmen muss man zwischen echt ökologisch und pseudo-ökologisch unterscheiden. Elektroautos würde ich als pseudo-ökologisch bezeichnen. Nicht, weil es nicht schön ist, ein leises Auto zu haben, natürlich ist es das, und eins, das das eigene Umfeld nicht verschmutzt. Aber der CO₂-Fußabdruck eines Elektroautos ist ungefähr zweimal so groß wie der von einem Benziner. Das liegt daran, dass man ein Kraftwerk braucht, das den Strom produziert, man muss die Batterie laden und entladen, es besteht Ineffizienz, und außerdem transportiert man ein schweres Gewicht in seinem Auto mit sich herum in Form einer Batterie. In Wirklichkeit dienen Elektroautos also dazu, dass sehr reiche, nicht sehr intelligente Leute damit zeigen, was für gute Menschen sie sind. Ich weiß nicht, wie viel Zeit ich noch habe, über diese Dinge zu reden... Aber... 30 Sekunden? Ja. Gut.

Bitte sehen Sie sich die tatsächlichen Gegebenheiten an, die sinkenden Temperaturen. Achten Sie darauf, was in den nächsten Jahren passieren wird. Und unterscheiden Sie bei jeder politischen Maßnahme zwischen ökologisch und pseudo-ökologisch. Die meisten Maßnahmen, die Sie vorbringen, sind pseudo-ökologische Maßnahmen, von denen die supranationalen Konzerne und die Superreichen profitieren. Mit der aktuellen sogenannten Reichtums-Umverteilung im Rahmen von UN-Maßnahmen wird in Wirklichkeit Reichtum nach oben verteilt, nicht nach unten.

Vorsitzende: Herr Hilse, Ihr Sachverständiger hat jetzt davon geredet, dass wir diese Politik machen wollen, weil wir Geld verdienen wollen – wen auch immer er da angesprochen hat, aber diesen Kreis hier. Sie haben Profiteure, die sich die Taschen vollstecken, genannt. Ich möchte jetzt von Ihnen wissen, wen hier im Raum Sie damit meinen.

Abg. **Karsten Hilse** (AfD): Ich habe nicht von jemandem hier im Raum gesprochen. Ich habe von denen gesprochen....

Vorsitzende: Drücken Sie sich zukünftig ein bisschen klarer aus.

Abg. **Karsten Hilse** (AfD): Ich habe von denen gesprochen, die genügend Geld habenOkay. Ich wollte hier niemanden persönlich ansprechen.



Vorsitzende: Dann sind wir ja einer Meinung.

Abg. **Dr. Lukas Köhler** (FDP): Ich habe zwei Fragen an Herrn Professor Schnellenbach und an Herrn Schäfer.

Herr Professor Schnellenbach: Sie hatten eben ganz kurz § 8 des Klimaschutzgesetzes und zwar die Maßnahmen bei Überschreitung der Jahresemissionsmengen angesprochen. Da würde ich mich nochmal näher für interessieren. Das ist ein bisschen eine Frage der Kreativität. Welche Sofortmaßnahmen könnten Sie sich vorstellen, die z. B. im Verkehrssektor innerhalb eines halben Jahres wirksam werden? Und damit verbunden die folgende Frage: Wir wollen ja – ich glaube Prof. Dr. Niebert hatte das richtigerweise ausgeführt – verhindern, dass es den Kaskaden-Effekt gibt. Denn sonst wird alles extrem teuer und extrem ineffizient – da kommen wir zu gar nichts. Das heißt, wir müssen nicht nur Budgets verteilen innerhalb der Ressorts, sondern auf Sofortmaßnahmen gehen. Da würde mich Ihre Einschätzung zu interessieren, wie diese Sofortmaßnahmen ausgestaltet sein können und welchen Effekt sie dann hätten, sowohl ökonomisch, als auch gesellschaftlich.

Und an Herrn Schäfer: Sie hatten es eben in einem Nebensatz angesprochen, in Ihrer Stellungnahme und auf Ihrer Homepage. Und zwar die Frage zum CCS. Das ist ja auch im Klimapaket aufgegriffen. Wir sind uns, glaube ich, einig, dass wir CCS nicht zur Weiterführung von Kohleenergie oder Gas in Deutschland nutzen wollen. Aber richtigerweise sagen Sie, ist es industriepolitisch durchaus wichtig. Ich finde es gut, dass Sie das nochmal angesprochen haben. Gerade mittelfristig, wenn wir neutral werden wollen. Sehen Sie das im Gesetz richtig angelegt? Und würden Sie sagen, dass wir jetzt viel schneller in der Debatte in Deutschland vorankommen müssen, wie wir CCS umsetzen wollen und können?

Prof. Dr. Jan Schnellenbach (Brandenburgische Technische Universität Cottbus): Mir fehlt ehrlich gesagt die Kreativität, um mir vorzustellen, wie eine Sofortmaßnahme aussehen soll, die tatsächlich innerhalb eines halben Jahres bzw. innerhalb eines Jahres nochmal drastisch den CO₂-Ausstoß in einem Sektor wie dem Verkehrssektor reduziert, nachdem man dort ein Emissionsziel geris-

sen hat. Ich denke, was immer man sich da vorstellen könnte, würde in Richtung drastische Zwangsmaßnahmen gehen und wäre sicherlich nicht politisch durchsetzbar. Insofern haben wir da ohnehin das Problem, dass hier letztendlich Maßnahmen einfach nicht existieren, um sehr kurzfristig diese Sektorenziele zu erreichen. Trotzdem wird natürlich langfristig ein gewisser Druck ausgeübt auf die einzelnen Ressorts. Mittelfristig wird ein Druck ausgeübt, diese Ziele dann doch zu erreichen, selbst wenn dann eben kurzfristige Maßnahmen nicht unbedingt möglich bzw. nicht politisch durchsetzbar sind.

Aber schon alleine die Tatsache, dass wir mittelfristig diesen Druck auf die einzelnen Ressorts haben, bestimmte Ziele durchzusetzen, schon das hat letztendlich eine negative Effizienzwirkung. Denn schon damit wird dem effizienten Mechanismus des Emissionshandels entgegenwirkt. Denn man hat zwei Mechanismen, die nicht in die gleiche Richtung wirken. Hier wird letztendlich ein Druck ausgeübt, in den Sektoren Emissionen zu vermeiden, wo das nicht besonders kostengünstig ist. Und eigentlich sollten wir ein Interesse daran haben, zuerst dort Emissionen zu vermeiden, wo das sehr kostengünstig möglich ist. Von diesem Prinzip weichen wir ab, wenn wir Sektorziele definieren.

Michael Schäfer (WWF Deutschland): Ich kann da weiterhelfen. Ein Tempolimit ist so eine Maßnahme, die sehr schnell wirkt und die sogar langfristig noch viel stärker wirkt, wenn die technische Spitzengeschwindigkeit reduziert wird. Und das ist sofort umsetzbar. Das machen viele Länder und Deutschland sollte das auch machen – allein schon um Verkehrstote zu vermeiden.

Zu Ihrer Frage zur CCS: Wir haben Prozesse in der Industrie – etwa in der Zementindustrie, da gibt es derzeit keine Alternativen zu fossilen Rohstoffen. Trotzdem wollen wir die Treibhausgase neutral bekommen. Deshalb ist CCS der einzig mögliche Weg derzeit. Dann sollten wir den auch gehen und vorbereiten, wenn wir das Ziel der Treibhausneutralität ernst nehmen. Wir sehen die Gefahr der CCS-Diskussion in den Gesprächen, die wir im Moment haben. Die CCS-Frage wird gewissermaßen als Joker genommen – unter dem Motto: „Wir müssen ja nichts ändern, wir machen einfach CCS.“ Wir müssen aber sehen, dass auch un-



terirdische Lagerkapazitäten für CO₂ eine begrenzte Ressource sind. Das heißt, wir müssen sie wirklich nur für diese Prozesse nutzen, wo wir keine Alternative haben. Da sehen wir durchaus eine Handlungsnotwendigkeit. Wie gesagt: Alles in den Blick nehmen und nicht allein darauf konzentrieren. Das ist die Position des WWF Deutschland. Die wird innerhalb der deutschen Umweltverbände durchaus sehr kontrovers diskutiert. Aber ich glaube, dass es das Ernstnehmen der Ziele eben auch erfordert, alle Wege zu gehen, die nötig sind.

Abg. Lorenz Gösta Beutin (DIE LINKE.): Wenn in dieser gesellschaftlichen Situation, wo Jüdinnen und Juden in Deutschland wieder bedroht sind, in den Deutschen Bundestag mit Herrn Corbyn jemand eingeladen wird, der antisemitische Verschwörungstheorien verbreitet, Israel sei involviert gewesen in die Anschläge vom 11. September 2001 in den USA, dann hat das eine Relevanz für diesen Ausschuss.

Aber Frau von Broock zum Thema, zweigeteilt die Frage. Die erste Frage: Ihrer Ansicht nach.....

Piers Corbyn: Nein... ich verlange, dass diese Angriffe gegen mich zurückgenommen werden. Sie müssen zurückgenommen werden.

Abg. Marc Bernhard (AfD): Also entschuldigen Sie mal, jetzt möchte ich hier unterbrechen. Frau Vorsitzende, Sie haben sich gerade darüber aufgeregt, dass hier irgendjemand anscheinend bezichtigt würde. Hier wird ein Sachverständiger eines Vorfalls....

Abg. Lorenz Gösta Beutin (DIE LINKE.): Ich kann das belegen.

Abg. Marc Bernhard (AfD): ...bezichtigt und dann belegen Sie das bitte auch. Oder machen Sie das außerhalb, das ist doch eine unmögliche Diskriminierung eines Sachverständigen. Das geht nicht Frau Vorsitzende. Wieso greifen Sie hier nicht ein?

Abg. Lorenz Gösta Beutin (DIE LINKE.): Ich kann das sofort belegen.

Abg. Marc Bernhard (AfD): Weil Sie hier eine parteiische...

Vorsitzende: Hören Sie mal auf hier herumzuschreien. Ich habe bei Herrn Hilse auch nicht während seiner Frage und während der Antwort

eingegriffen, sondern danach – und genau die gleiche Aufforderung hätte ich an Herrn Beutin anschließend gestellt, er solle dies bitte belegen und schreien Sie hier nicht herum, mäßigen Sie sich im Ton.

Abg. Marc Bernhard (AfD): Sie in Ihrer Sitzungsleitung.....

Abg. Lorenz Gösta Beutin (DIE LINKE.): Ich kann das gerne belegen.

Vorsitzende: Jetzt ist gut, Herr Bernhard!

Abg. Lorenz Gösta Beutin (DIE LINKE.): Als Historiker äußere ich nichts, was ich.....

Piers Corbyn: Warum wurde ich in dem Zusammenhang erwähnt? Ich bin nicht hier, um über 9/11 zu reden... Das ist völlig absurd.

Vorsitzende: Wir klären das anschließend.

Piers Corbyn: Nein... ich verlange, dass diese Angriffe gegen mich zurückgenommen werden. Sie müssen zurückgenommen werden.

Vorsitzende: Ich sagte es gerade. Wir klären das, wenn diese Frage und die Antwort durch ist, dann klären wir das, Herr Corbyn.

Abg. Lorenz Gösta Beutin (DIE LINKE.): Entschuldigung, als Historiker äußere ich nichts, was ich nicht belegen kann. Aber Frau von Broock zum Thema.

Wir sehen ja nun, dass es eine Klimaschutzlücke gibt. In dieser Situation sind wir der Ansicht, dass dieser CO₂-Preis unwirksam und sozial ungerecht ist. Gibt es nicht auch ordnungsrechtliche Maßnahmen, die man ergreifen müsste, um jetzt effektiv tatsächlich die CO₂-Emissionen zu reduzieren? Können Sie da vielleicht ein paar nennen? Und die zweite Frage: Wer profitiert denn davon, wenn wir keinen Klimaschutz machen bzw. wer leidet darunter, wenn wir keinen Klimaschutz machen?

Antje von Broock (Klima-Allianz Deutschland): Ich fange mal hinten an: Wer profitiert davon, wenn wir keinen Klimaschutz machen? Und wer leidet, wenn wir keinen Klimaschutz machen?

Es ist ja so, dass die Erderhitzung, die Klimakrise vor allen Dingen solche Regionen trifft, die am wenigsten zum Klimawandel beigetragen haben. Wir haben jetzt schon einen hohen Migrationsdruck in Ländern, in denen sich Dürreperioden



verlängern und in denen Hurrikans zuschlagen usw. Der Migrationsdruck wird zwar immer im Kontext von Deutschland und Europa diskutiert. Aber in Wirklichkeit sind die Migrationsbewegungen vor allen Dingen inländisch und führen dazu, dass die Menschen aus der ländlichen Bevölkerung in die Slums der Großstädte gehen. Also dass, was wir verantworten, auch wenn wir global gesehen einen kleinen Anteil an den Emissionen haben.

Piers Corbyn: Kann ich hierzu eine Tatsache anführen? Darf ich mich einmischen und eine Tatsache anführen? Zu den Wirbelstürmen...

Vorsitzende: Herr Corbyn, es ist bei uns nicht üblich, dass Sachverständige untereinander diskutieren. Frau von Brook hat das Wort.

Piers Corbyn: Ja, aber sie sagt... Wirbelstürme haben in den letzten zehn Jahren abgenommen und nicht zugenommen...

Antje von Broock (Klima-Allianz Deutschland): Insofern profitieren Menschen von Klimaschutzmaßnahmen weltweit, wenn wir wirklich in der Weltgemeinschaft voranschreiten und massiv die Emissionen mindern. Auch in Deutschland können Menschen aber profitieren. Wie schön könnte es sein, ein elektrisch betriebenes Auto zu haben, was außerdem noch weniger Emissionen ausstößt, also weniger Luftverschmutzungsemission verursacht und weniger Lärm macht? Wenn wir Klimaschutz intelligent gestalten, dann wird es dazu führen, dass die Menschen, die gerade an den großen Ausfallstraßen leben und mit hoher Luftverschmutzung belastet sind, dass es denen besser geht und dass z. B. auch Grünflächengestaltung innerstädtisch allen Menschen hilft, ein lebenswertes Leben zu haben, dass die öffentlichen Räume mehr für die Gemeinschaft gestaltet werden als für den einzelnen Autobesitzer.

Sie haben dann gefragt: Wenn der CO₂-Preis unwirksam ist, was gibt es noch für Maßnahmen?

Also wir glauben auch, dass dieser Einstieg von 10 Euro geradezu lächerlich ist. Ich habe gestern noch eine Studie bekommen von 15 Verkehrswissenschaftlern, die nochmal gegen gerechnet haben, eigentlich soll ja der Preis sukzessive um 0,10 Cent Euro pro Liter steigen. Wenn man sich das dann inflationsbereinigt und um die Energiesteuerwirkung bereinigt ansieht, dann landen wir

bei unter 0,03 Cent Euro in den Jahren, in denen das jetzt projiziert wird. Am Anfang wird es sogar einen negativen Effekt haben. Dieser Emissionspreis hat keine Lenkungswirkung.

Was gibt es an ordnungsrechtlichen Maßnahmen, die man ergreifen könnte? Das Tempolimit wurde gerade schon erwähnt. Das ist die einfachste Methode, sehr schnell etwas zu erreichen. Ein ordnungspolitischer verordneter Kohleausstieg wäre das Nächste und wie schon erwähnt: Der unbedingte Ausbau der Energiewende, was jetzt schnell voranschreiten muss.

Vorsitzende: So, jetzt müssen wir zwei Dinge klären, bevor sich Herr Bernhard wieder erregt. Ich spreche jetzt erst Herrn Corbyn an, dann Herrn Beutin – seien Sie ganz beruhigt.

Herr Corbyn, ich möchte Ihnen erklären, dass wir hier leider keine Diskussion unter den Experten haben, sondern nur immer die Diskussion zwischen Abgeordneten und Experten. Und deswegen können Sie leider nicht in eine Diskussion mit einem der anderen Sachverständigen einsteigen, der eine andere Auffassung hat als Sie. Aber seien Sie versichert: Auch die anderen Experten teilen wahrscheinlich alle nicht Ihre Auffassung und mussten auch Ihnen zuhören. Das ist einfach so unter den Experten, das tut mir leid.

Jetzt zu Herrn Beutin. Ich glaube nicht, das es hilfreich ist, wenn wir jenseits der fachlichen Argumentationen hier mit Dingen kommen aus der Biografie. Ich weiß, es gibt noch mehr – zumindest was Wikipedia sagt –, aber ich möchte Sie bitten, da Sie das jetzt hier aufgeworfen haben, das zu belegen.

Abg. **Lorenz Gösta Beutin** (DIE LINKE.): Es gab in Großbritannien einen Skandal, weil mehrere antisemitische Posts von Herrn Corbyn geteilt worden sind. Ich kann es nochmal ganz wortwörtlich nennen: „*Breaking News: Evidence proves US, UK and Israel orchestrated 9/11 attacks.*“ Ein Screenshot kann auch bei Twitter nachgeschaut werden. Ich bin schon der Ansicht, dass wir hier im Deutschen Bundestag gegenüber Antisemitismus eine besondere Sorgfaltspflicht haben und dass wir das auch im Umweltausschuss tun sollten und dass es schon zu unserem Thema auch gehört, da etwas vorsichtig zu sein.



Abg. **Karsten Hilse** (AfD): Ich wüsste nicht, was daran antisemitisch ist.

Vorsitzende: Na ja, das spricht jetzt wieder für Ihre Einschätzung, Herr Beutin. Wenn das nicht antisemitisch ist Aber Herr Beutin, wenn Sie solche Informationen haben, Sie können nicht vom Sekretariat oder von mir als Ausschussvorsitzender erwarten, dass ich im Vorfeld einer Anhörung alles prüfe, was es irgendwie gibt, weltweit über die Experten, die eingeladen werden. Wenn Sie solche Informationen haben, dann lassen Sie uns das im Vorfeld bereden.

Piers Corbyn: Es sind jede Menge falsche Dinge im Umlauf. Was mich betrifft: Dieser Tweet war ein gefälschter Tweet, und wenn ich irgendetwas aus Versehen per Retweet geteilt habe, dann sollte ich darauf hinweisen, dass Retweeten bei mir nicht bedeutet, dass ich einer Sache zustimme. Ich retweete oft Dinge, denen ich nicht zustimme, zum Beispiel Wettervorhersagen, um darauf hinzuweisen ... ich bin auf keinen Fall ein Antisemit, und mein Bruder ebenso wenig. Und mit diesen Vorwürfen gegen mich soll natürlich eigentlich nur mein Bruder geschwächt werden. Ich habe sehr viele Freunde, die Juden sind, ich arbeite...

Vorsitzende: Nein, Herr Corbyn, es geht hier nicht um Ihren Bruder, Jeremy Corbyn. Es geht um Sie hier bei dieser Anhörung. Ich bitte darum, in Zukunft etwas vorsichtig zu sein mit Dingen aus Wikipedia. Ich bitte aber auch darum, mal ein bisschen zu überlegen, wen man hier einlädt, wer sich an welche Regeln hält. Wir haben jedes Mal Auseinandersetzungen mit Ihren Sachverständigen, die uns immer mit dergleichen, vielfach ausgeführten Argumentation darlegen, was wir schon x-mal von Ihnen gehört haben. Sie klauen uns damit die Zeit, uns mit dem zu befassen, was eigentlich unsere Aufgaben hier sind. Ich möchte Sie wirklich bitten, vielleicht zur nächsten Anhörung mal jemanden einzuladen, der zur Sache spricht und nicht immer Ihre Theorien wiederholt.

– Beifall –

So, jetzt kommen wir zur letzten Frage in dieser Runde.

Abg. **Lisa Badum** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich möchte jetzt nur noch Herrn Schäfer fragen, weil Frau von Broock auch schon meine Frage an Herrn Moch beantwortet hatte. Wir befinden uns

jetzt am Ende der Anhörung. Für mich ergibt sich das Fazit, dass dieses Klimapakett den Pfad des Pariser Klimaabkommens verlässt und dass sich die Regierung damit offiziell vom Pariser Klimaabkommen verabschiedet. Es ergibt sich für mich die Schlussfolgerung, dass dieses Paket keine Planungssicherheit für die Wirtschaft enthält, keine Dekarbonisierungsstrategie für unsere Wirtschaft und auch nicht sozial gerecht ist. Das haben ja auch verschiedene Expertinnen und Experten ausgeführt. Von daher muss ich sagen: Es wäre eine Missachtung der Sachverständigen und auch der Verbände, die leider alle nur einen Tag Zeit hatten, Ihre Stellungnahme abzugeben, wenn die Bundesregierung dieses Paket tatsächlich so verabschiedet.

Ich möchte jetzt aber noch zum Klimaschutzgesetz fragen. Ich habe ja ausgeführt, dass das Maßnahmenprogramm völlig unzureichend ist. Die Größe der Aufgabe bzw. die Menschheitsherausforderung, die wir vor uns haben, wurde in einem Klein-Klein zwischen der GroKo in einem seltsamen Kompromiss verhackstückt. Das ist wirklich das Vergeben einer historischen Chance. Jetzt zum Klimaschutzgesetz, wo es ja darum geht, dass sich die Regierung nicht nur in dieser Legislatur verpflichtet, sondern dass alle zukünftigen Regierungen auf den Klimaschutz verpflichtet werden – egal, welche Partei dort vertreten sein wird und egal welche Wahlkreisinteressen oder Einzelinteressen dort mitspielen. Deswegen halte ich es für enorm wichtig. Wir hatten bisher das Problem, dass sich die Bundesregierung selbst kontrolliert. In einem gewissen Teufelskreis hat sie sich selbst immer wieder einen Persilschein ausgestellt und dann diese Klimaziele krachend verfehlt.

Herr Schäfer, vor diesem Hintergrund: Inwiefern erhält das aktuelle Klimaschutzgesetz Sanktionen und Kontrollmechanismen? Inwiefern können sich die Experten einbringen, die Bürgerinnen und Bürger und der Bundestag, damit dieser bisherige Teufelskreis einer nicht erfolgten Selbstkontrolle der Bundesregierung durchbrochen wird für jetzt, aber auch für alle zukünftigen Bundesregierungen?

Michael Schäfer (WWF Deutschland): Also das Klimaschutzgesetz enthält keine Sanktionen an die Bundesregierung, wenn sie die Ziele des Gesetzes nicht erreicht. Es ist sogar höchst fragwürdig, ob seine Regelungen einklagbar sind. Der



Wert des Gesetzes liegt darin, dass es die politische Steuerung modernisiert, dass es Investitionssicherheit zumindest herstellen kann, dass es das Thema Klimaschutz regelmäßigen Evaluierungsprozessen unterzieht und die öffentliche Debatte dazu anregt, wenn die Ziele nicht erreicht werden. Ich möchte aber nochmal sagen: Dieses Gesetz ersetzt kein politisches Handeln. Es führt nicht dazu, dass die Ziele irgendwie automatisch erreicht werden, sondern im Gegenteil: Es braucht erheblich stärkeres politisches Handeln, um die Ziele dieses Gesetzes zu erreichen. Deshalb, als WWF Deutschland, der wir seit vielen Jahren auf ein solches Gesetz hinwirken, fällt es uns etwas schwer, das jetzt zu feiern. Denn im Zusammenhang mit dem vorliegenden Klimaschutz-Paket stellt sich für uns der Eindruck ein, als würde die Politik des „Vertagens von Klimaschutz“ auf die nächste Legislatur weiter fortgesetzt – nur, dass die Vertagung diesmal per Gesetz erfolgt. Ich bitte Sie ganz nachdrücklich, uns das zu widerlegen. Ich möchte deshalb nochmal auf den Passus verweisen, den wir vorschlagen, zusätzlich dem Expertenrat ein *stocktake* aufzugeben. Gleich zu Beginn des nächsten Jahres sollte er bewerten: Wie weit bringen uns die beschlossenen Maßnahmen, die der Bundestag und die Bundesregierung bis dahin beschlossen haben, und wie weit sind wir noch entfernt vom 40-Prozent-Ziel? Wie weit sind wir noch entfernt vom 2030-Ziel? Einfach, damit die Nachsteuerung dann ganz schnell und ganz entschieden erfolgen kann. Denn der große Wert dieses Klimaschutzgesetzes, dass es Investitionssicherheit schaffen kann, wird nur erreicht, wenn die Maßnahmen, die am Anfang definiert sind, auch ausreichen. Wenn sie, wie jetzt völlig absehbar ist, nicht ausreichen, dann laufen wir von Sofortprogramm zu Sofortprogramm, ohne die Planungssicherheit, die die Akteure in der Wirtschaft brauchen, überhaupt herstellen zu können und

die großen Vorzüge dieses Gesetzes zu nutzen. Deshalb gehören das Maßnahmenpaket und das Klimaschutzgesetz zusammen und ich bin Ihnen dankbar, dass Sie beides gemeinsam beraten.

Ich möchte abschließend nochmal sagen: Es gibt keine Alternative dazu, dass wir viel entschlossener handeln. Wir werden eine Erderhitzung von 3 Grad bis 4 Grad Celsius bis zum Ende des Jahrhunderts bekommen; wir werden uns als Menschheit an die nicht anpassen können. Wir müssen jetzt stärker, schneller handeln, die Potentiale, die wir haben, schneller nutzen, weil sonst die Veränderungen disruptiv werden, entweder weil der Emissionssenkungspfad deutlich steiler wird oder weil wir die Ziele verfehlen. Deshalb: Bitte besetzen Sie nach! Nehmen Sie in das Klimaschutzgesetz einen *stocktake* auf, damit es gleich weiter geht und wir ein wirklich wirksames Klimaschutzpaket bekommen und die Vorteile dieses Gesetzes im Sinne der Investitionssicherheit dann auch ausspielen können.

Vorsitzende: Wir sind am Ende dieser ersten Anhörung heute. Wir haben nachher noch eine zweite bewegte Debatte. Größtenteils haben wir uns mit dem befasst, was die Bundesregierung vorgelegt hat. Kritiken waren unüberhörbar. Also wir werden sehen, wie weit die im weiteren, parlamentarischen Verfahren dann auch die Chance haben, einzufließen und dieses Gesetzespaket noch zu ändern. Vielen Dank an die Experten für die Expertise und die Zeit, die Sie uns geschenkt haben. An meine Abgeordneten, Kolleginnen und Kollegen, wir sehen uns dann, möglichst Viele, um 14 Uhr wieder zur nächsten Anhörung zum Brennstoffemissionshandel; war etwas aufregend gerade eben, also eine angenehme Befragung der Bundesregierung und dann sehen wir uns hier wieder.

Schluss der Sitzung: 13:06 Uhr

Sylvia Kotting-Uhl, MdB
Vorsitzende



ZDH

ZENTRALVERBAND DES
DEUTSCHEN HANDWERKS

Anlage 1

Stellungnahme

Deutscher Bundestag

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz
und nukleare Sicherheit

Ausschussdrucksache

19(16)292-A

zur Anhörung am 6.11.19

31.10.2019

Die vorliegende Stellungnahme gibt nicht die Auffassung des Ausschusses wieder, sondern liegt in der fachlichen Verantwortung des/der Sachverständigen. Die Sachverständigen für Anhörungen/Fachgespräche des Ausschusses werden von den Fraktionen entsprechend dem Stärkeverhältnis benannt.

zu Klimaschutzprogramm 2030 und Klimaschutzgesetz

**anlässlich der Anhörung des Bundestagsausschusses
für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
am 6. November 2019**

Berlin, 31. Oktober 2019
Abteilung Wirtschaft, Energie und Umwelt

Im Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) sind die 53 Handwerkskammern wie auch 48 Fachverbände des Handwerks organisiert. Der ZDH vertritt damit die Interessen von mehr als einer Million Handwerksbetrieben in Deutschland mit über 5,34 Millionen Beschäftigten und rund 420.000 Auszubildenden.

Grundsätzliche Vorbemerkungen

Energie- und klimapolitische Fragen sind für die Handwerksunternehmen und ihre Beschäftigten von hoher Relevanz:

- Zahlreiche Betriebe leisten ihren wichtigen und unverzichtbaren Beitrag beim Bau energieeffizienter Neubauten sowie bei der energetischen wie auch bei der digitalen Gebäudeertüchtigung und sind kompetente Berater ihrer Kunden nicht nur in Fragen der Energieeffizienz oder zu Smart-Home-Lösungen. Sie arbeiten am Auf- und Ausbau dezentraler Energieversorgungsstrukturen auf der Grundlage erneuerbarer Energien wie auch an der Errichtung der für die Elektromobilität zentralen Ladepunkte. Nicht minder stark engagiert sind immer mehr Handwerksunternehmer zudem bei der energetischen Optimierung ihrer eigenen Betriebsstätten.
- Alle Handwerksunternehmen – wie auch ihre Kunden – müssen gleichzeitig jedoch energiewendebedingt steigende Strompreise verkraften ebenso wie ein immer engmaschigeres, komplexeres und nicht selten auch in sich widersprüchliches Ordnungs- und Förderrecht. Dessen kontinuierlichen Veränderungen unterminieren das Vertrauen in die – nicht zuletzt auch für Investitions- und Geschäftsmodellentscheidungen unverzichtbare – Verlässlichkeit und Stabilität der staatlichen Rahmenbedingungen.

Bei allem Engagement für und manchem Ärger über die bisherige Energiewende- und Klimaschutzpolitik müssen die Handwerksunternehmen und ihre Kunden zugleich erkennen, dass deren Erfolge weit hinter den politisch festgelegten Zielen und den Erfordernissen zurückbleiben: Das Minderungsziel für Treibhausgasemissionen im Jahr 2020 wird ungeachtet derzeit positiver Entwicklungen im ETS-Bereich absehbar verfehlt. Der Ausbau erneuerbarer Energien stößt immer stärker an die Grenzen nicht hinreichender Netzinfrastrukturen – zwischenzeitlich im Hinblick auf die Windenergie auch an die Grenzen der Akzeptanz vor Ort. Die Dynamik der energetischen Gebäudesanierung bleibt weit hinter dem zurück, was für die Erreichung der klimapolitischen Zielstellungen notwendig ist.

Der ZDH hat sich daher an der seit reichlich einem Jahr sehr intensiven Diskussion um eine Fort- wenn nicht gar Neuentwicklung der Energie- und Klimapolitik von Anfang an intensiv beteiligt. Dabei hat ihn nicht zuletzt das – sehr kritische – Sondergutachten des Bundesrechnungshofs vom 28. September 2018 über die Koordination und Steuerung der Energiewende darin bestärkt, dass Energiewende- und Klimaschutzpolitik in Deutschland einer grundsätzlichen Neujustierung bedürfen.

Zentrales Element hierbei sollte eine ökologisch wie ökonomisch gleichermaßen effiziente CO₂-Bepreisung sein. Dies muss einhergehen mit einer gleichzeitigen Überarbeitung, Vereinfachung und zielgerichteten Fokussierung des Förder- und Ordnungsrechts. Die vollständige Kompensation der aus einer CO₂-Bepreisung resultierenden Kostenbelastungen für Unternehmen und Privathaushalte ist nicht zuletzt zur Gewährleistung gesamtgesellschaftlicher Akzeptanz der weiteren Energiewende- und Klimaschutzpolitik notwendig.

Aus Sicht des Handwerks muss das künftige Design der Energiewende- und Klimaschutzpoli-

tik zudem die Anbietervielfalt auf den Dienstleistungsmärkten für Energie und Effizienz gewährleisten. Wichtige Hinweise hierfür sind die Sicherstellung eines staatlich nicht behinderten Wettbewerbs im Bereich der Energieberatung, die Vermeidung von Anschluss- und Benutzungszwängen im Wärmebereich, die Ausgestaltung von Quartierslösungen, die auch mittelständischen Unternehmen ihre Mitwirkungsmöglichkeiten offen hält nicht zuletzt auch eine nicht einseitig auf industrielle Belange hin ausgerichtete öffentliche Unterstützung der seriellen Sanierung.

Derzeit erreichen den ZDH zahlreiche Gesetzesentwürfe zur Umsetzung des Klimaschutzpakets. Die dabei geäußerten Bitten um Stellungnahmen relativieren sich durch die hierfür gesetzten Fristen gravierend. Solchermaßen kann die von der Bundesregierung angekündigte transparente und mit den Beteiligten abgestimmte Fortentwicklung der Energiewende- und Klimaschutzpolitik schwerlich realisiert werden.

Die nachfolgende Stellungnahme bezieht sich vor diesem Gesamthintergrund auf Aspekte des Klimaschutzprogramms 2030 und des Klimaschutzgesetzes.

Zentrale Herausforderungen

Um den Klimawandel und dessen nachteiligen Konsequenzen so weit wie nur möglich zu begrenzen, ist eine substanzielle Reduktion der weltweiten Emissionsmengen von CO₂ und weiteren Treibhausgasen unabdingbar.

Dieser globalen Herausforderung muss sich auch Deutschland stellen, selbst wenn nur rund zwei Prozent der weltweiten Emissionen auf unser Land entfallen: Substanzielle und ökologisch wie ökonomisch nachhaltige Erfolge können und werden beispielhaft für andere Länder sein. Zudem ermöglichen sie unserer Volkswirtschaft die Wiedererlangung von Kompetenz- und

Technologieführerschaft in dem auch für die kommenden Generationen existenziellen Bereich des Klimaschutzes. So kann auch zukünftig die Nachfrage nach deutschem Know-how und deutscher Technologie zur Stärkung unserer Wirtschaftskraft beitragen.

Eine CO₂-Bepreisung in den bisher nicht vom Europäischen Emissionshandelssystem (ETS) erfassten Bereichen – insbesondere Gebäude/Wärme und Verkehr – kann bei richtiger Ausgestaltung einen wichtigen Impuls für verstärkte Emissionsreduktionen geben.

Ein solcher Ansatz macht jedoch nur im Rahmen einer Generalüberholung der gesamten bisherigen Energiewende- und Klimaschutzpolitik Sinn: In deren bisheriger Ausgestaltung konnten und können – auch bei deren weiteren Modifizierung – die Reduktionsziele absehbar auch weiterhin nicht erreicht werden. Gleichzeitig leiden Wirtschaft und Privathaushalte unter immer höheren Kostenbelastungen, einer unübersichtlichen Förderlandschaft, zunehmend komplexerer Bürokratie und immer rascher aufeinander folgender staatlicher Korrektur Eingriffe. Zudem ist die frühere Technologieführerschaft in Bereichen der Erneuerbaren Energien zwischenzeitlich an andere Länder (z.B. China bei der Photovoltaik) verloren gegangen.

Als lediglich punktuelle Ergänzung dieses offenkundig nicht hinreichend funktionsfähigen Instrumentariums hat auch eine CO₂-Bepreisung in bisherigen Nicht-ETS-Bereich bestenfalls sehr begrenzten Erfolg, was wiederum weiteren Korrekturaktivismus hervorzurufen droht.

Die drängenden Fragen der Jugend nach einem nachhaltigen Umgang mit den endlichen Ressourcen der Erde sind nur allzu verständlich und berechtigt. Aber sie erfordern kluge, tatsächlich nachhaltige Antworten, keinen kurzatmigen Aktionismus. Wenn aus der bisherigen Energiewende- und Klimaschutzpolitik eine Lehre zu ziehen

ist, dann ist es diese: Auch hier muss Sorgfalt vor Schnelligkeit gehen!

CO₂-Bepreisung

Aus Sicht des ZDH muss eine CO₂-Bepreisung im bisherigen Nicht-ETS-Bereich zwei grundsätzlichen Anforderungen gleichermaßen genügen:

- Sie muss klimapolitisch effektiv sein, d.h. einen signifikanten, wenn nicht gar den relevanten Impuls für die Erreichung der politisch gesetzten Reduktionsziele geben.
- Gleichfalls muss sichergestellt werden, dass diese Reduktionsziele zu so geringen gesamtwirtschaftlichen Kosten wie nur möglich erreicht werden können.

Beide Aspekte sprechen uneindeutig für eine CO₂-Bepreisung in Form einer Mengensteuerung in Verbindung mit einem Zertifikatehandel:

- Der große Vorteil einer Mengensteuerung ist, dass damit die ebenfalls quantifizierten Reduktionsziele direkt adressiert werden können, was mittels Ordnungsrecht oder auch durch „ökonomische Hebel“ wie staatliche Preisfestsetzungen oder Förderkonditionen nicht so passfähig gelingen kann.
- Durch den Handel mit Emissionszertifikaten wird ein marktwirtschaftlicher Wettbewerb initiiert, in dessen Ergebnis das einzelwirtschaftliche Kosten-Nutzen-Kalkül der Vielzahl aller Beteiligten und Betroffenen auf die Identifizierung und Realisierung möglichst kostengünstiger Anpassungs- und Vermeidungsmaßnahmen hin gelenkt wird. Der sich hieraus ergebende, sich im Zeitverlauf je nach wirtschaftlichen Gegebenheiten allerdings verändernde Zertifikatspreis zeigt realitäts- und zeitnah an, zu welchen (Grenz-)Kosten die politisch gesetzten Minderungsziele bei den THG-Emissionen realisiert werden können.

Nur durch einen solchen marktwirtschaftlich-wettbewerblichen Such-, Anreiz- und Innovationsprozess kann derjenige Preis identifiziert werden, dessen Lenkungswirkungen bei Sicherstellung gesamtwirtschaftlicher Effizienz unter den gegebenen realwirtschaftlichen Gegebenheiten kompatibel zu den vorgegebenen Reduktionszielen ist.

Die realen quantitativen Lenkungswirkungen eines staatlich festgelegten Preises lassen sich demgegenüber – selbst bei Anwendung höchst komplexer ökonomischer Verfahren – bestenfalls grob abschätzen, was inkompatibel zu den geradezu auf die Tonne hin exakt quantifizierten Reduktionszielen ist. Zudem kann ein staatlich gesetztes Preissignal auch im Hinblick auf die Gewährleistung eines möglichst kosteneffizienten Anpassungspfades auf Grund zwangsläufig begrenzter Informationen für zentrale, staatliche Entscheidungen letztlich nur gewillkürt sein.

Fünfstufige Einführungsphase

Nach bisheriger Planung soll zwar ein marktwirtschaftlicher Lösungsansatz mit Mengensteuerung und Zertifikatehandel eingeführt werden, was der ZDH ausdrücklich begrüßt. Dies ist jedoch erst nach Ablauf einer fünfjährigen Einführungsphase von 2021 bis einschließlich 2025 vorgesehen.

Während dieser Einführungsphase findet faktisch keine Mengensteuerung statt: Zwar ist formal ein „Cap“, also die Reduzierung der bereitgestellten Emissionszertifikate, nach Maßgabe der jährlichen Reduktionsvorgaben für Deutschland aus der „Effort Sharing Decision“, vorgesehen. Eine tatsächliche Begrenzungswirkung hat dies jedoch nicht, da bei Zielüberschreitungen entsprechend besagter Vereinbarung Emissionszuweisungen aus anderen EU-Mitgliedstaaten vom Bund ggf. „hinzuzukaufen“ sind. Dies ist jedoch keinesfalls mit einem Zertifikatehandel zwischen den durch die CO₂-

Bepreisung Verpflichteten gleichzusetzen. Dieser ist während der Übergangsphase vielmehr explizit ausgeschlossen (sog. Banking-Verbot).

Gleichfalls vorgesehen ist, dass der CO₂-Preis während dieser Einführungsphase staatlich vorgegeben wird und dabei von eingangs 10 Euro sukzessive auf 35 Euro im Jahr 2025 steigen soll. Dieser Preispfad ist wissenschaftlich nicht begründbar. Es handelt sich um eine politische Setzung, bei der die Frage, welche Preissignale gesellschaftlich (noch) akzeptabel erscheinen, eine zentrale Rolle gespielt haben dürfte.

Die tatsächlichen Lenkungswirkungen der festzulegenden Preissignale müssen abgewartet werden. Zumindest eingangs ist nicht auszuschließen, dass die vorgesehenen moderaten Preissignale im „Grundrauschen“ der tagtäglichen Preisdynamik der betroffenen fossilen Energieprodukte untergehen.

Begründet wird die Vorgabe eines mehrjährigen, ansteigenden Preispfades damit, dass hierdurch Privathaushalte und Unternehmen – anders als bei freier und damit ggf. volatiler Marktpreisbildung im Zertifikatehandel – ein verlässliches Signal für die Kalkulation künftiger Anpassungsaktivitäten erhielten.

Diese Verlässlichkeit ist jedoch dadurch zu relativieren, dass ein gesetzlich fixierter Preispfad ebenfalls gesetzlich wieder geändert werden kann – sei es, dass sich herausstellt, dass das deutsche Emissionsbudget trotz der neuen CO₂-Bepreisung massiv überschritten wird, sei es, dass in einer späteren Legislaturperiode andere klimapolitische Leitlinien, Ausrichtungen und Steuerungskonzepte verfolgt werden. Zudem bestehen wettbewerbsimmanente Möglichkeiten zur Glättung volatiler Marktpreisentwicklungen. Ansonsten ist der Preis dieser vermeintlichen politischen Verlässlichkeit eine ökonomisch nicht effiziente Energie- und Klimaschutzpolitik.

Unbestreitbar kann ein in sich schlüssiges, funktionsfähiges System aus Mengensteuerung und

Zertifikatehandel – wie es im ETS erfolgreich realisiert ist – nicht binnen kurzer Frist für die Bereiche Gebäude und Verkehr realisiert werden. Insoweit ist eine befristete Aufbauphase sehr wohl gerechtfertigt, um die erforderlichen Erfahrungen zu sammeln und verfahrenstechnisch umzusetzen.

Allerdings umfasst die Einführungsphase die Hälfte der Zeitspanne, die für die Zielerreichung bis 2030 überhaupt zur Verfügung steht. Gegebenenfalls hat sich jedoch dann bis 2026 ein so hoher „Emissionsminderungs-Rückstau“ gebildet, dass er in den noch verbleibenden fünf Jahren selbst im Rahmen einer funktionsfähigen Mengensteuerung unter auch ökonomisch vertretbaren Bedingungen nicht mehr abgebaut werden kann.

Angesichts dessen plädiert der ZDH für eine substanzielle Verkürzung dieser Einführungsphase auf höchstens drei Jahre. In dieser Zeit sollte es gelingen, funktionsfähige Strukturen und Verfahren für eine tatsächliche Mengensteuerung in Verbindung mit einem tatsächlichen Zertifikatehandel aufzubauen.

Dessen ungeachtet ist weiterhin offen, welche Rechtsnatur die CO₂-Bepreisung zumindest während der Einführungsphase tatsächlich hat. Die zwischenzeitlich gefundene Sprachregelung, es handle sich um eine „nichtsteuerliche Abgabe“, wirft mehr Fragen auf, als dass sie zur Klärung beiträgt. Möglicherweise anstehende gerichtliche Prüfungen gehen gleichfalls zu Lasten der erforderlichen Verlässlichkeit staatlicher Rahmensetzung.

Vorgabe von Mindest- und Höchstpreisen

Der Einführungsphase soll eine tatsächliche Mengensteuerung in Verbindung mit einem dann gleichfalls tatsächlichen Zertifikatehandel folgen. Dies begrüßt der ZDH vor dem Hintergrund der voranstehend genannten Aspekte ausdrücklich.

Als problematisch wird jedoch die – nach bisheriger Planung zumindest im ersten Jahr der Mengensteuerung, d.h. 2026, vorgesehene – Vorgabe einer Preisspanne angesehen, innerhalb derer sich der Zertifikatspreis nur bewegen darf. Dies kann zur substanziellen Beeinträchtigung der Lenkungslogik dieses marktwirtschaftlichen Ansatzes führen:

- Unterschreitet der vorgegebene Mindestpreis den (erst noch zu findenden) „richtigen“ Marktpreis, ist das zwar unerheblich, da dieser Mindestpreis dann gar nicht wirksam wird. Gleiches gilt für den Fall, dass der festgelegte Höchstpreis oberhalb des „richtigen“ Marktpreises liegt.
- Liegt jedoch der fixierte Höchstpreis unterhalb des „richtigen“ Preises, kann das quantitative Reduktionsziel nicht erreicht werden.
- Demgegenüber führt ein vorgegebener Mindestpreis, der oberhalb des „richtigen“ Preises liegt, zu höheren gesamtwirtschaftlichen Kosten, als sie für die Erreichung des quantitativen Minderungsziels erforderlich wären.

Der ZDH interpretiert die nach aktueller Planung für 2026 vorgesehene Preisspanne als politisch begründete Vorsichtsmaßnahme im Hinblick auf einen möglicherweise „überschießenden“, gesellschaftlich ggf. nicht akzeptablen Zertifikatspreis, wobei der Preis für diese Vorsichtsmaßnahme auch hierbei eine mengenmäßige Zielverfehlung sein kann.

Bleibe es auch in den Folgejahren bei der Vorgabe einer Preisspanne, würde die intendierte Wirkungslogik des Zertifikatehandels grundsätzlich beeinträchtigt bleiben. Sofern aus politischen Überlegungen die Vorgabe einer Preisspanne weiterhin als unverzichtbar angesehen wird, sollte sie unbedingt auf ein Jahr begrenzt bleiben.

Die Diskussion um Mindest- und Höchstpreise verweist auf ein grundsätzliches Problem: Tat-

sächlich weiß – auch in Wissenschaft und Politik – weiterhin niemand, mit welchen Kosten die bis 2030 gesetzten Emissionsminderungsziele für die Bereiche Gebäude und Verkehr wirklich verbunden sein werden. Dieses Wissen kann faktisch erst im Ergebnis eines tatsächlichen Zertifikatehandels ohne Vorgabe einer Preisspanne entstehen.

Politische Vorsicht mag Begründung dafür sein, diese tatsächlichen Kosteneffekte nicht offensichtlich werden zu lassen. Dann und damit jedoch fehlt nicht zuletzt den Wahlbürgern eine transparente Informationsbasis für eigene rationale Entscheidungen zu Fragen der Energiewende- und Klimaschutzpolitik!

Aufkommensneutralität

Im Vorfeld der Entscheidung zur Einführung einer CO₂-Bepreisung bestand in den einschlägigen Diskussionsprozessen weitestgehendes Einvernehmen darüber, dass eine CO₂-Bepreisung aufkommensneutral auszugestalten ist. Dies bedeutet, dass das Aufkommen aus der CO₂-Bepreisung in seiner Summe, ggf. abzüglich der Verwaltungskosten, an diejenigen zurückfließt, die auf Grund der Bepreisung höherer Energiepreise zahlen müssen. Aufkommensneutralität bedeutet dabei nicht, dass jeder denselben Betrag zurückerhält, der seinen Mehrbelastungen aus der CO₂-Bepreisung entspricht.

Die Gewährleistung der Aufkommensneutralität muss aus Sicht des ZDH folgenden Mindestbedingungen genügen:

- Die spezifischen Mehrbelastungen dürfen nicht nur für die Privathaushalte, sondern müssen auch für die Unternehmen kompensiert werden.
- Mittelständische Unternehmen dürfen im Gesamtergebnis nicht – wie dies bei der EEG-Umlage derzeit der Fall ist – netto

stärker belastet werden als Großunternehmen.

- Aufkommensneutralität darf nicht zum Einfallstor weiterer Umverteilungsprozesse werden. Gleichwohl ist sicherzustellen, dass Personenkreise mit nur begrenzten Möglichkeiten, durch Verhaltens- und Nutzungsänderungen die von ihnen bedingten CO₂-Emissionen zu reduzieren, nicht zu Verlierern einer CO₂-Bepreisung werden.
- Aufkommensneutralität kann und darf schließlich auch nicht bedeuten, dass ohnehin laufende bzw. anstehende klimapolitisch motivierte Staatsausgaben – wie z.B. einschlägige Förderprogramme – aus dem Bepreisungsaufkommen (mit)finanziert werden.

Die Gewährleistung umfassender Aufkommensneutralität einer CO₂-Bepreisung ist nicht zuletzt für die Sicherstellung gesamtgesellschaftlicher Akzeptanz unverzichtbar.

Die nun vorgesehene Verwendung des Bepreisungsaufkommens genügt dem Grundsatz der Aufkommensneutralität jedoch bei Weitem nicht: Für die Jahre 2021 bis einschließlich 2023 wird das Finanzaufkommen derzeit mit rd. 19 Mrd. Euro veranschlagt. Die Entlastungsmaßnahmen – sukzessive, allerdings sehr begrenzte Absenkung der EEG-Umlage, Erhöhung der Pendlerpauschale ab dem 21. Entfernungskilometer sowie Anhebung des Wohngeldes – sollen demgegenüber einen Umfang von lediglich etwas mehr als 5 Mrd. Euro haben. Der Unterschiedsbetrag von rd. 15 Mrd. Euro soll zur Mitfinanzierung haushaltsrelevanter Ausgabenpositionen eingesetzt werden, selbst wenn diese im Zusammenhang mit dem Klimaschutzprogramm stehen.

Ein wichtiges Ziel der Energiewende- und Klimaschutzpolitik ist, den Anteil aus erneuerbaren Quellen stammender Elektrizität zu erhöhen. Beispielhaft zeigt sich dies an der großen Aufmerksamkeit, die die Elektromobilität im Klima-

schutzprogramm 2030 erhält. Auch unter dem Stichwort der „Sektorkopplung“ soll EE-Strom eine wachsende Bedeutung erhalten, wenngleich sich die ursprünglichen Überlegungen, EE-Strom zur alles dominierenden Form der Energieversorgung in Deutschland zu machen, zwischenzeitlich als auch technisch nicht realisierbar herausgestellt haben.

Ökonomische Voraussetzung für eine steigende Bedeutung des EE-Stroms gegenüber anderen – fossilen – Energieformen und damit für Fortschritte bei der Dekarbonisierung der deutschen Volkswirtschaft ist, dass dessen relativer Preis im Vergleich zu anderen Energieformen hinreichend attraktiv ist. Die relativen Preiseffekte, die zumindest von der bisherigen Energiewende- und Klimaschutzpolitik auf die unterschiedlichen Energieformen – insbesondere den Strompreis – ausgegangen sind, stehen hierzu jedoch in deutlichem Widerspruch:

- Der Jahresdurchschnittspreis für Benzin (Super) liegt derzeit um 41 Prozent über dem Stand des Jahres 2000 (Quelle: Statista).
- Für leichtes Heizöl übersteigt der aktuelle Jahresdurchschnittspreis das Niveau des Jahres 2000 um rd. 66 Prozent (Quelle: Statista)
- Der Strompreis im für Privathaushalte und den handwerklichen Mittelstand relevanten Niederspannungsbereich ist zwischen 2000 und 2019 demgegenüber um knapp 120 Prozent gestiegen, hat sich mithin mehr als verdoppelt (Quelle: BDEW).

Grundsätzlich ist daher zielführend, dass im Klimaschutzprogramm 2030 kompensatorische Preisentlastungen für den Stromverbrauch vorgesehen sind. Deren Dimensionen haben allerdings eher homöopathische Größenordnungen: 2021 soll die EEG-Umlage um 0,25 Cent/kWh reduziert werden, 2022 dann um 0,5 Cent/kWh und 2023 um 0,625 Cent/kWh.

Zunächst einmal jedoch steigt die EEG-Umlage bereits im kommenden Jahr um 0,351 Cent/kWh gegenüber dem aktuellen Stand, mithin bereits stärker, als die für 2021 in Aussicht gestellte Reduzierung im Kontext des Klimaschutzpakets ausmacht.

Angesichts der zu erwartenden weiteren Entwicklung bei den Netzentgelten und nicht zuletzt auch wegen der absehbaren Preiseffekte des Ausstiegs aus der Kohleverstromung sind weitere Strompreiserhöhungen geradezu vorprogrammiert. Vor diesem Hintergrund erscheint die Ankündigung im Klimaschutzprogramm 2030, die darin vorgesehenen Strompreissenkungen erhalten zu wollen, höchst optimistisch, wenn nicht gar wirklichkeitsfremd.

Bis auf Weiteres werden sich die Preisrelationen zwischen Strom und fossilen Energieträgern trotz der vorgesehenen CO₂-Bepreisung bestenfalls graduell verändern. Ein für die „Dekarbonisierung“ wichtiger Lenkungsimpuls kann im Ergebnis gar nicht greifen.

Vor diesem Hintergrund bekräftigt der ZDH seine Forderung, dass das gesamte Aufkommen aus der CO₂-Bepreisung zur Reduzierung des Strompreises verwandt wird, sei es durch die Reduzierung der Stromsteuer auf ihren europarechtlich vorgegebenen Mindestsatz, sei es durch substantielle Reduzierungen der EEG-Umlage.

Angesichts dessen unterstützt das Handwerk die Einforderung, wenn nicht gar Ankündigung substantieller Strompreisreduzierungen, die der Bundeswirtschaftsminister jüngst anlässlich der Bekanntgabe der EEG-Umlage für 2020 verlauten ließ, vollumfassend.

Im Hinblick auf die Reduzierung der EEG-Umlage durch Übernahme eines (wachsenden) Teils der EEG-Differenzkosten müssen allerdings auch beihilferechtliche Unwägbarkeiten rasch geklärt werden: Bisherige Argumentation Deutschlands ist ja, dass der öffentliche Haus-

halt bei der Finanzierung der EE-Ausbauförderung keinerlei Rolle spielt. Vielmehr liege es im freien Ermessen der Energieversorgungsunternehmen, die von ihnen zur Finanzierung der Differenzkosten aufzubringenden Mittel als Umlage privatrechtlicher Natur von den Stromverbrauchern zu erheben – oder eben auch nicht. Daher handle es sich bei der besonderen Ausgleichsregelung – dem Umlagenrabatt für stromintensive Großunternehmen – auch nicht um eine staatliche Beihilfe.

Diese Argumentation hatte bisher vor dem EUGH Bestand, wird jedoch brüchig, wenn künftig ein Teil der Differenzkosten durch den Bundeshaushalt – konkret: aus Mitteln des Energie- und Klimafonds – gedeckt werden soll. Auch diesbezüglich sollte zunächst einmal hinreichende Rechtsgewähr sichergestellt werden.

Angesichts dessen empfiehlt sich, in einem ersten Entlastungsschritt zunächst die Stromsteuer von ihrem aktuellen Stand (2,05 Cent/kWh) auf ihr europarechtlich vorgegebenes Mindestmaß (0,1 Cent/kWh im nichtgewerblichen und 0,05 Cent/kWh im gewerblichen Bereich) abzusenken.

Zudem bedarf die bisherige Erhebung der Umsatzsteuer auch auf staatlich determinierte Bestandteile des Strompreises – wie z.B. Konzessionsabgabe oder EEG-Umlage – einer dringenden Überprüfung.

Steuerliche Sanierungsförderung

Die Einführung einer steuerlichen Sanierungsförderung für selbstgenutztes Wohneigentum steht seit vielen Jahren auf der energie- und klimapolitischen Agenda des Handwerks. Hieraus ist ein signifikanter Anstieg der Sanierungsdynamik zu erwarten. Dass im Rahmen des aktuellen Klimaschutzprogramms 2030 nun ein neuerlicher Anlauf genommen wird, dieses In-

strument einzuführen, wird seitens des ZDH daher ausdrücklich unterstützt.

Die Ausgestaltung als progressionsunabhängiger Steuerabzug von 20 Prozent der Aufwendungen je Einzelmaßnahme und bis zu 40.000 Euro pro Objekt ist ein wichtiger Anreiz für Eigentümer selbstgenutzten Wohneigentums, die notwendigen energetischen Sanierungen in den kommenden Jahren vorzunehmen.

Die geplante Laufzeit von 10 Jahren entspricht der Forderung des ZDH, Förderinstrumente langfristig auszurichten. Damit können sich die Unternehmen aus den betreffenden Handwerks-gewerken sukzessive auf die voraussichtlich steigende Nachfrage nach energetischen Sanierungen einstellen und entsprechende Kapazitäten aufbauen. Zur langfristigen Planungssicherheit muss die Bundesregierung auch in diesem Zusammenhang darauf achten, dass alle beihilferechtlichen EU-Vorgaben eingehalten werden.

Dass die steuerliche Sanierungsförderung alternativ zur bewährten Förderung durch die KfW eingeführt werden soll, wird seitens des ZDH begrüßt. Allerdings sollte überlegt werden, die Förderung von derzeit geplanten 20 Prozent sukzessive den dann eventuell höheren Fördersätzen der derzeit konzipierten „Bundesförderung effiziente Gebäude“ (BEG) anzugleichen. So kann die steuerliche Förderung vollumfänglich als zweite Säule der Gebädeförderung etabliert werden.

Bei der bereits begonnenen Überprüfung der ersten Fördersäule im Rahmen des künftigen BEG ist sorgfältig auf Konsistenz, Zielgenauigkeit, Widerspruchsfreiheit und einen akzeptablen Umsetzungsaufwand zu achten.

Die Auswahl der bei der steuerlichen Förderung begünstigungsfähigen Maßnahmen ist aus Sicht des Handwerks weitestgehend zielführend. Sie sollte jedoch auch die jeweils erforderlichen vorgelagerte elektrische Anlagen und gleichfalls

Aufwendungen für die digitale Ertüchtigung von Gebäuden (Smart Home) umfassen.

Der vom Bundesrechnungshof bemängelte Sachverhalt, dass Bezieher sehr geringer zu versteuernder Einkommen keine Vorteile aus diesem steuerrechtlichen Förderinstrument erzielen können, ist aus der Wirkungslogik dieser Fördertechnik heraus zwar geradezu zwingend. Diesem Personenkreis stehen jedoch die bereits etablierten bzw. im Rahmen der BEG fortzuentwickelnden gebäudespezifischen Förderansätze selbstverständlich weiterhin offen.

Bund und Länder müssen sich im Hinblick auf die finanzpolitischen Aspekte des neuen Instruments zügig abstimmen, damit die steuerliche Sanierungsförderung zum Jahresanfang 2020 beginnen kann und weiterer Attentismus vermieden wird. Dabei verweist der ZDH allerdings erneut auch darauf, dass sich die steuerliche Sanierungsförderung, abgesehen von einer haushalterischen „Anschubfinanzierung“, über steigende Steuereinnahmen und Beitragszahlungen zu den Sozialversicherungen gleichsam selbst refinanzieren wird.

Im Hinblick auf eine steuerrechtliche Unterfütterung des Klimaschutzprogramms wird seitens des ZDH ergänzend angeregt, auch bei vermieteten wie auch betrieblich genutzten Gebäuden verstärkt Anreize für energetische Modernisierungsmaßnahmen zu setzen. Ansatzpunkt hierfür könnte sein, für energetische Sanierungsmaßnahmen entstehende Aufwendungen nicht mehr als abschreibungspflichtigen Herstellungsaufwand zu behandeln, sondern einen sofortigen Betriebsausgaben- bzw. Werbungskostenabzug zu ermöglichen.

Elektromobilität

Die Ladesäuleninfrastruktur soll bis 2030 eine Mio. Ladepunkte umfassen. Hierzu soll bis 2025

die Errichtung öffentlicher Ladepunkte gefördert werden.

Zwar ist das einerseits grundsätzlich zu begrüßen, sofern ohne eine solche Förderung solche Investitionen zumindest im angestrebten Umfang unterbleiben würden.

Andererseits jedoch findet nach allen bisherigen Erfahrungen ein Großteil der Ladevorgänge im privaten Umfeld oder am Arbeitsplatz statt. Die hierfür angedachte Förderung über den Handwerkerbonus reicht bei Weitem nicht aus.

Vielmehr sollte im Bereich privaten Wohneigentums die vorgesehene steuerliche Sanierungsförderung auch die elektrische Anlagentechnik und Ladepunkte umfassen.

Zudem sollten Ladepunkte in Unternehmen mit nicht durchgängig öffentlich zugänglichen Flächen gesondert gefördert werden. So kann die Elektromobilität gerade auch bei den über eine Mio. zumeist kleineren Handwerksbetrieben ausgebaut werden.

Gleichzeitig sind die mit der Stromlieferung an Dritte einhergehenden bürokratischen Pflichten so niederschwellig wie nur möglich auszugestalten, damit Betriebe, die eine eigene Ladesäule zur Nutzung durch Dritte zur Verfügung stellen, keine gegenüber einer reinen Eigennutzung hinderlichen Pflichten zu erfüllen haben.

Unterstützung/Beschleunigung betrieblicher Anpassungspfade

Selbst wenn eine CO₂-Bepreisung den Handwerksunternehmen über ihr Rechnungswesen emissionsrelevante Preis- und damit Kostensignale an die Hand gibt, sind hieraus nicht augenblicklich substanzielle – kosteninduzierte – Anpassungsreaktionen zu erwarten.

Zunächst einmal müssen diese Signale überhaupt klar identifizierbar sein (s.o.). Darüber hinaus sind Umstellungen im Wertschöpfungs-

und innerbetrieblichen Organisationsprozess und erst recht ggf. erforderliche Anpassungsinvestitionen zeit- und kostenaufwändig. Nach allgemeiner Abschätzung im Kreis der Betriebsberater der Handwerksorganisation muss in den kleinen und mittleren Unternehmen durchaus mit einer Wirkungsverzögerung solcher Lenkungseffekte von vier Jahren gerechnet werden.

Dieser Anpassungsprozess kann und muss mittels passfähiger staatlicher Instrumente angestoßen und nach Möglichkeit auch verkürzt werden. In diesem Zusammenhang plädiert der ZDH z.B. dafür, das Instrumentarium der von BMWi und BMU getragenen und von ZDH sowie DIHK umgesetzten „Mittelstandsinitiative Energiewende und Klimaschutz“ gezielt hierauf auszurichten. Ein wichtiger Punkt solle hierbei die Unterstützung bei der Erarbeitung und Implementierung innovativer Effizienzansätze in mittelständischen Unternehmen spielen.

Technologieoffenheit

Ob sich bestimmte Technologien nicht zuletzt auch unter ökonomischen Vorzeichen besser als andere dazu eignen, ein politisch und/oder gesellschaftlich erwünschtes Ziel zu bewirken, kann sich letztlich nur im Ergebnis eines offenen, breiten Innovationswettbewerbs erweisen. Die politische Verantwortung liegt daher darin, diesen Innovationswettbewerb technologieoffen zu ermöglichen und ggf. zu verstärken, nicht jedoch darin, bestimmte Technologien gegenüber anderen zu bevorzugen.

Dieser Grundsatz sollte selbstverständlich auch für die Energiewende- und Klimaschutzpolitik gelten, wird dort jedoch manchmal nicht hinreichend beachtet. Daraus kann die Gefahr erwachsen, dass sich eine ggf. mit Milliardenbeträgen unterstützte „gute“ Technologie als nicht der ökologischen und ökonomischen Weisheit letzter Schluss herausstellt, während andere, politisch eher vernachlässigte, Technologien

nicht die in ihnen steckenden Potenziale entfalten können.

Ob die derzeit in der Politik sehr geschätzte Elektromobilität tatsächlich die in sie gesetzten Erwartungen erfüllen kann, kann sich bestenfalls im weiteren Zeitverlauf erweisen. Daher müssen hinreichende Möglichkeiten zur Nach- und Neujustierungen sichergestellt werden, um ansonsten drohende großvolumige Fehlinvestitionen auf ein Minimum zu begrenzen.

Unter klimapolitischem Vorzeichen darf dabei gleichfalls nicht vernachlässigt werden, dass Elektromobilität nicht originär emissionsfrei ist. Hierüber entscheidet einzig der Strommix mit seinen unterschiedlichen Bestandteilen, die auf absehbare Zeit hin auch fossilen Ursprungs sein werden – selbst wenn an die Stelle der Kohleverstromung in Deutschland eine solche beispielsweise in Polen treten würde und Deutschland von dort grundlastfähigen Strom importiert bzw. importieren muss.

Im Vergleich zur Elektromobilität nehmen andere Antriebsformen bzw. die hierfür erforderlichen Infrastrukturen auch im Klimaschutzprogramm 2030 eine vergleichsweise nachgeordnete Rolle ein. Dabei könnten synthetische Kraftstoffe potenziell dazu beitragen, auch im Bestand bisheriger Verbrennungstechnologien im Mobilitäts- wie auch im Wärmebereich positive Klimaeffekte zu bewirken. Aus aktuellem Anlass ist darauf hinzuweisen, dass in der neuen Wasserstoffstrategie der Bundesregierung neben der stofflichen industriellen Nutzung auch die Potenziale im Wärmebereich hinreichend mitzuberücksichtigen sind.

Eine Abwrackprämie ist, selbst wenn sie nun als Austauschprämie bezeichnet wird, ebenfalls kein Beispiel für Technologieoffenheit. Solche Ansätze sind zudem auch ökologisch nicht über jeden Zweifel erhaben, wenn in die Gesamtbilanz auch die Ressourcen- und Energieverbräuche (und

deren Emissionspotenziale) für die Herstellung der neuen Produkte mit einbezogen werden.

Zunächst einmal hat die Ankündigung dieser Austauschprämie zur Stornierung zahlreicher Aufträge im Bereich des Sanitär-, Heizungs- und Klimahandwerks geführt, um so die neue Förderung in Anspruch – „mitnehmen“ – zu können. Zumindest bis zur gesetzlichen Festlegung der genauen Förderkonditionen wird diese Ankündigung erst einmal neuerlichen Attentismus bewirken. Solche unbeabsichtigten Folgewirkungen ließen sich ggf. durch die rückwirkende, durch einen Stichtag begrenzte Einführung angekündigter neuer Förderinstrumente begrenzen.

Ausstieg aus der Kohleverstromung

Der Ausstieg aus der Kohleverstromung ist integraler Bestandteil des Klimaschutzprogramms 2030. Auch wenn das parlamentarische Verfahren zur Verabschiedung eines Strukturstärkungsgesetzes Kohleregionen bereits kurz vor dem Abschluss steht, ist hierzu seitens des ZDH auch in dieser Stellungnahme Folgendes anzumerken:

Eine nachhaltige Strukturentwicklung wird ohne die Einbeziehung von Mittelstand und Handwerk nicht realisiert werden können. Die Unternehmen in den Kohleregionen stehen vor vielfältigen Herausforderungen, von der Ausbildung und Weiterqualifizierung von Fachkräften bis zur Digitalisierung von Prozessen und Dienstleistungen. Entscheidend wird ebenso sein, Unternehmerpersönlichkeiten bei der Gründung eines neuen oder der Übernahme eines bestehenden Unternehmens zu unterstützen. Leider werden diese mittelstandsspezifischen Dimensionen im bisherigen Gesetzgebungsverfahren nicht hinreichend berücksichtigt.

Sowohl Unternehmen, die bereits in den Revieren tätig sind, als auch potenzielle Neuansiedlungen/Neugründungen brauchen attraktive

Rahmenbedingungen für Investitionen. Daher musste der ZDH mit großem Bedauern zur Kenntnis nehmen, dass die in einem früheren Entwurf des Strukturstärkungsgesetzes vorgesehenen Sonderabschreibungen auf Investitionen aktuell doch wieder gestrichen worden sind. Damit fehlt ein wichtiger und marktwirtschaftlich orientierter Förderbaustein, von dem die regionale Wirtschaft in Gänze profitieren würde. Hier besteht dringender Nachbesserungsbedarf.

In enger Abstimmung mit der EU sollte geprüft werden, ob die deutschen Kohlereviere zu Sonderwirtschaftszonen/Experimentierräumen weiter entwickelt werden können, um neue Regelungen und auf die Gestaltung von Strukturwandelprozessen ausgerichtete Rahmenbedingungen zu erproben. So würden wichtige Erkenntnisse gewonnen, um den späteren Strukturwandel in den anderen europäischen Revieren zielgerichtet zum Erfolg zu führen.

Die im Gesetzentwurf enthaltenen Maßnahmen zur Planungsvereinfachung und -beschleunigung bleiben weit hinter den Anforderungen zurück. Damit die vorgesehenen Infrastrukturen den Strukturwandel wirksam unterstützen können, müssen diese vor allem zeitnah ertüchtigt werden. Großes Potenzial zur deutlichen Beschleunigung der begleitenden Verwaltungsprozesse bestehen in deren Digitalisierung. Die Kohleregionen sollten dementsprechend als Erprobungsräume für die Einführung der digitalisierten Verwaltungsabläufe bei der Umsetzung von Infrastrukturprojekten genutzt werden.

Idealerweise ist der Strukturwandelprozess in den Kohlerevieren mit dem Ende der Kohleförderung und -verstromung bereits weitgehend abgeschlossen. Nur so können die bestehenden wirtschaftlichen Strukturen in den Regionen gestärkt und den Fachkräften vor Ort eine Perspektive geboten werden. Angesichts dessen ist die geplante enge Koppelung der Finanzhilfen an den Ausstiegsfahrplan äußerst problematisch:

Keinesfalls darf der Strukturwandelprozess dadurch gestört werden, dass beispielsweise die Ausbauziele für die erneuerbaren Energien nicht im vorgesehenen Zeitrahmen erreicht werden und aus Gründen der Versorgungssicherheit Kohleleiler daher länger am Netz bleiben müssen.

Um die mit dem Kohleausstieg verbundenen klimapolitischen Ziele auch zu erreichen, muss sich die Bundesregierung verbindlich dazu verpflichten, die hierdurch „frei“ werdenden Emissionshandelszertifikate stillzulegen. Diese von der Kohlekommission in ihrem Abschlussbericht benannte Empfehlung muss klimapolitisch geradezu zwingend umgesetzt werden: Andernfalls würden die entsprechenden Emissionsmengen im Rahmen des ETS in andere Länder verlagert, sodass mit dem teuren Kohleausstieg in Deutschland klimapolitisch insgesamt nichts gewonnen wäre. In welchem gesetzestechnischen Kontext auch immer, muss dies zügig fixiert werden.

Klimaschutzgesetz

Die Energiewende- und Klimaschutzpolitik bleibt weiterhin vornehmlich administrativ ausgerichtet. Dabei und deshalb können die konkreten, quantitativen Beiträge der einzelnen ordnungs- und förderrechtlichen Ansätze zur Erreichung der Emissionsminderungsziele bis 2030 zwangsläufig nur abgeschätzt werden. Vor diesem Hintergrund sind eine jährliche Überprüfung der tatsächlichen Zielerreichung und möglichst zeitnahe Korrekturen des Instrumenteneinsatzes bei Zielverfehlung als Steuerungsansatz faktisch unverzichtbar.

Am Beispiel des Bundesklimaschutzgesetzes zeigt sich jedoch ein grundsätzliches Dilemma dieser administrativer Lenkungslogik: Da „Planabweichungen“ absehbar unvermeidbar sein werden – andernfalls bedürfte es eines solchen Gesetzes ja gar nicht – werden unvorhersehbare

Korrekturen des administrativen Steuerungsrahmens auf der politischen Tagesordnung stehen.

Unternehmen benötigen jedoch für ihre langfristigen Investitions- und Strategieplanungen ein Mindestmaß an Verlässlichkeit der relevanten staatlichen Rahmenregelungen. Diese Verlässlichkeit kann bei weiter dominierendem „Administratismus“ der Energiewende- und Klimaschutzpolitik mithin nicht gewährleistet werden.

Angesichts dessen bleibt zu hoffen, dass die vorgesehene CO₂-Bepreisung mittels Mengensteuerung und Zertifikatehandel so rasch wie möglich ihre Lenkungswirkungen entfalten kann, so dass dann an die Stelle der bisherigen administrativen Koordinierungslogik zunehmend eine marktwirtschaftlich-wettbewerbliche Steuerungslogik treten kann.

Die im Gesetzentwurf vorgesehenen jährlichen Einsparungsziele für die einzelnen Bereiche täuschen eine faktisch nicht realisierbare Planungsgenauigkeit vor. Diese Scheingenauigkeit im Hinblick auf die Setzung von Jahreszielen ist den entsprechenden Vorgaben aus der EU-Klimaschutzverordnung geschuldet. Dies gilt allerdings nicht für die Vorgabe sektorspezifischer (Jahres-)Ziele. Dies sind ausschließlich politische Setzungen in Deutschland im Rahmen des 2016 beschlossenen Klimaschutzplans 2050.

Die jährliche Vorgabe bereichsspezifischer Reduktionsziele ist durchaus hinterfragbar, da es klimapolitisch unerheblich ist, in welchem Bereich welche Mengen Emissionen vermieden werden können. Entscheidend ist vielmehr das Gesamtvolumen an Einsparungen, die dabei nach Möglichkeit dort realisiert werden sollten, wo dies am kostengünstigsten ist.

Angesichts dessen ist positiv zu werten, dass zumindest Planuntererfüllungen in einzelnen Bereichen – und damit seitens der hierfür jeweils federführenden Ministerien – durch Planüberer-

füllungen anderer Ministerien kompensiert werden können und zudem auch zeitlich „vorgetragen“ werden dürfen. Dies schafft wenigstens ein Mindestmaß an ökonomischer Flexibilität und Realität bei der Planerfüllung insgesamt.

./.



Die vorliegende Stellungnahme gibt nicht die Auffassung des Ausschusses wieder, sondern liegt in der fachlichen Verantwortung des/der Sachverständigen. Die Sachverständigen für Anhörungen/Fachgespräche des Ausschusses werden von den Fraktionen entsprechend dem Stärkeverhältnis benannt.

Deutscher Bundestag
 Ausschuss für Umwelt, Naturschutz
 und nukleare Sicherheit
 Ausschussdrucksache
19(16)292-G

zur Anhörung 6.11.19
 04.11.2019

Stellungnahme zur Leitfrage:

»Das Fraunhofer-Institut für Umwelt, Sicherheits- und Energietechnik UMSICHT arbeitet gemeinsam mit der Stahlindustrie an einer Methode, um CO₂ aus der Stahlproduktion als Rohstoff für die chemische Industrie zu gewinnen. Wie wichtig ist für Sie die Kohlenstoff-Kreislaufwirtschaft in der nationalen Klimadebatte und welche Bedeutung messen Sie dem Wasserstoff bei der Erreichung der nationalen Klimaziele bei? Welche Rahmenbedingungen müsste die Politik hier setzen und gehen die entsprechenden Beschlüsse im Rahmen des Klimaschutzprogramms 2030 in die richtige Richtung? «

Prof. Dr.-Ing. Görges Deerberg (goerge.deerberg@umsicht.fraunhofer.de)

Stellvertretender Institutsleiter, Bereichsleiter Prozesse, Fraunhofer Institut für Umwelt-, Sicherheits- und Energietechnik UMSICHT, Oberhausen

Lehrstuhl Umweltwissenschaften, Fakultät Kultur- und Sozialwissenschaften, FernUniversität in Hagen

1. Einführung

17 Partner aus Industrie und Wissenschaft entwickeln im Rahmen des vom BMBF geförderten Projektes Carbon2Chem® Technologien und Systemlösungen, mit denen Hüttengase, die prozessbedingt unvermeidbar bei der Stahlerzeugung anfallen, in Chemikalien, Kraftstoffe und Düngemittel umgewandelt werden können. Durch die chemische Nutzung der kohlenstoffhaltigen Hüttengase gelingt die Substitution fossiler Rohstoffe wie Erdöl oder Erdgas in der Chemie. Der entstehende cross-industrielle Carbon2Chem®-Produktionsverbund aus Stahl- und Chemieindustrie kann CO₂-Emissionen in relevanter Größenordnung vermeiden (Potenzial in der Stahlindustrie in Deutschland: ca. 20 Mio. t_{CO2}/Jahr). Weltweit sind allein mehr als 50 Standorte für World-Scale-Produktion identifiziert, in denen das Konzept eins zu eins umsetzbar ist, indem die deutsche Technologie dort eingesetzt wird. Sehr viel mehr Standorte zur Stahl-, Zement- und Klinkerherstellung sind grundsätzlich ebenso geeignet wie Müllverbrennungs- oder Biogasanlagen.

Im Rahmen der ersten Phase (2016-2020) von Carbon2Chem® wurden die grundlegenden Fragestellungen bearbeitet und festgestellt, dass der Einsatz vorhandener Technologien zur Realisierung des Konzeptes möglich und sinnvoll ist, so dass große Einsparungen an CO₂-Emissionen erreichbar sind. Die Umsetzung der Technologien erscheint ab 2022 bis 2025 in großem Umfang möglich. Voraussetzung ist die ausreichende Verfügbarkeit erneuerbarer Energie, denn zur Aktivierung des Kohlenstoffs aus der Hütte (im Wesentlichen Kohlenmonoxid, CO, und Kohlendioxid, CO₂) ist Wasserstoff aus erneuerbaren Quellen erforderlich.

2. Wie wichtig ist für Sie die Kohlenstoff-Kreislaufwirtschaft in der nationalen Klimadebatte

Eine Wirtschaft ohne Kohlenstoff (Dekarbonisierung) ist nicht realisierbar, denn kohlenstoffbasierte Produkte sind in allen Bereichen des Lebens und Wirtschaftens unverzichtbar. Insbesondere ist eine chemische Industrie ohne Kohlenstoff nicht möglich. Was jedoch gelingen muss, ist eine Defossilisierung. D. h. Kohlenstoff, der neu aus fossilen Quellen (Kohle, Erdöl, Erdgas) gewonnen werden muss, muss vermieden werden, denn bei den meisten Anwendungen gelangt dieser Kohlenstoff bei der Nutzung (Energiebereitstellung durch Verbrennen) oder nach der Nutzung (Müllverbrennung) als CO₂ in die Atmosphäre. Gleichzeitig existieren Anwendungen, bei denen unvermeidbar CO₂ anfällt und emittiert

wird. Zum Teil, weil alternative kohlenstofffreie Technologien nicht bereitstehen (z. B. Stahlerzeugung), oder weil CO₂ zwangsläufig als Nebenprodukt bei der Herstellung entsteht (z. B. Zementproduktion).

In beiden Bereichen findet seit Jahren bzw. Jahrzehnten eine gravierende Effizienz- und Ressourceneffizienzsteigerung statt, auf die die bereits erreichten Emissionsminderungen zurückgehen. Allerdings sind in sehr vielen Prozessen nach den intensiven Optimierungsmaßnahmen die thermodynamischen Grenzen erreicht, so dass weitere Einsparpotenziale nicht zu erwarten sind oder auf Produktionsrückgang beruhen müssten.

CCU-Technologien wie der Carbon2Chem®-Ansatz dienen dazu, diese Prozessketten zu verknüpfen, um den Kohlenstoffbedarf der chemischen und petrochemischen Industrie durch Recycling aus unvermeidbaren CO₂-Quellen zu decken. Damit sind auch dauerhaft verfügbare Kohlenstoffquellen für die chemische Produktion gesichert. Die erforderlichen Technologien stehen größtenteils bereit und müssen lediglich auf die neuen Einsatzgebiete angepasst werden.

Derzeit werden in Deutschland aus fossilen Quellen pro Jahr ca. 57 Mio. t Kohlenstoff chemisch genutzt (ca. 13 Mio. t für Chemieprodukte und ca. 44 Mio. t für Kraftstoffe). Der Bedarf an Chemieprodukten wird tendenziell eher ansteigen. Der Bedarf an fossilen Treibstoffen wird dagegen eher sinken, voraussichtlich jedoch nicht gänzlich verschwinden, denn in Schiffs-, Schwerlast- und insbesondere Flugverkehr kann auch mittel- bis langfristig nicht auf Kohlenwasserstoffe als Kraftstoff vollständig verzichtet werden.

Gleichzeitig setzt die Industrie in Deutschland in sogenannten Punktquellen jährlich unvermeidbare CO₂-Emissionen in Höhe von ca. 26 Mio. t Kohlenstoff frei (Stahl 16 Mio. t Kohlenstoff, Zement 6 Mio. t Kohlenstoff, Müllverbrennung 4 Mio. t Kohlenstoff).

Die Nutzung der Synergien durch Kreislaufschließung zwischen Kohlenstoff- Verbrauchern und Emittenten bildet ein Gesamtpotenzial zur Vermeidung von ca. 95 Mio. t CO₂ pro Jahr (entsprechend 26 Mio. t Kohlenstoff). Wenn man bedenkt, dass bei der Bereitstellung von fossilen Rohstoffen durch Verluste, Förderung, Prozessierung und Transport weitere erhebliche THG-Emissionen erfolgen, ist das indirekte Einsparpotenzial entsprechend hoch (z. B. bei Erdgas mehr als + 50 % bezogen auf die direkten Emissionen bei Erdgas-Verbrennung).

Eine Kohlenstoff-Kreislaufwirtschaft auch auf Basis von CCU-Technologien ist ein wesentlicher Baustein zur gleichzeitigen Senkung der THG-Emissionen in Deutschland und zur Erhaltung der Wirtschaftskraft. Die Technologien stehen zur Verfügung. Dabei sind große Chancen auch für den Technologietransfer und -export auf die internationalen Technologiemarkte zu erwarten. Hinderlich sind derzeit die Marktsituation, denn die fossilen Produkte sind heute kosten- günstiger und risikoärmer zu produzieren, und die Verfügbarkeit von CO₂-freiem Wasserstoff.

3. Welche Bedeutung messen Sie dem Wasserstoff bei der Erreichung der nationalen Klimaziele bei?

Wasserstoff stellt gerade in der rohstoffintensiven Grundstoffindustrie als Rohstoff einen Schlüssel zur Emissionsminderung dar, denn mit ihm muss insbesondere in Chemie- und Stahlindustrie zukünftig ein großer Teil des erforderlichen Reduktionspotenzials gedeckt werden, da der direkte Einsatz von Strom (noch) nicht möglich und in einigen Bereichen auch nicht absehbar ist. Ohne Wasserstoff wird dies in vielen Bereichen nicht gelingen. Dabei ist es absolut essenziell, dass der Wasserstoff CO₂-frei hergestellt wird, da ansonsten THG-Emissionssteigerungen die Folge wären.

Die enormen Reduktionsäquivalente zur Eisenerzverhüttung, um Roheisen zu gewinnen, können heute nur auf Kohlebasis bereitgestellt werden. Carbon2Chem® nutzt Wasserstoff, um das freigesetzte CO₂ für die chemische Produktion zu aktivieren. In der Entwicklung befinden sich auch Prozesse, in denen Wasserstoff direkt in der Stahlerzeugung Kohlenstoff ersetzt. Auch in diesen perspektivischen Prozessen wird Wasserstoff in großen Mengen benötigt. Nach heutiger Schätzung würde ein World-Scale-Stahlwerk Wasserstoff in Größenordnungen von ca. 7 – 10 Mrd. Nm³ pro Jahr verbrauchen¹. Dies entspricht einer Wasser-Elektrolyse mit einem Strombedarf in der Größenordnung von ca. 32-45 TWh (Stahlindustrie gesamt: 26 – 37 Mrd. Nm³, Strombedarf für Elektrolyse 117-167 TWh).

In der chemischen Industrie wird ein ähnlicher Wasserstoffbedarf gesehen, denn die Substitution fossiler Rohstoffe muss durch chemische Aktivierung mit Wasserstoff erfolgen. E-Chemicals oder E-Fuels basieren in der Regel auf Kohlenstoff aus CO₂, Abfällen, Biomasse etc. und Wasserstoff. Der Wasserstoffbedarf der Chemie kann bei weitgehender Substitution der fossilen Rohstoffe bei 60 Mrd. Nm³ liegen (Strombedarf für Elektrolyse in Größenordnung von ca. 270 TWh).

Wasserstoff kann in vielen Anwendungen fossiles Erdgas ersetzen und in vorhandener Infrastruktur genutzt werden. Dadurch kann Wasserstoff auch zur Defossilisierung in der Mobilität und bei der Wärmebereitstellung beitragen. Durch ihn kann die Kopplung der Sektoren Energiewirtschaft, Verkehr, Industrie und Wärme erfolgen. Der Gesamtbedarf wird derzeit in Größenordnung 200 Mrd. Nm³ entsprechend 900 TWh Strombedarf für Elektrolyse.

Die Wasserelektrolyse ist technologisch weit entwickelt. Der erforderliche dynamische Betrieb wird derzeit auch im großem Maßstab mit absehbarem Erfolg geprüft. Herausfordernd wird die Massenproduktion großer Elektrolyseureinheiten im großen Maßstab, denn heute werden im Wesentlichen Unikate hergestellt. Die weltweit erforderlichen Elektrolysekapazitäten erfordern zudem den Einsatz seltener Metalle (z.B. Iridium) in großem Umfang, was zu Ressourcenproblemen führen kann.

4. Welche Rahmenbedingungen müsste die Politik hier setzen und gehen die entsprechenden Beschlüsse im Rahmen des Klimaschutzprogramms 2030 in die richtige Richtung?

Die Versorgung mit erneuerbarer Energie (EE) ist eine Grundvoraussetzung für das Erreichen der Klimaziele. Nach aktuellen Schätzungen reicht eine nationale EE-Stromerzeugung nicht aus. Der aktuelle jährliche Primärenergiebedarf Deutschlands beträgt ca. 3600 TWh, der überwiegende Teil davon wird als fossiler Rohstoff (Kohle, Erdöl, Erdgas) importiert und zur Nutzung als Kraftstoff, zur Wärmebereitstellung, zur Verstromung oder als Rohstoff benutzt. Die Erzeugung erneuerbaren Stroms beträgt dagegen ca. 430 TWh (2018).

Durch Sektorkopplung und die Defossilisierung der Wirtschaft wird der Bedarf an erneuerbarem Strom bis zum Jahr 2050 in Größenordnungen von bis zu 3000 TWh oder mehr ansteigen. **Es ist daher klar, dass auch weiterhin Energie, jetzt allerdings erneuerbare, importiert werden muss. Dies erscheint sowohl aus wirtschaftlicher Sicht (erneuerbare Energie kann andernorts besser bereitgestellt werden) als auch aus Sicht der Außenhandelsbilanz geboten. Der enorme Bedarf an Wasserstoff erfordert eine Wasserstoffinfrastruktur,** die teilweise synergistisch mit der heutigen Erdgas-

¹ Wasserstoff als Schlüssel zur erfolgreichen Energiewende: den Einstieg jetzt ermöglichen.

Ein Diskussionsbeitrag der AG Wasserstoff von IN4climate.NRW zur Entwicklung der nationalen Wasserstoffstrategie, <https://www.in4climate.nrw> (10/2019) und eigene Berechnungen

Infrastruktur entstehen kann. Hierzu ist insbesondere in der Transitionsphase neben »grünem Wasserstoff« (auf Basis erneuerbarer Energie) auch »blauer Wasserstoff« erforderlich, der auf Erdgasbasis hergestellt wird, wobei das dabei entstehende CO₂ im Untergrund gespeichert wird.

Wasserstoff ist auch als Energieträger zum internationalen Transport von Energie geeignet. Dazu sind entsprechende Infrastrukturen und Kooperationen zu unterstützen und aufzubauen.

Die Beschlüsse im Rahmen des Klimaschutzprogramms gehen in die richtige Richtung.

Es wären weitere regulatorische Voraussetzungen und wirtschaftliche Anreize förderlich¹:

- **Schaffung zusätzlicher Kapazitäten für Strom aus erneuerbaren Energien für die Produktion von Wasserstoff:** Für die Produktion von grünem Wasserstoff in Deutschland entsteht ein zusätzlicher Bedarf an Strom aus erneuerbaren Energien. Damit die Wasserstoffproduktion nicht die Treibhausgasminde rung in anderen Bereichen beeinträchtigt, müssen daher zusätzliche Kapazitäten über den von der Bundesregierung geplanten Ausbaukorridor hinaus bereitgestellt werden. Elektrolyseanlagen müssen dabei flexibel betreibbar sein (entspricht dem aktuellen Stand der Technik) und zur Stabilisierung des Stromnetzes bei fluktuierender Stromproduktion aus erneuerbaren Energien beitragen können.
- **Einführung handelbarer Herkunftsnachweise für Wasserstoff:** Es werden Herkunftsnachweise für Wasserstoff benötigt, die über dessen Beitrag zur Reduktion von Treibhausgasemissionen Auskunft geben und auf CO₂-Minderungsziele (zum Beispiel im Rahmen der Erneuerbare-Energien-Richtlinie RED II) anrechenbar sind. Entsprechende Systeme sind europaweit aufzubauen. Dabei muss für grünen Wasserstoff gewährleistet sein, dass der für die Produktion verwendete erneuerbare Strom nicht doppelt (im Stromsektor und zum Beispiel im Transportsektor) angerechnet werden kann.
- **Abbau negativer Anreize durch Anpassung des Steuer- und Abgabensystems für Strom:** Notwendig ist eine Anpassung des Steuer- und Abgabensystems für Strom, die den Anforderungen der Sektorenkopplung gerecht wird. Dies bedeutet auch, dass entsprechende Anreize für den Betrieb von elektrisch betriebenen Wasserstofferzeugungsanlagen gesetzt werden. Das derzeit geltende Steuer-, Abgaben- und Umlagensystem, insbesondere die EEG-Umlage, belastet die Verwendung von Strom zum Betrieb von Power-to-X-Anlagen erheblich. Dies stellt ein signifikantes Hindernis für den wirtschaftlichen Betrieb solcher Anlagen dar. Die Regelungen für zuschaltbare Lasten im Stromsystem sollten erweitert werden, so dass die Nutzung von überschüssigem Strom aus erneuerbaren Energien auch in Power-to-Gas-Anlagen attraktiver wird.
- **Setzen positiver Anreize durch Förderung von Wasserstofftechnologien:** Derzeit ist CO₂-frei erzeugter Wasserstoff im Vergleich mit fossilen Brennstoffen nicht wettbewerbsfähig. Deshalb sind (für die Phase der Markteinführung) Instrumente notwendig, die Investitionen in CO₂-frei erzeugten Wasserstoff wirtschaftlich machen beziehungsweise eine Nachfrage schaffen, und so Skalierungs- und Lernkurveneffekte, einen Markthochlauf von Wasserstofftechnologien und den Aufbau der notwendigen Infrastruktur ermöglichen. Aktuell werden verschiedene mögliche Instrumente diskutiert. Dazu gehören Markteinführungsprogramme, eine Quote für CO₂-frei erzeugten Wasserstoff z. B. in Form von handelbaren Zertifikaten, eine OPEX-Förderung über Contracts for Difference, die projektbezogen für einen begrenzten Zeitraum einen festen Preis für die erzielten CO₂-Minderungen garantieren, und die Förderung des spezifischen Einsatzes von Wasserstoff in bestimmten Sektoren. Die Entscheidung über die Einführung eines dieser Instrumente erfordert eine sorgfältige vergleichende Abwägung der jeweiligen Vor- und Nachteile.

Bei der Einführung von Förderinstrumenten muss außerdem sichergestellt sein, dass mit der Produktion von CO₂-frei erzeugtem Wasserstoff nicht ein ungewollter Anstieg der Treibhausgasemissionen an anderer Stelle einher geht. Zudem sollten mögliche Risiken für Carbon Leakage berücksichtigt werden.

- **Frühzeitige nationale Umsetzung der Europäischen Richtlinien (Erneuerbare-Energien-Richtlinie und Strommarktrichtlinie) und Anrechenbarkeit von CO₂-frei erzeugtem Wasserstoff für die THG-Minderungsquote:** Die Erneuerbare-Energien-Richtlinie (RED II) erlaubt es den Mitgliedstaaten, die Nutzung von CO₂-frei erzeugtem Wasserstoff im Raffinerieprozess auf die Erneuerbare-Energien-Quote anzurechnen. Damit würde ein Anreiz für Raffinerien geschaffen, grünen oder blauen Wasserstoff zu verarbeiten und auf diese Weise ihre Emissionen zu senken. In der nationalen Umsetzung in Deutschland bedeutet dies, dass CO₂-frei erzeugter Wasserstoff auf die THG-Minderungsquote gemäß BImSchG anrechenbar gemacht werden muss. Die Umsetzung sollte zeitnah erfolgen, um Rechtssicherheit zu schaffen und Investitionen zu ermöglichen. Die entsprechenden Herkunftsnachweise (siehe oben) sind hierfür Voraussetzung.
- **Konsequente Berücksichtigung von Wasserstoff in den relevanten gesetzlichen Regelungen:** Das technische Regelwerk (DVGW) muss ebenfalls für reine Wasserstoffinfrastrukturen ergänzt werden.
- **-Ergänzung des Netzentwicklungsplan Gas (NEP Gas) für die transparente Entwicklung der Wasserstoffinfrastruktur:** Der NEP Gas hat sich als Koordinierungs- und Steuerungsinstrument für den Ausbau des Erdgasnetzes bewährt und erscheint auch für den Aufbau einer Transportinfrastruktur für den Ferntransport von Wasserstoff geeignet. Es ist zu prüfen, ob Anpassungen des Prozesses notwendig sind, die der hohen zu erwartenden Dynamik im Bereich Wasserstoff Rechnung tragen. Grundsätzlich liegt im Bereich des Aufbaus der Wasserstoffnetzinfrastruktur eine typische »Henne-Ei«-Problematik vor, die mit entsprechenden Maßnahmen und durch koordiniertes Vorgehen von Unternehmen mit Unterstützung der öffentlichen Hand überwunden werden muss. Gegenwärtig ist von großer Bedeutung, dass die Bundesnetzagentur die angemeldeten großindustriellen Produktionsmengen und Bedarfe an Wasserstoff in der Bestätigung des Szenariorahmens für den NEP Gas 2020 berücksichtigt, damit ein zeitnaher Einstieg gelingen kann. Eine kombinierte Planung der Strom- und Gasinfrastruktur ist zudem erforderlich.
- **Erleichterung von Genehmigungsverfahren:** Regulatorische Barrieren für die Genehmigung von Elektrolyseanlagen sollten abgebaut werden, etwa durch eine Harmonisierung der Verfahren zwischen den Bundesländern und einen Austausch zur Genehmigungspraxis zwischen den betroffenen Behörden.

Weitere Maßnahmen können sein:

Anrechnungsfähigkeit von recyceltem CO₂: Das in CCU- Prozessen genutzte CO₂ ersetzt in Nachfolgeprozessen Kohlenstoff aus fossilen Quellen und trägt somit zur Reduzierung der THG-Emissionen bei. Nach derzeitigen Regularien ist die Anrechenbarkeit auf diese Emissionsminderung noch nicht möglich.

Möglichst schnelle Angleichung der CO₂- Bepreisung an das ETS und zügige Verringerung der Zertifikate: Derzeit sind die angesetzten CO₂- Preise im Vergleich zum ETS zu gering und können dadurch aufschiebend wirken. Berechnungen zeigen, dass die Konkurrenzfähigkeit wasserstoffbasierter Produkte erst bei höheren CO₂-Preisen erreicht wird. Je nach Markt, Wasserstoffkosten etc. sind CO₂- Preise von mehr als 100 €/t CO₂ erforderlich, um eine Gleichstellung zu erreichen.

GESETZENTWURF DER FRAKTIONEN DER CDU/CSU UND SPD ENTWURF EINES
GESETZES ZUR EINFÜHRUNG EINES BUNDES-KLIMASCHUTZGESETZES UND ZUR
ÄNDERUNG WEITERER VORSCHRIFTEN

UNTERRICHTUNG DURCH DIE BUNDESREGIERUNG - KLIMASCHUTZPROGRAMM
2030 DER BUNDESREGIERUNG ZUR UMSETZUNG DES KLIMASCHUTZPLANS 2050

Prof. Dr.-Ing. Göрге Deerberg (goerge.deerberg@umsicht.fraunhofer.de)

Stellvertretender Institutsleiter, Bereichsleiter Prozesse, Fraunhofer-Institut für Umwelt-, Sicherheits-
und Energietechnik UMSICHT, Oberhausen

Lehrstuhl Umweltwissenschaften, Fakultät Kultur- und Sozialwissenschaften, FernUniversität in Hagen

Leitfragen

Das Fraunhofer-Institut für Umwelt, Sicherheits- und Energietechnik UMSICHT arbeitet gemeinsam mit der Stahlindustrie an einer Methode, um CO₂ aus der Stahlproduktion als Rohstoff für die chemische Industrie zu gewinnen.

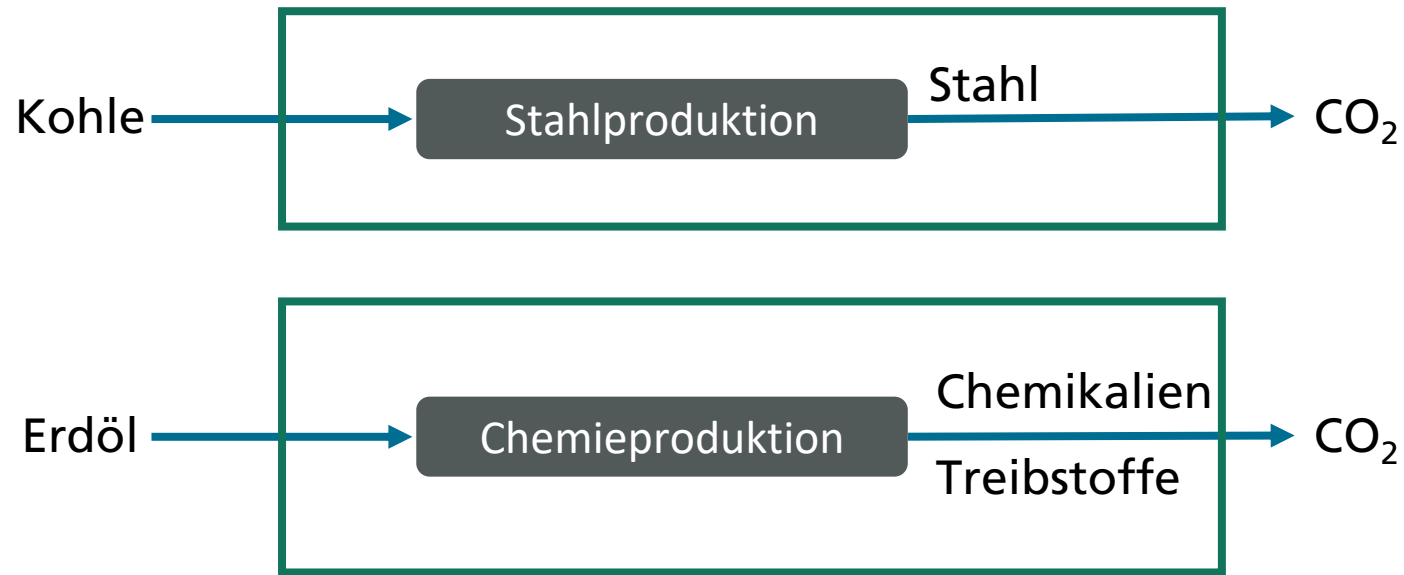
Wie wichtig ist für Sie die Kohlenstoff-Kreislaufwirtschaft in der nationalen Klimadebatte?

Welche Bedeutung messen Sie dem Wasserstoff bei der Erreichung der nationalen Klimaziele bei?

Welche Rahmenbedingungen müsste die Politik hier setzen und gehen die entsprechenden Beschlüsse im Rahmen des Klimaschutzprogramms 2030 in die richtige Richtung?

Einführung Kohlenstoffkreislauf und –recycling

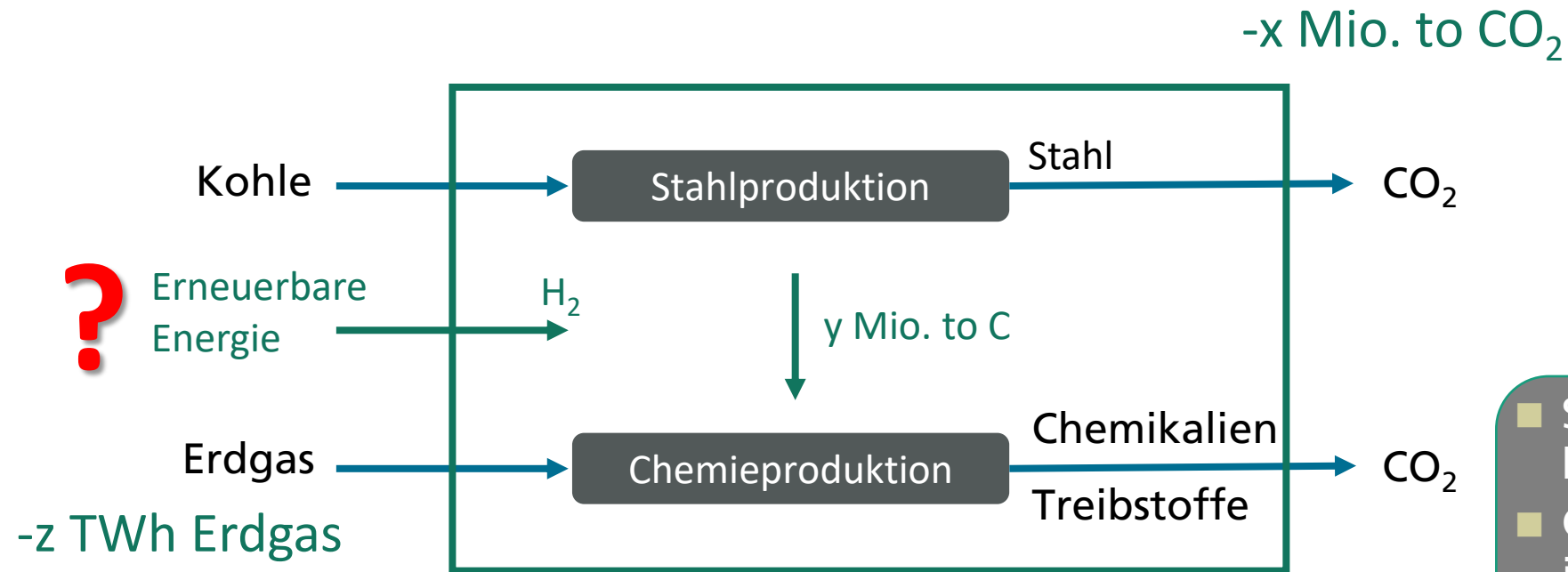
Sektorielle Bilanzgrenzen



Einzelne Industrien in sich weit optimiert – z. T. an thermodynamischen Grenzen

Unterschiedliche Spielregeln

Lösungsidee

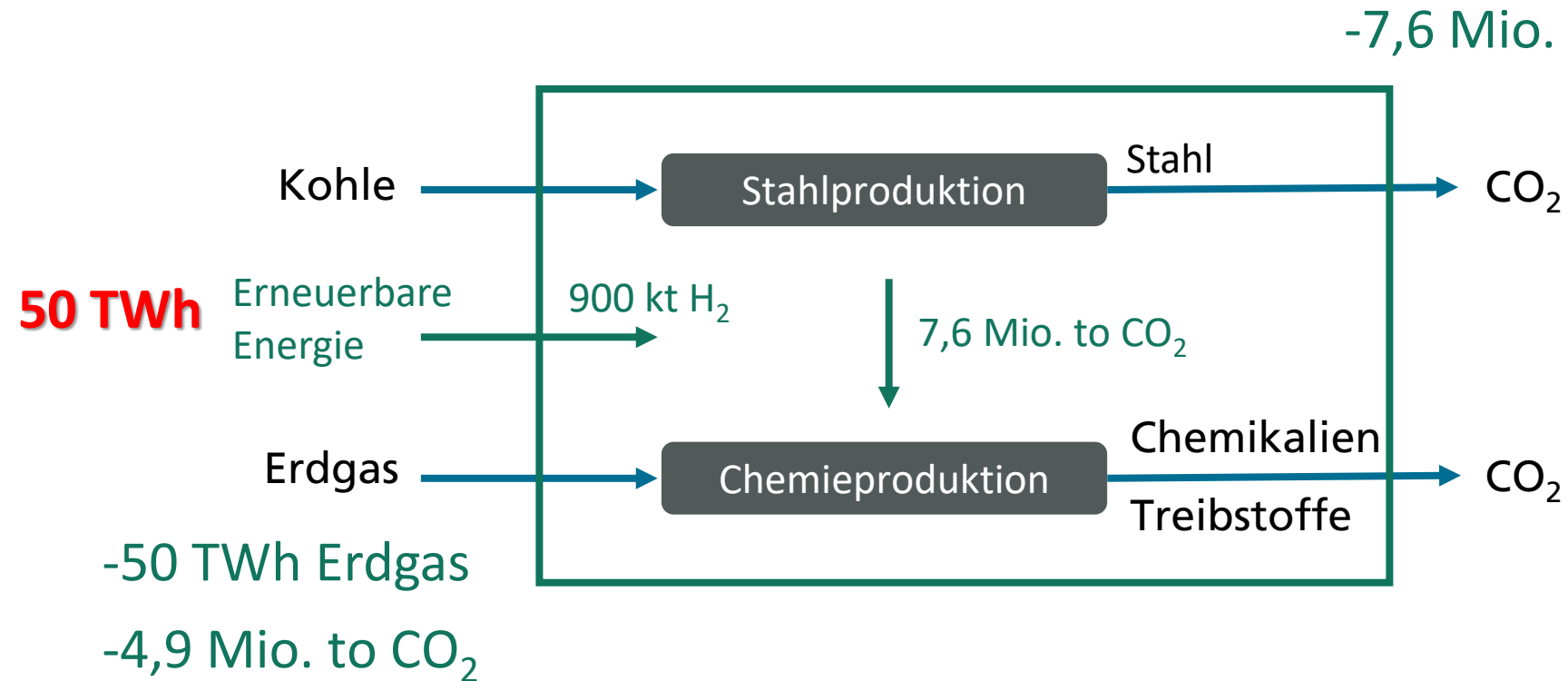


Durch gemeinsame Lösung:
Senkung der Gesamt-CO₂-Emissionen
Sicherung einer verfügbaren Kohlenstoffquelle

- Sinnvoll bei unvermeidbaren CO₂-Emissionen
- Chancen auf internationalem Technologiemarkt (50 Stahl-Standorte)
- Regularien noch nicht geeignet
- Erneuerbare Energie ist der Schlüssel

Beispiel

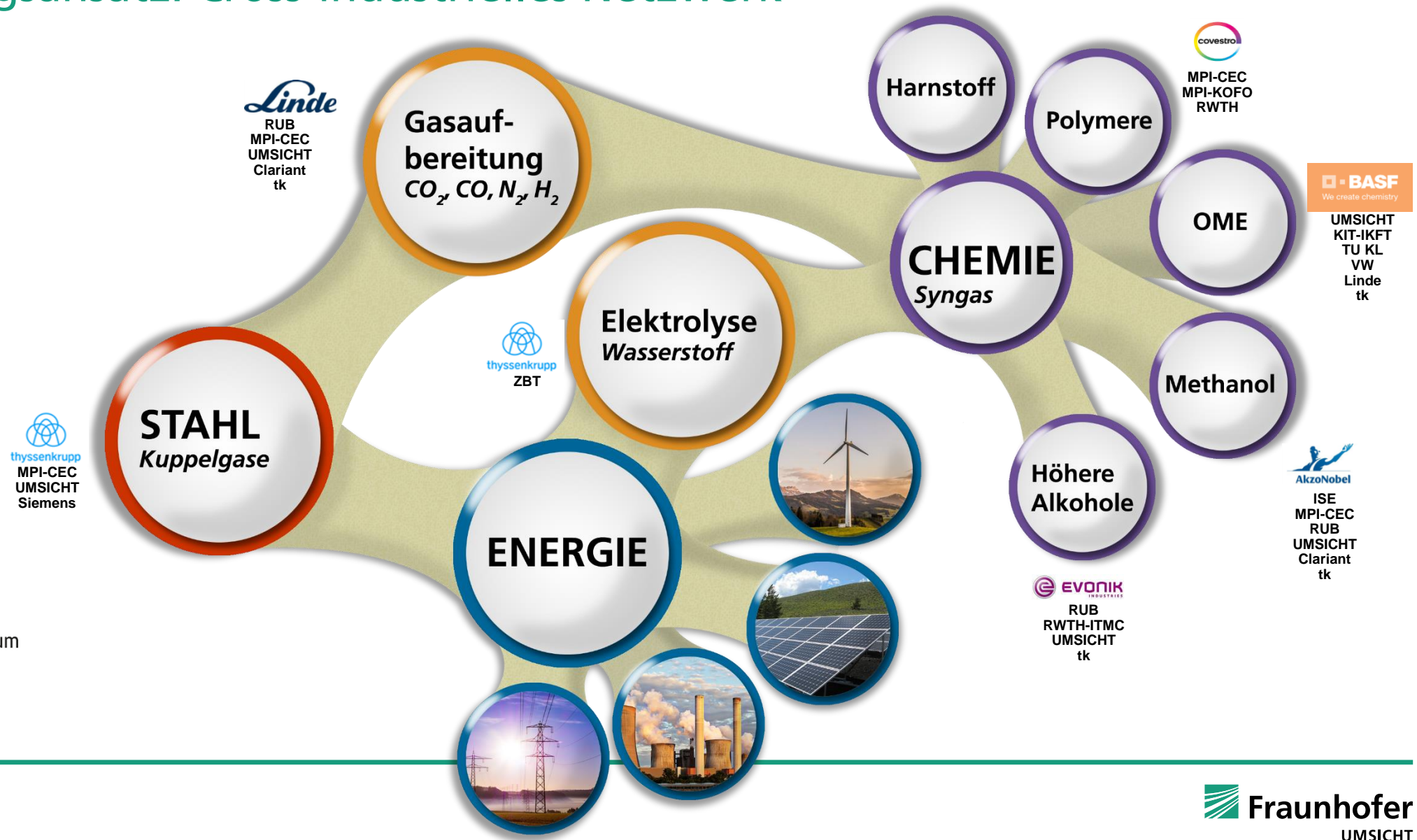
-12,5 Mio. to CO₂



- Sinnvoll bei unvermeidbaren CO₂-Emissionen
- Chancen auf internationalem Technologiemarkt (50 Stahl-Standorte)
- Regularien noch nicht geeignet
- Erneuerbare Energie ist der Schlüssel

Durch cross-industrielle Lösung:

- Senkung der Gesamt-CO₂-Emissionen
- Sicherung einer verfügbaren Kohlenstoffquelle



Kohlenstoffkreislauf und -recycling

Unvermeidbare CO₂-Emission als Rohstoff nutzen

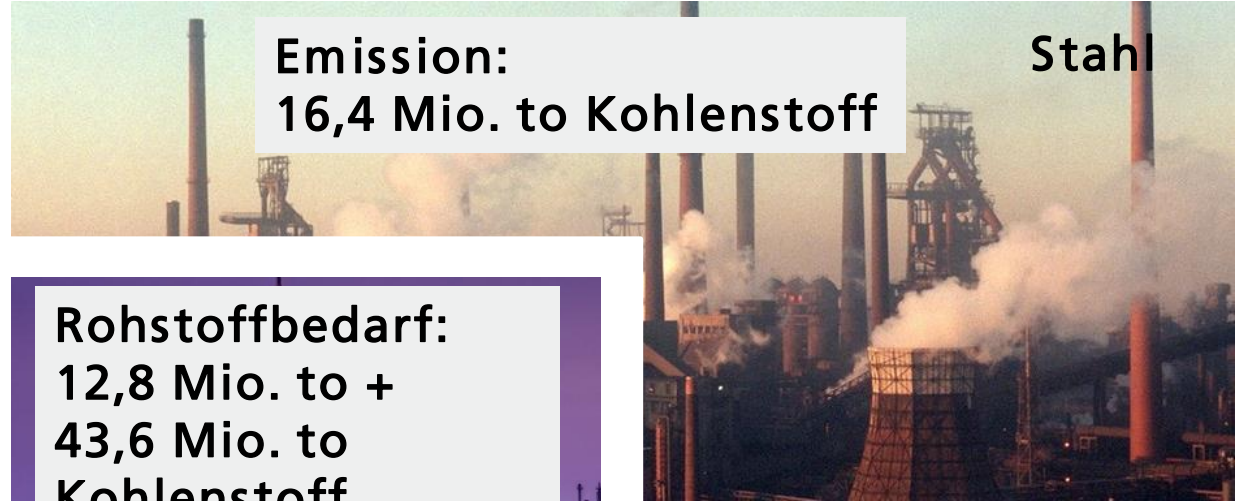
Zement

Emission:
5,5 Mio. to Kohlenstoff



Emission:
16,4 Mio. to Kohlenstoff

Stahl



Rohstoffbedarf:
12,8 Mio. to +
43,6 Mio. to
Kohlenstoff

Chemie
Petrochemie



Erneuerbare
Energie



CO₂-Vermeidungspotenzial
95 Mio. t
Wasserstoffbedarf:
60-90 Mrd. Nm³

Emission:
4,1 Mio. to Kohlenstoff

Abfall



Kohlenstoffkreislauf und -recycling

Unvermeidbare CO₂-Emission als Rohstoff nutzen

Zement

Emission:
5,5 Mio. to Kohlenstoff

Emission:
16,4 Mio. to Kohlenstoff

Stahl

Rohstoffbedarf:
12,8 Mio. to +
43,6 Mio. to
Kohlenstoff

Eine Kohlenstoff-Kreislaufwirtschaft auch auf Basis von CCU-Technologien ist ein wesentlicher Baustein zur gleichzeitigen Senkung der THG- Emissionen in Deutschland und zur Erhaltung der Wirtschaftskraft. Die Technologien stehen zur Verfügung.

CO₂-Ver

Wasserstoffbedarf:
Energie 60-90 Mrd. Nm³

4,1 Mio. to Kohlenstoff

Abfall

Wasserstoff

Wasserstoff wird auch als Rohstoff benötigt

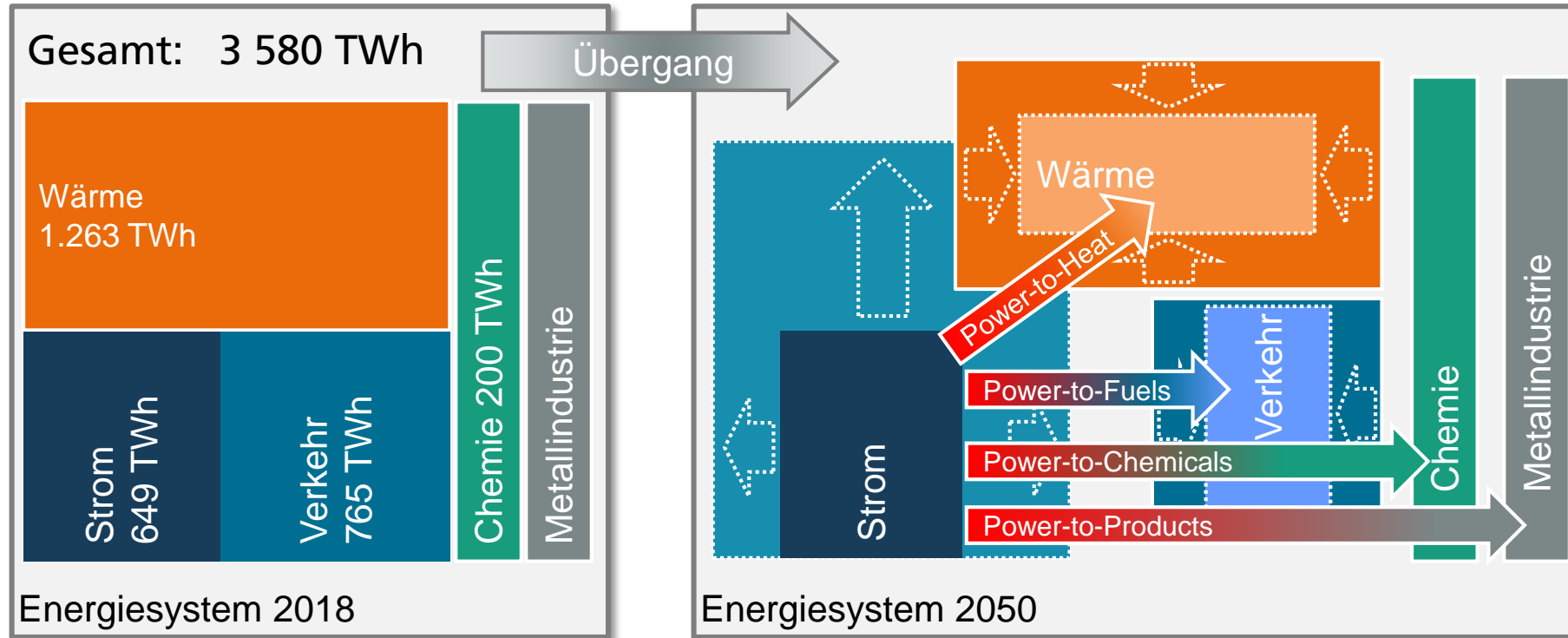
- Stahl: Direktreduktion in der Entwicklung (TRL 4-5)
 - Deutschland: 26 – 37 Mrd. Nm³, Strombedarf für Elektrolyse 117-167 TWh
- Chemie auch in Synergie mit Stahl, Zement, Müllverbrennung ...
 - Deutschland: 60 Mrd. Nm³, Strombedarf für Elektrolyse 270 TWh
- Zusammen mit allen anderen Verbrauchern
 - Deutschland: 200 Mrd. Nm³, Strombedarf für Elektrolyse 900 TWh allein für Wasserstoff

Wasserstoff

Wasserstoff wird auch als Rohstoff benötigt

- Stahl: Die Wasserstoff ist essenziell für die Erreichung der Klimaziele
 - Deutschland Wasserstoff stellt gerade in der Grundstoffindustrie als Rohstoff einen Schlüssel zur Emissionsminderung dar. Wasserstoff kann in vielen Anwendungen fossiles Erdgas ersetzen und in vorhandener Infrastruktur genutzt werden. Dadurch kann Wasserstoff auch zur Defossilisierung in der Mobilität und bei der Wärmebereitstellung beitragen.
- Chemie und Industrie
 - Deutschland Wasserstoffbedarf ist mit nationalen Ressourcen nicht zu decken.
- Zusammenfassung
- Deutschland

Erneuerbare Energie ist der Schlüssel



599 TWh Stromverbrauch

76 TWh Atomkraft
229 TWh Erneuerbare

8.000 TWh Erneuerbare weltweit

Wärme, Mobilität und Power2X:

Strombedarf THG-neutrales Deutschland: zwischen 1300 und 3000 TWh

Potenzial: 360-1000 TWh Erneuerbare in D reicht nicht aus

**Importe sind weiterhin erforderlich -> Wasserstoff
geopolitische Aufgabe + Infrastruktur**

Rahmenbedingungen

- Schaffung zusätzlicher Kapazitäten für Strom aus erneuerbaren Energien für die Produktion von Wasserstoff
- Internationale Kooperationen und Infrastruktur für Import von EE (Wasserstoff) aufbauen
- Einführung handelbarer Herkunftsnachweise für Wasserstoff
- Abbau negativer Anreize durch Anpassung des Steuer- und Abgabensystems für Strom
- Setzen positiver Anreize durch Förderung von Wasserstofftechnologien
- Frühzeitige nationale Umsetzung der Europäischen Richtlinien (Erneuerbare-Energien-Richtlinie und Strommarktrichtlinie) und Anrechenbarkeit von CO₂-frei erzeugtem Wasserstoff für die THG-Minderungsquote
- Konsequente Berücksichtigung von Wasserstoff in den relevanten gesetzlichen Regelungen
- Erleichterung von Genehmigungsverfahren
- Anrechnungsfähigkeit von recyceltem CO₂
- Möglichst schnelle Angleichung der CO₂-Bepreisung an das ETS und zügige Verringerung der Zertifikate

ÖFFENTLICHE ANHÖRUNG

AUSSCHUSS FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ UND NUKLEARE SICHERHEIT

HERZLICHEN DANK

Prof. Dr.-Ing. Göрге Deerberg (goerge.deerberg@umsicht.fraunhofer.de)

Stellvertretender Institutsleiter, Bereichsleiter Prozesse, Fraunhofer Institut für Umwelt-, Sicherheits- und Energietechnik UMSICHT, Oberhausen

Lehrstuhl Umweltwissenschaften, Fakultät Kultur- und Sozialwissenschaften, FernUniversität in Hagen

Die vorliegende Stellungnahme gibt nicht die Auffassung des Ausschusses wieder, sondern liegt in der fachlichen Verantwortung des/der Sachverständigen. Die Sachverständigen für Anhörungen/Fachgespräche des Ausschusses werden von den Fraktionen entsprechend dem Stärkeverhältnis benannt.

Anlage 4



DEUTSCHER
LANDKREISTAG

Deutscher Landkreistag, Postfach 11 02 52, 10832 Berlin

Deutscher Bundestag
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz
und nukleare Sicherheit
Ausschussdrucksache
19(16)292-E
zur Anhörung 6.11.19
01.11.2019

Ulrich-von-Hassell-Haus
Lennéstraße 11
10785 Berlin

Tel.: 0 30 / 59 00 97 – 3 11
Fax: 0 30 / 59 00 97 – 4 00

E-Mail: Torsten.Mertins@Landkreistag.de

AZ: II-770-59

Datum: 1.11.2019

Sekretariat: Steingrüber

An die
Mitglieder des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und nukleare
Sicherheit des Deutschen Bundestages
E-Mail: umweltausschuss@bundestag.de

Nachrichtlich:

Mitglieder des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und nukleare
Sicherheit des Bundesrates
E-Mail: mail-u@bundesrat.de

Herrn Staatssekretär Jochen Flasbarth
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicher-
heit
E-Mail: buero.flasbarth@bmu.bund.de

Herrn Staatssekretär Andreas Feicht
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
E-Mail: buero-st-f@bmwi.bund.de

Stellungnahme des Deutschen Landkreistages zum Entwurf eines Gesetzes zur Einföhrung eines Bundes-Klimaschutzgesetzes, zum Klimaschutzprogramm 2030 der Bundesregierung sowie zum Entwurf eines Brennstoffemissionshandelsgesetzes

Öffentliche Anhörung des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit des Deutschen Bundestages am 6.11.2019

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für die Einladung an den Deutschen Landkreistag, einen Sachverständigen in die öffentliche Anhörung des Ausschusses am 6.11.2019 zu entsenden. Vorab möchten wir Ihnen gerne unsere Anmerkungen zu dem Entwurf eines Gesetzes zur Einführung eines Bundes-Klimaschutzgesetzes (BT-Drs. 19/14337) sowie zum Klimaschutzprogramm 2030 der Bundesregierung (BT-Drs. 19/13900) zukommen lassen, die beide Gegenstand der Anhörung sein werden. Ferner möchten wir Sie in diesem Zusammenhang auf eine kommunalrelevante Problematik im geplanten Brennstoffemissionshandelsgesetz (BR-Drs. 533/19) hinweisen.

An dieser Stelle müssen wir nachdrücklich betonen, dass sich die Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände in der frühen Phase des Gesetzgebungsverfahrens zum Bundes-Klimaschutzgesetz aufgrund der extrem kurzen Fristsetzung des Bundesumweltministeriums zur Abgabe von Stellungnahmen als unakzeptabel dargestellt hat. Dasselbe gilt im Übrigen gleichermaßen für den Entwurf eines Brennstoffemissionshandelsgesetzes sowie für den Gesetzesentwurf zur Umsetzung des Klimaschutzprogramms 2030 im Steuerrecht (BT-Drs. 19/14338), den Gesetzesentwurf zur Entlastung bei den Heizkosten im Wohngeld im Kontext der CO₂-Bepreisung und zuletzt für den Gesetzesentwurf eines Dritten Gesetzes zur Novellierung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes. Eine inhaltliche Mitwirkung der kommunalen Spitzenverbände bzw. eine ausreichende Rückkopplung mit der kommunalen Praxis an diesen

wichtigen Gesetzgebungsprozessen war auf diese Weise nicht möglich. Ein solches Vorgehen ist nicht geeignet, die Akzeptanz in den Kommunen und in der Bevölkerung zu fördern.

In Bezug auf das Klimaschutzprogramm 2030 der Bundesregierung hat überhaupt keine offizielle Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände stattgefunden. Dies widerspricht der geplanten gesetzlichen Regelung in § 9 Abs. 3 Bundes-Klimaschutzgesetz, wonach die Bundesregierung bei der Erarbeitung von Klimaschutzprogrammen in einem öffentlichen Konsultationsverfahren u. a. die Kommunen einbeziehen will. Auch wenn diese Vorschrift selbstverständlich noch nicht in Kraft ist, halten wir es für unglücklich, dass die Bundesregierung gleich zu Beginn der intensiven Anstrengungen mit Blick auf die Klimaschutzziele für 2030 hinter ihrem selbst formulierten Anspruch zurückbleibt.

Zum Entwurf des Bundes-Klimaschutzgesetz

Das Bundes-Klimaschutzgesetz soll nach unserem Verständnis auf der Bundesebene einen übergeordneten Handlungsrahmen für das Erreichen der international vereinbarten Klimaschutzziele festlegen. Wir halten dies für einen wichtigen und richtigen Schritt und begrüßen, dass der Gesetzentwurf in Bezug auf die Ressorts der Bundesregierung klare Zuständigkeiten benennt. Dabei setzen die vorgesehenen Regelungen auf die Fachkompetenz der Ressorts, jeweils geeignete Maßnahmen einzubringen.

Die Landkreise als kommunale Gebietskörperschaften bekennen ebenso zum Klimaschutz und sind bereit, im Rahmen ihrer Möglichkeiten und Aufgaben die Emissionen von klimaschädlichen Treibhausgasen möglichst zu vermeiden. Gleichwohl bewerten wir das in § 13 Abs. 1 des Gesetzentwurfs vorgesehene Berücksichtigungsgebot als einzige Vorschrift in dem Entwurf, die die kommunale Ebene unmittelbar adressiert, aus den nachfolgenden Gründen sehr kritisch und lehnen diese ab.

Ausweislich der Begründung soll das in § 13 Abs. 1 Satz 1 des Entwurfs geregelte Berücksichtigungsgebot der Klimaschutzziele durch alle Träger öffentlicher Aufgaben bei den Ländern und Gemeinden keine neuen Aufgaben begründen. Gleichwohl ergeben sich aus dem Berücksichtigungsgebot für die Landkreise als Träger öffentlicher Aufgaben unmittelbare Verpflichtungen. Die Regelung trifft ausweislich der Begründung nicht nur das fiskalische Handeln der Träger öffentlicher Aufgaben, sondern auch und vor allem das hoheitliche Verwaltungshandeln der Landkreise. Damit müsste künftig bei allen Ermessensentscheidungen der Verwaltung auch der Zweck des Bundes-Klimaschutzgesetzes und die zu seiner Erfüllung festgesetzten Ziele in die Erwägungen und Abwägungen zu diesen Entscheidungen einbezogen werden, um zu ermessensfehlerfreien Entscheidungen zu kommen. Laut der Begründung sollen dabei die Bedeutung der Entscheidung für den Klimaschutz zu ermitteln und Klimaschutts Gesichtspunkte zu berücksichtigen sein, soweit keine entgegenstehenden, überwiegenden rechtlichen oder sachlichen Gründe vorliegen. Dies bedeutet nicht nur einen Mehraufwand für die Verwaltung, sondern auch für Antragsteller künftig höhere Hürden auf dem Weg zu Verwaltungsentscheidungen, wenn gegebenenfalls analog zum Naturschutzrecht künftig sogar ein „klimaschutzrechtlicher Fachbeitrag“ erforderlich wird.

Die in § 13 Abs. 1 Satz 2 des Entwurfs enthaltene Klarstellung, dass die Kompetenzen der Länder und Gemeinden – hier wären unbedingt noch die „Gemeindeverbände“ zu ergänzen, um die Landkreise einzubeziehen – zur Ausgestaltung des Berücksichtigungsgebotes unberührt bleiben, entschärft die Problematik keineswegs. Vielmehr ist zu befürchten, dass kommunale Ermessensentscheidungen aufgrund der bundesrechtlichen Vorgabe selbst dann vor den Fachgerichten angegriffen werden, wenn sie zwar eigentlich keine wirksamen Bezugspunkte zum Klimaschutz aufweisen, jedoch diesen Aspekt bei der Entscheidung nicht gerichts-fest „abgearbeitet“ haben. Die Kreisverwaltungen sollten im Zuge der Verabschiedung des Bundes-Klimaschutzgesetz nicht mit derartigen abstrakten Verpflichtungen belegt werden, die geeignet sind, die Sinnhaftigkeit der Klimaschutzgesetzgebung des Bundes insgesamt in Frage zu stellen ist.

Vielmehr wäre es nach unserem Dafürhalten – soweit dies noch nicht geschehen ist – der richtige Weg, in den einschlägigen Fachgesetzen des Bundes (wie etwa bereits im Baugesetzbuch) und der Länder konkrete Regelungen zum Klimaschutz und dessen Berücksichtigung bei Verwaltungsentscheidungen aufzunehmen. Die unbestimmte Regelung in § 13 Abs. 1 Satz 2 des Entwurfs ist dagegen nur geeignet, unnötigen Mehraufwand und Rechtsunsicherheiten zu erzeugen. Daher sollte die Regelung – wenn dies für die Bundesverwaltung tatsächlich so gewollt ist – ebenso wie § 13 Abs. 2 und 3 des Entwurfs ausdrücklich auf den Bund beschränkt werden.

Klimaschutzprogramm 2030

Aus Sicht des Deutschen Landkreistages ist zunächst festzuhalten, dass Klimaschutz nicht ohne den ländlichen Raum funktioniert. Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung lebt im ländlichen Raum und wird einen Großteil der absehbaren Lasten tragen. Dort befinden sich die meisten Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien (Wind, Bioenergie, Photovoltaik) sowie die dazugehörigen (teils noch zu errichtenden) Übertragungsleitungen. Die Wertschöpfung des naturgemäß besonders betroffenen industriellen Sektors erfolgt zu nahezu zwei Drittel (65 %) in den Landkreisen bzw. zu 54 % in den ländlichen Räumen. Außerdem haben die Menschen längere Arbeitswege und es gibt auch für die Alltagswege im Vergleich zu den Städten weniger bis kaum ÖPNV-Angebote. In dünn besiedelten ländlichen Räumen werden z. B. nur 4 % der Wege mit dem ÖPNV zurückgelegt, über die Hälfte der Verkehre in den ländlichen Räumen sind Binnenverkehre.

Deshalb ist aus unserer Sicht zu begrüßen, dass sich die Bundesregierung im Klimaschutzprogramm 2030 auch Gedanken um die Akzeptanz ihrer Maßnahmen im ländlichen Raum gemacht hat. Hier sind insbesondere die klaren Festlegungen zu den Abständen von Windkraftanlagen zur benachbarten Wohnbebauung (Kap. 3.4.1.2) sowie die Erhöhung der Pendlerpauschale (Kap. 3.3.2) bzw. die Einführung der Mobilitätspauschale zu nennen, damit Menschen, die beruflich auf ein Auto angewiesen sind, nicht übermäßig belastet werden. Die Erhöhung der Pendlerpauschale und die Mobilitätspauschale sind allerdings zeitlich befristet nur für den Zeitraum 2021 bis 2026 vorgesehen. Danach ist für Pendler keine weitere Kompensation mehr geplant. Erforderlich ist für den ländlichen Raum eine dauerhafte Entlastung in diesem Punkt. Zu berücksichtigen ist zusätzlich, dass durch die CO₂-Bepreisung auch der private Individualverkehr im ländlichen Raum verteuert wird, auf den die Einwohner z. B. zur Nahversorgung oder zu Arztbesuchen mangels Alternativen jedoch angewiesen sind. Diese Belastung wird durch die Anhebung der Kfz-Steuer (Kap. 3.4.3.8) noch verschärft.

Mit Blick auf den Verkehr im ländlichen Raum begrüßen wir, dass die Attraktivität des ÖPNV durch Netzausbauten und die Verbesserung der Angebotsqualität nicht allein unter Klimaschutzgesichtspunkten, sondern auch mit Blick auf die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse erhöht werden soll (Kap. 3.4.3.2). Hierfür sollen die Bundesmittel nach dem GVFG ab 2021 auf 1 Mrd. Euro jährlich und ab 2025 auf 2 Mrd. Euro jährlich erhöht werden. Wir begrüßen ausdrücklich, dass in diesem Kontext die bisherige räumliche Konzentration auf die Verdichtungsräume aufgegeben werden soll und die standardisierte Bewertung auch Aspekt der Umwelt- und Klimabelange sowie Aspekte der Daseinsvorsorge berücksichtigen darf. Ferner soll die Modernisierung und klimaschonende Umrüstung von Busflotten durch verstärkte Förderung vorangetrieben werden. Auch die vorgesehene Stärkung des Schienenverkehrs sowohl im Fernverkehr als auch im regionalen Kontext (Reaktivierung, Elektrifizierung) ist zu begrüßen (Kap. 3.4.3.1). Ebenso begrüßen wir, dass die Attraktivität des Radverkehrs erhöht, der Ausbau von Radwegen an Bundesstraßen fortgesetzt und durch zwei Sonderprogramme „Stadt“ und „Land“ die Chancengleichheit für den Radverkehr hergestellt werden soll (Kap. 3.4.3.3). Dort, wo es vom Verkehrsaufkommen und der Verkehrsdichte möglich ist, sollte auch die Möglichkeit von „Schutzstreifen außerorts“ zugelassen werden.

Der geplante Ausbau der öffentlich zugänglichen Ladeinfrastruktur (Kap. 3.4.3.9) als Voraussetzung für Akzeptanz und Zunahme der Elektromobilität muss auch und gerade im ländlichen Raum stattfinden, wo dem Auto als Verkehrsmittel eine deutlich größere Bedeutung zukommt als in den Städten und ein flächendeckender Ausbau des ÖPNV illusorisch ist. Der Umschwung auf alternative Energien muss zudem technologieoffen erfolgen (Stichworte: Power-to-X, Wasserstoff). Wir begrüßen insoweit ausdrücklich das Vorhaben der Entwicklung alternativer strombasierter Kraftstoffe (Kap. 3.4.3.4), zumal die Elektromobilität nicht überall machbar bzw. geeignet ist.

Wir halten es für richtig, dass laut dem Klimaschutzprogramm 2030 für Windenergie-Anlagen ein Mindestabstand von 1.000 m zur nächsten Wohnbebauung festgelegt werden soll, um die Akzeptanz des angestrebten Ausbaus der erneuerbaren Energien zu erhöhen (Kap. 3.4.1.2).

Ebenso halten wir es für richtig, dass die Kommunen die Möglichkeit erhalten sollen, geringere Mindestabstände festzulegen und eine finanzielle Beteiligung am Betrieb der Windräder zu erhalten. Diese finanzielle Beteiligung sollte unseres Erachtens nicht nur für die jeweils betroffene Gemeinde sowie die Nachbargemeinden gelten, sondern auch für den jeweils betroffenen Landkreis. Unter dem Blickwinkel des Gleichheitsgrundsatzes (Art. 3 des Grundgesetzes) halten wir es für geboten, die Möglichkeit der Gemeinden, höhere Grundsteuern für Windenergieanlagen in Sondergebieten zu erheben, auf alle Standorte von Windenergieanlagen auszudehnen, d. h. auch auf Standorte im Außenbereich jenseits von baurechtlich festgesetzten Sondergebieten. Für uns ist nicht nachvollziehbar, dass der vorliegende Gesetzentwurf zur Umsetzung des Klimaschutzprogramms 2030 im Steuerrecht (BT-Drs. 19/14338) eine entsprechende Einschränkung vorsieht. Regelmäßig findet die planungsrechtliche Steuerung der Windenergie im Außenbereich über regionale Raumordnungsprogramme und Flächennutzungspläne statt. Die baurechtliche Festsetzung von Sondergebieten für Windenergie (§ 11 Baunutzungsverordnung) ist dagegen nicht die Regel. Eine sachgerechte Besteuerung von Anlagenstandorten kann jedoch nicht davon abhängen, welches Planungsinstrument maßgeblich für die Genehmigung von Windenergieanlagen ist. Darüber hinaus muss sichergestellt werden, dass Ersatzzahlungen als Kompensation von Eingriffen in Natur und Landschaft durch die Windenergieanlagen auch im Rahmen des Baurechts erhoben werden können.

Um in den Landkreisen die energetische Sanierung von kreislichen Liegenschaften weiter voranzubringen, dürfte es helfen, wenn gemäß dem Klimaschutzprogramm 2030 mit der neu konzipierten Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG) ab 2020 die bestehenden investiven Förderprogramme im Gebäudebereich zu einem einzigen, umfassenden und modernisierten Förderangebot gebündelt werden (Kap. 3.4.2.2). Wir weisen allerdings kritisch darauf hin, dass hiermit weiterhin die ressortbedingte Unterscheidung zwischen den Förderangeboten im Bereich Energie einerseits und im Bereich kommunaler Klimaschutz andererseits bestehen bleibt, der die Förderlandschaft aus kommunaler Sicht unübersichtlicher macht als nötig. Wir sprechen uns daher dafür aus, alle Förderangebote des Bundes in diesem gesamten Themenfeld an einer Stelle zu bündeln. Zum anderen müssen die vom Bund in Aussicht gestellten Förderprogramme möglichst unbürokratisch ausgestaltet sein, damit die Mittel von der kommunalen Ebene auch tatsächlich in Anspruch genommen werden können.

Abschließend ist festzuhalten, dass auch das Klimaschutzprogramm 2030 ein weiteres Grundproblem des kommunalen Klimaschutzes nicht lösen wird. Angesichts der Vielzahl von Förderangeboten des Bundes wird es – aus haushaltsrechtlichen Gründen – weiterhin bei der starken Projektbezogenheit von kommunalen Klimaschutzaktivitäten bleiben. Diese lässt vielfach insbesondere eine dauerhafte Einstellung von qualifiziertem Personal nicht zu und behindert damit die Verstetigung von kommunalen Bemühungen. Hier sollten die zuständigen Länder dringend die dauerhafte Finanzierung solcher Stellen sicherstellen.

Zum Entwurf des Brennstoffemissionshandelsgesetzes

Die mit dem Gesetzentwurf vorgesehene Einführung eines Emissionshandels für die Sektoren Wärme und Verkehr ab dem Jahr 2021 wird das Leben auf dem Land verteuern. Es ist deshalb notwendig, für die Betroffenen nach Kompensationen zu suchen, die die Belastungen auffangen (siehe oben). Wir möchten aber noch auf ein anderes Problem aufmerksam machen:

Der vorliegende Entwurf für ein Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG-E) dürfte nach unserer Einschätzung dazu führen, dass auch für die Erzeugung und Nutzung von Klär- und Faulgas Zertifikate erworben werden müssten. Diese Energieerzeugnisse entstehen bei der kommunalen Abwasserentsorgung. Durch ihre Nutzung heben die für die Abwasserentsorgung zuständigen kommunalen Gebietskörperschaften die gesetzlich geforderten Energiepotenziale und tragen damit zum Klimaschutz bei. Eine CO₂-Bepreisung von Klär- und Faulgas wäre somit kontraproduktiv und würde die Lenkungswirkung in Richtung einer Emissionsminderung in diesem Bereich einschränken. Die genannten Energieerzeugnisse sollten daher vom Emissionshandel ausgenommen werden. Hierfür regen wir an, § 2 Abs. 1 BEHG-E i. V. mit Anlage 1 (zu § 2 Absatz 2) BEHG-E entsprechend anzupassen. Das Gesetz müsste an diesen Stellen eindeutig zwischen den eigentlichen adressierten Brennstoffen (fossile) und den klimapolitisch sinnvollen und gewollten Brennstoffen (erneuerbare) unterscheiden.

Da der vorliegende Gesetzesentwurf die Systematik des Energiesteuerrechts übernimmt, dehnt er den Anwendungsbereich des BEHG auch auf klimapolitisch sinnvoll genutzte Energieerzeugnisse wie Klär- und Faulgas aus. Der Hinweis in der Entwurfsbegründung zu § 2 Abs. 2 Satz 1, wonach unmittelbare Verweise auf Befreiungstatbestände in den aufgeführten Paragraphen des Energiesteuergesetzes (EnergieStG) zu beachten sind, läuft ins Leere, da die einschlägige Steuerbefreiung nicht im § 23 EnergieStG, sondern erst in den folgenden Paragraphen – insbesondere für Klärgas im § 28 EnergieStG – geregelt ist. Die Anwendung des BEHG in der vorliegenden Fassung würde somit das Verheizen von Klärgas entsprechend erheblich verteuern. Gleiches gilt auch für die Einspeisung von Klärgas, das auf Erdgasqualität aufbereitet wird (Bioerdgas). Das BEHG sollte hier ebenfalls den regenerativen Ursprung von Biogas, das aus dem Erdgasnetz bezogen wird, berücksichtigen.

Wir wären Ihnen sehr dankbar, wenn unsere Anmerkungen im Rahmen der anstehenden parlamentarischen Beratungen Berücksichtigung finden würden.

Mit freundlichen Grüßen

In Vertretung



Dr. Kay Ruge
Beigeordneter

Stellungnahme

**DGB**

Die vorliegende Stellungnahme gibt nicht die Auffassung des Ausschusses wieder, sondern liegt in der fachlichen Verantwortung des/der Sachverständigen. Die Sachverständigen für Anhörungen/Fachgespräche des Ausschusses werden von den Fraktionen entsprechend dem Stärkeverhältnis benannt.

Deutscher Bundestag
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz
und nukleare Sicherheit
Ausschussdrucksache
19(16)292-B
zur Anhörung am 6.11.19
01.11.2019

Stellungnahme des Deutschen Gewerkschaftsbundes im Rahmen der öffentlichen Anhörung des Bundestagsausschusses für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit zum Entwurf eines Gesetzes zur Einführung eines Bundes-Klimaschutzgesetzes und zur Änderung weiterer Vorschriften sowie zum Klimaschutzprogramm 2030 der Bundesregierung zur Umsetzung des Klimaschutzplans 2050

Anlage 5

31.10.2019

Klimapolitik der Bundesregierung

Den aktuellen Gesetzgebungsprozess der Bundesregierung zur Umsetzung des Klimaschutzprogramms 2030 kritisiert der DGB scharf. Es ist nicht akzeptabel, dass im Rahmen der Verbändeanhörungen minimalste Fristen gesetzt werden. Dieses Vorgehen, welches zum Standard in der aktuellen Klimapolitik zu werden scheint, wird der komplexen Thematik nicht gerecht. Derart kurze Fristen, wie zuletzt beim Gesetz zur Umsetzung des Klimaschutzprogramms 2030 im Steuerrecht, beim Klimaschutzgesetz, beim Strukturstärkungsgesetz und beim BEHG entziehen der Funktion einer Verbändeanhörung im demokratischen Gesetzgebungsprozess die Grundlage. Die Handlungsnotwendigkeit ist unbestritten, jedoch darf dabei der demokratische Diskurs nicht ausgehebelt werden. Aktivismus hilft weder dem Klima noch einer ausgewogenen und handwerklich gut ausgearbeiteten Gesetzgebung. Daher muss Gründlichkeit vor Schnelligkeit gelten. Vor diesem Hintergrund kommt der parlamentarischen Beratung eine besondere Verantwortung zu.

Grundsätzliche Einordnung

Die Begrenzung des Klimawandels ist eine zentrale Herausforderung unserer Zeit, um unkontrollierbare Schäden für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung der Menschheit zu vermeiden. Vor diesem Hintergrund ist die Erreichung der Klimaziele von Paris notwendig. Im Rahmen der internationalen, europäischen und nationalen Klimaziele steht Deutschland in der Verantwortung, seinen Beitrag zu leisten. Die Bundesregierung hat im Koalitionsvertrag festgelegt, die Klimaziele in einem Gesetz rechtlich abzusichern. Aus Sicht des DGB wird Klimapolitik nur erfolgreich sein, wenn soziale, ökologische und ökonomische Anforderungen wie gute Arbeit oder nachhaltiger Wohlstand gleichermaßen in die Gestaltung der Transformation einbezogen werden. Zudem müssen von der Transformation betroffene Beschäftigte umfassend abgesichert und befähigt werden, neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu erhalten.

Deutscher Gewerkschaftsbund

Struktur-, Industrie- und
Dienstleistungspolitik

Frederik Moch
Abteilungsleiter

frederik.moch@dgb.de
Telefon: +49 30 24060 576
Telefax: +49 30 24060 677

Jan Philipp Paprotny
Referat Umwelt-, Klima- und
Nachhaltigkeitspolitik

janphilipp.paprotny@dgb.de
Telefon: +49 30 24060 303

Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin

www.dgb.de

Die Klimaschutzgesetzgebung sollte deshalb einen umsetzbaren Pfad zur Erreichung der Klimaziele in den einzelnen Sektoren beschreiben. Nationale Klimaziele ohne realistische Umsetzungsmöglichkeiten gefährden hingegen die gesellschaftliche Akzeptanz und das notwendige Vertrauen in den Umbauprozess. Ein gleichermaßen ausgewogenes und verbindliches Klimaschutzgesetz kann hingegen langfristige Planungssicherheit für Beschäftigte sowie für private und öffentliche Investitionen schaffen. So kann der Rahmen für einen investitionsorientierten Umbaupfad gesetzt werden, um die wirtschaftlichen Chancen des Klimaschutzes im Sinne der Modernisierung der industriellen Wertschöpfung und der Stärkung von Guter Arbeit nutzen zu können.

In seiner Wirkung müssen konkrete Klimaschutzmaßnahmen auch im Hinblick auf die Verteilungsgerechtigkeit geprüft werden. Verbrauchergruppen dürfen nicht über ihre Fähigkeiten hinaus belastet werden, um zum einen die Akzeptanz nicht zu gefährden und zum anderen unerwünschte Wechselwirkungen auszuschließen.

Auf der anderen Seite muss Carbon-Leakage und damit die Abwanderung von Unternehmen ausgeschlossen, sowie die Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit – insbesondere auch der energieintensiven Unternehmen – erhalten werden.

a) Klimaschutzgesetz

Mechanismus des Klimaschutzgesetzes

Es ist notwendig, dass die Bundesregierung Klimapolitik als Querschnittsthema aufgreift. Dafür sind klare politische Verantwortlichkeiten der einzelnen Ressorts notwendig, wie es der vorliegende Referentenentwurf des BMU vorsieht. Investitionen in die CO₂-Reduktion werden jedoch in den Sektoren nicht linear, sondern stufenweise wirken. Aus diesem Grund bedarf es flexibler Zielmechanismen, die dem Strukturwandel Gestaltungsspielraum gewähren. Jahresscharfe Sektorbudgets sind daher aus beschäftigungs- und investitionspolitischer Sicht problematisch. Wenn eine jahresscharfe Nichteinhaltung umgehend mit kurzfristig festzulegenden Ad-hoc-Maßnahmen verbunden wird, führt dies im Ergebnis nicht automatisch zu mehr Klimaschutz, aber im schlimmsten Falle zu weniger Akzeptanz in der Bevölkerung. Umso wichtiger ist deshalb eine realistische Abschätzung der CO₂-Minderungspotentiale einzelner Maßnahmen. Zudem hat sich in der Vergangenheit gezeigt, dass Ad-hoc-Maßnahmen die Planungen für Verbraucher, Kommunen und Unternehmen erschweren.

Sinnvoll hingegen ist eine indikative und sektorscharfe Betrachtung auf dem Weg zur Erreichung der Sektorziele 2030, um sicherstellen zu können, dass eingeleitete Maßnahmen auch zu konkreten Reduktionen führen. Daher begrüßt der DGB, dass § 8 Abs. 2 Flexibilität zwischen den Sektoren, gemäß der europäischen Klimaschutzverordnung, einräumt. Diese sollte die Bundesregierung im Sinne kommunizierender Röhren in begründeten Ausnahmefällen einsetzen und dabei gleichzeitig die Zielerreichung in allen Sektoren bis 2030 sicherstellen. Auch darf sie nicht dazu führen, von der beabsichtigten Umsetzung der Empfehlungen der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ abzuweichen.

Sofortprogramme und europäische Verpflichtungen

Die Kosten für den Ankauf von Emissionszuweisungen aufgrund der europäischen Klimaschutzverordnung sollten unbedingt so gering wie möglich gehalten werden. Vielmehr ist es geboten, die notwendigen Investitionen für eine Transformation der einzelnen Sektoren zu mobilisieren, Innovationen anzureizen und dadurch die Treibhausgasreduktion schrittweise voranzutreiben. Entscheidend wird sein, dass die für die Sektoren festzulegenden Maßnahmen diese Investitions- und Innovationswirkung entfalten. Hierbei muss sektorbezogen geprüft werden, welches Maßnahmenprogramm für effektiven und effizienten Klimaschutz sorgen kann. Dabei sind längerfristig angelegte Maßnahmenprogramme kurzfristigen Ad hoc Maßnahmen, wie § 8 Abs. 1 vorsieht, vorzuziehen. Sollten Sofortprogramme nicht vermieden werden können, müssen diese ebenfalls den Kriterien der Sozialverträglichkeit genügen.

Die Bundesregierung steht dabei in der besonderen Verantwortung, ausreichend öffentliche Mittel zur Verfügung zu stellen.

Berichterstattung, Datenerhebung und Folgenabschätzung

Das Klimaschutzgesetz muss klare Vorgaben für die Folgenabschätzung der Maßnahmenprogramme und für das kontinuierliche Monitoring machen. Hierzu bedarf es eines übergeordneten Kriterienkatalogs für die gesamte Bundesregierung, der neben der Erhebung von Emissionsdaten auch einheitliche Indikatoren für die soziale, ökologische und ökonomische Dimension vorschreibt und so für Transparenz und Vergleichbarkeit sorgen kann.

Der DGB begrüßt, dass der Referentenentwurf in § 9 Abs. 2 vorsieht, dass bei der Folgenabschätzung von Maßnahmenvorschlägen soziale und ökonomische Auswirkungen betrachtet werden sollen. Vor diesem Hintergrund ist nicht nachvollziehbar, dass im Rahmen der Überprüfung der Wirksamkeit der Maßnahmenvorschläge lediglich auf die reale Entwicklung der Emissionen nach § 5 geschaut wird. Aus Sicht des DGB ist es hingegen notwendig darzulegen, welche realen sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Auswirkungen eingetreten sind. Daher ist § 5 des vorliegenden Referentenentwurfs um Kriterien der Beschäftigungsentwicklung, Qualität von Arbeit, Verteilungswirkungen, Carbon-Leakage, Effektivität und Effizienz von Maßnahmen sowie die Preisentwicklung für Energie, Mobilität und Wohnraum zu ergänzen. In § 10 sollten demnach die sozialen, ökologischen und ökonomischen Folgewirkungen in die Berichterstattung aufgenommen werden.

Expertenrat für Klimafragen und Konsistenz mit bestehenden Gremien

Die Umsetzung der klimapolitischen Strategie Deutschlands sollte auch unabhängig von der Bundesregierung überprüft werden, um gesellschaftliche Akzeptanz aufrechtzuerhalten und Fehlentwicklungen zu vermeiden. Hierzu kann der vorgeschlagene Expertenrat einen wichtigen Beitrag leisten, wenn er die soziale, wirtschaftliche und ökologische Dimension der Klimapolitik zusammenbringt.

Der DGB geht davon aus, dass bei der Zusammensetzung des Expertenrats die Sozialpartner berücksichtigt werden.

Allerdings ist völlig unklar, auf welcher Grundlage die Kommissionsmitglieder vollumfassend zu ihrer Einschätzung kommen sollen, wenn ausschließlich die Emissionsdaten nach § 5 zugrunde gelegt werden. Hierzu braucht es – wie bereits zuvor beschrieben – eine umfassende Berichterstattung, die über die reine Erfassung von Treibhausgasemissionen hinausgeht.

Außerdem müssen die Aufgaben des Expertenrats in Abgrenzung zu anderen bestehenden Gremien (Gremium zum Energiewende-Monitoring) oder noch zu schaffenden Gremien (Expertengremium aus der Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung) geklärt und in eine konsistente Arbeitsweise gebracht werden.

Einbettung in eine Gesamtstrategie zur Bewältigung des Strukturwandels

Eine Klimaschutzpolitik, die auf reine Reduktion von Treibhausgasemissionen ausgerichtet ist, genügt dem Anspruch eines gerechten Strukturwandels nicht. Vielmehr muss die Treibhausgasreduktion in eine übergeordnete Strategie für die nachhaltige Entwicklung Deutschlands eingebettet werden, die sowohl Klimaschutz adressiert als auch mögliche soziale, ökologische und ökonomische Auswirkungen antizipiert und proaktiv begleitet. Deshalb müssen die klimapolitischen Maßnahmen durch eine aktive Sozial-, Arbeitsmarkt-, Innovations-, Raumordnungs-, Struktur- und Industriepolitik flankiert werden.

b) Klimaschutzprogramm 2030

Wirkungsweise des Klimaschutzprogrammes 2030

Grundsätzlich bewertet der DGB die Logik des Klimaschutzprogrammes positiv, mittels eines Instrumentenmixes aus Förderung, CO₂-Bepreisung, Entlastungen und regulatorischen Maßnahmen einen geeigneten Rahmen zu schaffen und gleichzeitig moderate Signale für den Umstieg auf klimafreundliche Technologien zu setzen.

Aus Sicht des DGB müssen Förderprogramme durch ordnungsrechtliche Regelungen flankiert und schrittweise ersetzt werden. Das Ordnungsrecht fordert alle, wohingegen vorwiegend Haushalte mit höherem Einkommen von anreizbasierten Maßnahmen profitieren, da sie die finanziellen Mittel für Anschaffung von Alternativen haben. Die ordnungsrechtlichen Maßnahmen müssen zudem frühzeitig installiert und im Zeitablauf scharf gestellt werden, damit sich die Bevölkerung und die Unternehmen rechtzeitig auf Alternativen einstellen können.

Jedoch werden alle Anreize und regulatorischen Maßnahmen ihre Lenkungswirkung verfehlen, wenn keine klimafreundlichen Alternativen zur Verfügung stehen. Daher kritisiert der DGB, dass die geplanten Investitionssummen, die über direkte Investitionen sowie Förder-

programme und Steuerentlastungen zur Finanzierung notwendiger Alternativen aufgewendet werden sollen, sowie die Einnahmen des geplanten nationalen Zertifikatehandels deutlich unter dem notwendigen Bedarf bleiben. Der DGB fordert eine massive ökologische Investitionsoffensive mit den Schwerpunkten Mobilität, Infrastruktur und Gebäudesanierung. Dabei spricht sich der DGB gegen eine aus Konsumabgaben finanzierte Klimapolitik aus, die kleine und mittlere Einkommen überproportional belastet. Vielmehr müssen Investitionen über eine stärkere Besteuerung von Vermögen, Erbschaften und Kapital refinanziert werden. Eine restriktive Haushaltspolitik, die sich an schwarzer Null und Schuldenbremse orientiert, ist mit dem Erreichen der Klimaschutzziele nicht vereinbar.

Übergeordnete Bewertung der Maßnahmen

Der DGB begrüßt, dass die Bewertung der Gesamtinderungswirkung des Klimaschutzprogramms durch zwei Gutachter aus BMU und BMWI erfolgen soll.

In den Kurzbeschreibungen wird ausgewiesen, wer an der Umsetzung der Maßnahme beteiligt ist, wann sie umgesetzt werden soll und welche finanziellen Mittel dafür aufgewendet werden müssen. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Betriebsräte oder Gewerkschaften werden nur bei zwei von 60 Maßnahmen als Beteiligte genannt.

Der DGB kritisiert scharf, dass Gewerkschaften und Beschäftigte bei der Umsetzung der Maßnahmen nicht als wichtiger Akteur wahrgenommen werden. Die aktive Mitgestaltung durch Beschäftigte und Gewerkschaften ist unverzichtbar für die erfolgreiche Bewältigung des anstehenden Transformationsprozesses. Betroffene Beschäftigte brauchen zum einen Unterstützung im Anpassungsprozess, zum anderen ist ihr Wissen bei der Umsetzung von Innovationen und alternativen Prozessen auf betrieblicher Ebene essenziell.

Um die Beschäftigten adäquat einzubinden, sollte ein Maßnahmenpaket geschaffen werden, das Beschäftigte aktiv fördert und ihnen Gestaltungsspielraum einräumt.

Die bereits beschriebenen gewerkschaftlichen Anforderungen an die Folgenabschätzung fehlen im vorliegenden Klimaschutzprogramm 2030 gänzlich. Auf dieser Grundlage lassen sich die Maßnahmen nicht ausreichend bewerten. Hierfür braucht es eine realistische und umfassende Auflistung der kalkulierten CO₂-Einsparungen sowie die umfängliche Folgenabschätzung der einzelnen Maßnahmen. Dies muss durch eine Untersuchung der Wechselwirkungen zwischen Maßnahmen und Sektoren ergänzt werden.



Klimaschutz und Gesellschaft

In den Eckpunkten zum Klimaschutzprogramm hieß es ursprünglich, dass es für den Erfolg der Umsetzung einer gesamtgesellschaftlichen Kraftanstrengung bedürfe und deshalb ein Dialog mit den relevanten Akteuren wie der Wirtschaft und den Gewerkschaften initiiert werden solle.

Für den DGB ist klar, dass bei der erfolgreichen Transformation unserer Gesellschaft und Wirtschaft die Einbindung der Sozialpartner unabdingbar ist. Zu einem demokratischen Prozess gehört die Abwägung aller Interessen der relevanten Stake-Holder, um zu einem robusten und tragfähigen Ergebnis zu kommen.

Deshalb ist es nicht nachvollziehbar, dass der in den Eckpunkten des Klimakabinetts vom 20.09.2019 formulierte Dialog zwischen den Interessengruppen sich im Maßnahmenprogramm nicht wiederfindet.

Der DGB hat und wird sich zu einzelnen Maßnahmen im Gesetzgebungsprozess in gesonderten Stellungnahmen äußern.

READING UNIVERSITY



DEBATING JOURNAL

September 19, 2019

Deutscher Bundestag
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz
und nukleare Sicherheit
Ausschussdrucksache
19(16)292-C
zur Anhörung 6.11.19
01.11.2019

<https://readingunidebating.wordpress.com/>

PIERS CORBYN

Man-Made Climate Change Does not Exist!

- Piers Corbyn argues that Man-made Global Warming caused by CO₂ is “nonsense”. Instead, he argues that “In the long run CO₂ levels are an EFFECT NOT A CAUSE of changes in Climate / temperatures,” and that it is the sun that drives climate.
- He challenges whoever is willing in Reading University or other appropriate institutions to a debate on the failed Global Warming scam vs evidence-based science.
- Piers Corbyn is an astrophysicist and Director of WeatherAction long range (months and years ahead) forecasts. He has a First class degree in Physics from Imperial College and an MSc in Astrophysics from Queen Mary College. He has published numerous peer-reviewed scientific papers, starting from an early age, on subjects ranging from meteorology to cosmology and galaxy formation and has presented at many international conferences.

The mainstream media peddle the claim that 97% of (climate) scientists believe in man-made Global-Warming and that, therefore, there is no debate to be had on the subject. This is false and irrelevant. To get the 97% figure, they basically counted people who had mentioned Climate-Change in an abstract or heading of a scientific paper. Dr Legates* has reviewed the work and shows that, in fact, only 0.3% of the papers claim that ‘man had caused most post-1950 warming’. Nonetheless, science isn’t about consensus, it is about facts; and no Global-Warming Inquisition is going to prevent me exposing their nonsensical theories. So here goes.

*Dr David Legates, *Science & Education*
22:2007–2017, 2013

“... not only is the man-made Global Warming story false, the tax and control policies pursued because of it are hugely damaging for ordinary people.”

The CO₂ “Climate-Emergency” story says that the trace gas CO₂ (0.04% of air) is the main “control knob” of weather extremes and climate, and that Man’s CO₂ – 4% of 0.04% of the atmosphere – is a major dangerous factor in this. Therefore, the story concludes, you must be taxed and controlled.

To put that in perspective, imagine if the whole atmosphere is represented by a rod the height of Big Ben’s tower (316ft); the level of CO₂ in the atmosphere is about 1.5 inches (38mm) on top and Man’s contribution to that CO₂ is between 1 & 2 mm – a pigeon dropping – on top. Look at the Big Ben picture and think about what climate alarmists are claiming!



For the CO₂ narrative to be true REQUIRES:

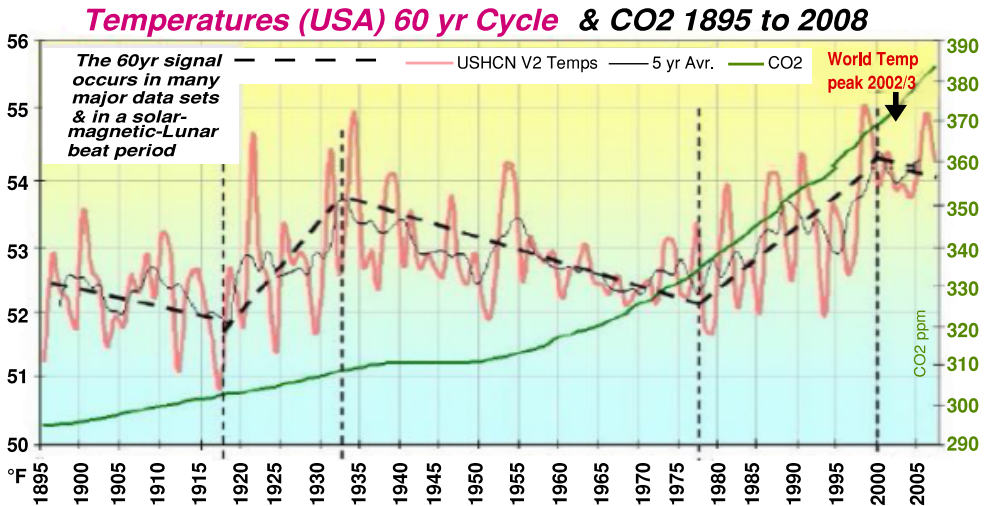
- 1. Man’s (4%) CO₂ to controls the rest of (96%) CO₂.**
- 2. CO₂ to be the main controller of temperature and climate.**

BOTH CLAIMS FAIL AGAINST SCIENCE, and are not made any less false by any number of new or old ‘celebs’ generating large carbon footprints by attending “Save-The-Planet” stunts where they tell us all to not fly, not eat meat, not drive cars, not breath etc. Nor do the industrial scale official temperature data set “adjustments”, alarmist forecasts which never come true, or the hysterical propaganda claims of “record” heat at questionably selected urban heat islands, make falsity valid.

The first contention, the idea that Man’s CO₂ controls the rest of natural CO₂ – plant growth and decay, termite CO₂/Methane production (which is significantly more in net supposed “greenhouse” effect than Man’s – and

thus it is questionable as to why we have not declared war on termites), volcanoes etc etc. – is an absurd conspiracy theory of nature. There is no evidence for this madness. Do termites increase CO2 production when you ride in a bus around your town, simply because your CO2 is human produced?

The second assertion, that CO2 controls climate is negated by observations.

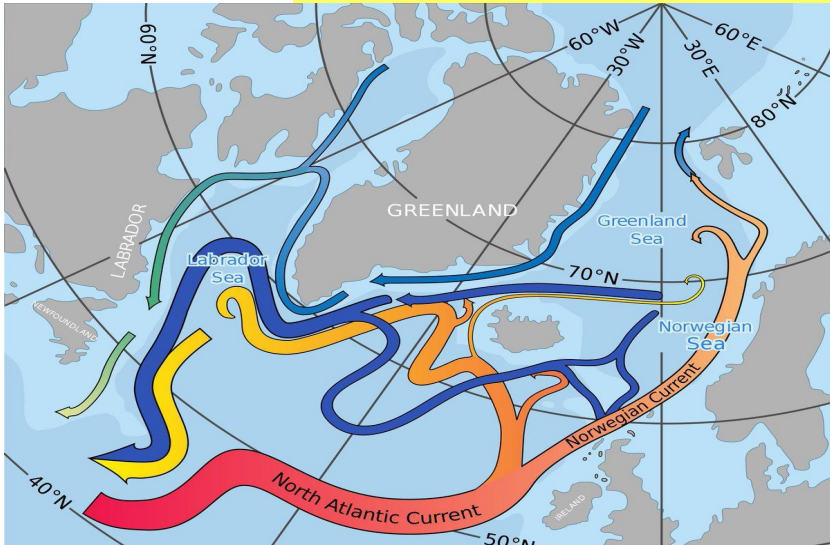


In the long run CO2 levels are an **EFFECT NOT A CAUSE** of changes in Climate / temperatures. Sea temperatures rule CO2 as the oceans hold 50 times more CO2 than the atmosphere. If the sea warms, CO2 is released (like warming a glass of fizzy drink) and if it cools it absorbs CO2 from the air. This happens on a daily/weekly/monthly/yearly basis and on average CO2 in the whole atmosphere stays around for a few years before going back into the upper levels of the ocean or into the soil; CO2 levels in these relatively small changes LAG behind temperature changes. [REF.1,2,3,4,5,8]

On longer time scales extra CO2 emitted from the sea surface in warm periods gets swallowed up into the cold deep ocean by currents off e.g. Greenland and emerges 500-800 years later in the air over the Pacific etc. after a long deep sea trek - see below. So, the amount of CO2 in the atmosphere, over the long run, is an effect, and not a cause, of temperatures and lags behind the climate by about 500-800years.

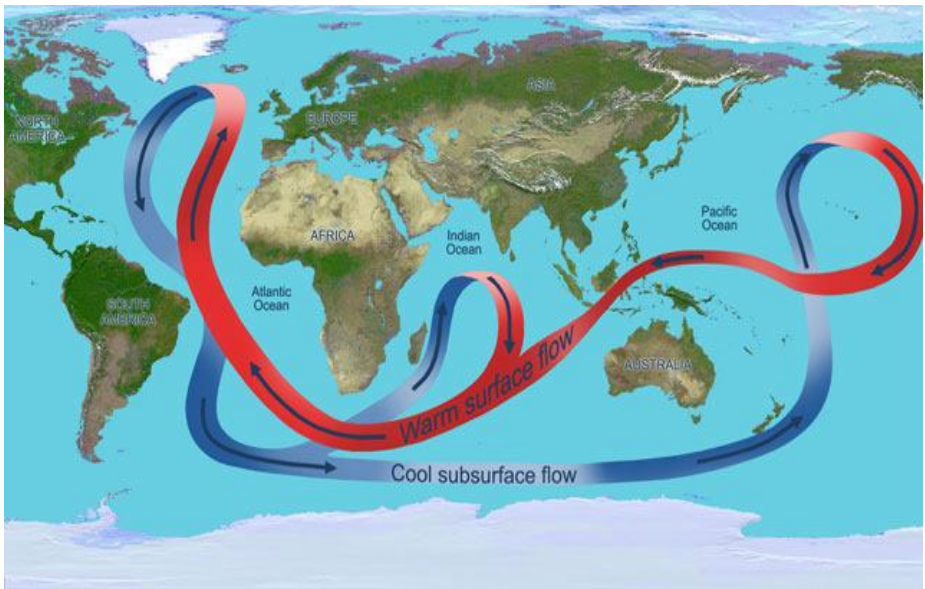
CO₂ levels FOLLOW (sea) TEMPS

- * Dynamic (Sea surface – air): Air residence time ~3yrs
- * Large scale Ocean circulation; CO₂ lags temp ~500-800yr



CO₂ levels FOLLOW (sea) TEMPS

- * Large scale Ocean circulation; CO₂ lags temp ~500-800yr



This is backed up by **observable scientific data**. On the scale of decades over the last hundred or so years, and in spite of what climate alarmists claim, CO2 has been steadily rising while temperatures have oscillated – half the time moving with CO2 and half against – see graph on page 3 of USA temps (pink+black) & CO2 (green). Over a longer period, **ice-core data** shows that CO2 levels, smoothed over centuries, **FOLLOW** world **CLIMATE** temperatures by about 500-800years. This is shown in the graph below (Note here that Time is Right to Left).



At the end of the last ice age temperature changes LEAD CO2 by 800yrs

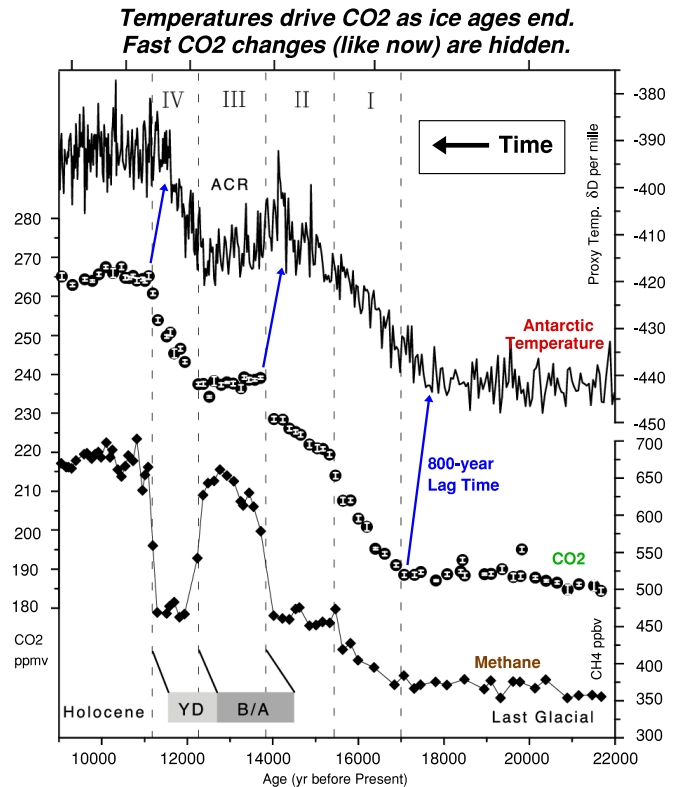
Similar leads are in Antarctic Termination III 240kyr ago. (Caillon et al. Science March 03)

CO2 diffuses through ice

CO2 data points are, at best, 200 yrs apart and show only small variations between points. This is because CO2 is a gas and diffuses into centuries of ice layers. The present CO2 spike will amount to a mere blip in 1,000 years' time.

There is NO Evidence that the present CO2 rapid rise is unique.

Inconvenient Truths for GW Orthodoxy!

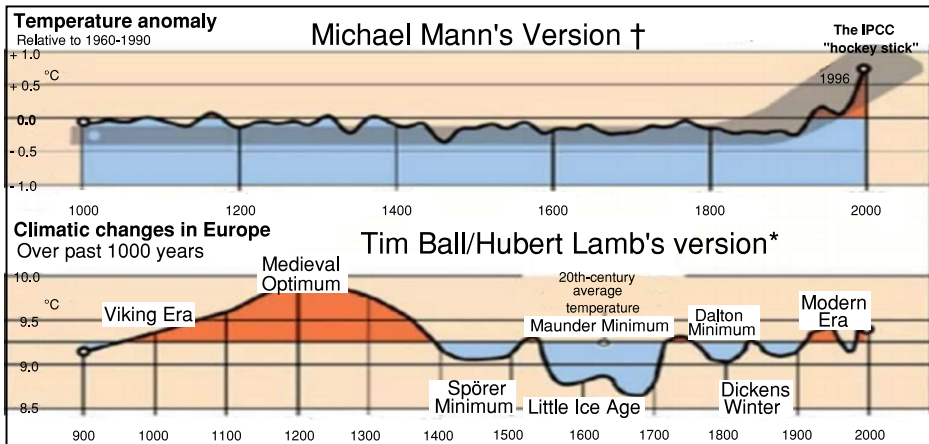


The current increase in CO2 levels in the last 100 years is an after effect of the medieval warm period. This took place around 500-800 years ago and was warmer than our current period, despite having fewer people burning fewer fossil fuels, by about one degree worldwide, or at least two degrees in parts of temperate zones. It was a period of economic boom for most of Europe where crops grew faster etc. But most importantly, it was the heat-

ing during that period which has been driving the rising CO2 in the atmosphere over the last hundred or so years.

This “tail wagging dog” problem is known to Climate Scientists. Their response is something like “Yes but the extra CO2 that comes off AFTER temperatures go up then makes it extra warm.” This assumes what it’s trying to show – that CO2 has warming powers – and means there would have to be another peak or raising of temperatures AFTER the peak or top level in CO2. THAT IS NOT OBSERVED (check the graph on page 5 for yourself).

Battle of the graphs: Mann versus Ball



*Originally established by Prof Hubert Lamb (UEA-CRU) and accepted by the IPCC in 1990.

†Hockey stick graph REF.6

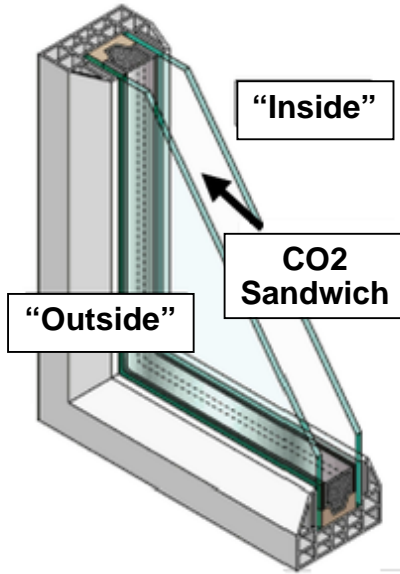
Global warmist Iconic Hockey stick graph is fraud - Official

- The contentious - widely shown by the BBC, Exinction Rebellion and the IPCC - “Hockey Stick” graph, showing pretty uniform world temperatures for a thousand years until a recent supposed man made large increase, is now proven fraud.
- The recent court judgement in Canada in which Michael Mann lost his libel against Tim Ball for refusing to provide evidence that his (in)famous graph wasn’t fraud means the main icon and evidence of the Global warmist lobby is destroyed.

The CO2 double glazing business that went bust!

The idea was that the CO2 sandwiched between the glass panes sends extra heat “back” to the inside. Really? Why not send extra heat “back” to the other side (“outside”)? The window does not know which side is which! What if the CO2 sandwich window is between two rooms at the same temperature? It sends extra heat to both? Where did the extra heat come from?

Something for nothing again! - Bad Physics!



The idea that CO2 has magic warming powers is based on Fake Physics!

The BBC and schools use a “back radiation” explanation of Global warming by a “CO2 blanket” – that is, the increased CO2 in the atmosphere forms a blanket preventing heat returning into space, thus keeping the Earth warm. An American double-glazing company apparently believed this nonsense and tried to make “better double glazing” by putting CO2 into the inter-glass space – yes, they went bust... [REF.7]

This is because it is contrary to basic physics! Objects in a “radiation enclosure” will actually balance out to the same temperature (reach equilibrium) **independent of their colour** (Physics is non-racist!). A white, grey or black ball will warm at different rates, yes, but they reach the same temperature (absorption=emissions) – and this is the same for regions of CO2 enriched air. Indeed, if their nonsensical theory was true, the CO2 would emit more heat than it would absorb, from which we could power a heat engine forever, thus breaking the first law of thermodynamics (as we get something for nothing). The second law of thermodynamics (a receiving object cannot get hotter than its source) is also broken, because the theory requires extra CO2 in the atmosphere to get extra warm compared with its

source (the earth), which it sends back making the ground extra warm – like a Ponzi scam investment scheme! In other words the “back-radiation” model of Greenhouse effect is delusional nonsense.

“...data shows that CO2 levels... FOLLOW world CLIMATE temperatures by about 500-800years.”

Better scientists know that the CO2 blanket / “back radiation” theory is bad physics and resort to another more valid explanation, but which, in the end, also fails. The better approach is to examine the lapse rate – the fall in temperature as we go higher in the atmosphere, or the height above ground at which heat (radiation) escapes into space; the existence of the lapse rate actually has nothing to do with CO2 or any other so called “greenhouse” gas. Nonetheless, if there are more greenhouse gasses around – CO2 etc. – the height at which radiation can more easily escape, all things being equal, goes up. This slightly deeper (from radiation outgoing “top” to ground) atmosphere leads to the ground getting warmer (because you go further down from there to reach the ground). That all sounds OK (even if a small effect)! However, this model also says that with more CO2 the upper atmosphere at a certain level will get warmer. Based on this, a hotspot above the

Fake Physics sorted - More Detail

The reason is that radiation goes as the 4th power of temperature and the mean of a range of 4th powers is bigger than the 4th power of the mean [e.g. Take 1,2,3; $(1^4-3^4)/2=41$ which is bigger than $2^4=16$].



equator was predicted as CO2 increased from 2000 to 2010.

However the hotspot turned out to be a coldspot!

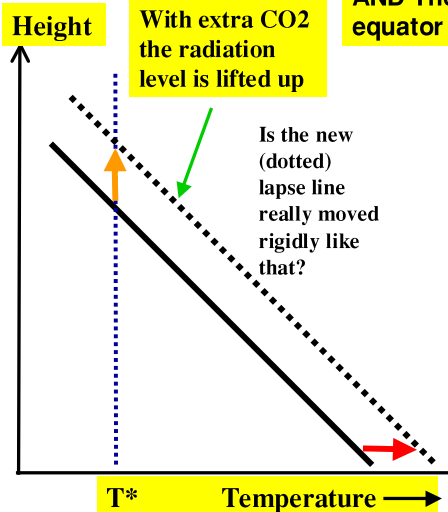
Why did the theory’s predictions fail? Because physicists were trying to over-simplify reality. The heat-exit height is not at a static temperature but

has day night fluctuations which get larger when there is more CO2 (and other “greenhouse” gasses) and this makes more cooling (further explained in box Fake Physics sorted - More Detail) – thus giving us the observed cold spot (which, lapse-rated to the ground, makes a relative cooling which can negate the original expected surface warming). See pages 9 & 10.

Why CO2 theory does not work

The atmosphere is colder higher up due to gravity. More CO2 shifts the outgoing radiation level (Temp T*) & 'lapse' line up . So it should get warmer *there*  & on *surface*. **BUT IT DOESN'T**

AND The GWers predicted **HOTSPOT** above the equator is **NOT THERE**. It's a **COLDSPOT** instead.



What's Up? *PHYSICS Possibilities*

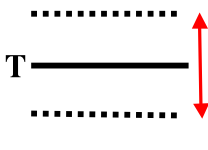
Apart from IMPORTANT change in clouds/ reflectivity of atmosphere & evaporation from oceans!

1. A day night effect causes extra upper level cooling for more CO2
2. Changes in lapse rate curve due to changes at different levels
3. **COOLING FEEDBACKS** - eg: Transpiration **cooling by plants of the surface increases with CO2.**

Why CO2 theory does not work

In the real atmosphere there are day/night temperature fluctuations (eg in upper atmosphere). They are larger with more CO2 because CO2 (infra red absorber / emitter) gains & loses heat easier than N2 & O2 and so enables all the air to adjust quicker.

Temp



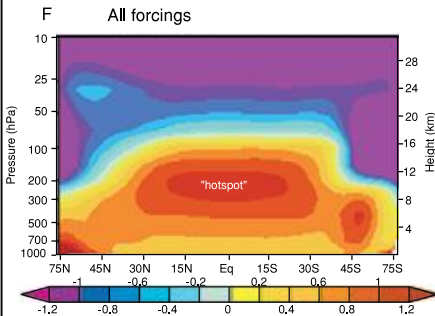
For cold spot 0.1deg, T~240K extra range about same as original range, r, 2r is about 5 or 6 deg. This is maybe higher than obs estimates.

$$\text{Average radiation out is } = 0.5 b [(T+r)^4 + (T-r)^4]$$

Work it out for the same radiation. For an increase Δr in half range, T will have to go DOWN: $\Delta T = -3 \Delta r \times r/T$ (Detail subject under research)

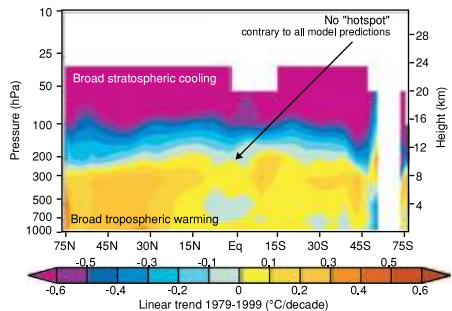
This could (help) lead to a **COLDSPOT** on the equator - which is **observed!** AND shift the lapse line (at upper level) back to where it was.

CO2 theory does not work



THEORY of HOTSPOT

For cold spot -0.1deg , $T \sim 240\text{K}$ extra range about same as original range, r , $2r$ is about 5 or 6 deg. This is maybe higher than obs estimates but not absurd. There may be magnifiers.



OBSERVED COLDSPOT

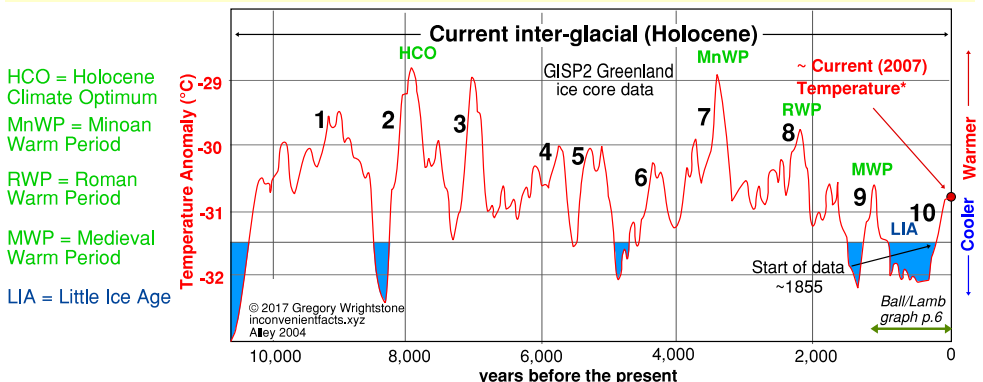
What we *don't* see is a hotspot at the top of the tropical troposphere. There is no hotspot at all at 10-12km up, from 23°N to 23°S : indeed much or most of the troposphere there cooled the region where the hotspot would be.

Info Thanks to: <http://sciencespeak.com/MissingSignature.pdf> by David Evans

So, if sea temperatures rule CO2, what rules climate temperature?

The Sun rules the climate! See page 3, '60 year cycle'. Smoothed world temperatures are nothing to do with CO2 and follow solar activity. In the first graph above, the black dotted line is added to show the ~ 60 year solar magnetic/Lunar cycle which we at www.WeatherAction.com <http://bit.ly/2GA0MQy>

10,000 years and 9 warming periods remarkably similar to present-day warming (but all warmer)

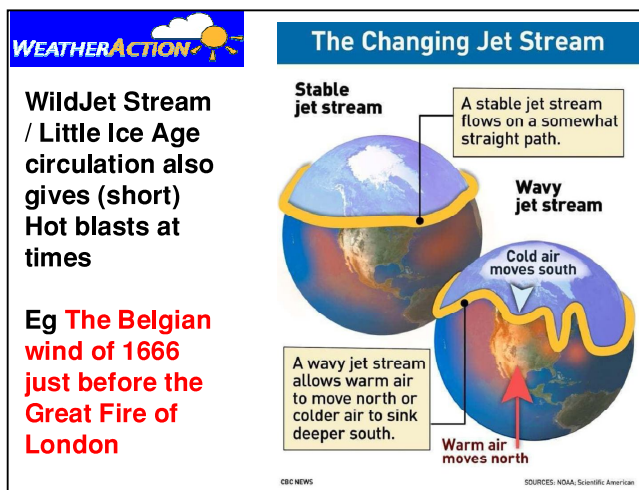


Alley, R. B. 2004 GISP2 Ice Core Temperature and Accumulation Data IGBP PAGES/World Data Center for Paleoclimatology Data Contribution Series #2004-013. NOAA/NGDC Paleoclimatology Program, Boulder CO, USA 'Current Temp: Box JE. Yang L. Bromwich DH. Bai L (2009) *Greenland Ice Sheet Surface Air Temperature Variability: 1840-2007, American Meteorological Society, *Journal of Climate* Vol 22, pp 4029 - 4049

show as the main likely cause of fluctuations in climate temperature over the last century. Likewise, previous Little Ice Ages all occurred when solar activity was low – e.g. the Maunder Minimum (~1645-1715) and Dalton Minimum (~1790-1830); *see page 6 for the Ball-Lamb temperature graph and below for more warm periods.* Yes, the sun, that big ball in the sky, is far more important for the climate than we are...

Indeed, the sun's current activity suggests that another new Little-Ice Age is upon us. The recent low activity solar cycle 24 and expected low cycle 25 mean we are at the early part of another Little Ice Age. There are many sub-cycles especially involving the magnetic solar ("Hale") cycle (~22yrs NOT the ~11yr cycle), and Timo Niroma showed that 10 Hale cycles give an approx (smoothed out) repeating pattern of solar activity and hence ~Temperatures. The last 10,000 years – the relatively warm 'interglacial' period since the last ice age – has had 10 sub peaks of warmth. The previous 9 have all been warmer than this one while they had LESS CO2. This peak, smoothed on scales of say ~60yrs, has ended – and the true peak was probably ~1930s/40s judged (eg) by the annual number of days 100F & 110F are exceeded in USA. The ~22yr and ~60yr fluctuations are smaller. This says one thing. **We're at the knee of the expected curve match with ~221 yrs ago.** Another Dalton/Maunder level minimum is upon us.

Our current weather extremes match a developing little ice age. This



year's weather extremes and contrasts, which were well predicted in long range by www.WeatherAction.com come from wild, on average south-shifted, jet stream swings. These are the wrong type of extremes for the CO2 story which must have a generally warmer world and so a North shifted, shorter,

less wavy Jet stream. Occasional EXTREME hot blasts and extreme cold peri-

ods, as we have been experiencing, are a signature of Little-Ice-Age circulation: for example, some weeks of the hot 'Belgian Wind' 1666 parched London but the Thames froze many times in Winters around then.



Late July 2019 Weather hysteria Events DISPROVE CO2 story !

- **BBC screams [HottestUKJulyDay](#) ignores recent RecordCold across world. The WILD CHANGES are due to WILD [JetStream](#), OPPOSITE of [CO2](#)-warming flat JetStream. 1666 London fried in heat blast b4 GreatFire+had MANY [LittleIceAge](#) winters**
- **Claims recent [ClimateChange](#) is 'unparalleled' in 2000yrs proves it's [fakescience](#) +DataFraud. Recent 'warming' is more worldwide than in past because it's from official (admitted) 'adjustments' upwards worldwide. [bbc](#) & [@nature](#) look at past but [coverup](#) recent [@NOAA@WMO](#) fraud.**
- **The 2nd reason we see recent [CO2](#) "warming" is fraud is: all heat extremes are from wild [jetstream](#), THEREFORE we expect uneven averages over world. HOWEVER modern "warming" is MORE UNIFORM; because EXTRA [Fakewarming](#) has been added to cold parts.**

The BBC, mainstream media, establishment and energy companies recognise this. They usually respond with dishonest exaggerations of heat using dodgy urban heat island data to pretend the world's warming when it's now cooling. Their data "adjustments" (fraud) which have likely "increased" recent temps by about 0.5 to 1C have been exposed by the late Christopher Booker*, Tony Heller: www.realclimatescience.com, and www.weatheraction.com. The figure is a sample of their hype; also, see the box on page 6 *Global warmist iconic hockey stick graph exposed a fraud*.

Indeed, in 2004 I presented to the elite Global Oil Summit, Houston Texas where I was well received by the various attendees (including Director of Iraqi oil, the US military, Putin's chief economic and science policy advisor etc.). Afterwards the then (retiring) Chief Executive of a major oil giant came to me and showed similar graphs to what we had produced

saying that they were ‘on the case’ and wanted my ‘independent corroboration’. Following this, we decided that we would approach oil companies for money (along with the UN so we could keep impartial), but the oil companies came straight back with, “We like Mr. Corbyn’s work but we will not be able to fund him **because we don’t want to upset the Green Lobby.**” From this event in 2004 the Oil companies accepted Solar activity drives climate but decided to go with the CO2-driver fake science to make higher profits (from rising oil prices) and have stuck with that position and are happy to be portrayed as a false enemy of the (so-called) Green Lobby as long as it boosts profits. Their deal with governments is that (see their websites via my Presentation <http://bit.ly/2GA0MQv> *they go along with anti-CO2 measures “as long as there is a uniform price for carbon across the board”*). Hence the increased energy charges (subsidies) needed to make biofuels, wind farms etc “economic” mean a huge ongoing increase in their profits. Note on a world scale only 2% of energy is “sustainable”.

“Our current weather extremes match a developing little-ice age.”

However, not only is the man-made Global Warming story false, the tax and control policies pursued because of it are hugely damaging for ordinary people. It is these green policies which have been de-industrialising our country (which really just exports – not reduces – CO2 emissions abroad at the expense of jobs in Britain), increasing energy prices for the poorest, and causing mass power cuts in developing countries*. The population of bats, birds and pollinating insects is endangered by wind farms, and EU regulations push for deadly flammable building insulation – as in Grenfell Tower (details from: philip.foster17@ntlworld.com). Millions die of fuel poverty related causes due to Climate policies every year. The largest victim group is African women suffering & dying from smoke inhalation due to open cooking fires because “sustainable” climate policies hold back coal-fired power station electrification of Africa (and thus hold back economic development) – effectively, UN-EU Climate policy is racist. I Could Go On.

It is for this reason that I, Piers Corbyn, **challenge whoever is willing in Reading University or other appropriate institutions to a debate on the failed Global warming scam vs evidence-based science.**

* Also in the UK in August 2019

Campaigns

- Join in [#Action4Life!](#) [#CO2isGOOD4You!](#) [#RealGreenNotFakeGreen!](#)
- The BBC must answer [#Scientists4Truth](#) challenge – Give evidence CO2 drives Climate.

References

1. On short time scales of changes involving sea surface and land with air CO2 changes LAG temperature changes by ~10 months, ref. Salby.
2. See Mike Haseler (on Prof Murry Salby) *Climate: What we know and What we don't* [abbr. MH-MS below], Fig 12, ISBN 1901546640 via St Matthew Publishing philip.foster17@ntlworld.com
3. The large slow changes of CO2 involving deep sea cold water subduction lagging temperature by ~500-800yrs are imposed on shorter term changes smoothed over ~decades, involving land and sea surfaces.
4. The 'lifetime' of CO2 in air is a few years. It must be a fraction of CO2 decay time (~9yrs) for CO2 containing C14 created by nuclear testing [MH-MS]. Prof Salby soundly shows IPCC (Bern Model) claims for longer lifetimes are false.
5. The main sources of CO2 into the atmosphere are from Tropics NOT from the industrial Usa-Europe-China temperate belt [MH-MS showing SCIAMACHY satellite].
6. Article further detailing the Hockey Stick case:
<http://www.mikesmithenterprisesblog.com/2019/08/the-iconic-image-of-global-warming.html?m=1>
7. principia-scientific.org April 7th 2016.
<https://principia-scientific.org/industry-experts-co2-worse-useless-trapping-heatdelaying-cooling-2/>
8. Prof. Murry Salby lectures:
1st lecture Nov 2013 www.youtube.com/watch?v=uTpSlhGiHEQ
2nd Lecture 17th March 2015 in London:
www.youtube.com/watch?v=rCya4LilBZ8
3rd Lecture 18th July 2016 at UCL
www.youtube.com/watch?v=sGZqWMEpyUM

Websites and Twitter feeds:

www.weatheraction.com [@piers_corbyn](https://twitter.com/piers_corbyn) [@action4life_](https://twitter.com/action4life)
www.notalotofpeopleknowthat.wordpress.com
www.realclimatescience.com [@tonyheller](https://twitter.com/tonyheller)
www.climatedepot.com [@climatedepot](https://twitter.com/climatedepot)
www.tallbloke.wordpress.com
www.climatescienceinternational.org
www.wattsupwiththat.com
www.climaterealists.com [@climaterealists](https://twitter.com/climaterealists)
www.climateaudit.org
www.noconsensus.org
www.iceagenow.com
www.joannenova.com.au
www.heartland.org
www.cfact.org
www.skyfall.fr
www.pcc15.org
[@peikko763](https://twitter.com/peikko763)
[@drwaheeduddin](https://twitter.com/drwaheeduddin)
[@drtimball](https://twitter.com/drtimball)
[@junkscience](https://twitter.com/junkscience)

Documentary:

The Great Global Warming Swindle www.youtube.com/watch?v=oYhCQv5tNsQ

Books:

Darwall, Rupert, *Green Tyranny*, Encounter books, 2017
Delingpole, James, *Watermelons*, Biteback Publishing 2012
Klaus, Václav, *Blue Planet in Green Shackles*, Competitive Enterprise Institute, 2008
Lawson, Nigel *An Appeal to Reason*, Duckworth 2008
Lewin, Bernie, *Searching for the Catastrophe Signal*, GWPF, 2017
Lomborg, Bjørn, *the skeptical environmentalist*, C.U.P 2002
Montford A.W. *Hiding the Decline*, Anglosphere Books 2012
Plimer, Ian, *Not for Greens*, Connor Court 2014
Spencer, Roy W., *The Great Global Warming Blunder*, Encounter Books 2010
Vahrenholt, Fritz & Lüning, Sebastian, *The Neglected Sun*, Stacey 2013



@action4life_

**Climate:
What we know and
What we don't**

Summary of a lecture
given by Professor Murry Salby

by Mike Haseler Bsc. MBA

(with some additional material on Salby's subsequent lectures)

**PARIS
CLIMATE
CHALLENGE**
Offering alternative approaches
to climate which fit the data

1st - 3rd Dec 2015
11 Rue La Rochefoucauld
75009 Paris

THE PARIS CLIMATE CHALLENGE



**While the Earth
Endures**
Creation, Cosmology and
Climate Change

Philip Foster

Foreword by
Professor David Bellamy OBE

Revised Edition 2018

Over the last 120 years average global temperatures have risen and levels of carbon dioxide have steadily risen. Salby examines, with scientific rigour, what we can know about the behaviour and origin of rising carbon dioxide, with surprising results.

This edited and updated version of the *Paris Climate Challenge* Conference 2015 book has been reissued as it contains a wide spectrum of expert analyses of the issues that surround the climate debate.

"I read this book with delight and found it both fascinating and convincing." David Pawson, MA, BSc., FRSA.
"I appreciate Chapter 11 especially. It argues clearly against the most frequent myths concerning the global warming."
Václav Klaus, former President of the Czech Republic.

Books & further information available from Philip Foster; 01480 399098

philip.foster17@ntlworld.com

Piers Corbyn on 07958 713320 corbynpiers@gmail.com www.weatheraction.com

Stellungnahme

zur öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
zum Thema Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD 19/14337 und 19/13900 Klimaschutzprogramm 2030
am Mittwoch, 06.11.2019

Deutscher Bundestag

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz
und nukleare Sicherheit

Ausschussdrucksache

19(16)292-D

zur Anhörung 6.11.19

01.11.2019

Die vorliegende Stellungnahme gibt nicht die Auffassung des Ausschusses wieder, sondern liegt in der fachlichen Verantwortung des/der Sachverständigen. Die Sachverständigen für Anhörungen/Fachgespräche des Ausschusses werden von den Fraktionen entsprechend dem Stärkeverhältnis benannt.



This is extended from **PC presentation I** (Day 1 Porto) on what's going on in reality + politics and **Pres 2** (day 2 Porto) more about the mechanics of the developing LittleIceAge.

The Long Range Forecasters

Total 82 Slides – then discussion

Be armed to fight 'Climate-Emergency' + UN-EU-Remainist false narratives!

- *The CO2 story's the ideological underpinning of globalist Rule*
- UN-EU Agenda 21 (Carbon Tax + Social-Cleansing) are the Bigger-Picture
- *Real ClimateChange +mechanics of steps Little-Ice-Age*
- *GROW with New paradigms in science & politics!*
- *#Action4Life! No ExtinctionRebellion road to StoneAge!*

Piers Corbyn ARCS (IC) Physics (1st class 1968), FRAS, FRMetS*; Msc (QMC) Astrophysics,

Founder+Director, WeatherAction *originally student member then WeatherAction Holdings plc corporate member Royal Met Soc

www.WeatherAction.com **Subscribe to Forecasts Br+Ir, Eu, Usa Must-Have for Weather-Serious**



Key points – THINK against False narratives

- *Man-Made Climate Change doesn't exist*
UN-IPCC-EU-BBC-MSM warmism ideologues FAIL to provide real world peer-reviewed data evidence of the CO2 story. REAL DATA REFUTES THE CO2 Fake Physics story.
- *CO2 Levels are EFFECT NOT CAUSE of Climate*
- *UN-EU-Globalist Climate Policy isn't to control climate, IT'S TO CONTROL YOU!*
- *UN-EU-Globalist Climate Policy is Racist!*
The largest victim group is African women who die from smoke inhalation because globalist imposed climate policies block coal-electric power stations.
- *The world's going into a new Little-Ice-Age!*
- *Mankinds' CO2 is only 4% of total CO2*
4% of a trace gas x only 0.04% of air = tiny! Why not WAR ON TERMITES?
- *Man doesn't rule, the SUN rules – via the Sea!*

WeatherAction **Extreme Weather Warning** issued 25 Jun 2019

The end June - early July **heatwave** in west Europe and Britain-Ireland was warned by WeatherAction 13 weeks ahead. (WeatherAction forecast map below)

After that a very important Solar activity and "RedWeather" period follows.

From around 4 / 5 July we expect the first new sunspots / important activity for about 40days to appear on the Solar disc.

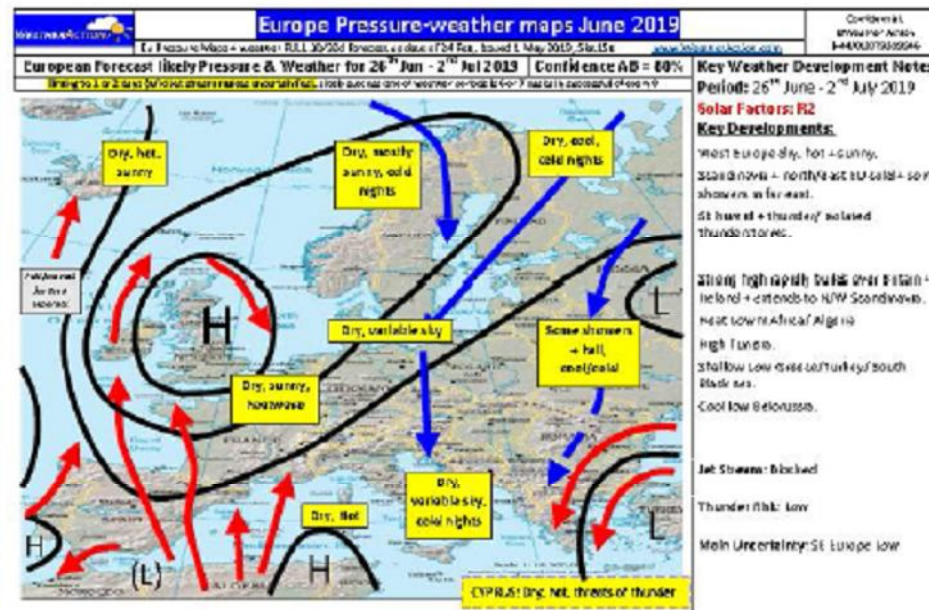
Next follows a '**RedWeather**' extreme period ~8-11July of **intense storms, thunder, hail, tornadoes, Tropical storm formation & floods in many parts of the world.**

• Specific long-range forecasts for Europe, Br & Ireland and Usa are available via www.WeatherAction.com

We also predict **MAJOR Earthquakes + Volcanism** ~8-11July+2days

• These weather & earthquake &c extremes are nothing to do with CO2 - the levels of which are an EFFECT NOT CAUSE of climate changes.
• "Climate-Emergency" / "Extinction-Rebellion" is manipulated protest orchestrated by Media, mega-corporations and the super-rich.
It isn't to control climate but to control you.
#Scientists4Truth / #Action4Life Top Leaflet (issued Dec 2018): <http://bit.ly/2r4Wq8n>

• We encourage ALL followers of WeatherAction / @piers_corbyn to subscribe to forecasts to prepare for weather extremes in the developing Little-Ice-Age / Wild Jet-Stream era the world is entering. Subscribe via www.WeatherAction.com or direct to On-Line shop <http://bit.ly/2FLkSgL>



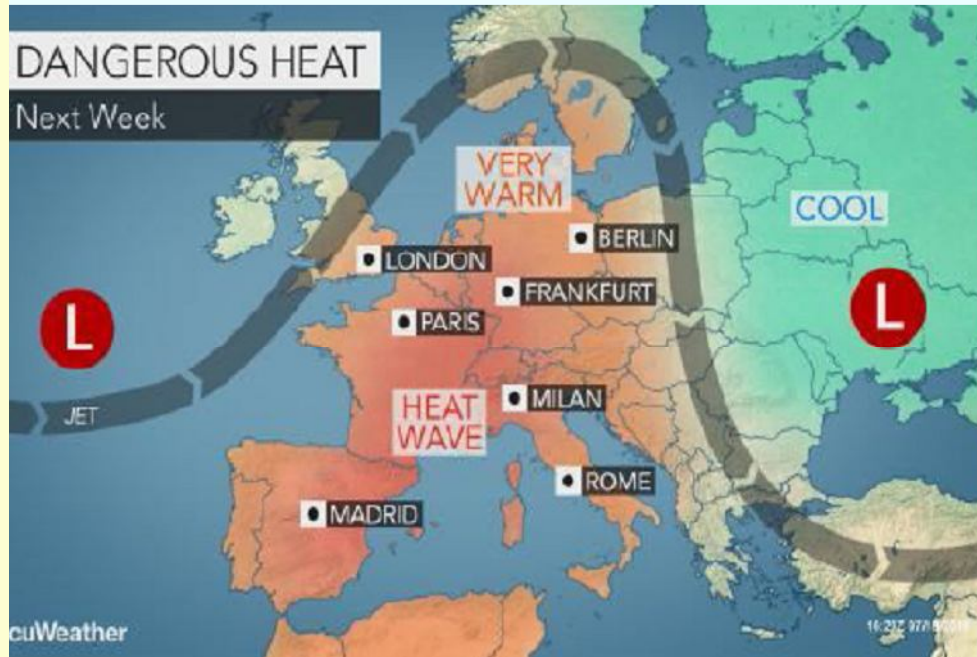
26th June - 2nd July	AB = 80%
Heatwave builds from South. Dry hot sunny. (As 65-95d with extra heat in far south)	
Winds: Variable / light bec E'ly / ENE / calm	
Temps: Hot	
Sky: Sunny	
Solar Factors: R2	
Thunder Risk: Low	
Likely possible weather map scenario: High from South Azores extends to takes over Britain & Ireland. France Lower pressure	
Jet Stream: Big meander/blocked	

TOTAL SUCCESS for Piers Corbyn's **TopRed R5** period **July 8-11+-1d** (or+-2d for more geophysical and weather effects). **CONFIRMING EVENTS:** New SunSpot, Dramatic Extra Solar wind speed+temp hikes, Extra(K5) Geomag Activity, NEW BIG Quakes M6+ & volcanism - Stromboli and more. Major thunder & v major hail & local storms. NEW TropicalStorm/Hurricanes -#Barry GolfofMexico confirmed Usa fc detail.

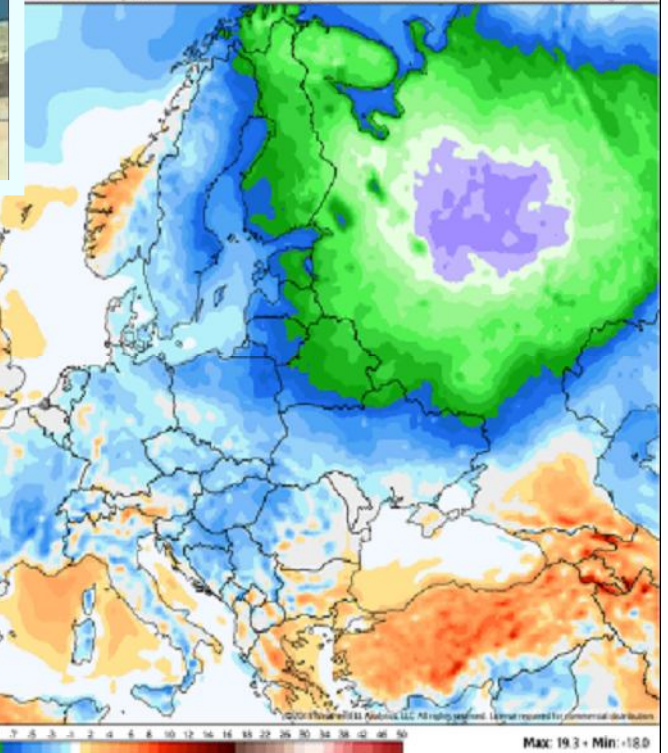


Late July Weather hysteria Are they trying to brainwash you?

- Crazy (failed) hunt for "Hottest evah"
- NOT CO2 but **Wild Jet Stream**
- COLD + hail ~27th Tour de France
- Super-cold coming to Russia Will BBC tell you?



Temperature Anomaly (°F) Days 3.75 - 6.75 • 06Z Mon 29 Jul 2019 - 06Z Sat 3 Aug 2019





Late July Weather hysteria Events DISPROVE CO2 story !

- BBC screams HottestUKJulyDay ignores recent RecordCold across world. The WILD CHANGES are due to WILD JetStream, OPPOSITE of CO2-warming flat JetStream. 1666 London fried in heat blast b4 GreatFire+had MANY LittleIceAge winters
- Claims recent ClimateChange is 'unparalleled' in 2000yrs proves it's fakescience +DataFraud. Recent 'warming' is more worldwide than in past because it's from official (admitted) 'adjustments' upwards worldwide. bbc & @nature look at past but coverup recent @NOAA@WMO fraud.
- The 2nd reason we see recent CO2 "warming" is fraud is: all heat extremes are from wild jetstream, THEREFORE we expect uneven averages over world. HOWEVER modern "warming" is MORE UNIFORM; because EXTRA Fakewarming has been added to cold parts.



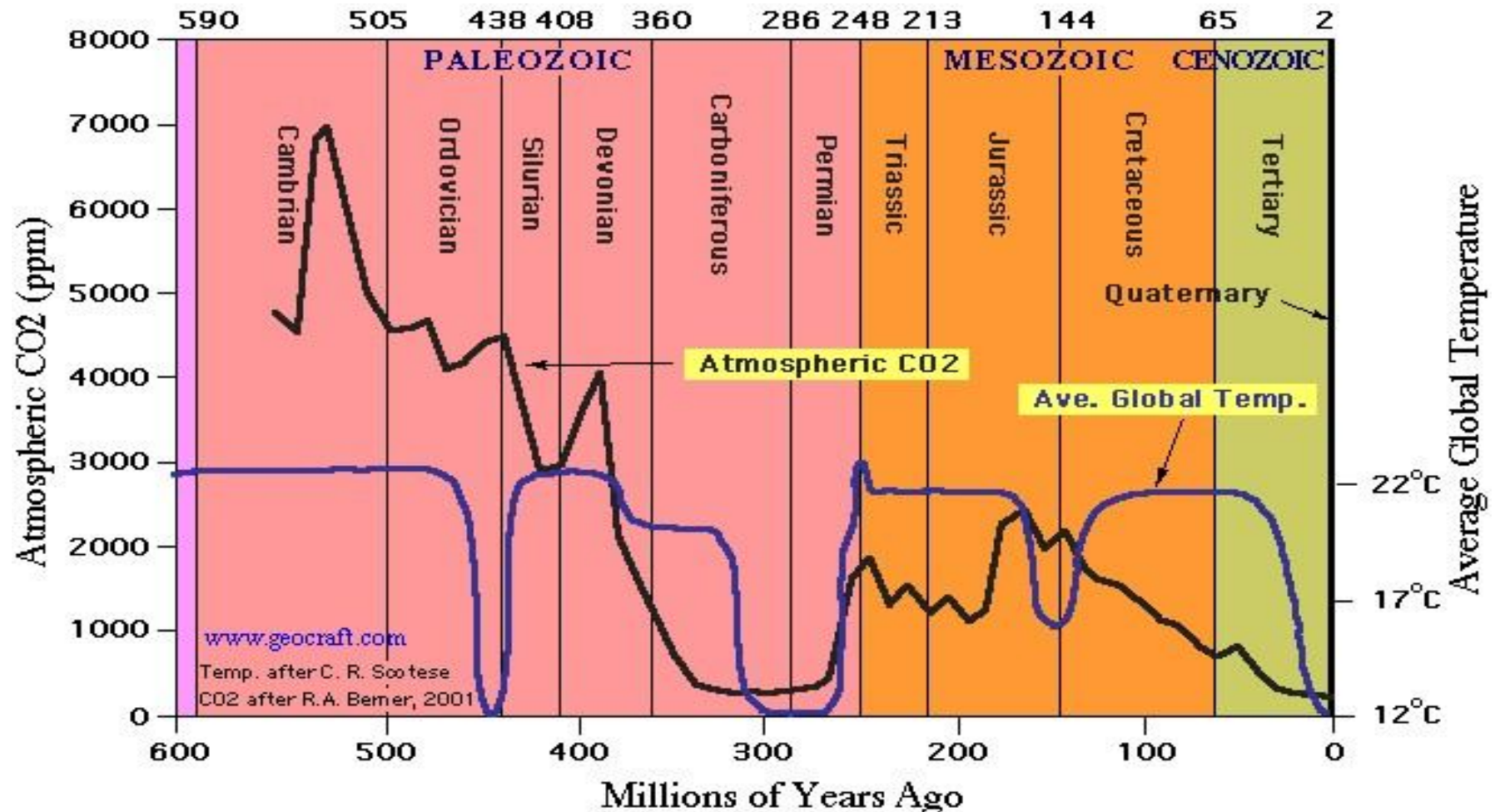
- Piers Corbyn began doing science at 7 years old and first published scientific papers aged 17/18. Won **Royal Scholarship to Imperial College** 1965, graduated 1st class degree 1968, President of IC Student Union 1969-70. Research: Solid state physics + Astrophysics (later, Queen Mary College), **internationally published**.
- Piers Corbyn's ideas on Long Range weather forecasting using **solar activity** began in 1980s, especially 1982 – and continued thanks to the Miner's strike 1984-85!
- Tested by **Weather-Bets* with William Hill** at odds decided by MetOffice 1988 to 1999 – giving significant profits (40% of stakes) (*about 30 bets at £20 every month).
- First **commercial operations** 1990 from Piers Corbyn in SouthBank University. Received £180,000 ~1992 from insurance industry consortium to advance research.
- **Independent peer-reviewed testing of forecasts** (storms etc) for insurance industry consortium. Dennis Wheeler, statistician, Sunderland Uni paper showed Piers' significant skill 2yrs ahead.



- Developed forecasts for **Scandinavia** with Electricity, Insurance and Agri industry consortium there (NOWEG, Nordic Weather Group).
- No other long range (>1 month ahead) forecasting standard meteorology methods have **published proven skill**.
- Many forms: WeatherPlan services Ltd, PiersCorbyn Weather Forecasting Services, WeatherAction Ltd; **based SouthBank Uni to 2002** ran ~20 student projects.
- Piers involved in **housing and Expression/festivals movement** in 1970s – Stonehenge, Watchfield etc mostly from squatting angle.
- Piers **environmental campaigner**. Councillor 86-90, chair of Public-Private consortium which set up major waste to electricity rubbish burning Station (**SELCHP**, SouthEast London Combined Heat+Power) to highest standard particle+NOx+SOx emission limits Southwark+Lewisham+Greenwich, opened by HRH Prince Charles 29 Nov 1994.
- **Floated on London Stock Exchange** AIM Nov 1997/98, Weather-Action Holdings plc (dotcom bubble) in which time Piers was 'KeyMan' insured for £1Million; withdrew from AIM Dec'99 in dot.com deal resuming as WeatherAction Ltd / Piers Corbyn.
- Science & business advanced further since 2000; speaker at insurance, weather, commodity, risk, energy, environment, science, farming etc **events in 13+ countries**.

Global Temperature and Atmospheric CO₂ over 600 Million yrs

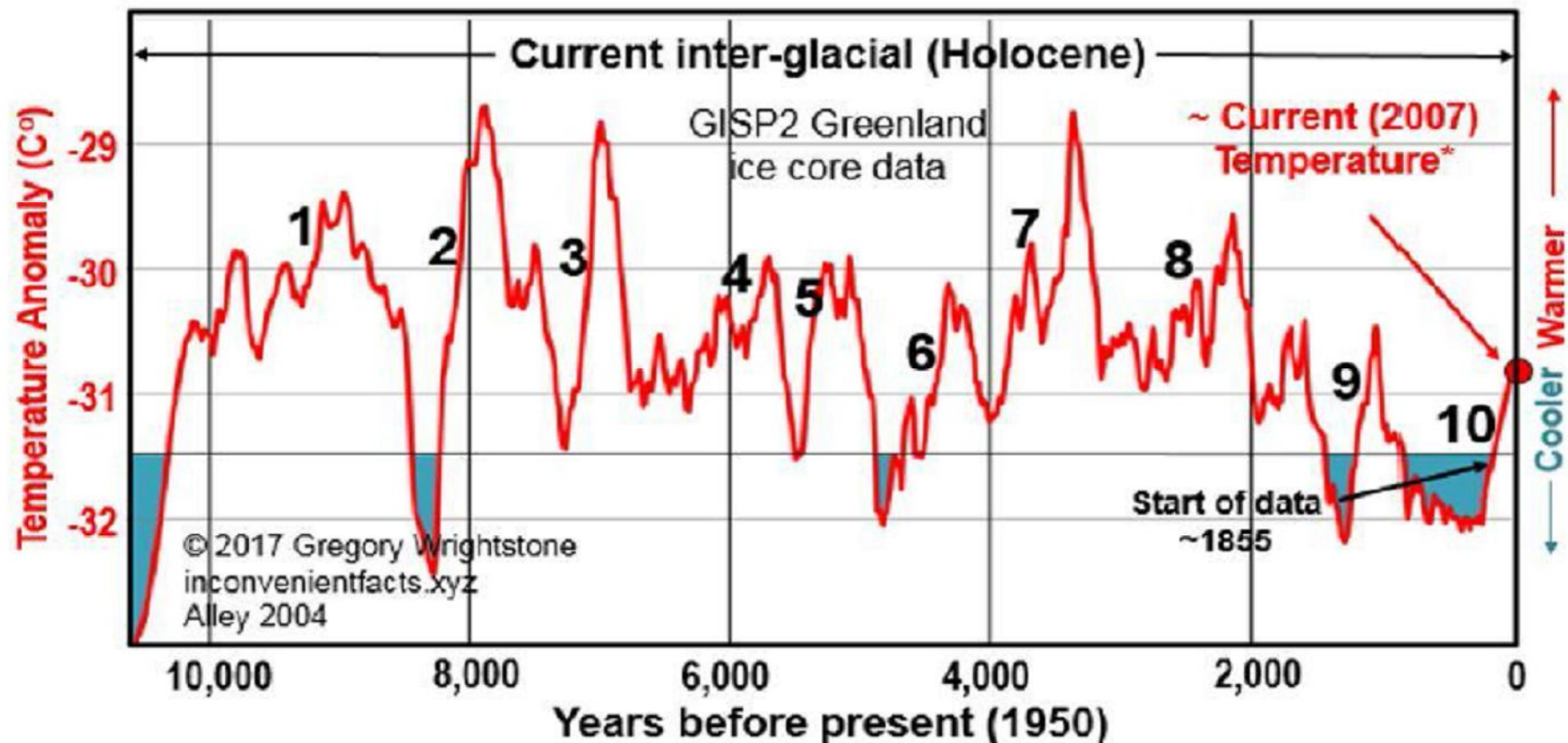
- No Evidence of CO₂ driving temperature - CO₂ very low now!



Late Carboniferous to Early Permian time (315 million years ago - 270 million years ago) is the only time period in the last 600 million years when both atmospheric CO₂ and temperatures were as low as they are today (Quaternary Period). At no point do temperature and CO₂ levels relate. *Temperature after C.R. Scotese* <http://www.scotese.com/climate.htm> *CO₂ after R.A. Berner, 2001 (GEOCARB III)*

There's nothing special about the last 1,000 years except it's COLDER than the previous 9,000

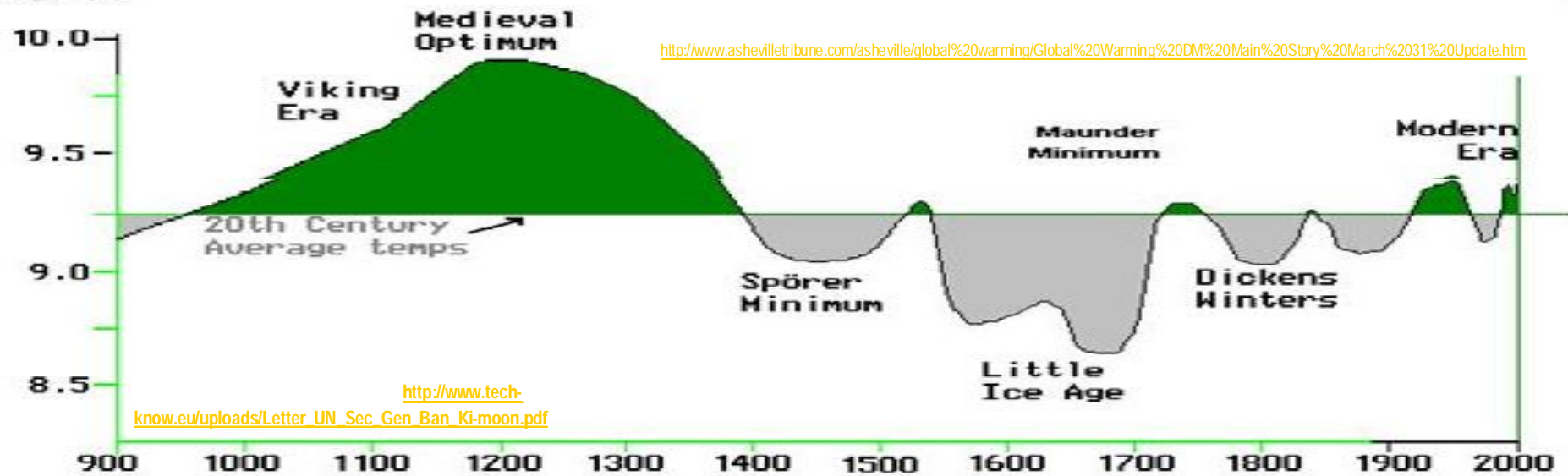
10,000 years and 9 warming periods remarkably similar to present-day warming (and all warmer)



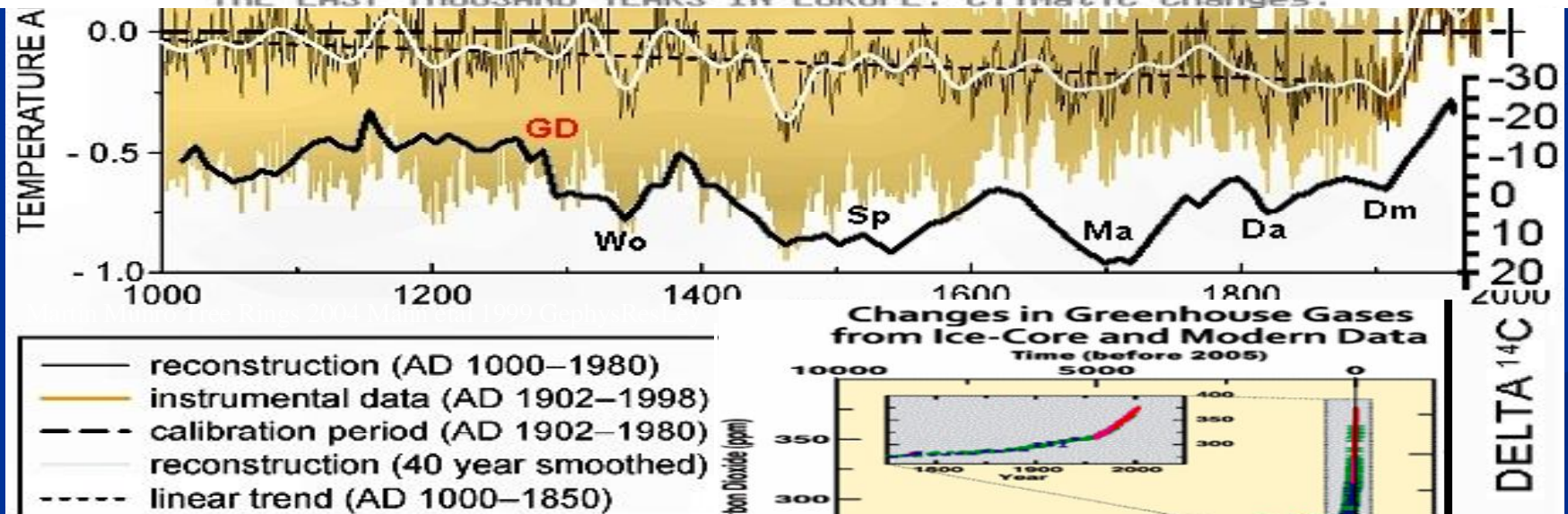
Alley, R.B.. 2004. GISP2 Ice Core Temperature and Accumulation Data. IGBP PAGES/World Data Center for Paleoclimatology Data Contribution Series #2004-013. NOAA/NGDC Paleoclimatology Program, Boulder CO, USA.

Current Temp: Box JE, Yang L, Bromwich DH, Bai L (2009) Greenland Ice Sheet Surface Air Temperature Variability: 1840–2007. American Meteorological Society, Journal of Climate Vol 22, pp 4029 - 4049

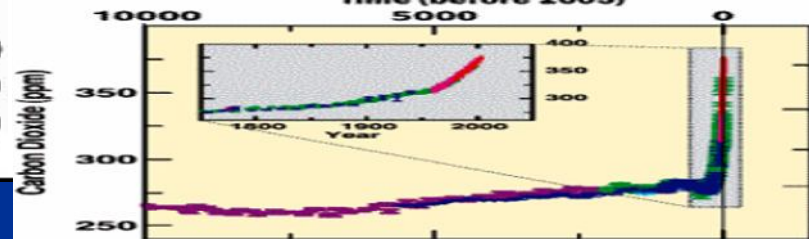
deg. C.



THE LAST THOUSAND YEARS IN EUROPE. Climatic changes.



Changes in Greenhouse Gases from Ice-Core and Modern Data



DELTA ¹⁴C



Beats between Lunar-nodal crossings (9.3yr) & the magnetic (~22yr) cycle of the sun drive the ~**60yr modulation** of Jet Stream shifts and the prevalence many circulation patterns.

Beat B = nodal rotation (either way) 'rate' - 2 x Magnetic (Hale) Solar cycle frequency

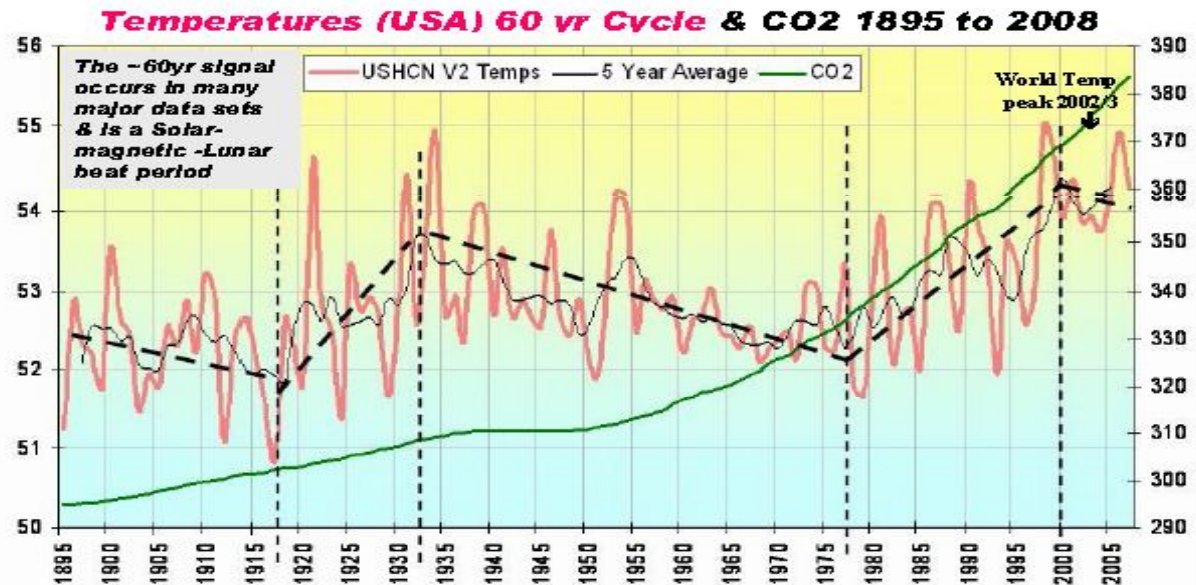
$$B = n - 2 \times H$$

$n = 2R$ where Lunar nodal Retreat rate, $R = 1/18.6$ /yr

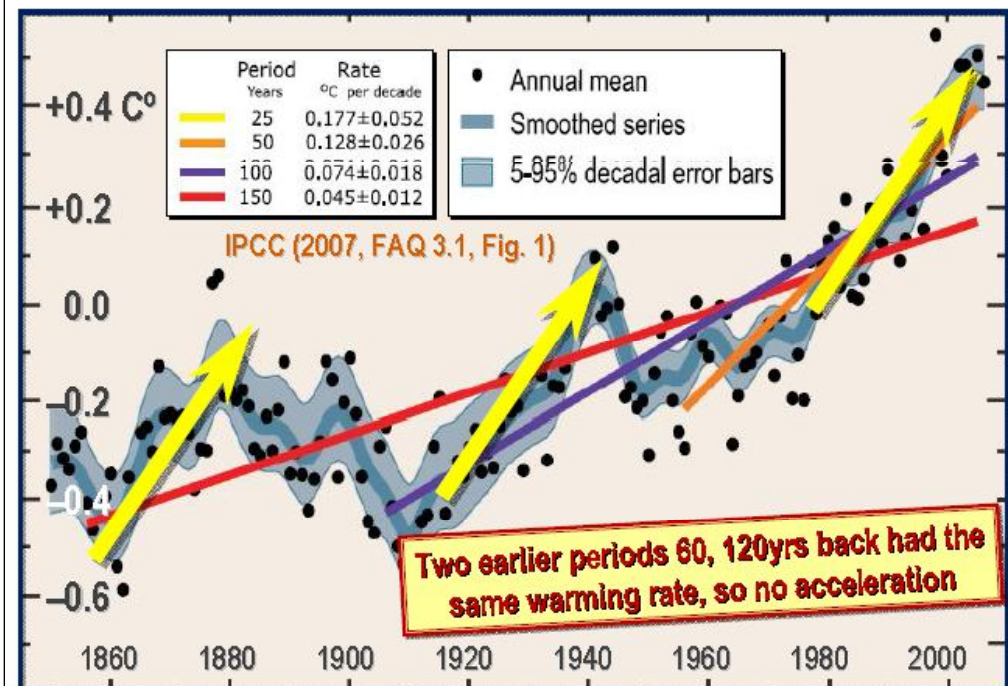
$H = (Z/2)$ where $Z = 1/\text{Sunspot period} = 1/11.1$ /yr

$\Rightarrow 1/B \sim 58$ yr (varies with Z etc)

From Piers Corbyn's Solar Lunar Amplification Magnetic (SLAM) Process Theory 2008
www.weatheraction.com Twitter address @Piers_Corbyn - http://twitter.com/Piers_Corbyn

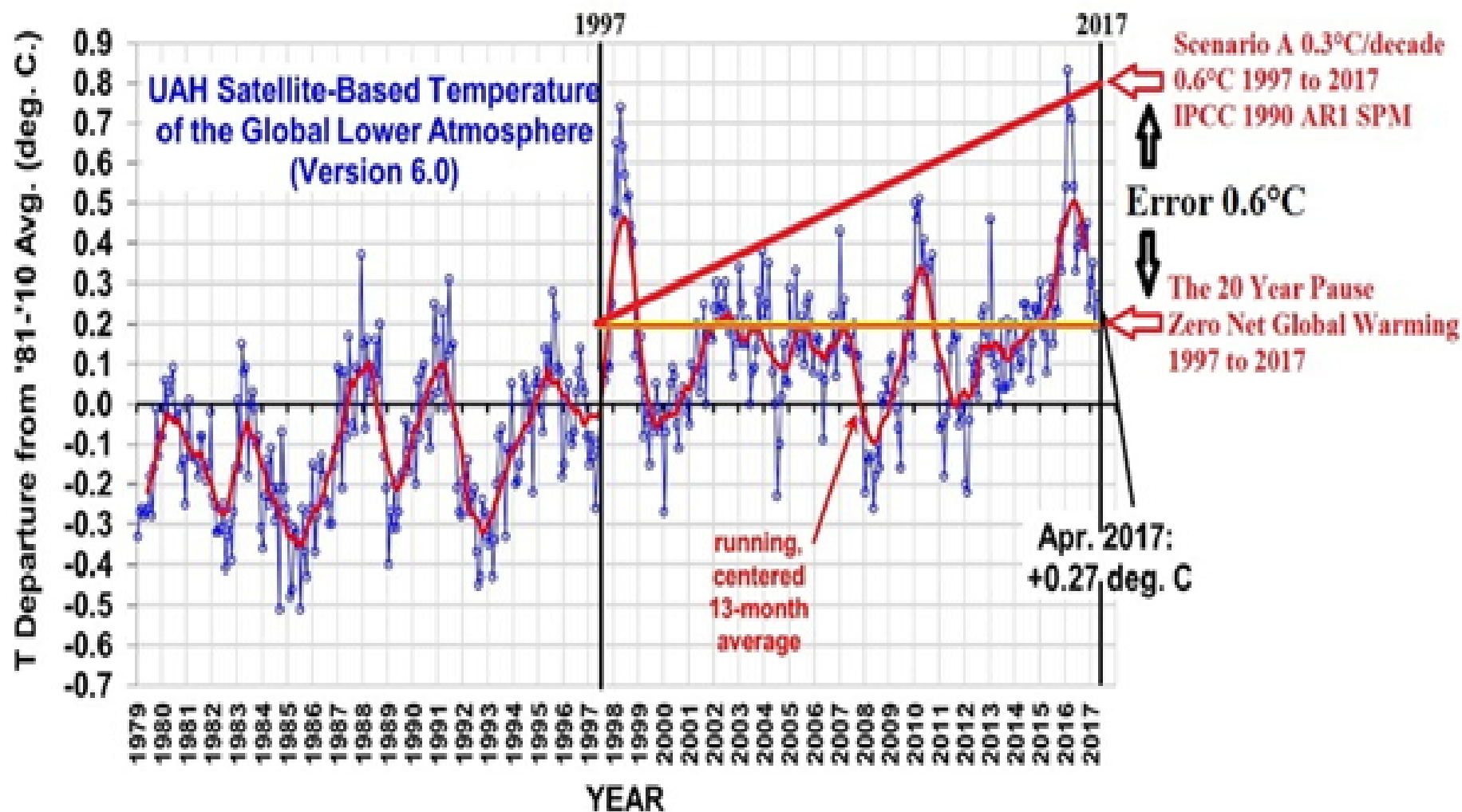


al data - Graph by JD'Aleo Sept 2008 Circulated by Piers Corbyn www.weatheraction.com

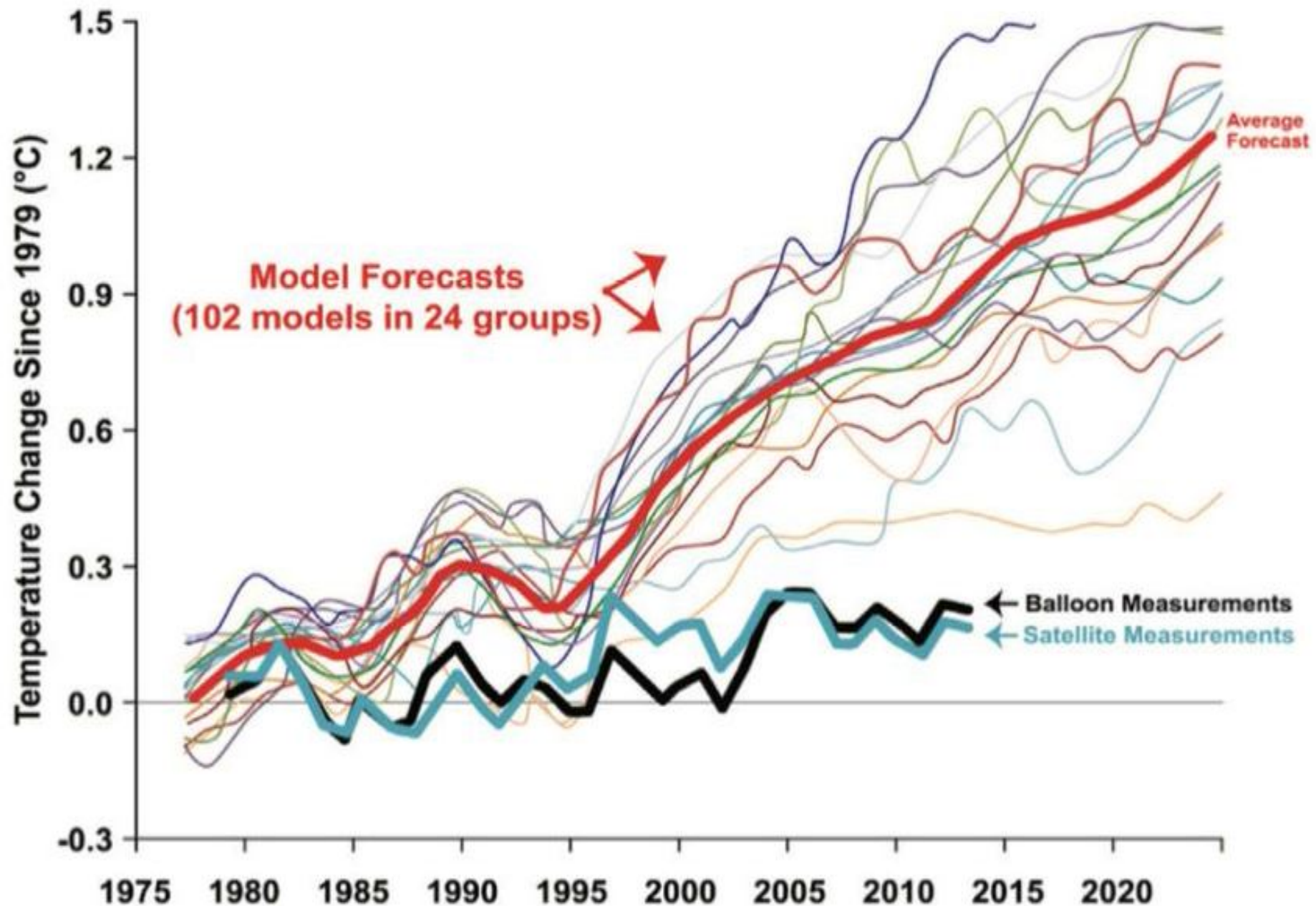




The UN (IPCC) Scare stories have comprehensively failed



Real temperatures are falling as CO2 warmist models rise



Where is World Climate Going?

Solar activity predicts Major **COOLING**



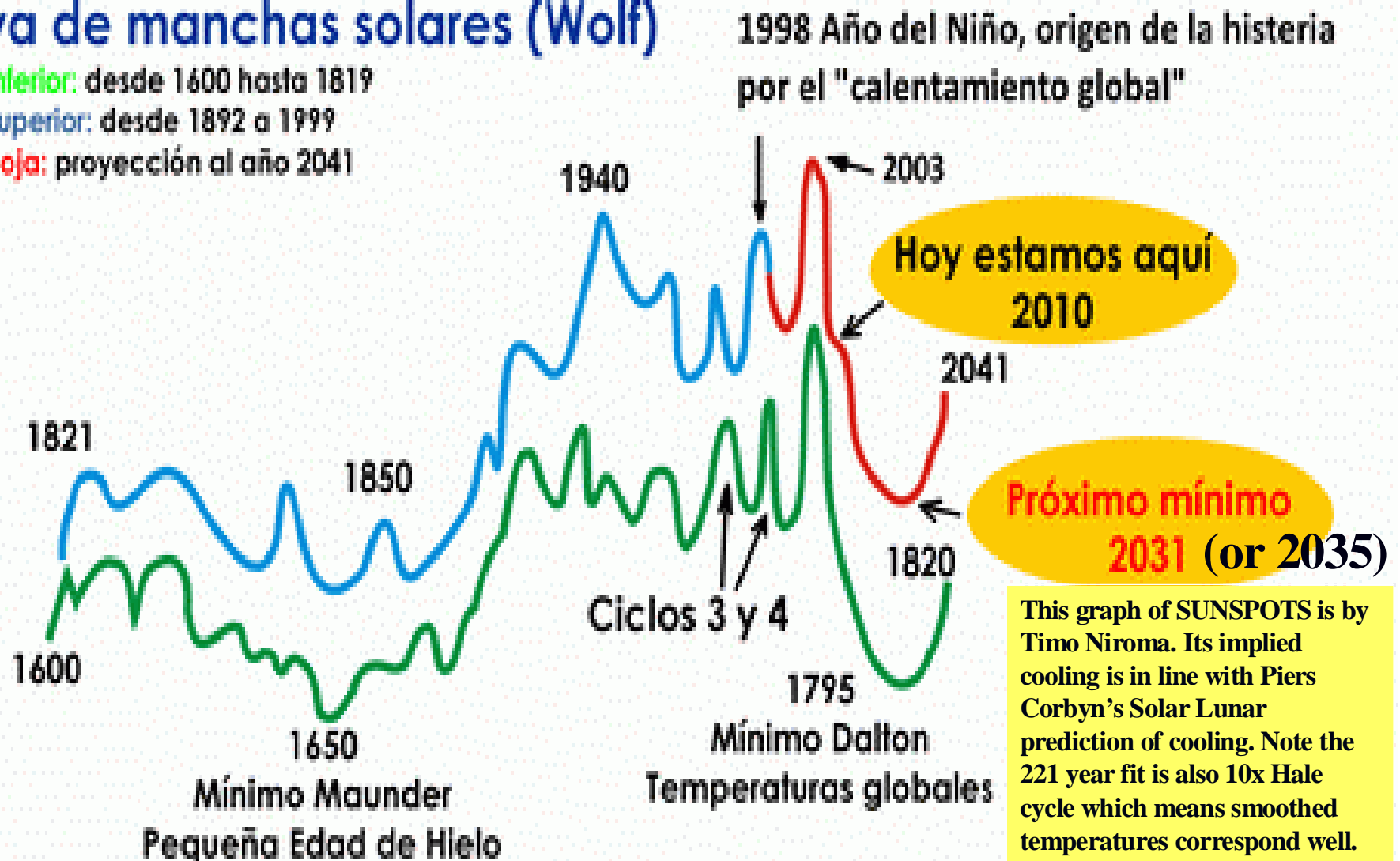
Acknowledgements below

Curva de manchas solares (Wolf)

Curva inferior: desde 1600 hasta 1819

Curva superior: desde 1892 a 1999

Curva Roja: proyección al año 2041

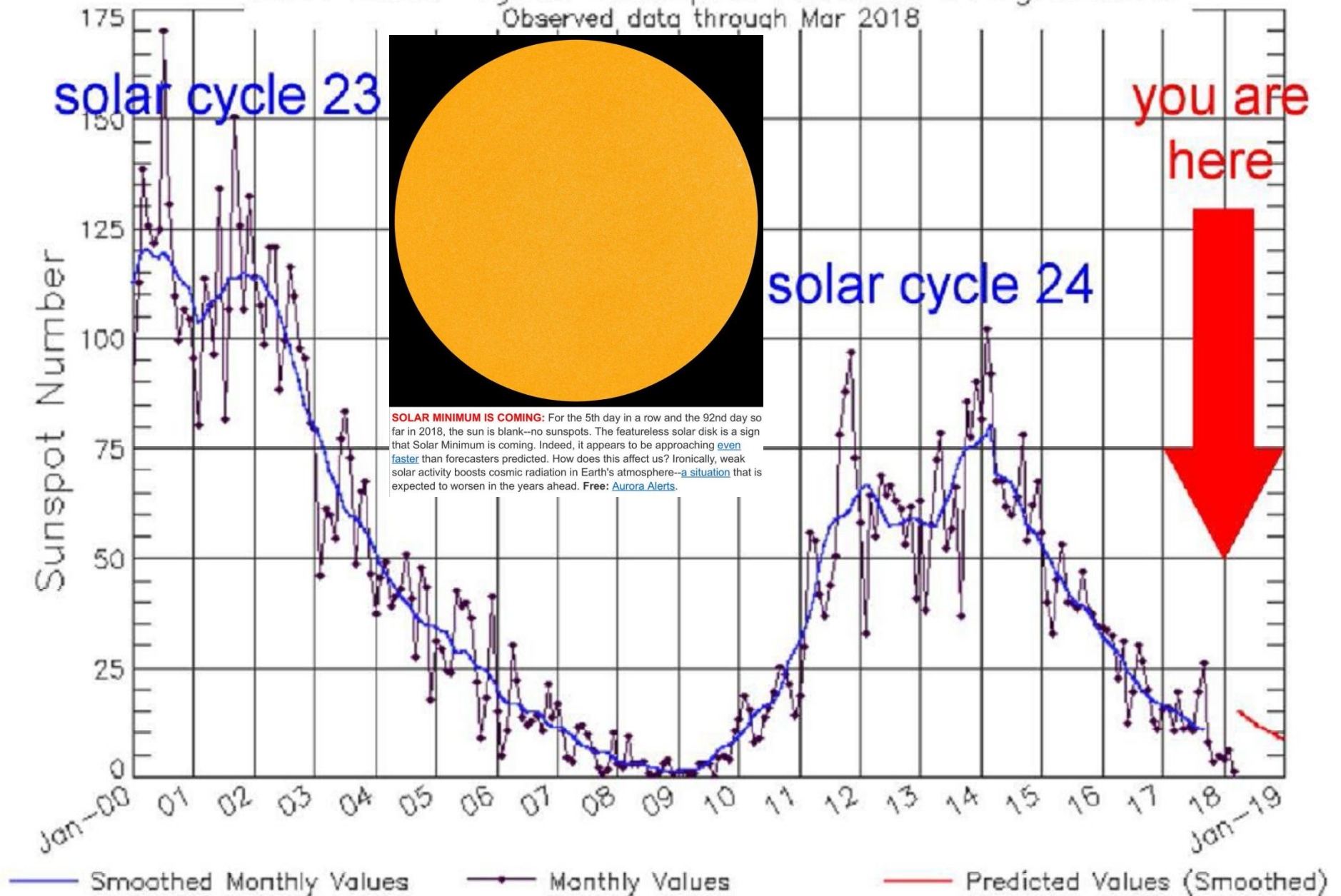


Fuente: Timo Niroma <http://personal.leunet.fi/pp/timari/timari6.html#chart>

Sunspot Number Progression

ISES Solar Cycle Sunspot Number Progression

Observed data through Mar 2018



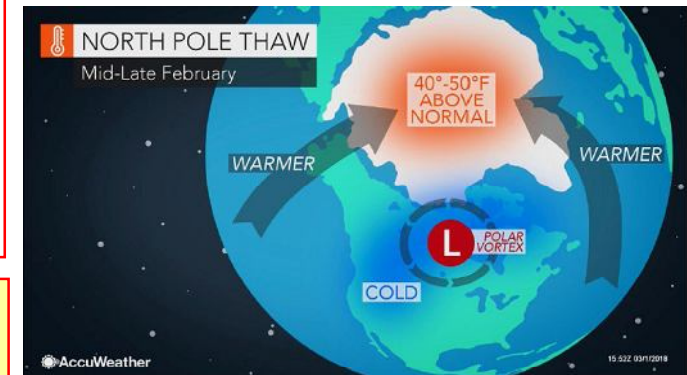
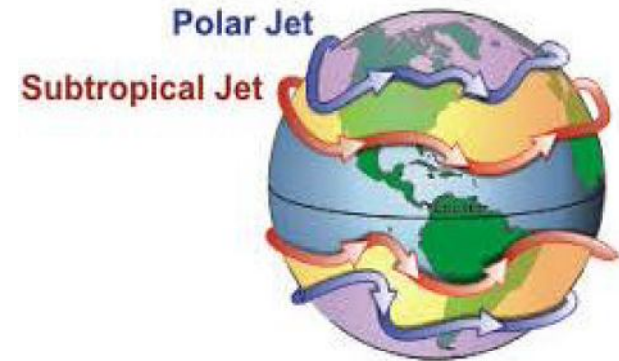
THE HISTORIC WINTER SuperCold + Snow blast - Britain + Ireland, Scandinavia +NW Eu (and Usa) end-Feb into March and then COLD LATE SPRING are **THE END** of ManMade Global-Warming Scam.



- The sea-shore froze all over N Europe
- The UK had the coldest 28th Feb since 1785
- BBC said snowdrops in Jan were Global-Warming. Then they said the supercold in Feb was Global-Warming!

• Piers Corbyn pointed out in an interview on Talk Radio James Whale show Thurs 1st Mar that the CO2 warmists - believers in so-called Man-made Global-Warming - were referring to Sudden Stratospheric Warming and mildness in the Arctic as if these were somehow part of Global-Warming and causing the cold events when they are **nothing to do with CO2**. In fact, he said, the events in the stratosphere are solar driven and their impact transmits **DOWNWARDS** not upwards from some delusional surface warming.

• **The mildness in the Arctic covers a much smaller area than the cold blast and is NOT a CAUSE of anything but just one part of the solar driven Wild Jet Stream changes"**

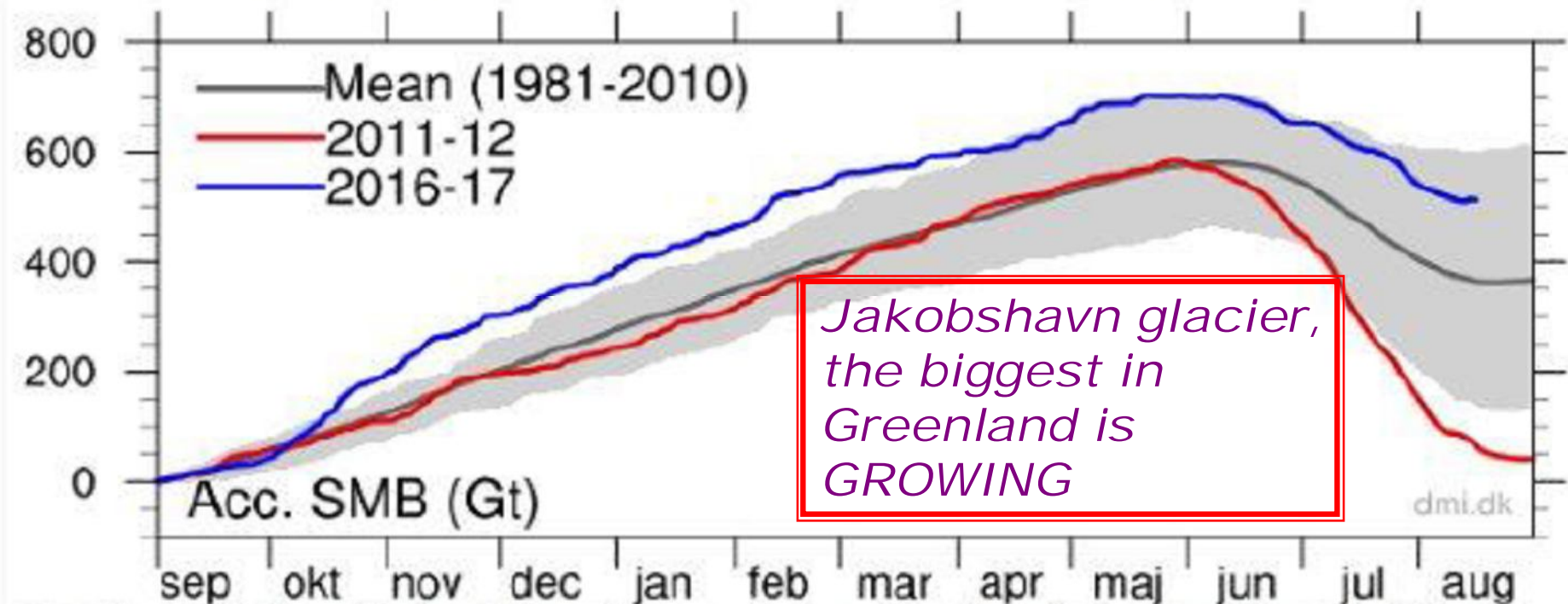


•Piers Corbyn (1 Mar): "Let's be clear, **EVERYTHING** the CO2 warmists now tell you is a **DELIBERATE LIE AND THEY KNOW IT**. They are now using a carbon (LOL) copy of Goebbels' method - the bigger and more absurd the lie the better because no-one will believe (they hope) that such an absurd claim would be made up by those in authority **as long as it is repeated often enough**. Now we have the crescendo of their death scream. "**Warm is cold**" repeated on and on.

The facts negate the CO2 warmism story

- The #WildJetStream (#MinilceAge circulation) brings **Cold-Warm-Dipoles** – ie milder than normal arctic and snow in the Sahara –cold areas larger than mild.
- **Greenland ice has been way above normal since Sept 2016, even more so in 2018 than 2017**

Current Surface Mass Budget of the Greenland Ice Sheet



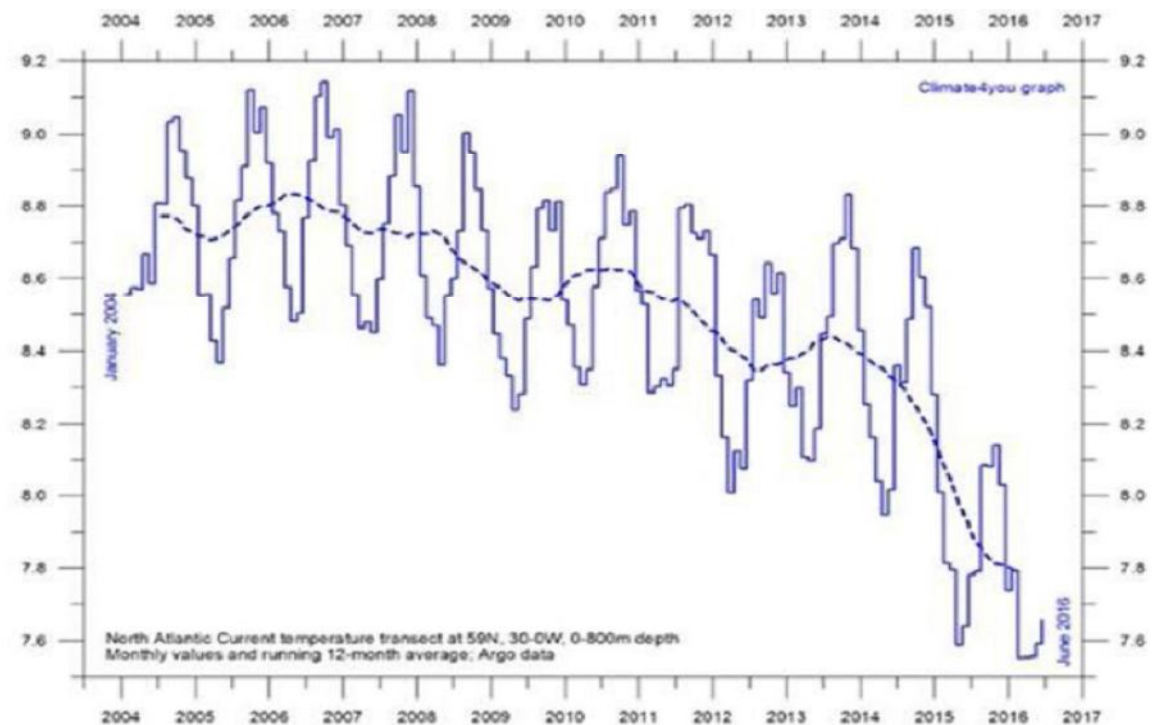
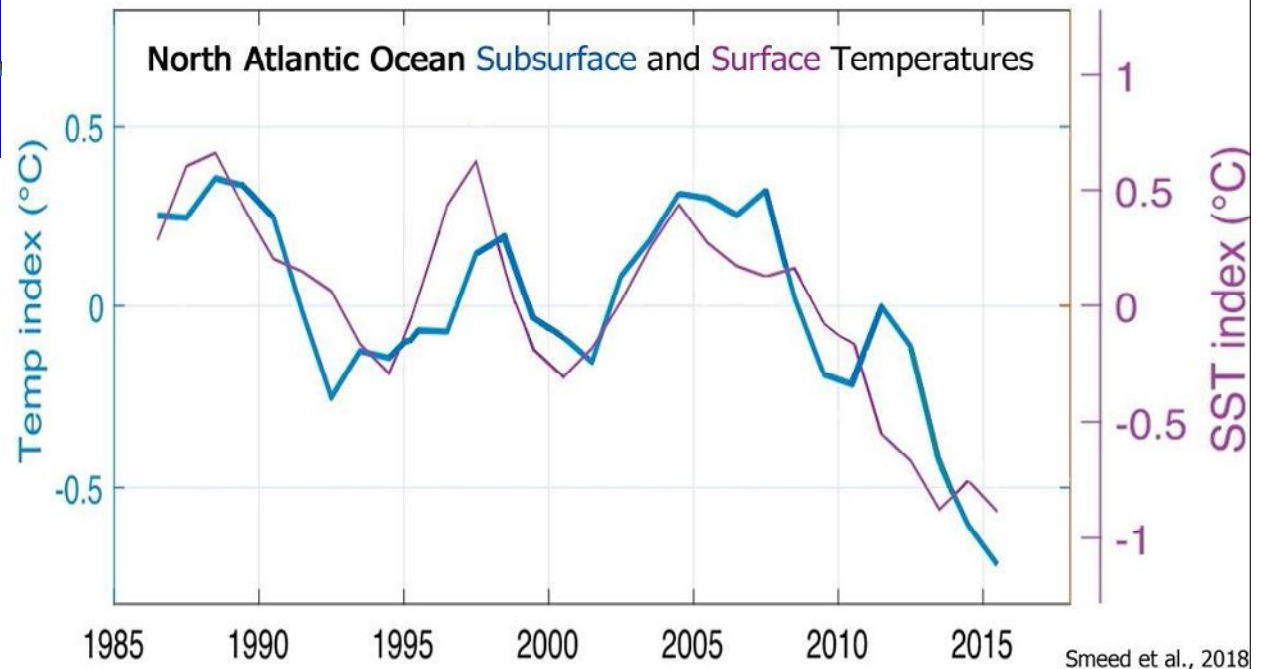
Top: The total daily contribution to the surface mass balance from the entire ice sheet (blue line, Gt/day).
Bottom: The accumulated surface mass balance from September 1st to now (blue line, Gt) and the season 2011-12 (red) which had very high summer melt in Greenland. For comparison, the mean curve from the period 1981-2010 is shown (dark grey). The same calendar day in each of the 30 years (in the period 1981-2010) will have its own value. These differences from year to year are illustrated by the light grey band. For each calendar day, however, the lowest and highest values of the 30 years have been left out.



*The UN (IPCC)
"Climate WMD"
Scares have
comprehensively
failed – Parts of
North Atlantic* are
Cooling – The Mini
Ice age is setting in
– confirming Piers
Corbyn's warnings
in New York 2008.*

*(*NOTE cool /warm cycles
of Atlantic are not uniform
across the ocean)*

*This cooling expected
espec in East is largely
a direct solar effect.
Note the ~7yr (3x2.33)
Stratospheric QBO -
Season cycle (or ~7.8yr,
another solar signal)*



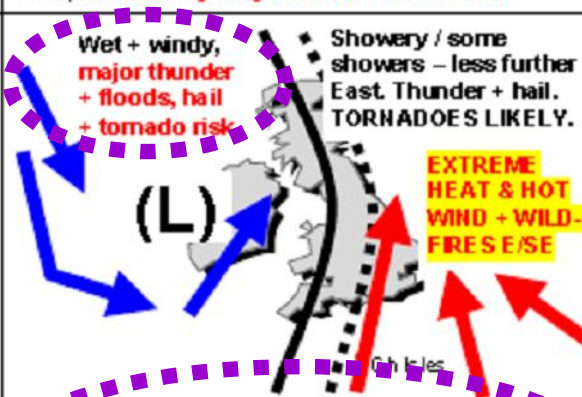
WAnews18No09

WEATHERACTION

Brilliant! Superhot SW. Eu + deluges W.BI (+tornadoes, hail) confirm WeatherAction TopRedR5 Jul28-Aug1+-1d; from 160d/35d ahead

28 JULY – 1 AUG 2018 B = 75% ●

Wet, windy & with gales / storms hail, thunder and tomado risk Ireland and West Britain. (far) Turning cool Ireland (Much wetter and cooler than 160d). E/SE likely stays HOT with wildfires.



Winds: S / SW-Cyclonic (Ireland) Sly Mod / strong in E / SE bringing extremely hot fast moving air (R5 driven) from France-(originating in Africa)

Temps: Much cooler espec Ireland

Sky: Cloudy Ireland + W, SE less cloud

Solar Factors: R5 Jul 28-Aug 1

Likely possible weather map scenario:

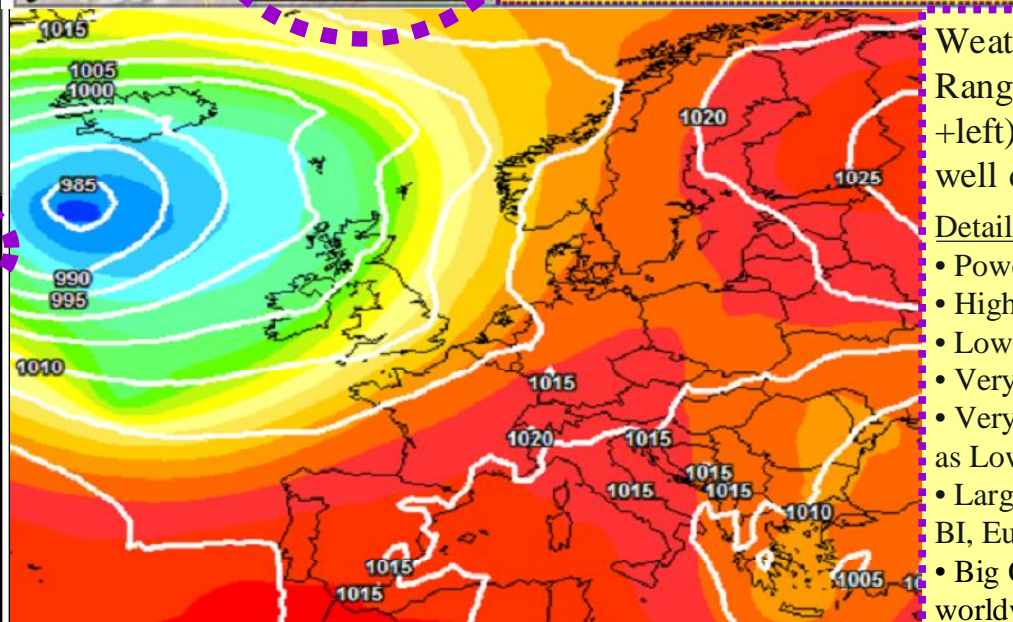
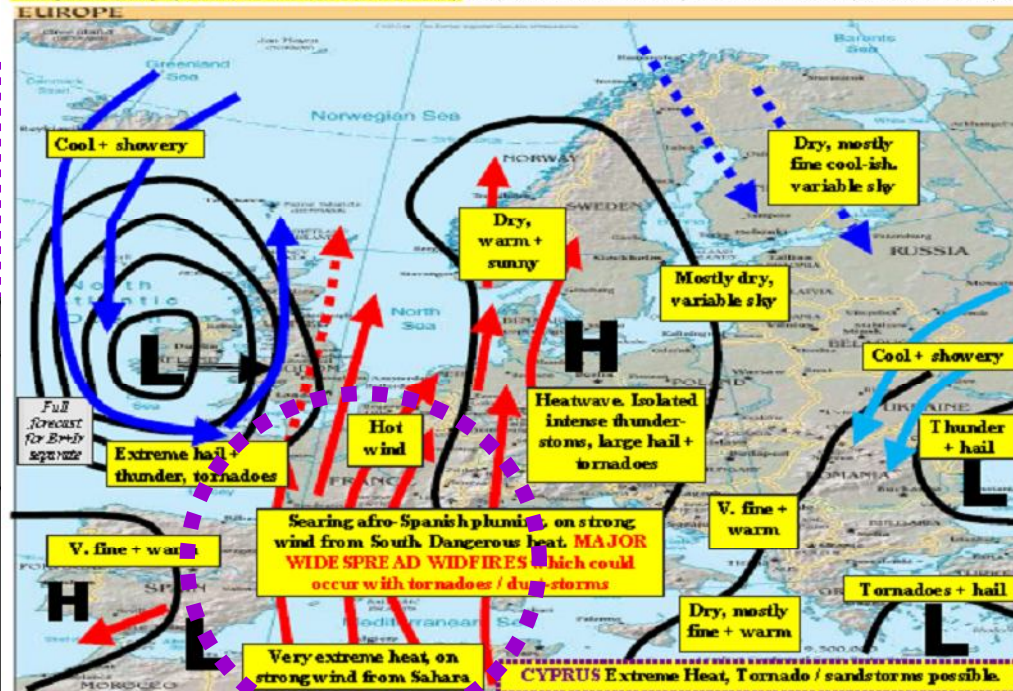
Powerful deep Low Ireland. High Azores extends into Iberia –W Med weak linked to (W) Scand High. E Med Low-ish. NW Africa-Spain Low gives SEVERE Africa-Spanish pluming to France/W Eu

Jet Stream: Big meanders.

Europe pressure+weather JULY 2018

Press Maps+weather FULL 30d issue 28Jun using 61 160d choices+extra extremes added start Jul Stat 15a www.weatheraction.com

European Forecast likely Pressure & weather for 28 JULY-1 AUG 2018 Confidence: C 65% Timing to 1 or 2 days (wild Jet stream makes uncertainties). Likely success rate of weather periods is 6 or 7 basically successful of every 9



Key Weather Development Notes: 28 JULY – 1 AUG A memorable important dangerous extreme weather period.

Solar Factors: R5 28 JULY – 1 AUG

Thunder/Tornado risk Top level

Likely possible weather map scenario:

Powerful deep Low Ireland. High Azores extends into Iberia & West Med. High central Med - (W) Scand. E Med Low-ish. (Heat) Low South Iberia - severe Africa pluming.

Jet Stream: Split

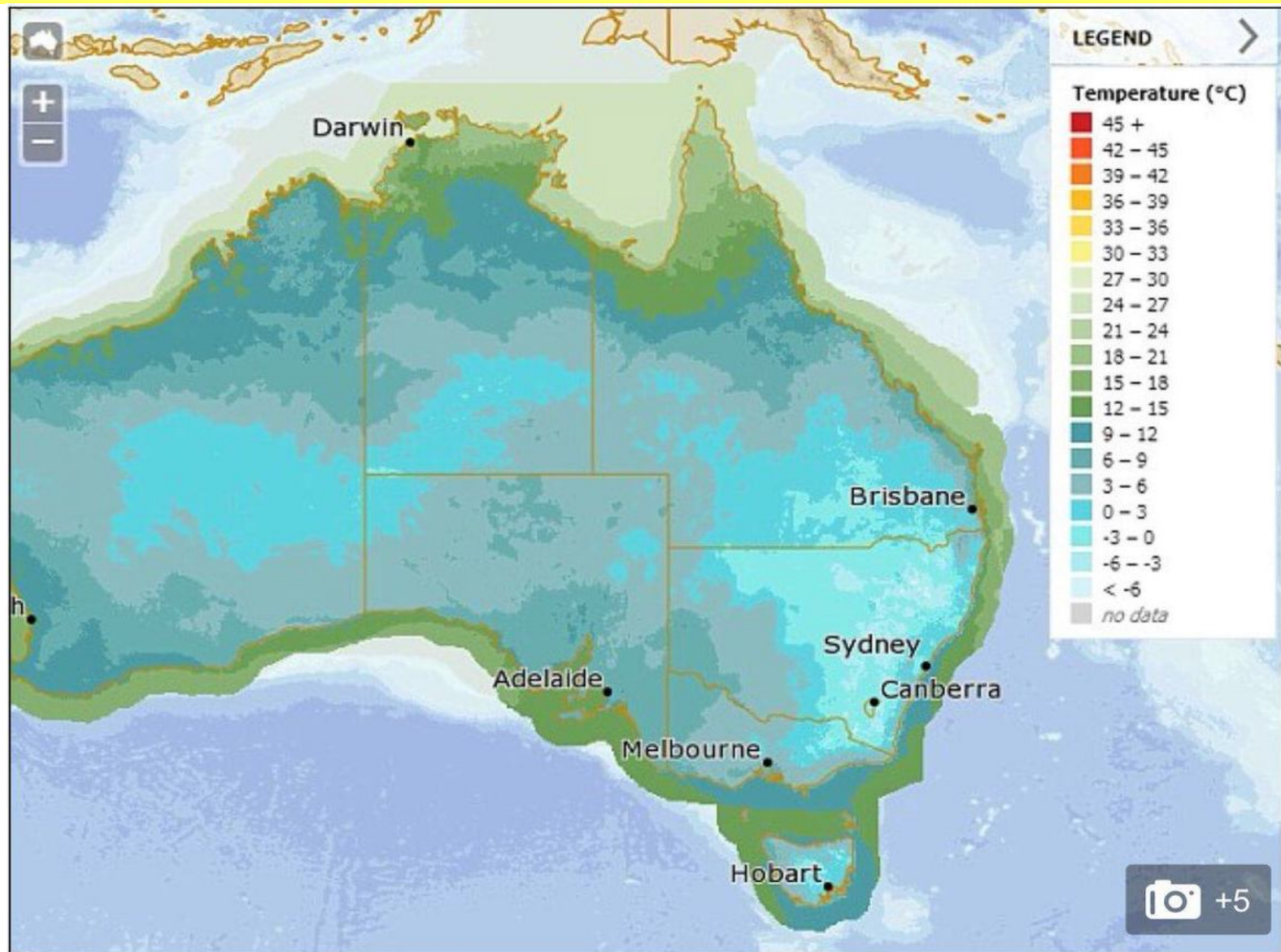
Main uncertainty: Position + penetration of Ireland low

WeatherAction Long-Range forecasts (above +left) 160/35d ahead well confirmed 30 Jul.

Detail confirmed:

- Powerful Atlantic Low
- High most of Europe
- Low far SE Eu
- Very hot SW Eu-Med
- Very hot (26-27th) E.Uk as Low got near, as f' cast.
- Large hail*, tornadoes* BI, Eu & worldwide in R5
- Big Quakes*+ volcanoes* worldwide in R5 (*See reports)

Actually Record COLD hit Australia, Russia, South America, late July / early Aug 2018; and world cold

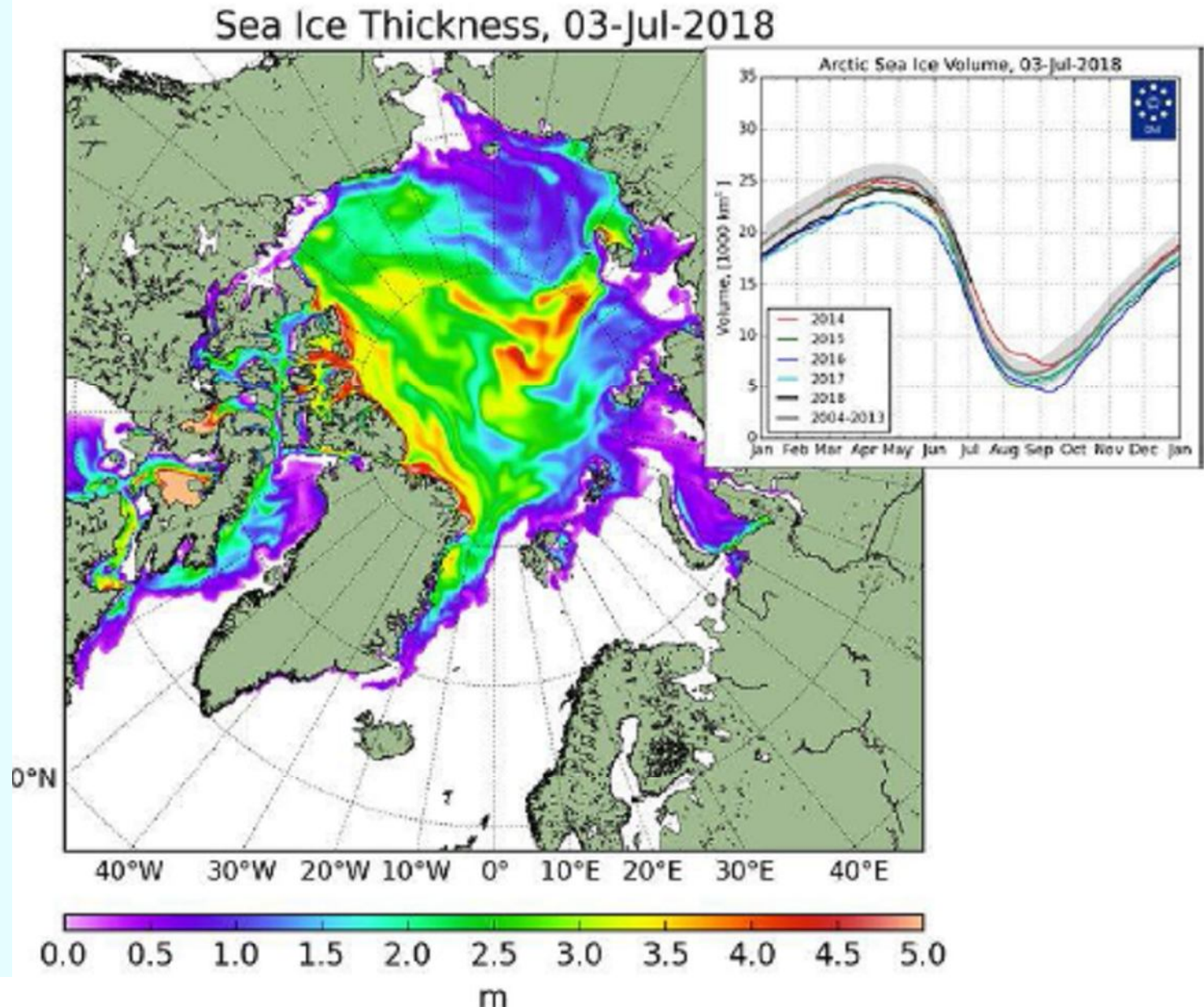


The east coast of Australia is suffering through an icy weekend with the frosty temperatures expected to last into the middle of the week

The new Mini Ice Age is here!

*Man
cannot
stop it!*

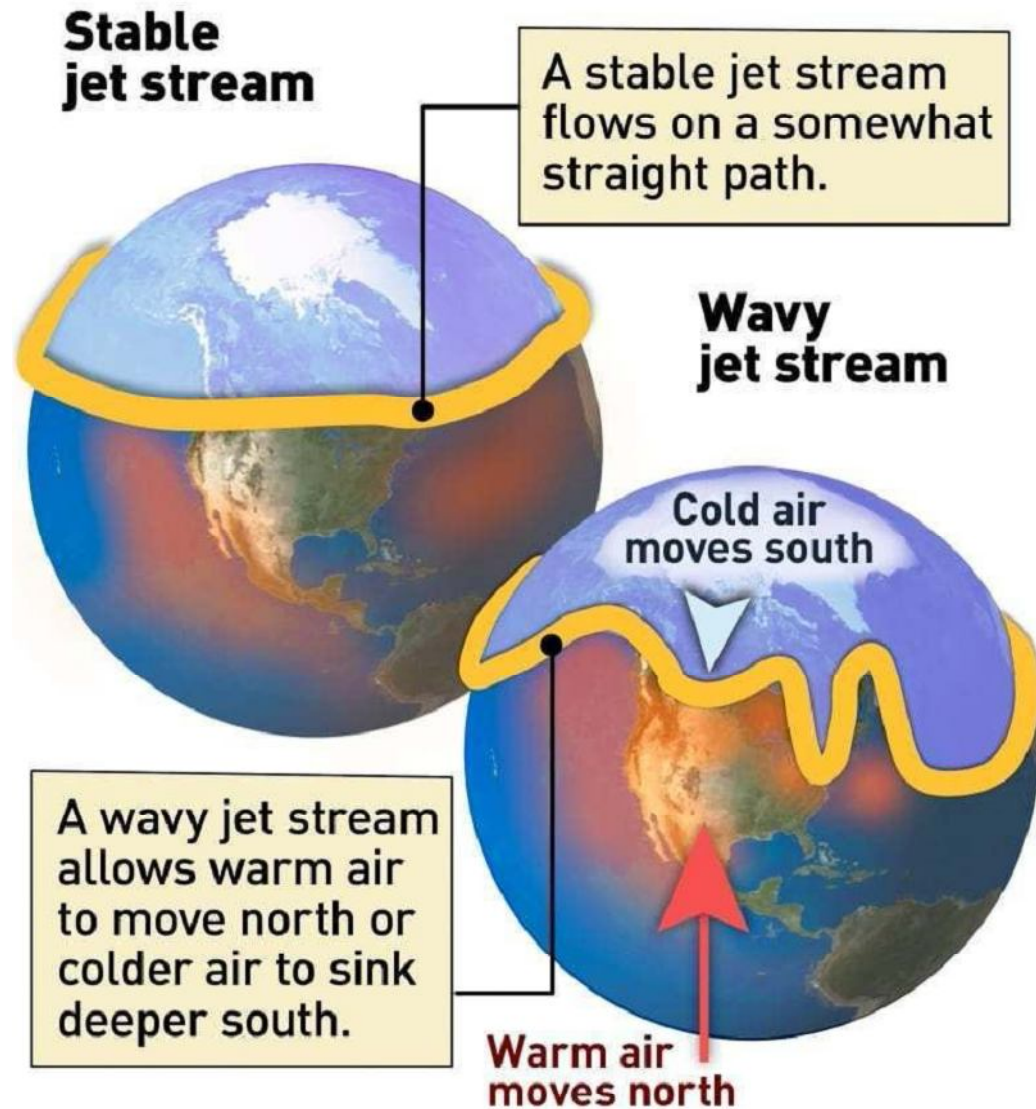
*Arctic
Ice
turned
back
Another
Ship of
Climate
Fools
July
2019*



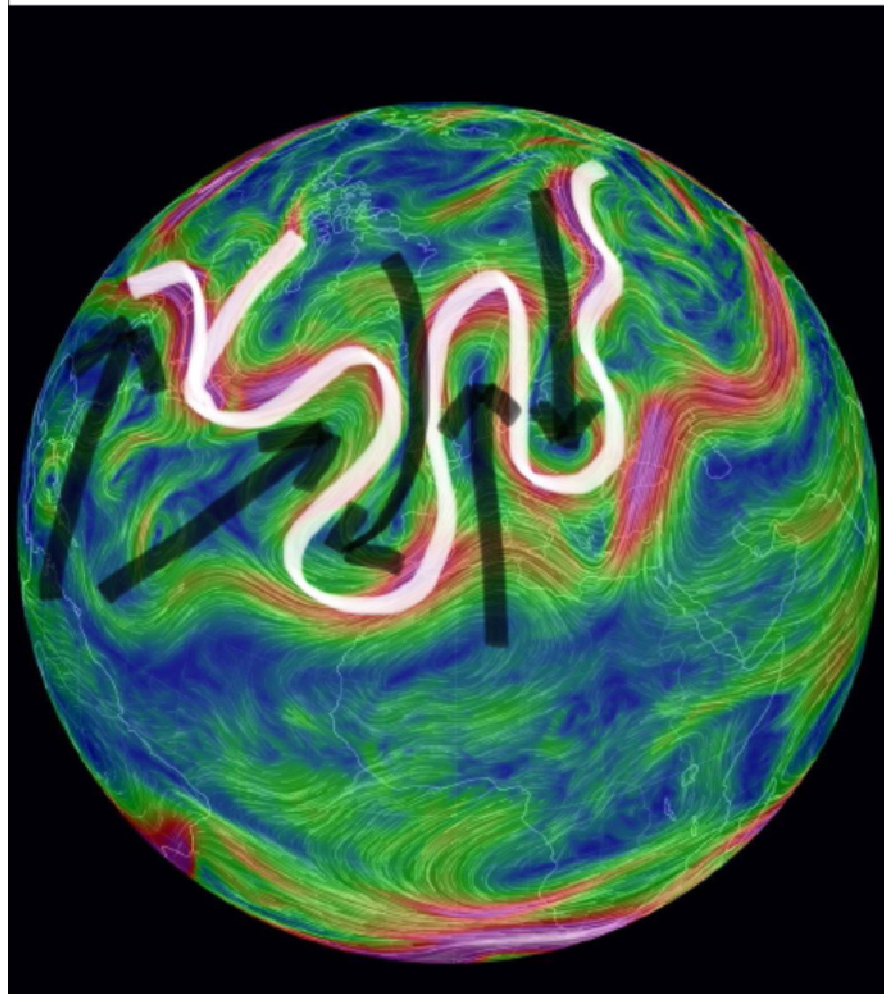
**WildJet Stream
/ Little Ice Age
circulation also
gives (short)
Hot blasts at
times**

**Eg The Belgian
wind of 1666
just before the
Great Fire of
London**

The Changing Jet Stream



Low solar activity shifts (NH) Jet Stream further South

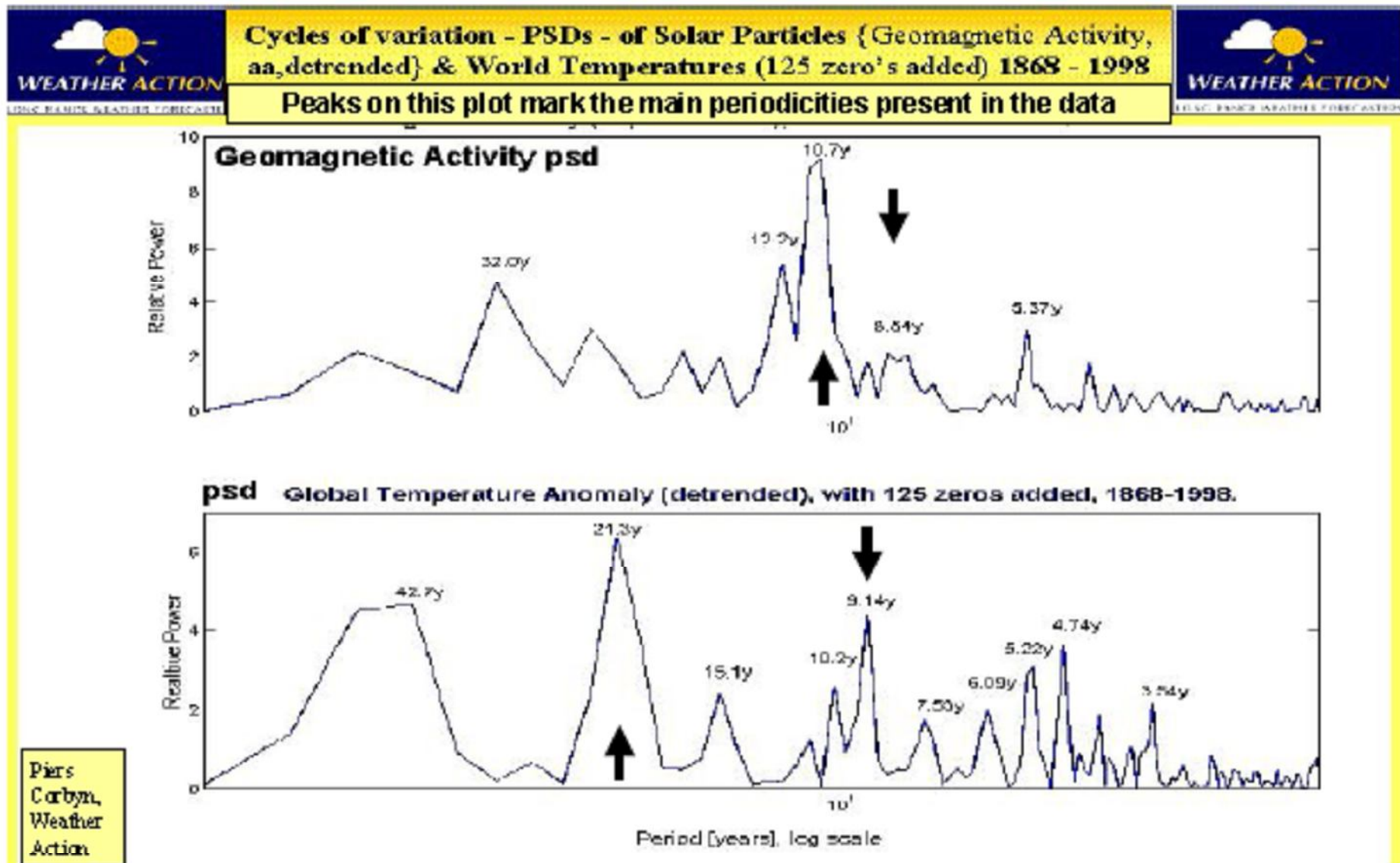


It gets more and more wavy and WILD – making more extremes and dramatic wild weather changes.

There is a **60 year cycle** in Jet Stream waviness

Most weather parameters - explained by Piers Corbyn's Solar Lunar theory

There are many signals in weather data all(?) solar/lunar in origin – 155d, 11yr, 22yr...



The main signal in Geomagnetic activity is the 11 yr solar cycle. The largest and highly significant signal in World Temperature records is the Solar-Magnetic, or Hale Double-sunspot cycle of 21 to 22 years since 1868



World Temperatures or **ANY** weather parameter or pattern/relationship/correlation are essentially driven by (modulated) solar effects

So what drives world temperatures?

World Temps Or any other weather parameter / pattern	Solar Activity (level & Timing)	X	Magnetic Links	X	Lunar Modulation
	(11yr)		22yr		(18.6/9.3yr)
			SLAM gives the		55-60yr signal
	Need Can estimate				Known

By What Agencies & Mechanisms ?

The **Total Weather State** of the earth at any time is essentially defined by its '**SWT**' State

SWT = (Solar activity indicators) x (sun-earth Magnetic links) x (stratospheric winds) x (season) x (lunar modulation)x(etc)

→ **Total Weather State = TWS**

or **SWT** → **TWS**

The **SWT State** (= a set or 'vector' in SWT phase space of **Weather Action Indicators**) is predicable forwards & backwards in time!

A specific **SWT** state in the future will in general have corresponding similar **SWT** states at times in the past.

The weather **EVENTS** in those past states and times are similar to what will happen in the future and such **LOOK-BACKS** (events or short periods) are therefore **PREDICTORS** for future weather.

Weather extremes of recent years are part of natural essentially predictable processes*

Severe summer floods 2007, 2008, 2009 not 2010 & 2011 (Scot) 2012 !
like very wet summers 1875, 1876, 1877 not 1878 & 1879 1880 !
- associated with the approx 132 yr pattern* : $6 \times 22 = 132$, $7 \times 19 = 133$

The 2007, 2008, 2009, 2011 and 2012 summer floods were predicted in detail by the SWT/SLAT. This flood-likely summers situation *can* continue for a few years but is SUBJECT TO other conditions (SWT) being satisfied.

The Russian superheatwave & Pakistan superdroughts were also preceded by similar events ~132 years before - 1878

***First explained by Piers Corbyn to Imperial College Union President's centenary dinner 27 July 2007.**

The slow sea level (volume) rise - 6 inches per century - will continue** even as world surface cools. It is just ocean volume expansion due to ongoing warming of the deep ocean (which is still cold) since the end of the last ice age 10,000 years ago. NOTHING TO DO WITH CO2! {**notwithstanding changes in ocean floor shape such as the appearance of trenches and sumps in the Pacific as the Indian sub-continent pushes up the Himalayas and drive Tsunamis}

Proven success of Solar Lunar Action Technique

Met Office forecasted *BBQ / Sizzling SUMMERS* 2007, 2008 & 2009

Piers Corbyn (WeatherAction) forecasted *FLOODS* months ahead for each of the three summers. So what happened ??!!.....



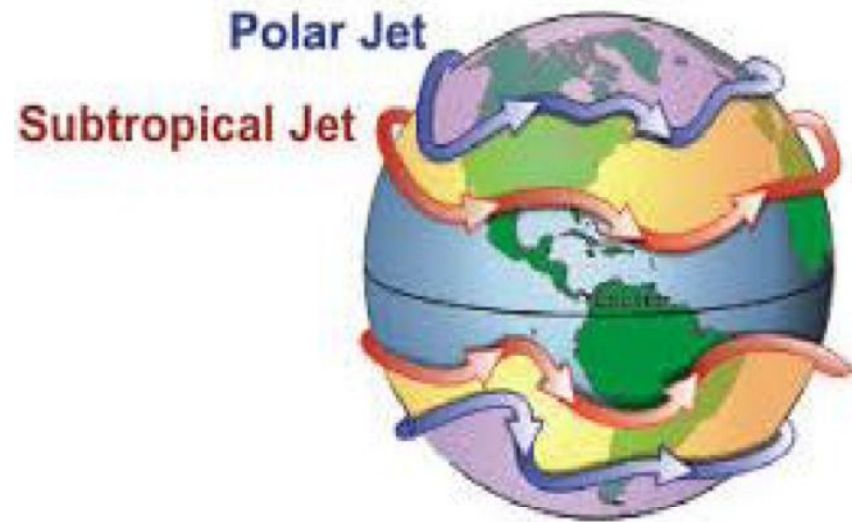
Tewkesbury Floods July 2007 (left) + County Down in Northern Ireland & Fife in Scotland struck by flooding on Wed 12 August 2008 + 7-year-old Max Preston, from Merseyside, paddles his kayak around tents on a campsite Keswick 29 July 2009.

Britain and Ireland were 'under water' July 2007. Summers of 2008 & 2009 were also mainly very wet in Britain & Ireland (espec Nth Britain in 2009) contrary to the forecasts of Standard meteorology and in agreement with WeatherAction long range forecasts. WeatherAction also predicted much **detail** of the worst deluges from months ahead & out-ran TV forecasts from a few days ahead for details, **intensity and timing** of many deluges.



- Piers Corbyn's Solar-Earth-Weather Science is advancing all the time.
- Solar Weather Technique (SWT) now Solar Lunar Action Technique (SLAT)

Basic idea is solar activity (particle and magnetic effects), modulated by Lunar factors affect Jet Stream and weather developments on hourly, daily, annual, decadal, centuries and millennial time scales.





Jet Stream shifts are the key to weather and climate

Q. WHAT CAUSES WEATHER EXTREMES?

(short term) & CLIMATE CHANGE (long term) ?

A. Jet Stream Changes - The changing patterns of weather particularly the track of Low pressures

Q. What Moves The Jet Stream?

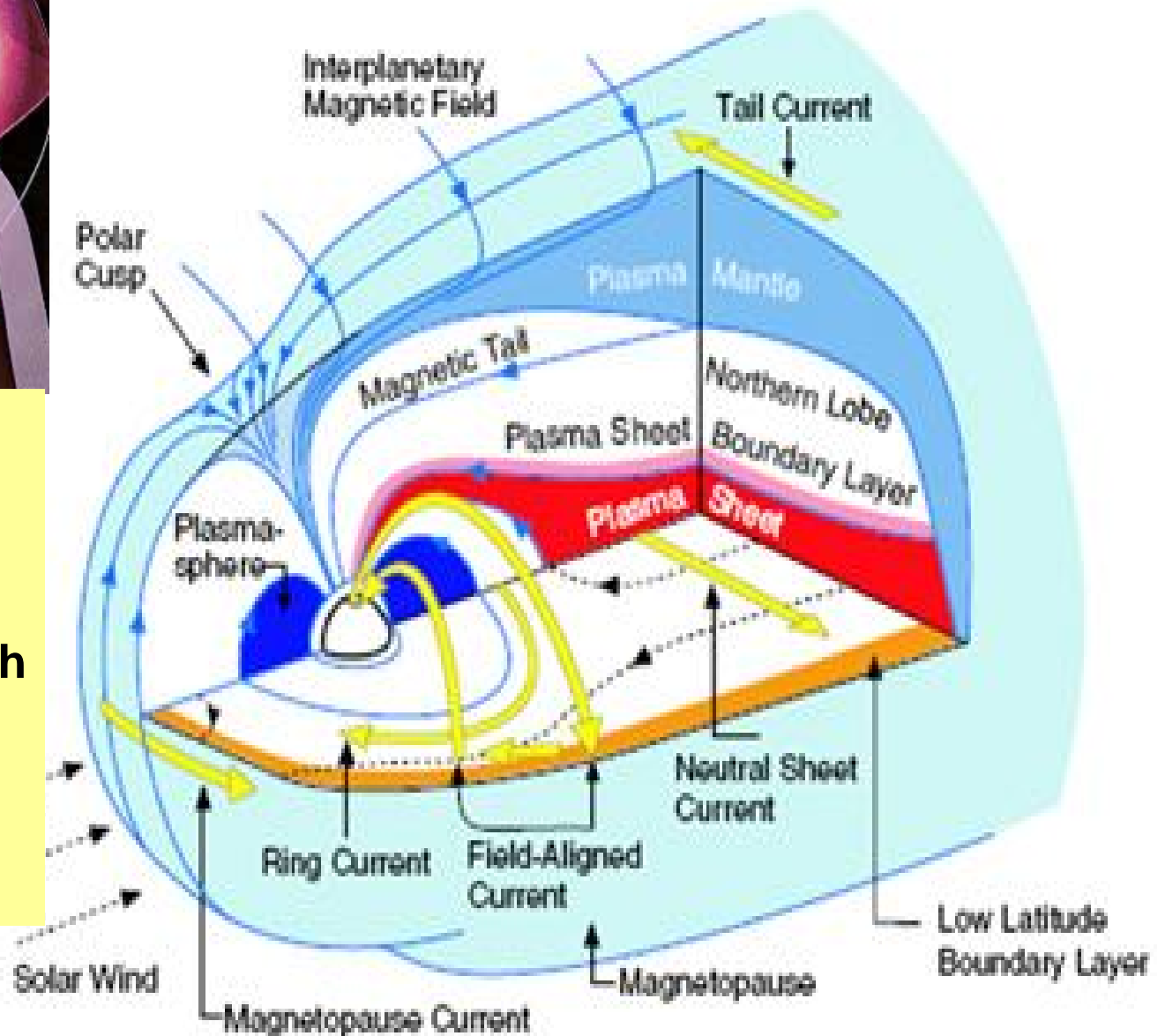
A. (Revolution) Jet Stream changes are driven by Solar particle/magnetic activity & Lunar modulation.

The Shifts are LARGELY **PREDICATABLE** by Solar Lunar Action Technique (SLAT)



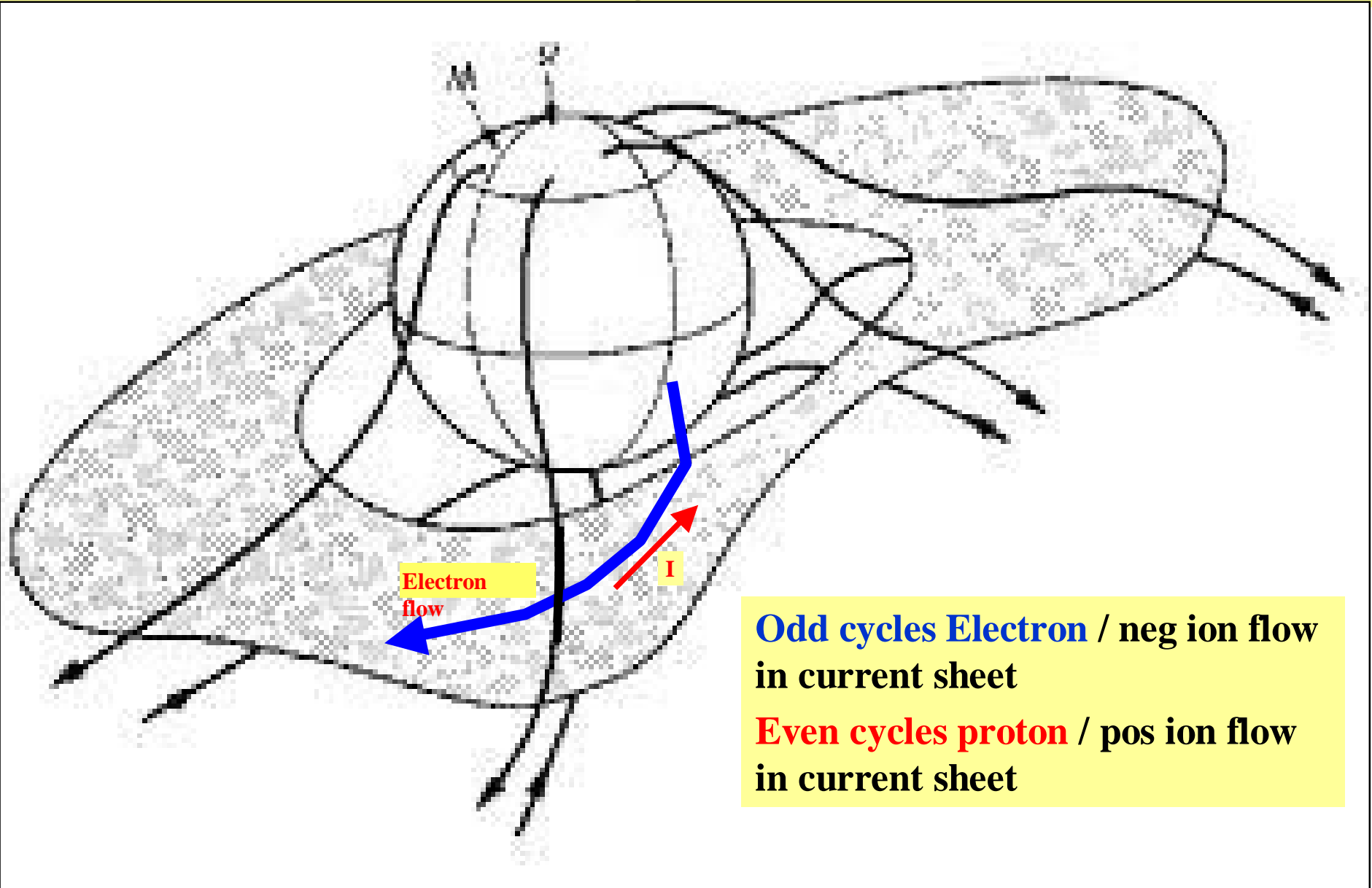
Odd and Even Solar Cycles have different electrical effects on Earth

Wavy current sheet and hence varying magnetic sectors ~change each week => effects at sector boundary crossings eg on vorticity area index



Odd and Even Solar Cycles

– Odd cycles better sun-earth magnetic connections



MAJOR ECONOMICALLY IMPACTFUL EXTREME WEATHER EVENTS

- *West Russian heatwave & its end Aug 2010
(and simultaneous superfloods in Pakistan)*
- *Supercold UK (**coldest in 100 yrs**) & Europe Dec 2010*
- *Very cold USA winter 2010-11
- inc Series of blizzards*
- *Queensland Tropical cyclone Yasi / floods*
- *Series of USA tornado spells Spring 2011 –
- eg the swarm which destroyed Joplin Missouri*
- *Hurricane Irene*

*These extreme events were **ALL PREDICTED*** in Long-Range using WeatherAction's Solar Lunar Action Technique (SLAT).*

*This is a revolutionary understanding of solar-magnetic and Lunar effects which **DRIVE** Earth's weather and Climate.*

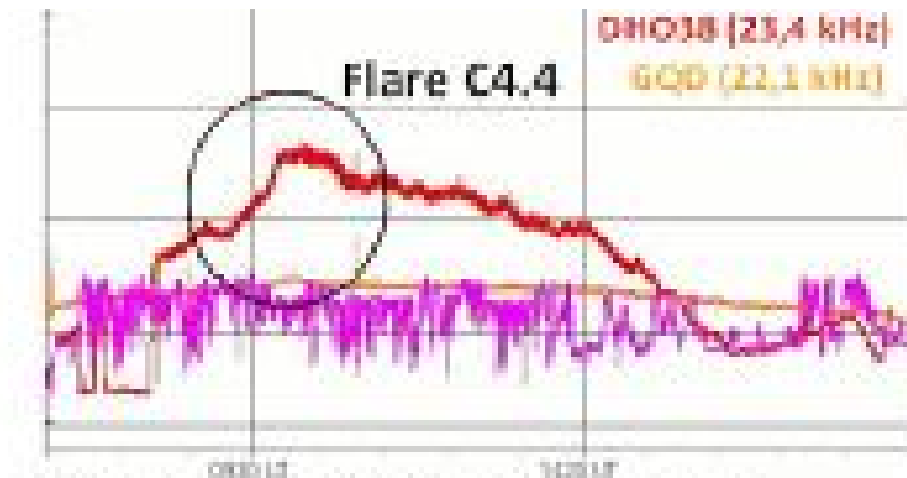
** **ALL** the list of the most extreme USA weather events 2011 named by NOAA were predicted by WeatherAction's SLAT weeks or months ahead*

Double sunspot eruption ⇒ Sudden Ionospheric Disturbance ⇒ Jet stream shifts ⇒ Russia heat & Pakistan superdeluges end

On the morning of 14th Aug a TWO sunspot solar flare (C4 class) erupted hurling plasma and X rays to Earth for two hours causing a simultaneous major SID - Sudden Ionospheric Disturbance (X rays travel Sun-Earth in 8 mins) and then the jet stream shifts and dramatic weather changes across the world as predicted. See

<http://www.youtube.com/watch?v=9M7x-IMj9d8> for video from

<http://spaceweather.com/archive.php?month=08&day=15&year=2010&view=view>.



Double-Spot flare left & SID above on 14 Aug

Apart from the dramatic changes in Europe, Russia and Pakistan there were other major weather events in the period 15-19th Aug associated with the predicted jet stream changes. - There were continuing huge deluges, massive floods and landslips in China – eg <http://bbheavyrain.c.in/cv9RDt> 15th Aug

Double Sunspot superfast very powerful coronal ejection 2010 14th Aug 10:05z

<http://www.youtube.com/watch?v=9M7x-IMj9d8> Sudden Ionospheric Disturbance peaks 15mins later

Jet Stream dramatic shift starts 12hr later. Thunderfloods hit St Petersburg afternoon 15th. Extreme events around world. SEE

http://squall.sfsu.edu/scripts/nhemjet_archloop.html CHOOSE start 13th Aug 00z, 5days, 6hrs steps



2010 December 3-30d ahead Forecast Britain & Ireland

Produced under Solar Lunar Action Technique SLATS – Summary - Detailed weather periods - Maps - Graphs

Including Solar-based likely corrections to apply to Short-range Standard Meteorology Forecasts

Weather Action are the only long range forecasters with independently proven published skill. See www.weatheraction.com

For Short Range localised forecasts - Weathernet personal premium rate service on 09061100445

Confidential

2010 DECEMBER 3-30d ahead Brit & Ire SLATS forecast issued 29th Nov. Essence consistent with First Look Summary June 2010. News content is PUBLIC, otherwise publication of details in media or web must be agreed through WeatherAction.

© Weather Action
Tel +44(0)20 7939 9946

DECEMBER 2010

Extremely cold and exceptionally snowy

Probably the coldest* December for 100 years
(80% confidence) and very likely (90% confidence) to be in the 3 coldest Decembers in 100 years. (* using Central England Temperature measure)

Frequent snow and blizzards at times especially in central and East / NE England on Northerly and North/ Easterly winds.

- Frequent, black ice and freezing fog
- Extremely sharp frosts with record low temperatures.
- Scotland probably drier than other parts and extremely cold especially East & central parts.
- West Ireland & far SW England less cold with short milder South-Westerly flow at times.

Christmas

Widespread blizzards & snow deluges; probably snow in all parts of Britain & Ireland over Christmas / Boxing Day.

New Year

New Year's Eve probably dry, bright and bitterly cold. Snow returns on New Year's Day.

Key Pressure developments Dec 2010

Britain & Ireland will be often dominated by high pressure over Scotland or to the North of Scotland connected either to High pressure over Scandinavia or (probably less often) Arctic/Greenland while active low pressures dominate South Europe / Biscay and also attack from the West at times but are largely blocked and take a local Jet Stream South path.



Snow deluges and white-out struck Newcastle 29th Nov

Blizzards & thunder confirm

WeatherAction forecast advance

The end of November blizzards, white-out and thundersnow in North/East Britain dramatically confirmed WeatherAction's "wild weather" warnings that the Met Office would seriously under estimate the severity of the coming snow storms.

Piers Corbyn - Astrophysicist of WeatherAction says "Getting thundersnow and double the snow amounts in Met Office forecasts - both occurrences of which we warned - was great. This snow hit was especially important because although our long range November forecast had gone very well up to 21st November, the end of the month was not wet and mild as we had originally expected, but snowy. Our new advance in our SolarLunarActionTechnique to SLATS explains why the circulation switched to blizzards, why relatively rare thundersnow was also likely and gives more confidence in our exceptionally cold winter forecast."

See: <http://www.weatheraction.com/displayarticle.asp?a=2765&c=5>



WeatherAction well captured the cold late “Jet-Stream South” Spring 2013 & won the British Asparagus award for the date to market of field Asparagus – 5week delay.

MARCH 2013 – April 1 inc Easter

Headline summary & essential development.

First half mostly cool or cold with some sleet and snow in the North and East. Warm and fine at times especially in South from mid-month.

A wet, windy, cool month end.

- The first 12 days has generally Northerly / Easterly or sometimes cyclonic/easterly flow with high pressure to the North of the Europe / NW Atlantic region and the Jet Stream well South of normal.



WeatherAction won British Asparagus Start Of Season Forecast Competition

- Weather Action beat all for long range forecast of *very delayed cold Spring*



From: Melissa Kidd Sent: 29 May 2013 11:15
To: 'piers@weatheraction.com'
Subject: RE: Your asparagus prediction - congratulations

Thanks for getting in touch Piers.

Congratulations, your prediction for the start of the season is the closest – please send me your address and we will send you some asparagus? It has been a bit of a stop start season but the growers confirmed that there would have been plenty around at the weekend.

Also what's your twitter handle?

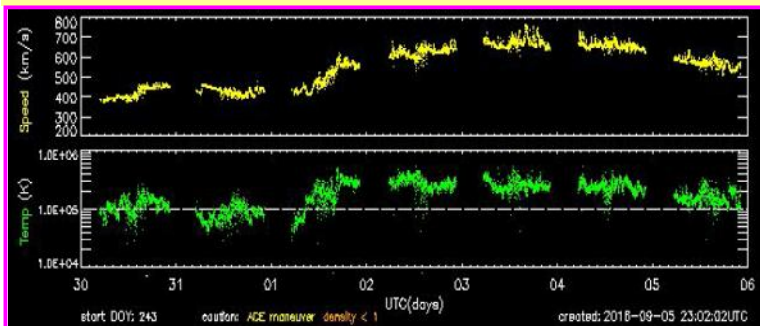
Thanks

Melissa

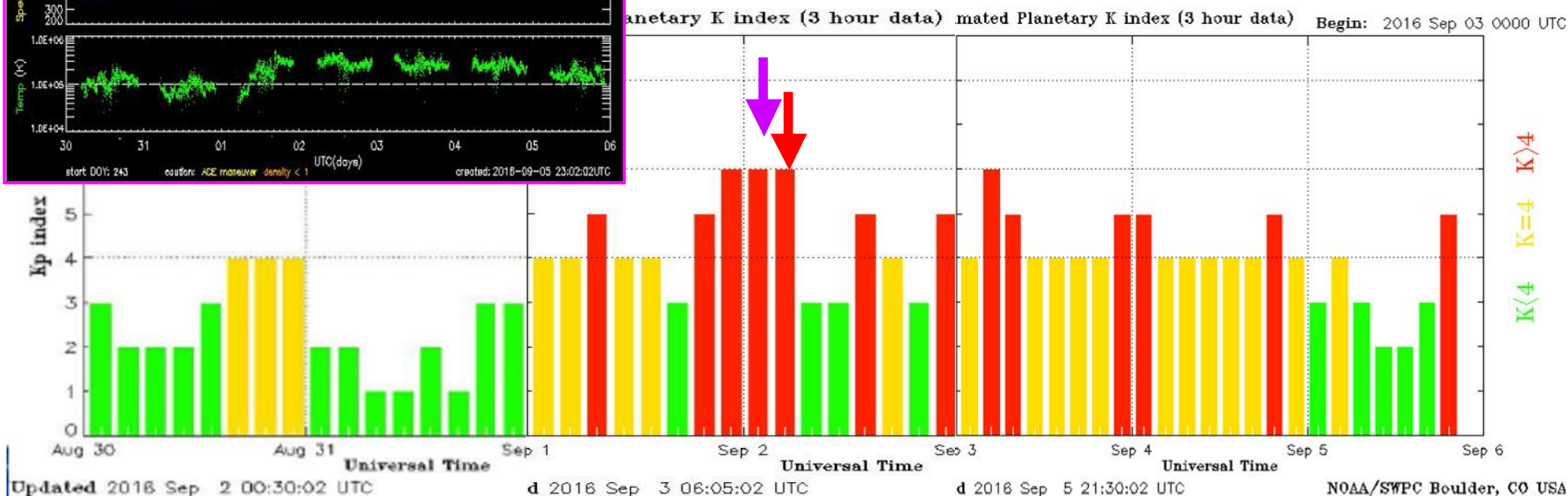
Melissa Kidd, Consultant



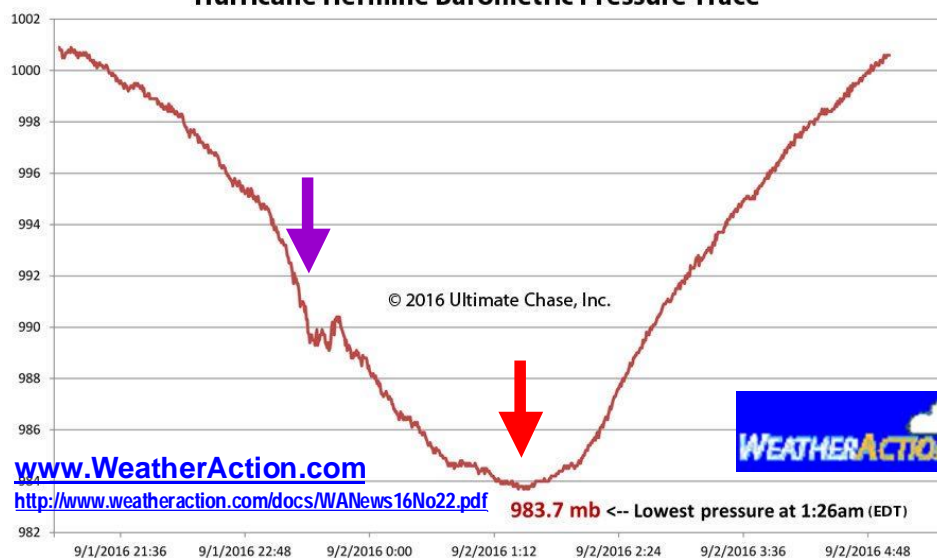
SolarWind, Geomag *Kp*, Hermine Press+Track brill match *R5*~Sep1-4



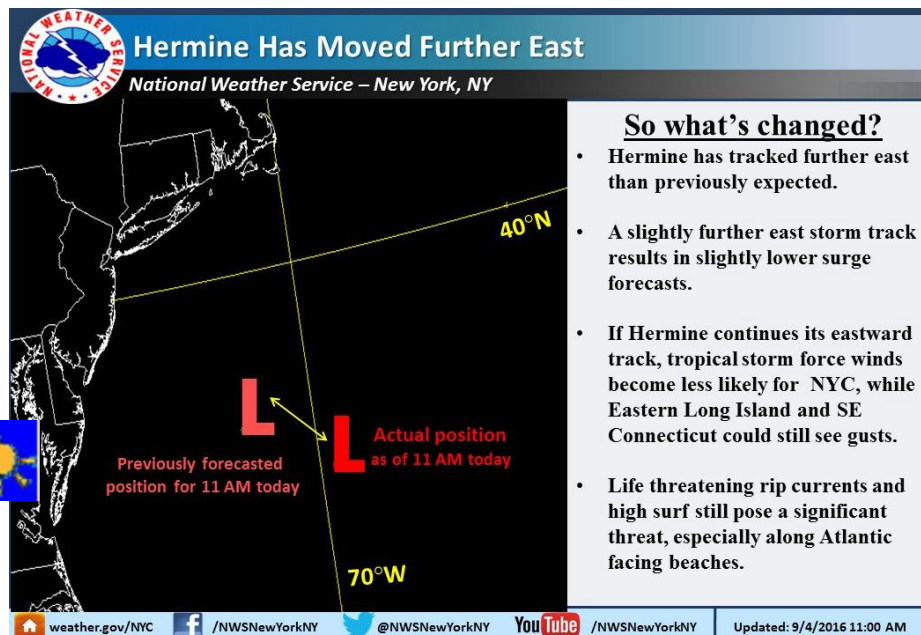
<= Solar Wind Speed, Temp, *Kp*, up 1-4th; => Hermine intensifies in *R5* more than Official;
=> Press plunge fastest at *Kp* max; => Hermine tracked Right of Model- following *R5* rule



Hurricane Hermine Barometric Pressure Trace



Data by: Mike Theiss Equipment: Kestrel Unit #02 Device Location: St. Marks, Florida Device Elevation: 6 feet (ASL)





SKILL! Extreme Storms – The two most significant storms hitting Britain / Ireland in last 3 yrs

Oct 28th 2013 South / SE England (Storm Jude)

predicted by WeatherAction 5 months ahead at **GAFTA** (Grain and Feed Trades Association) conference Geneva

28-30 Dec 2015 (Storm Frank) Ireland + Britain

predicted by WeatherAction 10 weeks ahead

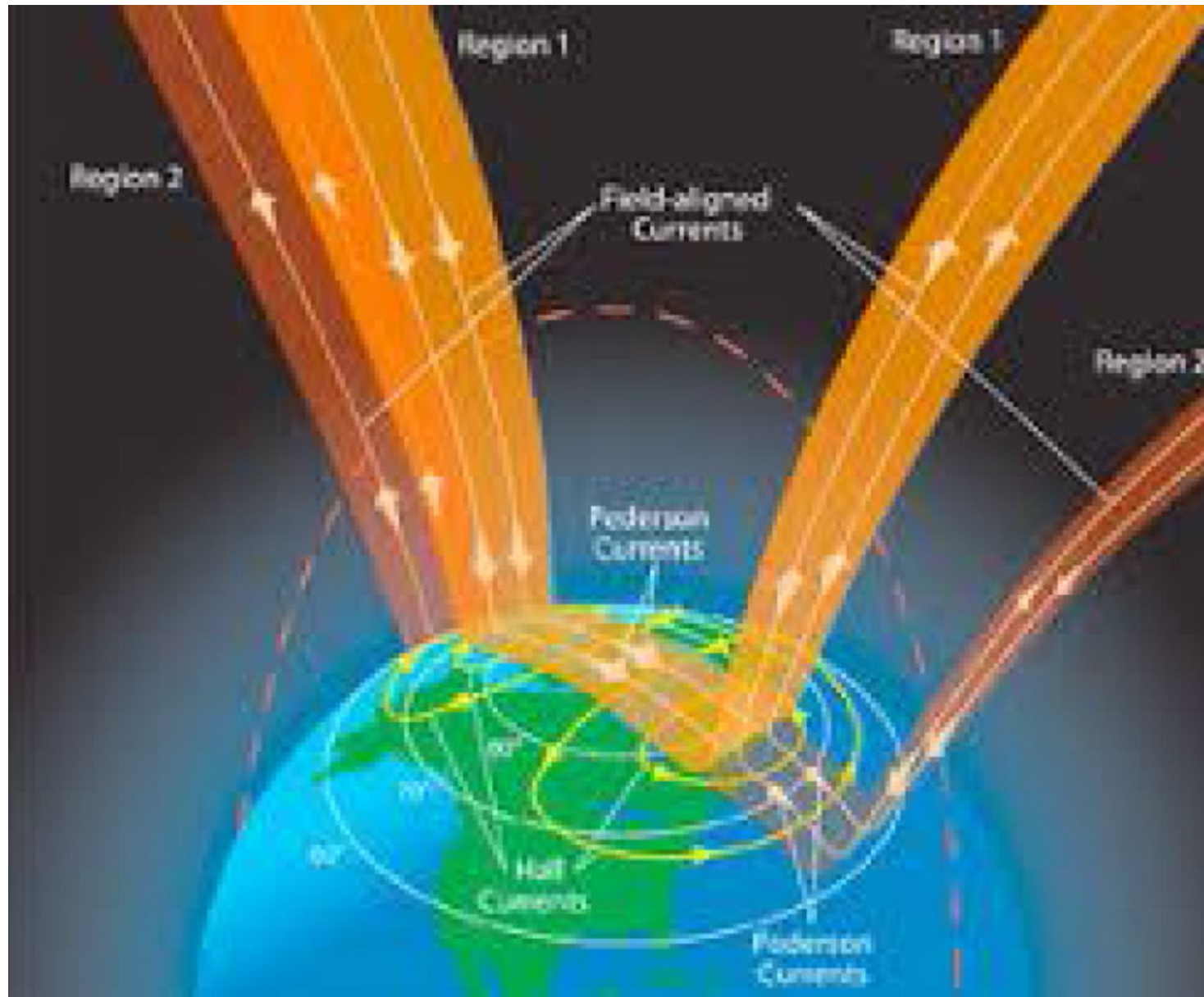
SLAT got both very well. Met Office had good detailed short range forecasts for both in terms of timing and general track.

However significantly eg Oct 2013 WeatherAction correctly warned MO would underestimate storm power. WA also gave a small correction to track which was confirmed. (Same method applied to Hurricane Irene)

SWT / SLAT Very skilled in Long Range storms and timing.

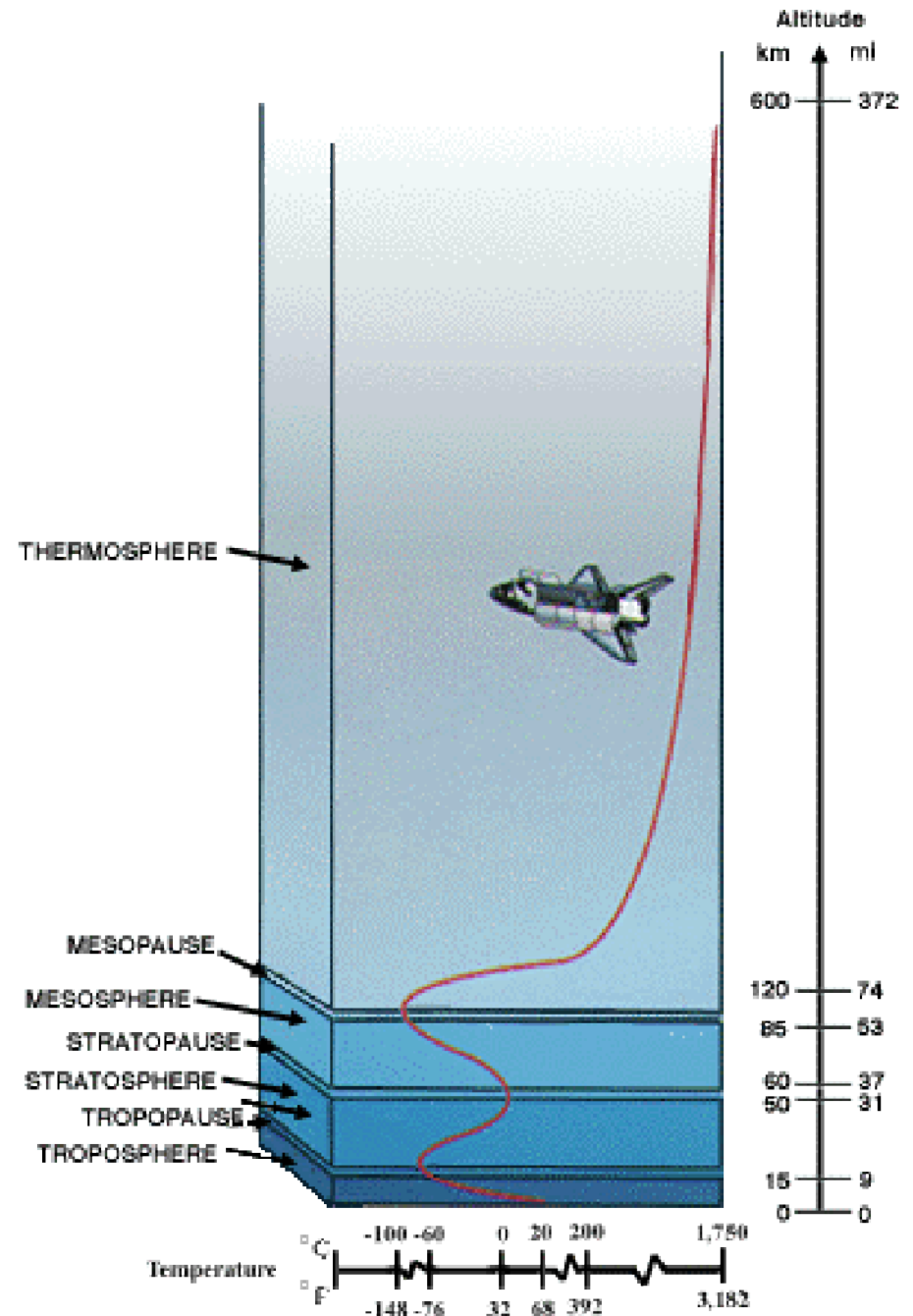
SLAT can also improve on MO Short Range

*AND What about R5 July 28-Aug1 2018??
Birkeland Currents?!*



QUICK QUIZ

- *What are the assumptions of normal standard meteorology?*
= *Weather drives weather*
- *What can't it explain / do?*
- *Sacred (delusional) cows of 'Climate science / Standard Meteorology (despite amazing Met.O &c computing advances)*
- *Signals in weather + Climate (22yr, 60yr, 155day, 27day... ENSO, QBO, Lunar...)*
- *Long Range forecasts*
- *Climate Change, ice ages*
- *How Little CO2 is there?*



Things are not always what they seem!

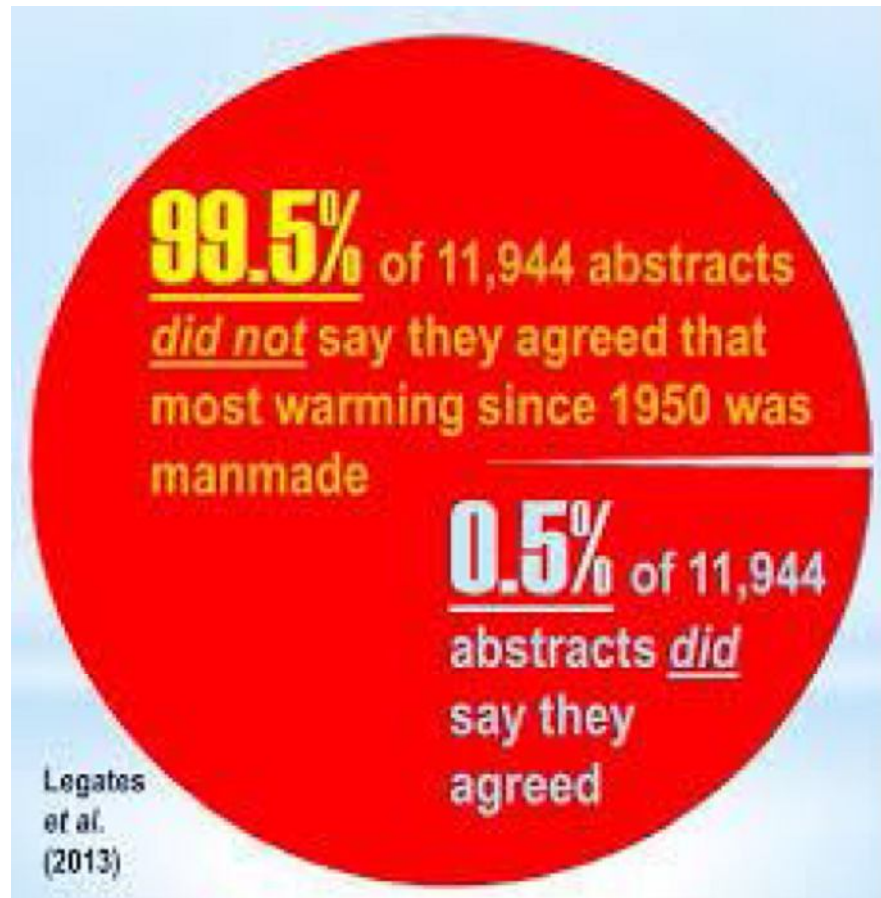
In Physics Drawing a diagram or writing an equation does not mean they show something real

- **Arrows of 'radiation' and 'Global warming'**
- Centres of motion and 'stirring' under freefall!
- Fourier analysis beats and non-linearity.

(in Pic) Inclusion of background to support narrative



The Claim that 97% of (climate) scientists believe Man-Made CO2 Global-Warming is False & Irrelevant



They basically just counted people who had mentioned Climate-Change in an abstract or headline in scientific papers

“0.3% climate consensus, not 97.1%”

PRESS RELEASE – September 3rd, 2013

A major peer-reviewed paper by four senior researchers has exposed grave errors in an earlier paper in a new and unknown journal that had claimed a 97.1% scientific consensus that Man had caused at least half the 0.7 C° global warming since 1950.

The new paper by the **leading climatologist Dr David Legates** and his colleagues, published in the respected *Science and Education* journal, now in its 21st year of publication, reveals.....The consensus Cook considered was **the standard definition: that Man had caused most post-1950 warming.....**

“Even on this weaker definition the true consensus among published scientific papers is now demonstrated to be **NOT 97%, as Cook had claimed, but only 0.3%”.**

Temps drive CO2 as ice ages end. Fast CO2 changes (like now) are hidden

At the end of the last ice age temperature changes LEAD CO2 by 800yrs

Similar leads are in Antarctic Termination III 240kyr ago
(Caillon et al Science Mar 03)

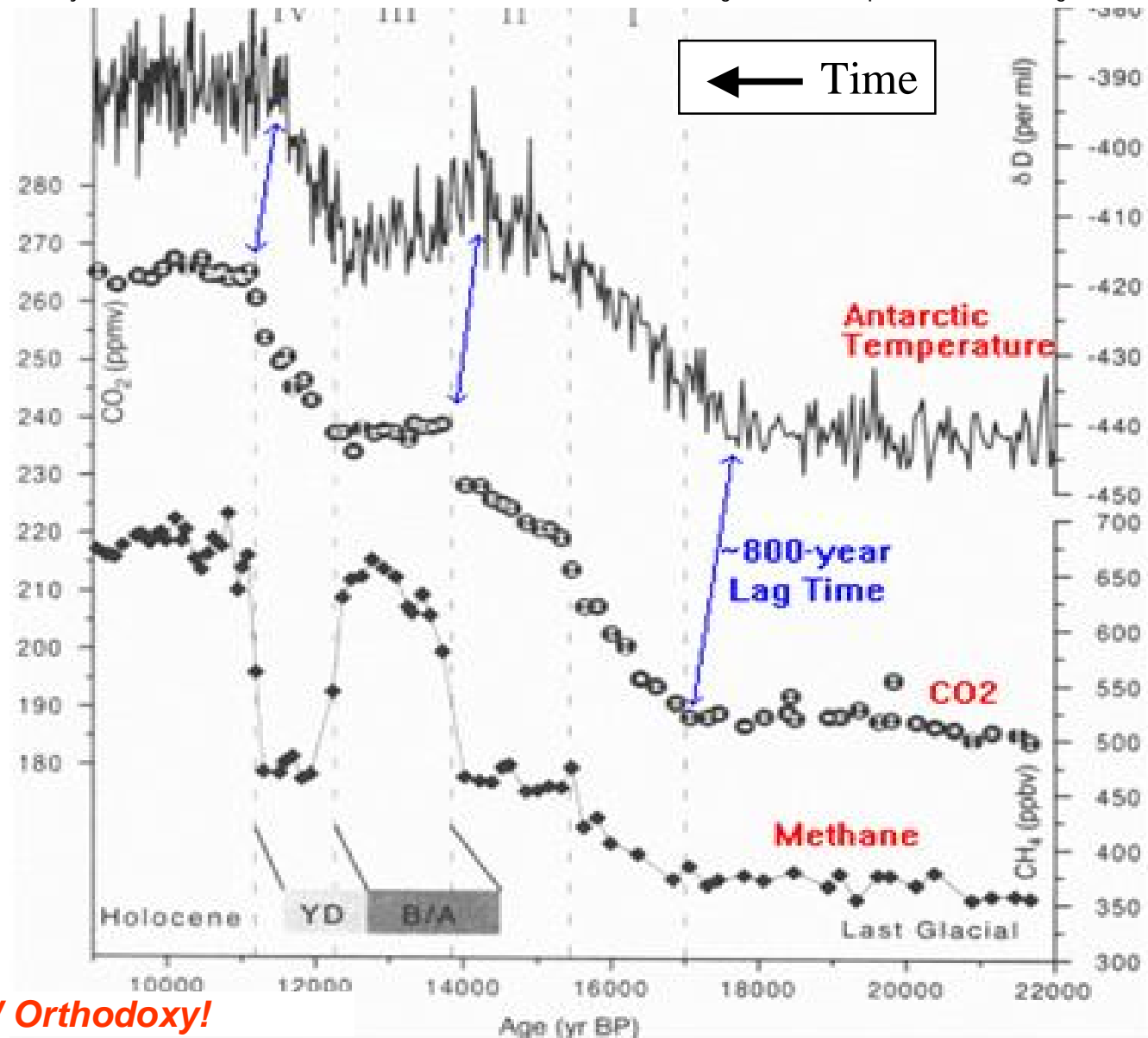
CO2 diffuses through ice

CO2 data points are at best 200yrs apart and show only small variations between points. This is because CO2 is a gas and diffuses into centuries of ice layers. The present CO2 spike will amount to a mere blip in 1,000yrs time.

There is No Evidence that the present CO2 rapid rise is unique.

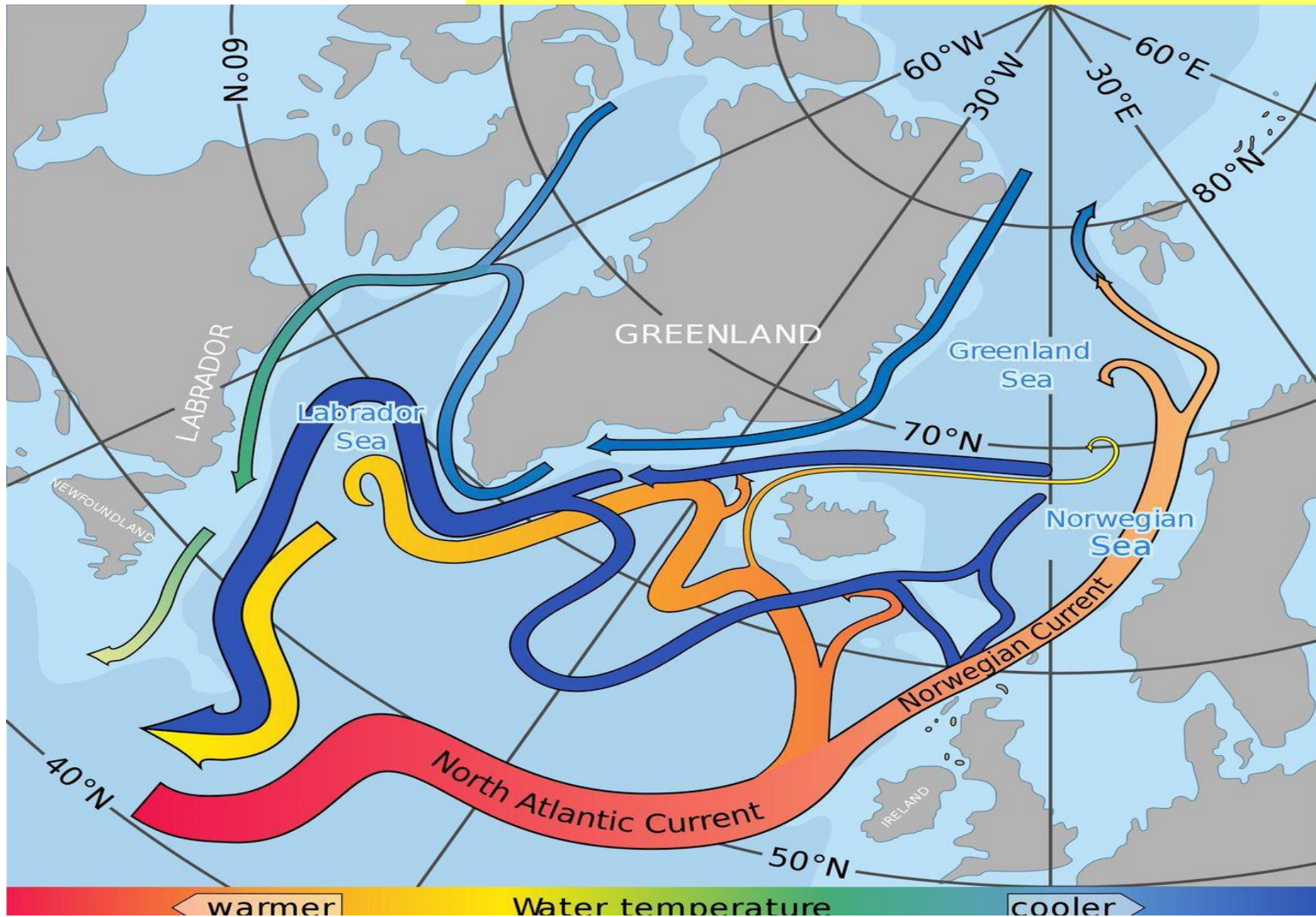
Inconvenient Truths for GW Orthodoxy!

At a meeting Piers said: "There is just one timescale where CO2 & temperature correlate well, that is on averages of about a hundred years; BUT this shows **TEMPERATURES CONTROL CO2** which changes AFTER temperatures have changed"



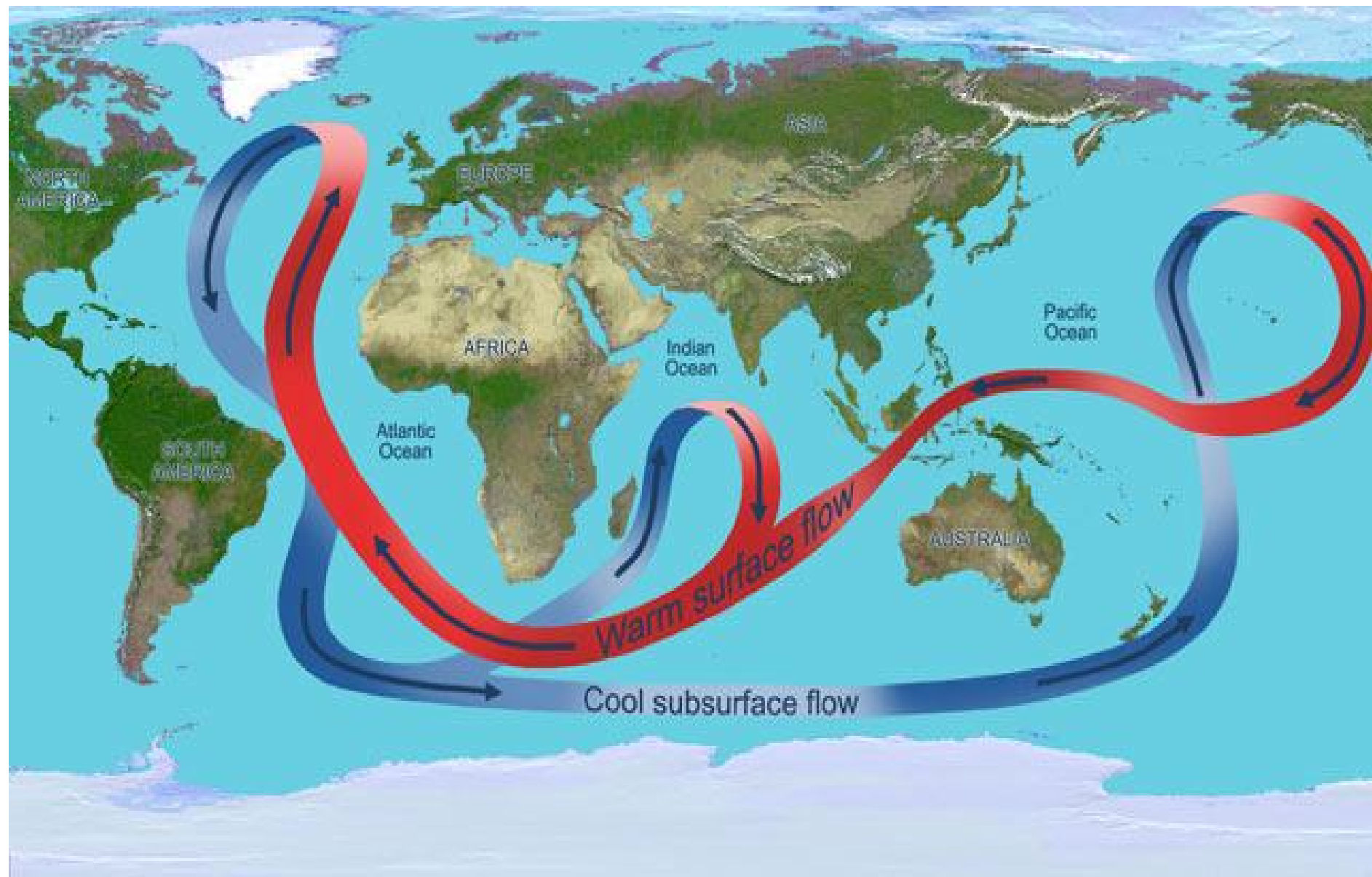
CO2 levels FOLLOW (sea) TEMPS

- *Dynamic (Sea surface - air): Air residence time ~3yrs
- * Large scale Ocean circulation; CO2 lags temp ~500-800yr



CO₂ levels FOLLOW (sea) TEMPS

** Large scale Ocean circulation; CO₂ lags temp ~500-800yr*



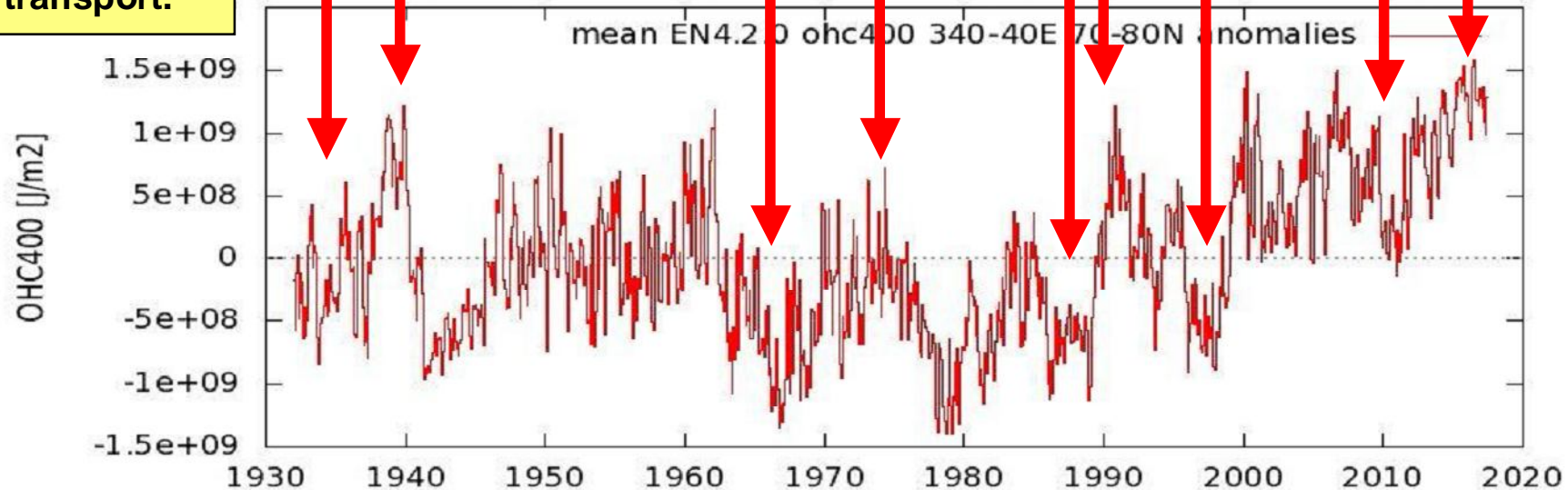
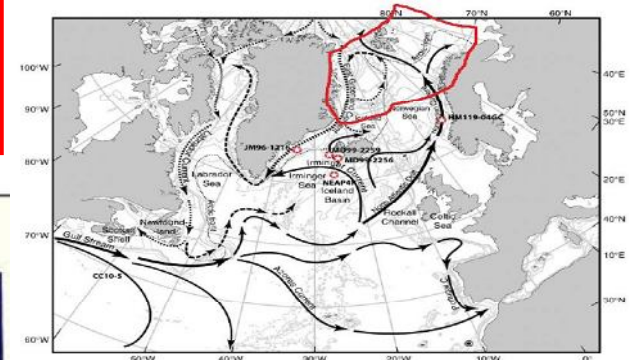
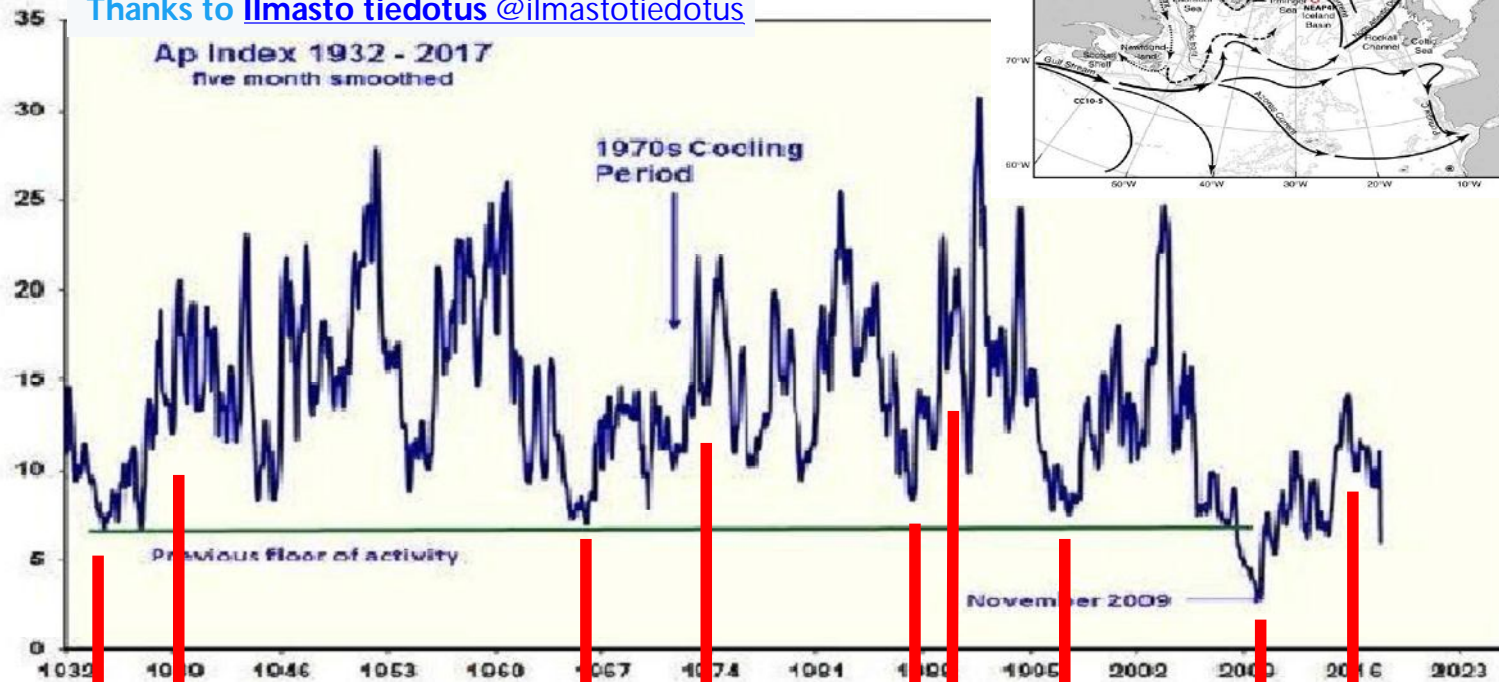
Solar activity drives Arctic "gateway" ocean currents

OCEAN heat transport to Arctic largely correlates with geomagnetic activity (Ap)

Many notable peaks and troughs match.

There is also signs of a 7 year (Seasonal stratospheric QBO repeat) signal in Arctic heat transport.

Thanks to [Ilmasto tiedotus @ilmastotiedotus](#)



Science shows the Man-Made CO2 Global-Warming / Climate-Change is nonsense in 4 key points

1. There is no evidence now and there never has been in real world data for CO2 levels controlling world temperatures. In fact world temperatures are now falling (using accurate satellite data rather than UN fraud data see slide 6 in pdf**) while CO2 levels are rising.

** See <http://www.weatheraction.com/docs/WANews15no16.pdf>

2. Man's CO2 flux in and out of atmosphere is only 4% of total. The idea that this dominates the other very variable 96% is deranged - slides 1+3 of pdf link above

The fact that termites produce ten times the CO2 equivalent of man means **Obama and the Pope would do better at reducing CO2 by declaring WAR ON TERMITES.**

Interestingly all Obama's wars hitherto have upset the stability of middle-east oil production to the benefit of USA oil production (the USA is now an energy exporter not net importer).

3. World sea temperatures control CO2 levels under basic laws of physics so over thousands of years sea temperatures (which follow solar activity) LEAD CO2 levels by some hundreds of years, see slides 7+8 in pdf. This is an observed fact.

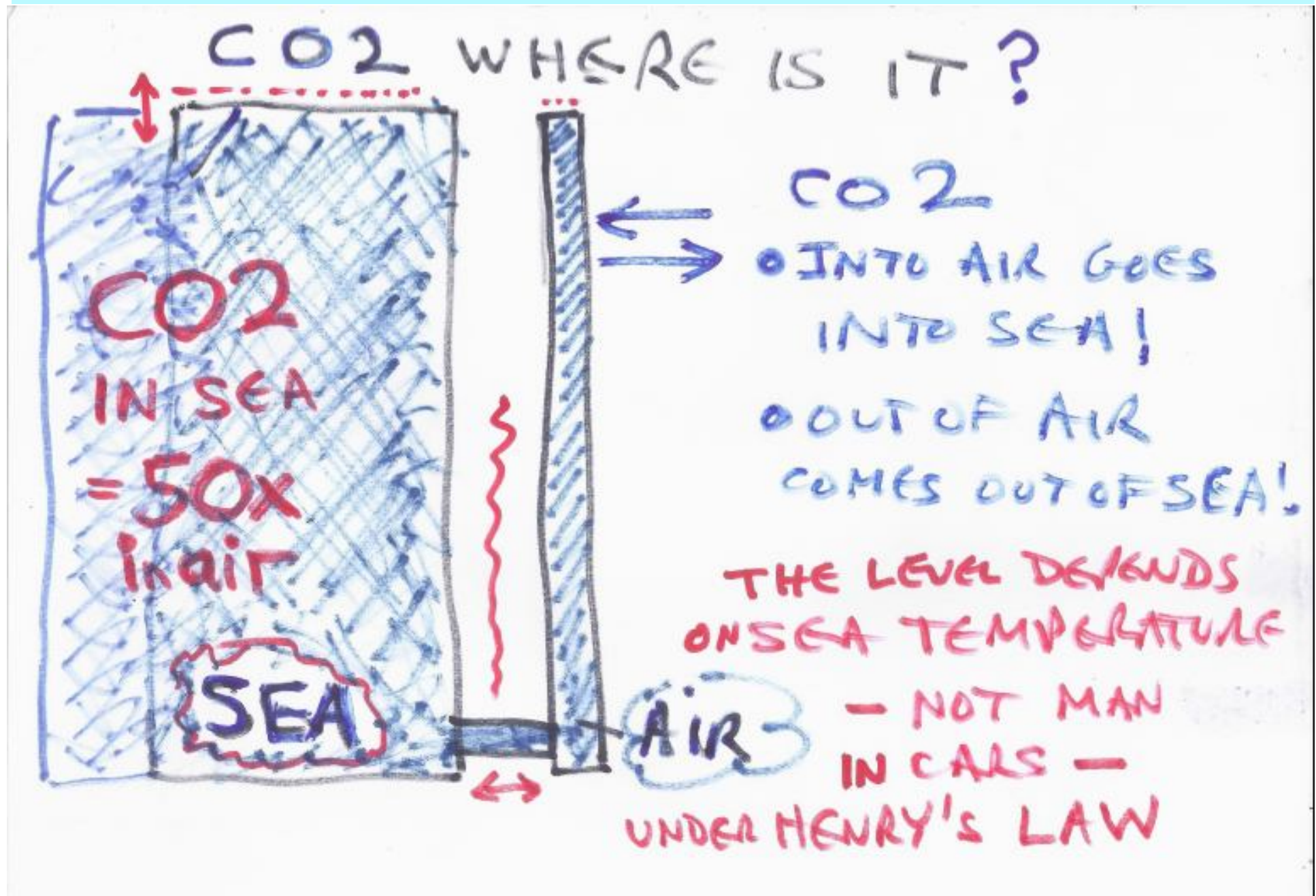
In everyday life if you warm a glass of fizzy drink CO2 comes off and if you cool it then it will absorb more CO2. The deranged CO2 theory will have you believe that putting extra CO2 above a glass of drink (or anything) will warm it up. Of course this idea is a deranged tail-wagging dog nonsense.

In summary: The Man Made Climate Change fails because of 3+1 = 4 points:

- 1. CO2 levels are an EFFECT NOT CAUSE of changes in climate**
- 2. Man's CO2 only 4% of total; CO2 warmism is mad Conspiracy of Nature theory**
- 3. The Sea Rules not Man**
- 4. All extremes now are the wrong type of Extremes for The CO2 story - because Wild Jet Stream negates flatter Jet Stream CO2 story.**

SCIENCE REQUIRES EVIDENCE! The evidence is against the CO2 story.

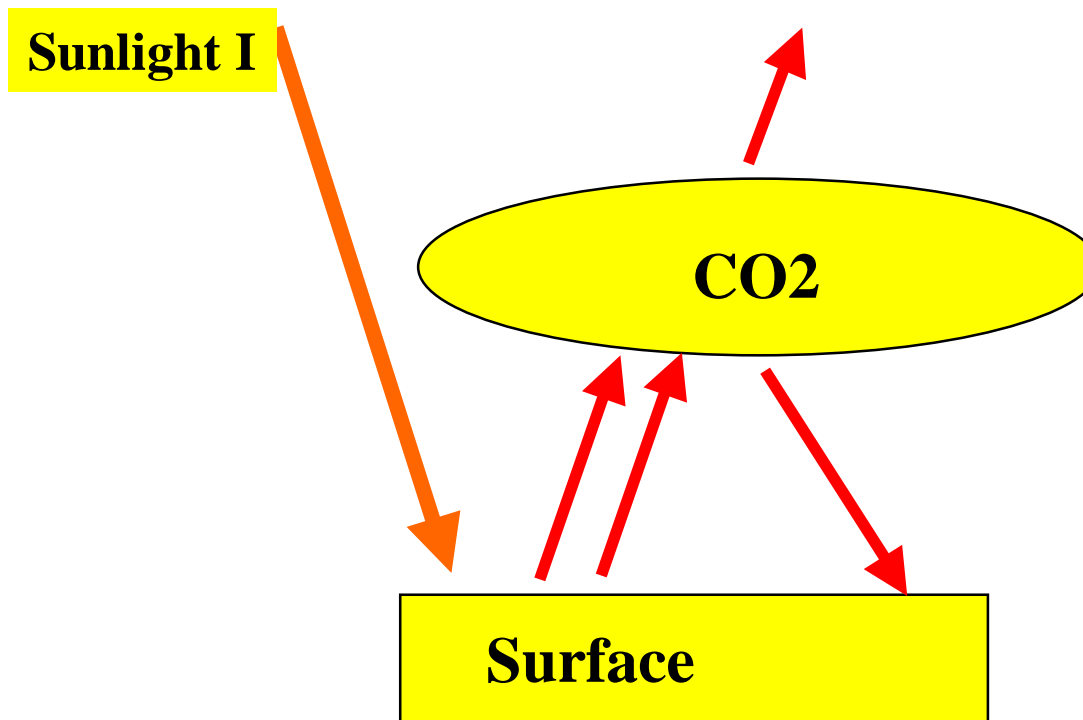
The CO₂ Story is Bad Science 1 – Air & Sea



Why CO2 theory does not work 1

1a) BBC/ Royal Institution CO2 'Experiment' is a conjuring trick.

1b) Basic idea of the process – *as portrayed in media and schools* is **daft**. The radiation 'arrows' do not exist. Typical Infra Red range is 25metres and the re-radiation assumption is absurd. **Photons are not conserved**



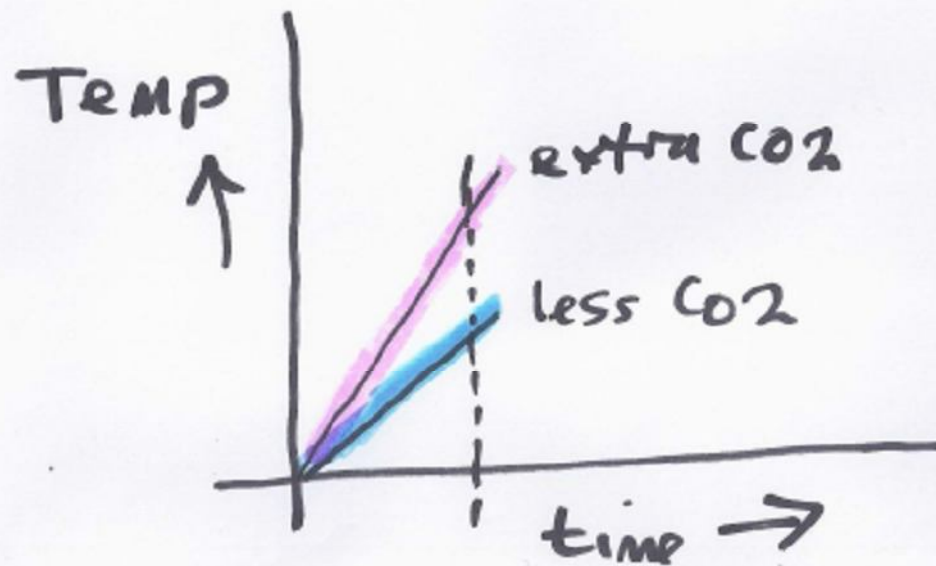
The assumption of radiative balance at (every) level of the atmosphere is absurd

This False physics is not in fact what some Warmists / Luke-Warmists argue.

Water vapour supposed magnifier Not shown –
Anything X zero = zero

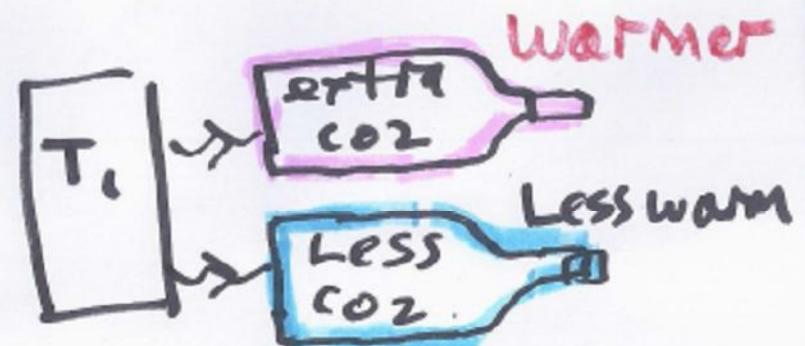
The Co2 Story is Bad Science 2 – Warming?

Quicker warming of air containing extra CO₂
(or any GH gas)
What's it all about?



So we are told the extra CO₂ gets warmer and makes the atmosphere warmer.

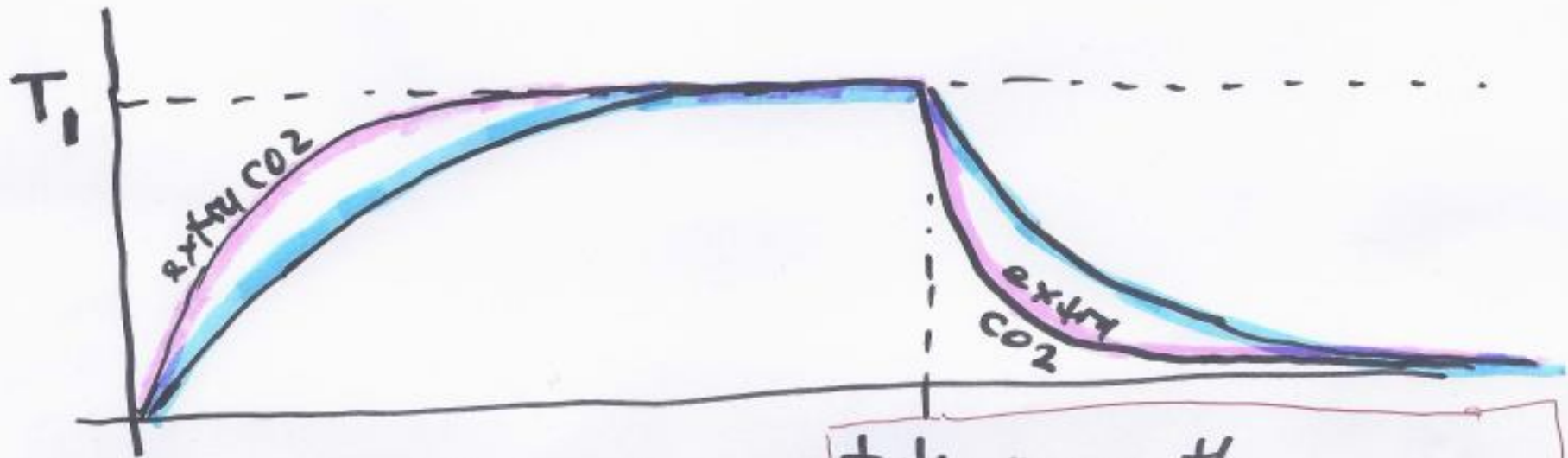
Two bottles of air near a body at Temp T_1 (or use a light with this equivalent of Infra Red)



IS IT TRUE?

The Co2 Story is Bad Science 3 – No warming!

What happens after a while?
The two bottles reach THE SAME TEMPERATURE.



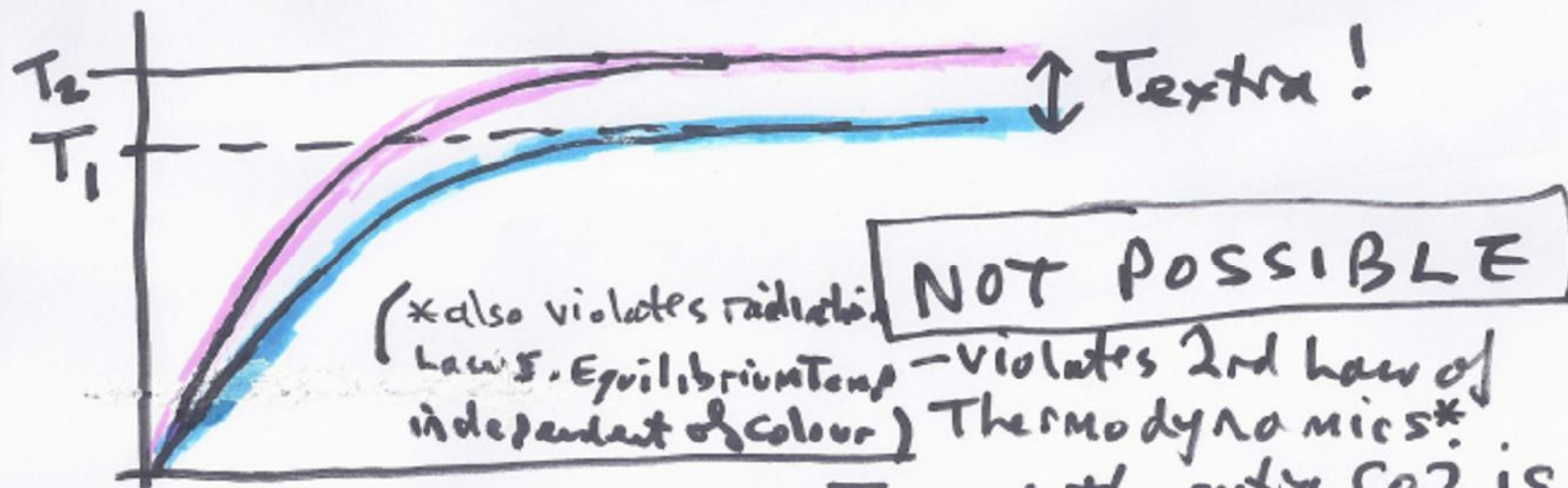
THE RATE of warming and
cooling goes up with CO2
NOT THE FINAL TEMP.

⇒ NO WARMING ⇐

Take away the
warmer body T_1 and
the one with extra CO2
cools quicker.

The Co2 Story is Bad Science 4 – Really Bad!

SUPPOSE the bottle with extra CO2 actually did get warmer after a time than the less CO2. **IS THIS POSSIBLE?**



If the low CO2 reaches T_1 and the extra CO2 is warmer we have heat moving from cooler T_1 to warmer T_2 with no work done; and we could use the TEMP difference to run a perpetual motion machine!

The Co2 Story is Bad Science 4 – Really Bad

SO.....

- *The “CO2 blanket” / “back-radiation” Greenhouse Effect is Nonsense – **Bad Physics**; It violates basic thermodynamics*

- *The First Law, Second Law and the principle that **the equilibrium temperature of anything in a radiation chamber is independent of colour!***

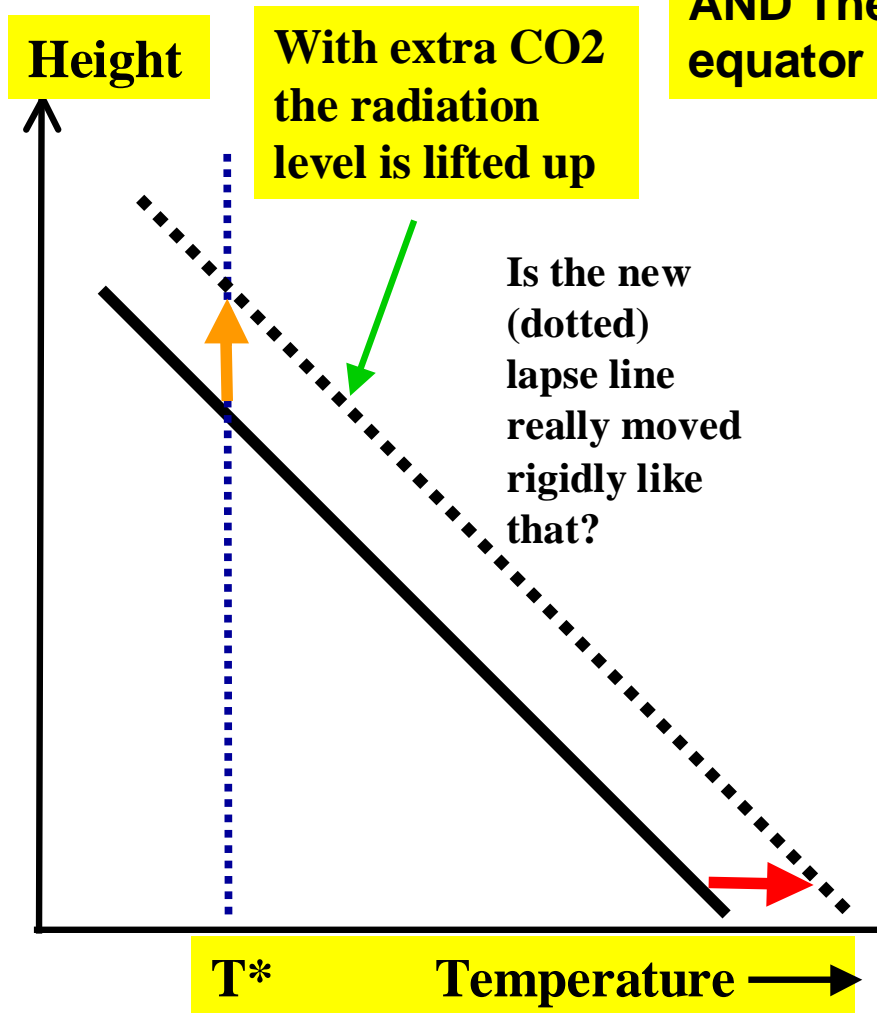
- *There is another version which is not quite such bad physics and is the ‘**serious version**’ but not promoted by the BBC who use the brainwashing for schools version;*

- *This is the Lapse-Rate (cooling with height as in standard Meteorology texts for the last 100yrs) argument **BUT THE CO2 ADD-ON ALSO FAILS....***

Why CO2 theory does not work 3

The atmosphere is colder higher up due to gravity. More CO2 shifts the outgoing radiation level (Temp T^*) & 'lapse' line up . So it should get warmer **there**  & on **surface**. **BUT IT DOESN'T**

AND The GWers predicted **HOTSPOT** above the equator is **NOT THERE**. It's a **COLDSPOT** instead.



What's Up? PHYSICS Possibilities
*Apart from IMPORTANT change in clouds/ reflectivity of atmosphere & **evaporation from oceans!***

1. A day night effect causes extra upper level cooling for more CO2
2. Changes in lapse rate curve due to changes in IR at different levels
3. **COOLING FEEDBACKS** - eg:
Transpiration **cooling by plants of the surface increases with CO2.**

Why CO2 theory does not work 4

In the real atmosphere there are day/night temperature fluctuations (eg in upper atmosphere). They are larger with more CO2 because CO2 (infra red absorber / emitter) gains & loses heat easier than N2 & O2 and so enables all the air to adjust quicker.

Temp

T

Range **2r** goes up
with extra CO2

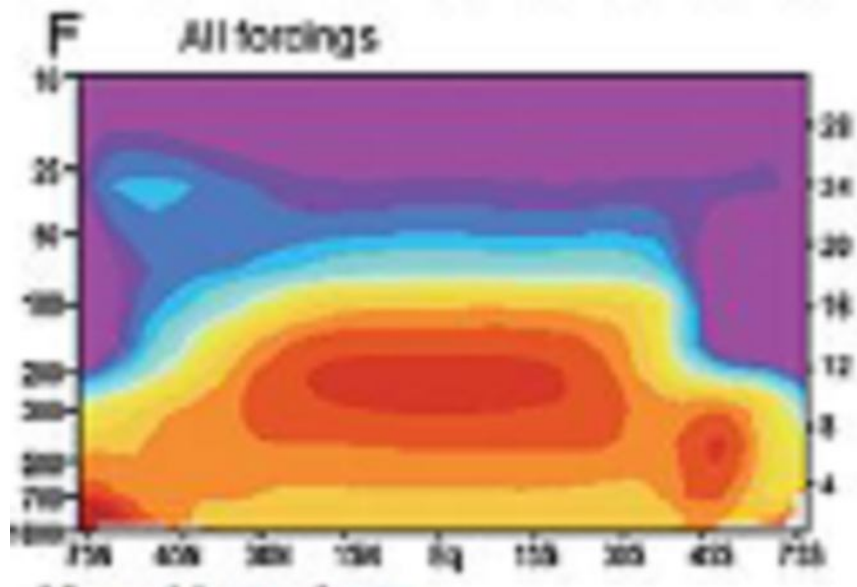
For cold spot 0.1deg, T~240K
extra range about same as
original range, r, 2r is about 5
or 6 deg. This is maybe higher
than obs estimates.

Average radiation out is = $0.5 b [(T+r)^4 + (T-r)^4]$

Work it out for the same radiation. For an increase Δr in half range, T will have to go DOWN: $\Delta T = - 3 \Delta r \times r/T$ (Detail subject under research)

This could (help) lead to a *COLDSPOT* on the equator - which is **observed!** AND shift the lapse line (at upper level) back to where it was.

CO2 theory does not work



THEORY of HOTSPOT

For cold spot -0.1°C , $T \sim 240\text{K}$ extra range about same as original range, r , $2r$ is about 5 or 6 deg. This is maybe higher than obs estimates but not absurd. There may be magnifiers.

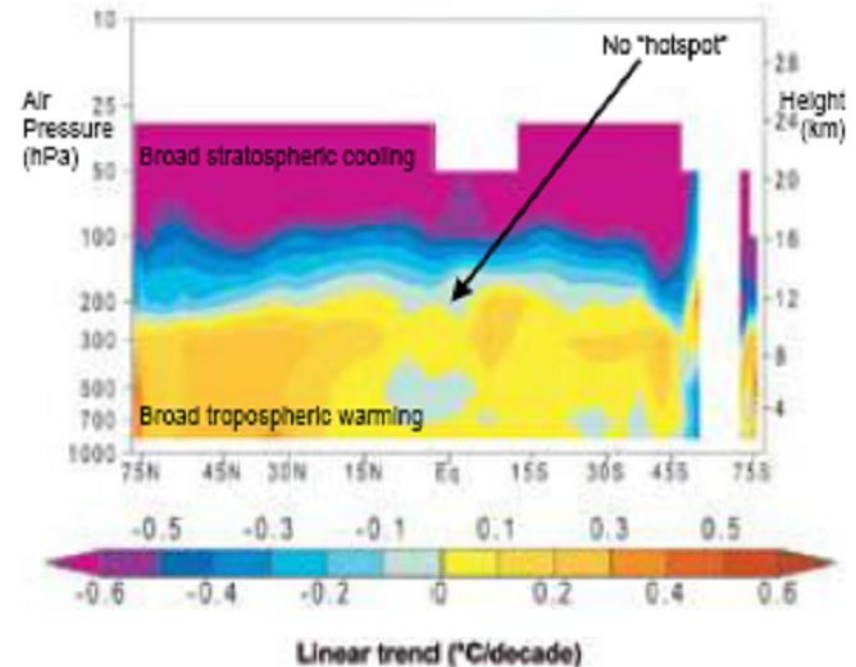


Figure 2: The observed pattern of atmospheric warming, 1979 – 1999, annotated.

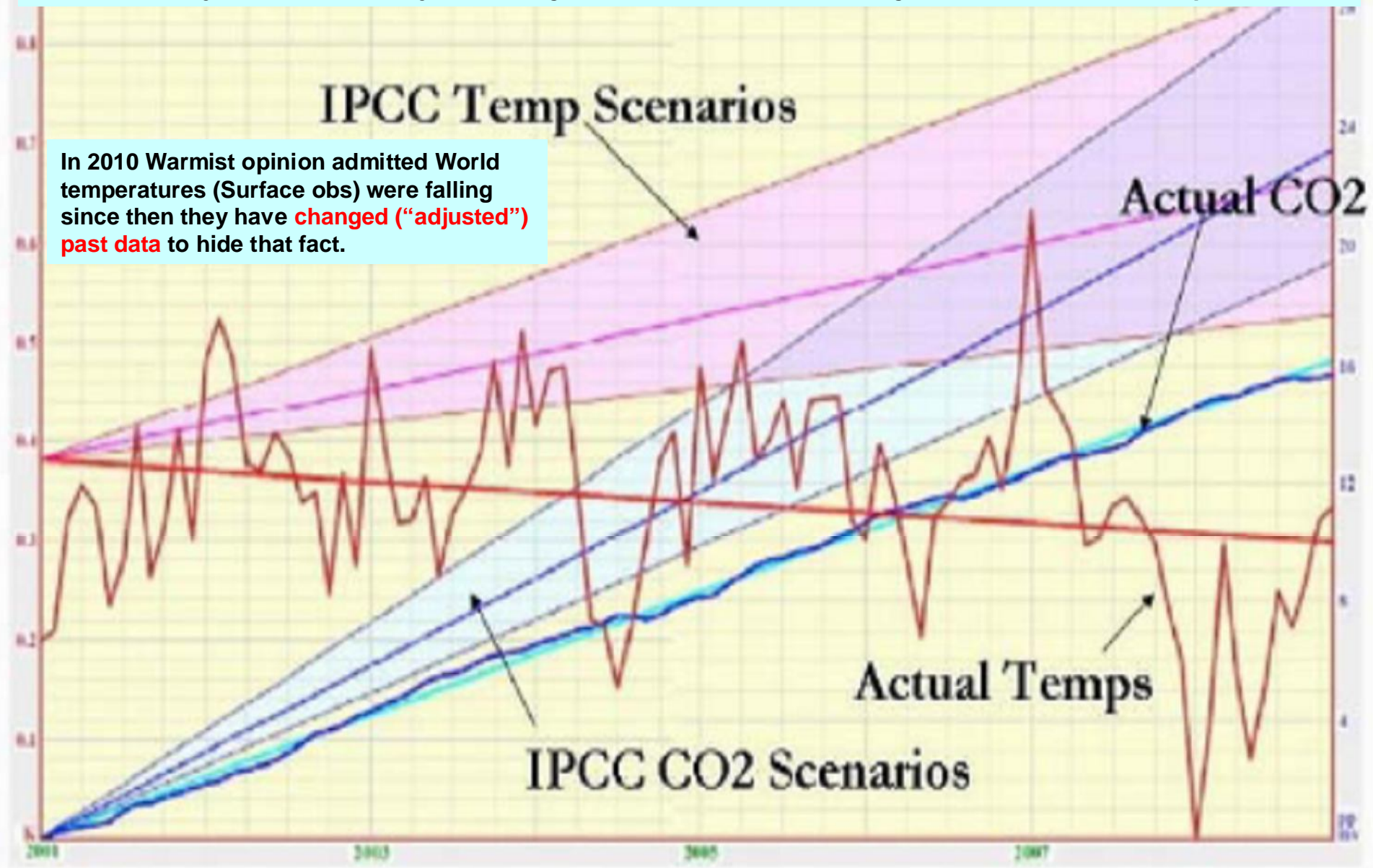
What we *don't* see is a hotspot at the top of the tropical troposphere. There is no hotspot at all at 10 – 12 km up, from 23°N to 23°S: indeed, much or most of the troposphere warmed by more than the region where the hotspot would be.

OBSERVED COLDSPOT

Info Thanks to: <http://sciencespeak.com/MissingSignature.pdf> by David Evans

The UN (IPCC) Scare stories have comprehensively failed

At the Oct 27 2010 meeting Piers said: "Philip Foster (1st presentation) already gave graphs that show there is NO EVIDENCE going over millions of years that CO2 controls temperature. These graphs shows the IPCC predictions do not accord with the facts. **That means the theory fails. The University of East Anglia (CRU) however instead changed the facts. This is unacceptable**"

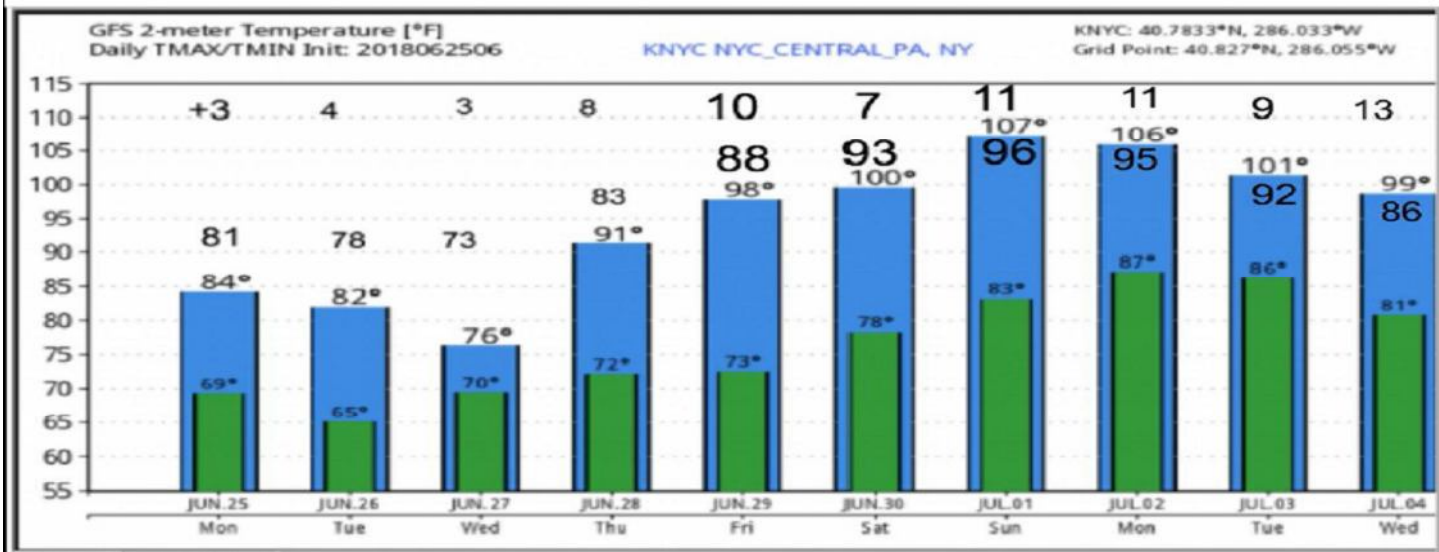
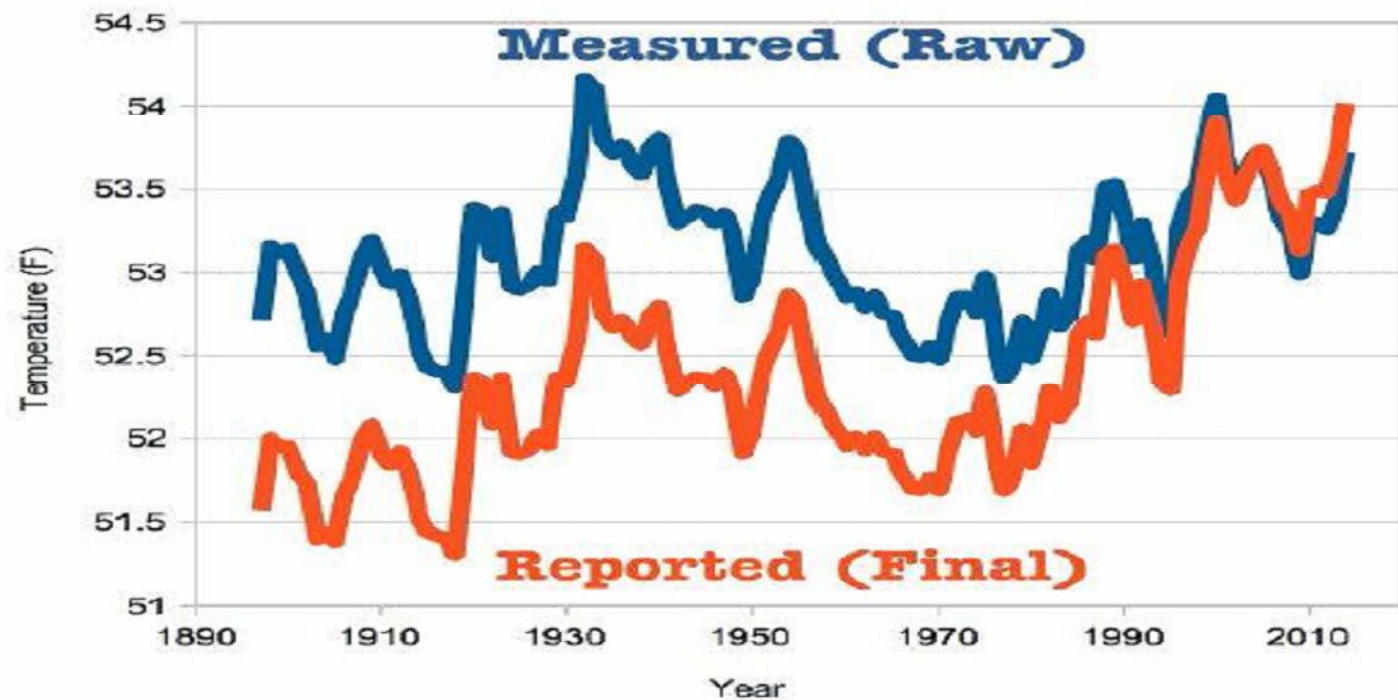


*SO They
Changed
the
FACTS!*

Warmists have
been fiddling
("selecting")
data for years

*Systematically
ADJUSTING
TEMPERATURES
and making
ridiculous
"forecasts" to
make the data
look colder in
the past &
warmer now.*

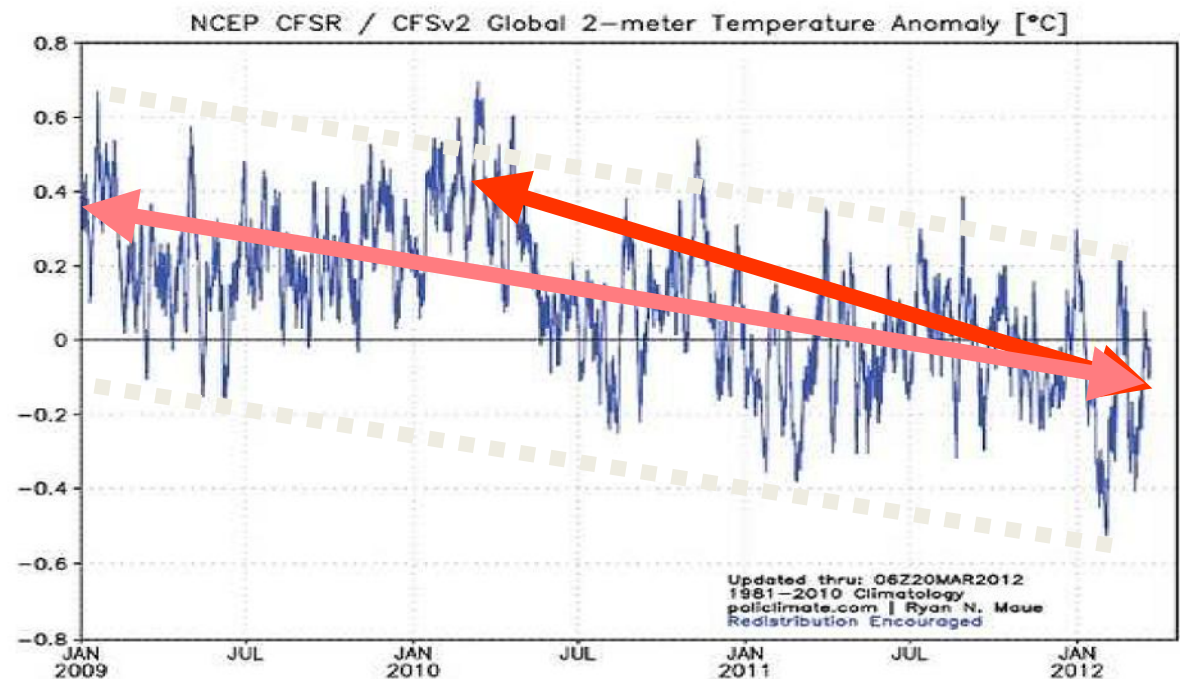
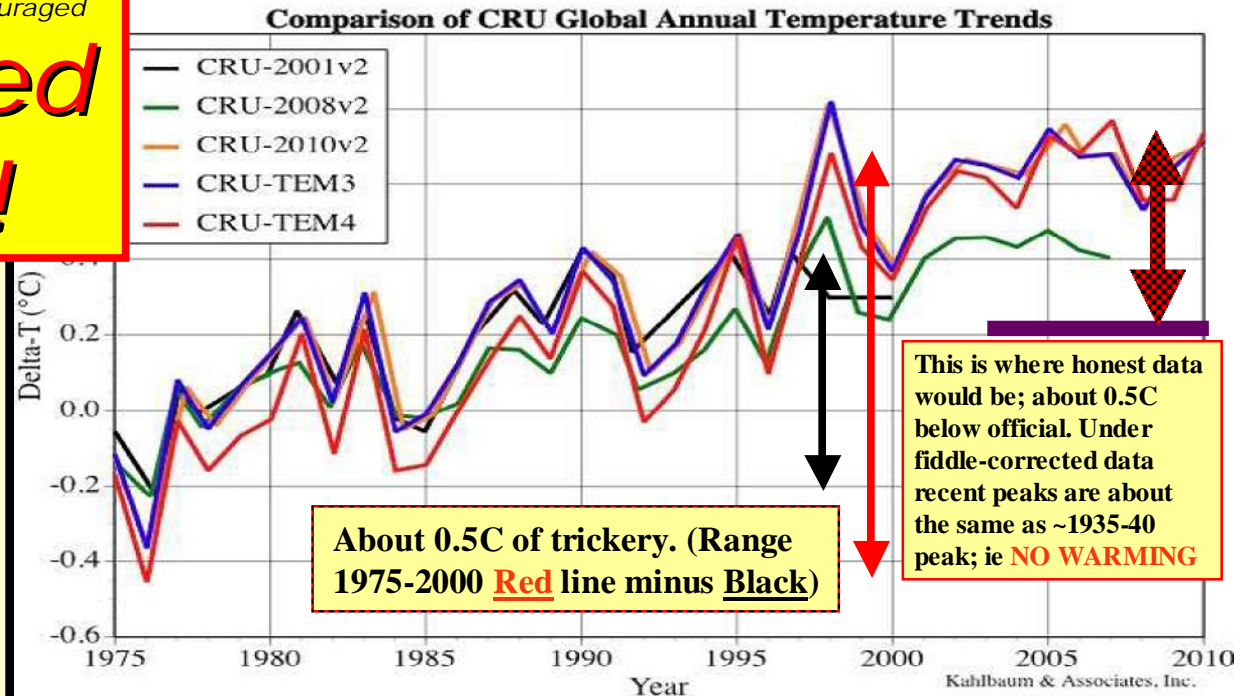
Average USHCN Temperature
Five Year Mean (1218 Stations)



They Changed the FACTS!

Warmists have been fiddling ("selecting") data for years –

- systematically removing stations to make the data look colder in the past & warmer now
- BUT Whatever they do, even with 'new' data the WORLD IS COOLING while CO2 still rises



The CO2 Warmist scares have comprehensively failed

THEY TOLD US in 2000:

Dangerous climate change within decade or so:

World runaway warming

Droughts & Heatwaves UK

The End of Snow by 2010 UK

More USA Hurricanes

World massive Ice melts

Springs Eu UK USA EARLY

Large Sea level rise

WHAT HAPPENED

from around 2007 to 2013

The World got colder

While CO2 went up

Floods, cold & Hail

Dramatically more snow

Less USA Hurricanes

*World ice, & Dishonest
reporting of Arctic*

Springs LATE & COLD!

NO - Same slow rise since last Ice Age

NOW THEY SAY WARM IS COLD!!

The developing MIA (LIA) circulation on now – **MAJOR insurance Issues**

(Also <http://www.weatheraction.com/displayarticle.asp?a=451&c=5>) is **Solar Climate Change** here & now & is characterized by:

1. Sun generally quieter & magnetically more confused, solar wind slower.
2. Very large amplitude swings in the Jet stream (NH and SH) with the Jet stream average position shifted equator-wards => **More 'Sandy's'**
3. General Cooling especially of temperate zones and simultaneous warm and cold (larger) regions marking different 'ends' of jet stream large amplitude wave effects.
4. Very rapid changes in weather particularly in temperate zones
5. Rapid changes in standard parameters – NAO, AO etc
6. Stark extremes including more giant hail and tornadic developments (higher lapse rate)
7. An increase in major earthquakes and volcanism
8. **Serious limitations of the powers of standard meteorology even 1 or 2 days ahead at times. This was in evidence through most of April and May 2012. These problems will largely continue for at least 25 years and no amount of tweeking standard models or increasing computer power even a thousand fold will overcome it. Standard Meteorology is past it's peak.**

SLAT8 is designed to better predict in *the approach to the New Little Ice Age circulation patterns* the world is now in and uses a wider range of look-back weather data (NB we are constantly seeking more) and considers more rapid change options which may need more modification or changes (if rules suggest) of Look-Back maps particularly under potential sudden Jet stream switches and consequent sudden warming or sudden cooling in regions. SLAT 8 will also (as previous SLATs but more effectively) be able to give long range warning of impending errors in standard Meteorology.

A general inference of SLAT is that the Little Ice Ages** and periods such as The Medieval warm period and Bronze age were consequences of solar-lunar driven Jet stream shifts and hence covered the whole of the temperate zones in both North and South hemispheres at around the same time.

** Eg the Maunder Minimum around 350 years ago and the Dalton Minima around 200 years ago.

REAL CLIMATE CHANGE IS HAPPENING NOW, DRIVEN BY THE SUN & NOTHING TO DO WITH CO2!



Fails of ClimateChange 'Physics'

The CO2 Story is not just an error in judgements of importance of factors (like most theories which fail) but a fundamental desecration and violation of basic LAWS of physics on three counts.

The 'experts' are LYING. What must follow is a war on the academic establishment like the war on the political establishment. They, UN-EU, BigOil, Soros-SuperRich, WallStreet are in it together – The Military-Industrial (extended concept) complex which Eisenhower warned us of. The Clinton Foundation *example* says it all.

- Radiation 'arrows' violate 1st+2nd Laws thermodynamics (slides 62-63)
- Gas-Liquid interfaces – violates Henry's Law,
- Non Equilibrium thermodynamics' ignored! (no 'hot spot', slides 64-66)

Some of The politics of it all

- **Global Oil summit 2004** (On the difference between what's true and what makes money)
- **Russian Academy of Sciences 2004** (RAS *rejects* IPCC/Kyoto)
- Putin *signs* Kyoto later 2004 – “Beslan, Beslan”
- **Exxon-Mobil Nov 2016** - Now as 2004 Rex Tillerson backs Paris Accord

VP Public & Govt Affairs Exxon-Mobil, Suzanne McCarron: “The Paris Agreement is an important step forward by govts in addressing the serious risks of Climate Change”



CO2 issue POLITICS not science

Some of The politics of it all. Key Clubs of Super-Rich Globalist elite promote the Climate Scam

Quote by Club of Rome:

"In searching for a new enemy to unite us, we came up with the idea that pollution, the threat of global warming, water shortages, famine and the like would fit the bill....All these dangers are caused by human intervention....and thus the "real enemy, then, is humanity itself....believe humanity requires a common motivation, namely a common adversary in order to realize world government. It does not matter if this common enemy is "a real one or...one invented for the purpose."

And more recent.....'Experts' - Think tanks, Advisors....

THERE IS A LOT AT STAKE



*CO2 issue **POLITICS** not science*

**UN IPCC
Edenhofer
(co-chair
Working
Group III)
gives
game
away!**

**Nov 14th
2010 –
Swiss
paper
Neue Zurcher
Zeitung.**

The United Nations has publicly stated its goal is not to 'solve' climate change, but to seek to redistribute wealth and expand its authority through more central planning. UN official Ottmar Edenhofer, co-chair of the IPCC Working Group III, admitted what's behind the climate issue: "One must say clearly that we redistribute de facto the world's wealth by climate policy ... One has to free oneself from the illusion that international climate policy is environmental policy. This has almost nothing to do with environmental policy anymore."



What does Global warming / Climate Policy eg of UN IPCC / UK Climate Change Act 2008 achieve?

1. *It does NOT reduce CO2 production but re-locates it* – eg transfer of Steel production Teesside to India simply exports CO2 production and the EU makes us pay for it! Wind-Farms use coal-fired back-up for when wind doesn't blow.
2. *The economic effects are catastrophic:*
 - *Destruction of manufacturing jobs* in UK, Sweden, Finland across EU and USA.
 - *Growth of phoney casino economy* of asset stripping and finance capital
3. *Pushing up energy and Oil prices*

Note Big Oil back Man Made Climate Change policies (see BP web site) “providing a uniform price for carbon is maintained” (ie govt backed price hikes to help oil profit). Aljazeera the biggest Climate Change propaganda TV on the planet is owned by Oil state Qatar. Exxon-Mobil latest (COP) repeat backing of Paris Agreement.
4. *Emasculation of “Left/progressives”* – *Red* pro-coal-pro NUM anti nuke campaigners are now green anti-coal pro nuke.

Economic & Political impacts of Climate Change Ideology (Religion)

- Changes in UK, Europe, USA, world economy
- Money wasting expensive BIG projects (wind farms etc)
- Energy prices up. BigOil(eg Qatar=Aljazeera+Clinton+ISIS!) Love it. ExxonMobil
- **Demotion of true green action (bio-diversity &c) to below CO2.**
- **More pollution & deaths:** diesel (STOR), Mercury (Light bulbs)
- **De-industrialization of much of UK– eg Teeside, Europe.**
- **The EU EUETS** (EU Emission Trading Scheme) **and TTIP** (Transatlantic Trade & investment Partnership) **are desperately desired by WallSt BIG corporations in Globalization agenda. *BREXIT and TRUMP have dealt the first death-blows to The Climate-Change scam.***
- Straightjacket progressives into Red-Green; **ideological glue**
- Pro-coal against nuke => Pro-nuke and strong state policies
- ‘World &c Government’, multinational power



BigOil backs CO2 Climate Con!

Pushing up energy and Oil prices Global-Warming is another UN "WMD"

Big Oil back Man Made Climate Change policies (see BP, Exxon etc web sites) "providing a uniform price for carbon is maintained" (ie govt backed price hikes to help oil profit). Aljazeera the biggest Climate Change propaganda TV on the planet is owned by Oil state Qatar. Exxon-Mobil latest (COP) repeat backing of Paris Agreement.

"A uniform global carbon price would act as a pervasive encouragement for businesses to adjust their investment, their mix of inputs and their innovation away from greenhouse-gas intensive technologies, and for consumers to reduce their spending on high-carbon products". (from Grantham Institute)

2% of worlds energy is "sustainable" to make it (wind, biofuels...) "economic" energy prices are held up (OPEC, taxation etc). IT'S A NO BRAINER for Big-Oil & Govts (+UN-EU...) to run the CO2 scam to ~double their profits on 98% of world energy for losing just 2% of world supply. Big-Oil also get huge handouts to run windfarms etc

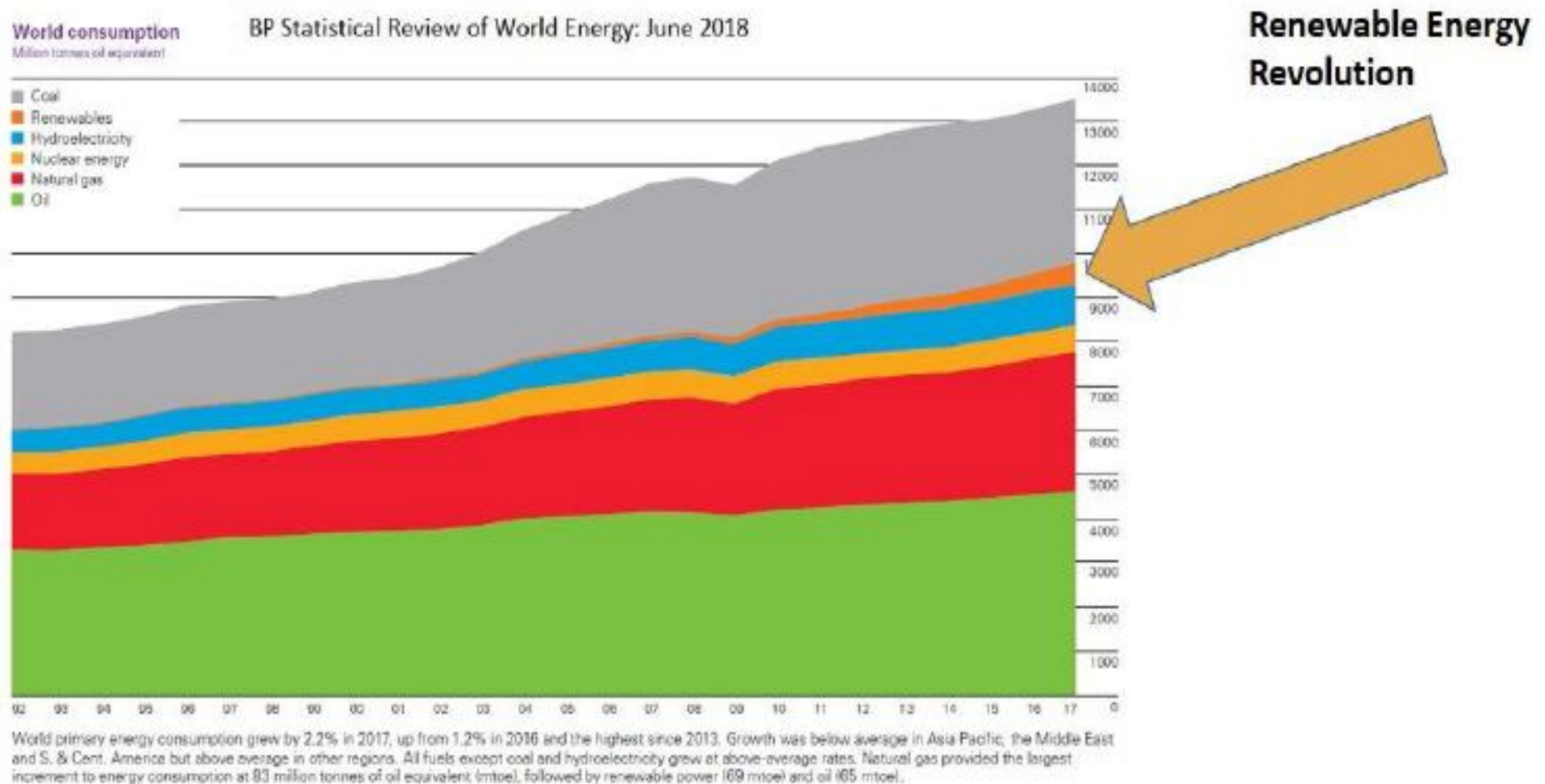
[Environment](#) (Guardian) [Environment blog](#)

Jeremy Grantham on how to feed the world *and why he invests in oil*

Our position on climate change – ExxonMobil corporate.exxonmobil.com/en/current-issues/climate-policy/climate.../our-position The risk of climate change is clear and the risk warrants action. Increasing carbon emissions in the atmosphere are having a warming effect. There is a broad scientific and policy consensus that action must be taken to further quantify and assess the risks. **ExxonMobil** is taking action by reducing greenhouse gas emissions ...

"BP believes that carbon pricing by governments is the best way to limit greenhouse gas emissions...Head of policy Paul Jefferiss explains why we believe that putting a price on carbon will make energy efficiency more attractive and why lower-carbon energy sources, such as natural gas and renewables, more cost-competitive.

What is the world being told?





How Green is My Green?

True Green v Fake Green

Drax power station Wood chips burning – as much pollution as 3 million diesel vehicles (there are 12 M in UK) and huge destruction of USA forests and biodiversity.

Electric cars - In reality ~Coal powered and including battery production make MORE CO2 per mile + high toxic pollution in metal mining for batteries. Will Tesla go bust or be bailed out?

Wind Power (Prayer wheels) Bird killers and need coal / gas / oil back up = more + wasted power sources. Getting rid of wind farms would cut electricity bills by 25%+

Diesel (less CO2 than petrol) Very particulate polluting. Can they be cleaner? An 'electric lobby' at work?

Hydro Power Loved by giant corporations, banks + super rich. Near total destruction of **Amazon** habitat, biodiversity, tribes is latest **BIG GREEN** project. Local weather changes.

Solar Power Destruction of farm land and very polluting mining for materials for semiconductors etc (& => child slave labour)+ *what about your mobile phone on this one?!*

Low Energy Light bulbs OK but big mercury pollution.

Nukes Very dangerous for Uranium miners in Mali etc

Recycling – not new. CO2 is NOT a pollutant!



• *The CO2 story is the key ideology for de-industrialization + social control of the west + enslavement of developing world by WallStreet super corporations.*

Follow the Money!

What should WE do?



1. Destroy the 'sacred cows' of the CO2 Climate Change conspiracy (of nature).

- “97% scientists back CO2 Global warming theory” = **False + Irrelevant**
- Increasing CO2 in world drives Temp rise – **NO**, Temp drives CO2.
- The world is warming – **NO**, cooling in real (no fraud) satellite data
- Sea Level is rising faster than before industrial revolution – **NO**, same.
- World ice amounts are Falling – **NO**, RISING
- More hurricanes & Tornadoes to hit USA – **NO**, LESS
- The end of snow in UK and much of Eu and USA – **NO**, MORE
- Recent extreme events are driven by CO2 – **NO**, The wrong type of extremes (we have extremes following from Solar-Lunar effects).
- Sea getting dangerously more ‘acid’ from Man’s CO2 – **NO**, a total lie

2. Advance real science, call fraudsters to account.

The standard equations of meteorology & climate science are inadequate to describe and predict weather and climate. Science Fraud must end!

3. Build #CLEXIT world-wide, every country & town.

What should YOU do?



1. ENJOY life! Enjoy the planet!

Don't feel guilty about 'carbon footprints'. *CO2 is the Gas Of Life (GOL)!*
More GOL increases plant & animal life. GOL (CO2) IS NOT A POLLUTANT.
MORE CO2 IS GOOD NOT BAD!!!!

2. Accept Man can't change Climate!

The Problem is Climate Change POLICY. 'Climate Science' lacks integrity.
Prove & predict! Standards of science must apply to Climate.

3. STOP Carbon reductions, Carbon Tax & Trading

NO PRAYER WHEELS (Wind farms), Oppose Fake Green policies.
MONEY BACK on Green Electricity Theft ('Charges'). Tariff Choice –
Those who want wind electricity pay extra, coal (cheaper) pay less!

4. KEEP honest TRUE green policies to reduce smoke /chemical pollution and defend biodiversity.

5. USE LONG RANGE Scientific Solar-Lunar Weather Forecasts: Prepare for the developing Mini Ice Age; Save lives => www.WeatherAction.com

The mechanics of development into the new Little-Ice-Age - 3 Big questions

1

- Are (quasi) equilibrium assumptions valid?

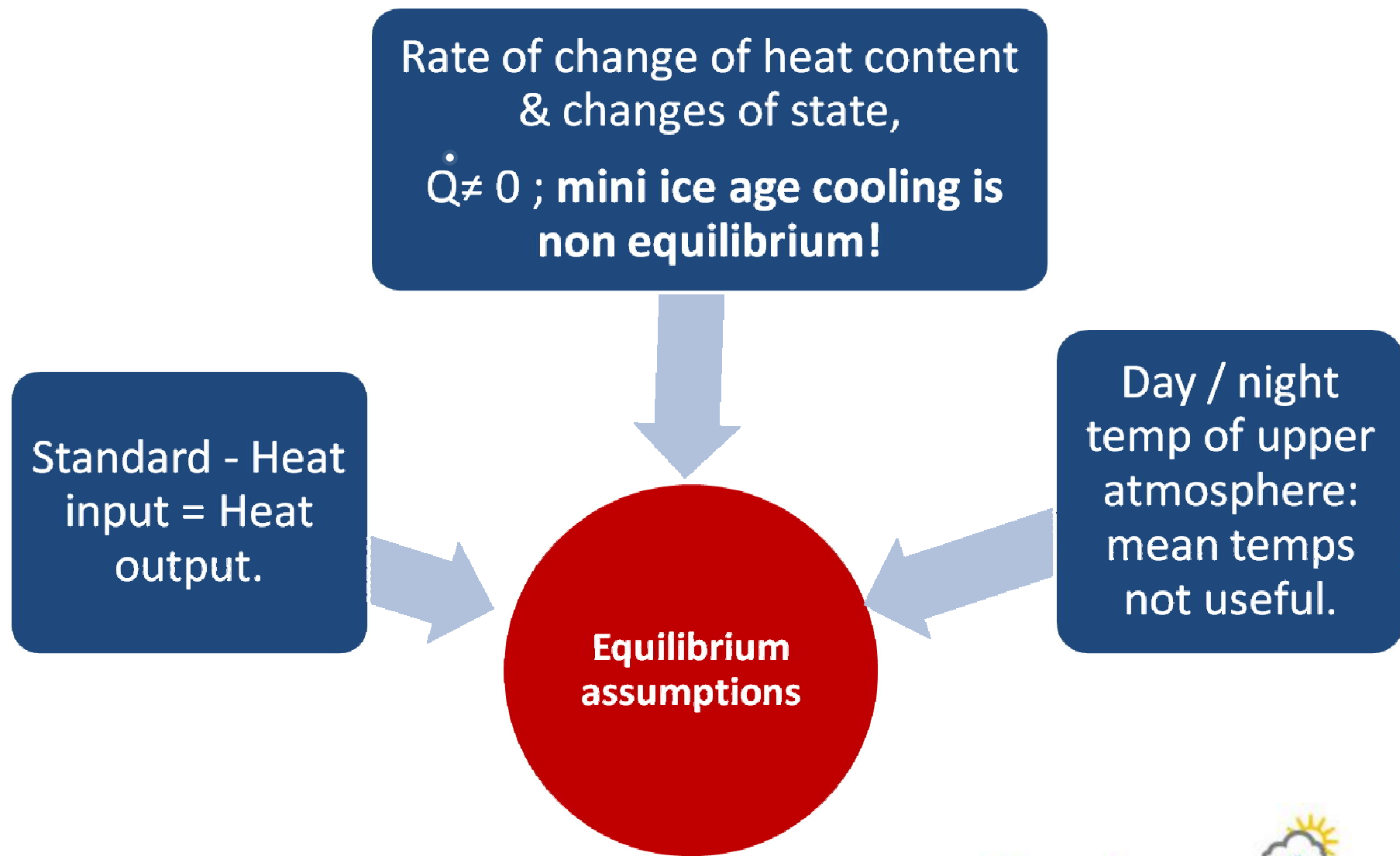
2

- Do temperature changes require heat inputs ?

3

- What changes the length of day and moves the Jet Stream?

Are (quasi) equilibrium assumptions valid?



Jet Stream shifts are key to weather & climate

What causes weather extremes? (short term) & Climate change (long-term)?

Jet Stream Changes –
The changing patterns of weather particularly the track of Low pressure

What Moves The Jet Stream?

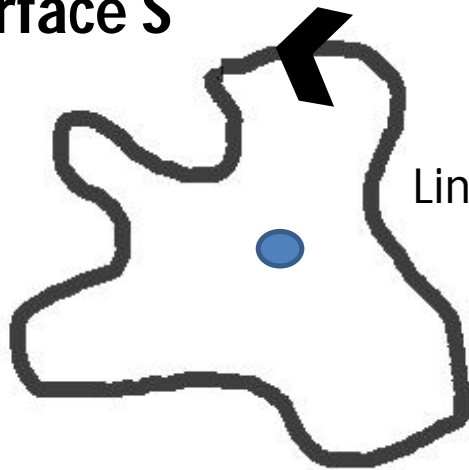
REVOLUTION Jet Stream changes are driven by Solar particlemagnetic activity & lunar modulation

The Shifts are LARGELY PREDICABLE by Solar Lunar Action Technique (SLAT)

What changes Length of day & jet-stream?

$$\int \nabla \wedge \underline{V} \cdot \underline{ds} = \oint \underline{V} \cdot \underline{dl}$$

Surface S



Line integral along Jet Stream, L

$$\approx V L$$

Low solar Activity => Long / wavy jet-stream

Weather & Climate changes – External & internal Causes, Agencies, “Electric Universe”

Internal causes

- Volcanos
- Changing forest an and water coverage,
- Not CO2....

External drivers

- Solar Brightness and **Solar - magnetic activity**
- **Planets ruling solar activity**

Agencies of Sun – Earth links

- **Magnetic linkages** – Direct 22 years temp signal observed
- Galactic cosmic rays - 11 years required theory fails (99.7%)
- **Pressure** of atmosphere

Electric Universe

- The developing electric universe paradigm is that electro-magnetic forces are under-utilised in astrophysics. The concepts are being developed to include **sun-earth links**

Sea water is an electrolyte and directly influenced by Earth-Solar magnetic fields, especially solar-magnetic storms.

GOVERNING EQUATIONS

A time varying magnetic field induces an electric field E in the oceans, given by

$$\partial_t \mathbf{B} = -\nabla \times \mathbf{E}, \quad (6)$$

where \mathbf{B} is the sum of the inducing and the secondary induced magnetic field. The induced electric field drives electric currents

$$\mathbf{J} = \sigma \mathbf{E}, \quad (7)$$

generating a secondary induced magnetic field

$$\mu_0 \mathbf{J} = \nabla \times \mathbf{B}_{\text{induced}}. \quad (8)$$

Combining equations (6), (7) and (8) yields

$$\partial_t \mathbf{B} = -\nabla \times \frac{1}{\mu_0 \sigma} \nabla \times \mathbf{B}_{\text{induced}}, \quad (9)$$

which is the equation for induction by time-varying magnetic fields inside the oceans. In contrast to the motional induction discussed above, the oceans are assumed here to be stationary in the Earth fixed reference frame. The field in the source-free region above the Earth's surface and below the external current systems is again given by Laplace's equation

$$\delta = \sqrt{\frac{1}{\pi \mu_0 \sigma \nu}} \approx \frac{270 \text{ m}}{\sqrt{\nu}}, \quad (10)$$

where the frequency ν is given in Hz and a sea water conductivity of 3.5 S/m is assumed. Thus, to effectively penetrate through a sea water column of 5 km, magnetic disturbances have to have periods longer than about 6 minutes. However, even up to periods of several days, induced fields are strongly influenced by the highly conducting oceans.

OCEAN INDUCTION BY MAGNETIC STORMS

While daily variations during solar quiet conditions generate significant induction in the oceans, a much stronger effect is caused by magnetic storms. Strong magnetic storms generate ocean induced magnetic fields reaching magnitudes of more than 100 nT. An overview of induction in the oceans by solar quiet and storm time fields is given by Fainberg (1980). The induced currents are concentrated near the coasts, the horizontal

Rock, especially molten rock (Lava) also have electrical properties and couple DIRECTLY to solar storms independently of atmospheric effects – hence the correlation between severe Earthquakes / volcanoes and WeatherAction predictable R5 and R4 "Red weather"



For oceans see:

http://www.geomag.org/info/Smaus/Doc/ocean_encycl.pdf



The mechanics of rapid shift into the new Little-Ice-Age

Generally Low magnetic+particle Solar activity with occasional bursts of extra activity

*JetStream (NH) Longer & **South Shifted***

MAJOR Earthquakes & volcanism

Area of winter snow cover & sea ice increases

Solar radiation cut espec if ash reaches stratosphere

More Sunlight reflected

*Colder & **feedback accelerates cooling***

WEATHERACTION

The existence of solar-Lunar signals in weather data is evidence that similar input => similar output HOLDS; ie THE SOLAR-LUNAR DRIVER IS ESSENTIALLY NOT CHAOTIC



Instead of a super-computer SLAT uses the whole sun-Earth-moon-etc system as its own computer and applies the principle similar input =>similar output



Solar-Lunar DRIVER

$F(t)$ – SLAT Equations & Rules

SLAT could choose between ensemble options

SLAT could modify the computing process in real time

$R5/R4$

Earth
Weather
State

*Synoptic
data sets*

World Weather
response

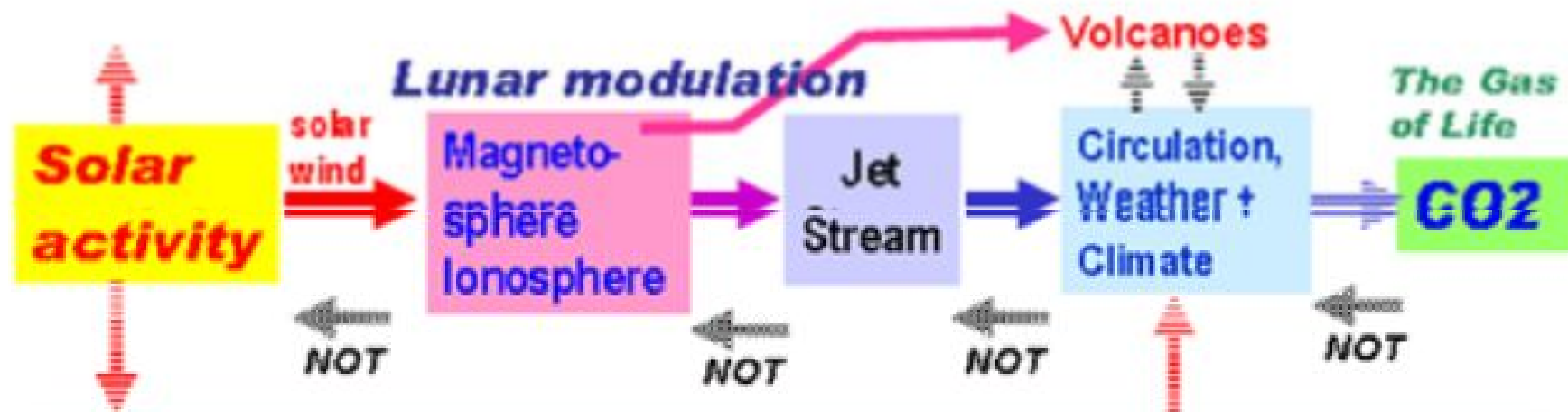
*Computer Model and
programme*

Weather
Future

*Ensemble
of Possible
Futures*

Extreme solar “Red” Period
Effects $R5/R4$ predictably
CHANGE Futures

There is nothing fundamentally **new** in weather.
It has essentially all happened before.



Connections 'OFF' = Ice Ages – The norm of sun-earth links in the last million years

Similar Sun-Earth-Magnetic-Lunar states give similar circulation/weather ⇔ **Look-Back periods** tell when to look in the past for weather (1 factor) corresponding to similar future Solar-magnetic-Lunar states.

Sun – Earth (modulated) state

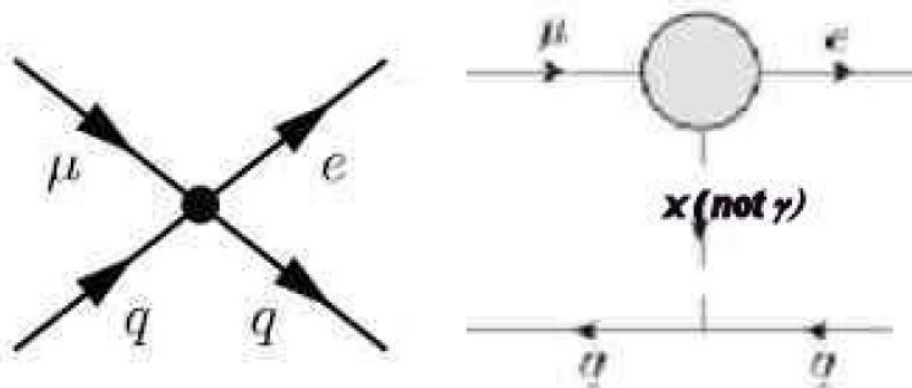
Total (world) weather state

Pushing for new paradigms in Science and politics

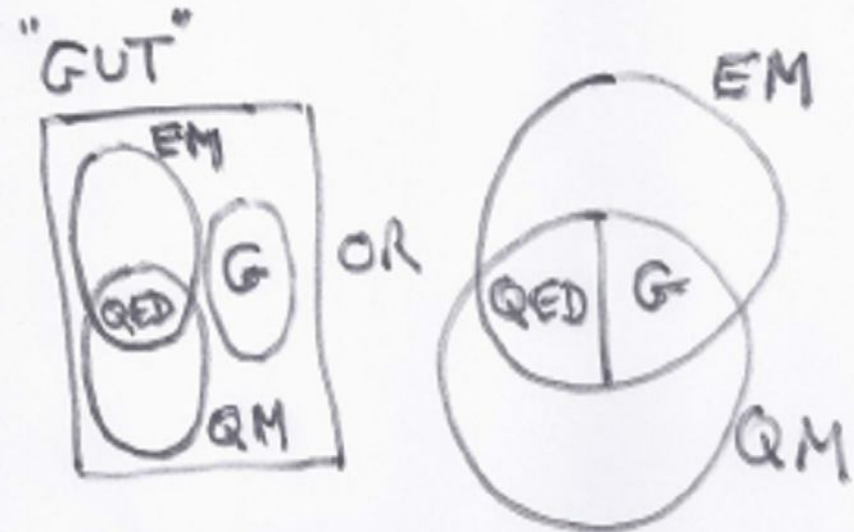
- **Consensus NEVER advanced science. Science only advances by consensus-breaking.** Modern Science is organized to defend consensus
- “Science” that is not evidence based is not science.
- Modern Climate “Theory” is religion not science



- Standard gravity theory requires 96% of the universe to be dark matter which can't be found. This depends on one view of Relativity - an **incomplete** theory. New approaches are needed.
- **Standard particle physics FAILS** “at the 4sigma level” – that's bad – to predict (eg) muon-electron interaction outputs.



A NEW independent academy to advance accountable evidence based science & politics is needed



Pushing for new paradigms in Science and politics - Astrophysics



Cosmic Comparison Table. Many questions!

Comparing problems of different Theories of the universe. Summary by Piers Corbyn as presented 'Electric-Universe' event Quantock Hills 10-07-19. Assessments are partly subjective.

Theory DOES IT?=>	Work without 'Dark-Matter'?	Explain galaxies angular momentum ?	Explain galaxy sizes / Numbers?	Explain cosmic structure – LINES of galaxies	Explain Cosmic Structure – VOIDS of no galaxies	MEET MACH'S Principle?	AVOID BLACK HOLES	OVERALL NOTE SCORE / 7
Higgs-Kibble Cosmic SuperStrings (+Loops)	YES Probably	YES	YES	YES	YES	Maybe 0.5	Maybe 0.5	6.0
Einstein A Point matter, "Omega0" = 1 belief	NO Needs dark matter	NO Probably	NO Probably	NO	NO	NO	NO	0
Einstein B Many objects, Extended matter Annals of Maths. 4 Oct-1939	YES No need for dark matter	YES Probably	YES Probably	YES	YES	? Maybe 0.5	YES Black holes do not exist	6.5
Quantized Intertia Mike McCulloch (gives 1/rforce)	YES No need for dark matter	YES probably	YES	NO?	Maybe 0.5	YES	YES	5.5
Electric Universe Birkeland etc currents Wal Thomhil	YES No need for dark matter	Probably 0.75	Probably 0.75	YES	YES	Maybe 0.7	YES	6.2

Note there are other variants of electromagnetism /electrodynamics - "Ampere variants" which would likely do better than Einstein A.

Based on this rough assessment Einstein B & 'Electric Universe' are best.

Note. The 'Electric Universe' movement covers many very different activities. Here we mean applicable electromagnetic ideas.

It's curious that Einstein A is the worst, yet is the modern standard model.

WHAT NEXT? *Action4Life!*

- **This developing Little Ice Age – core 2025-2035** – [& full Ice Age from ~3000 AD ??]:- **huge agriculture, economic, political impact.**
- **USA world role now fading; China+India rising.**
- **Can rational debate end the ever increasing concentration of wealth of super rich?**
- **Left/Right labels failing. “1984” is here. “In a society based on Lies speaking the truth is a Revolutionary Act” (Orwell)**
- *It's Accountability vs Globalization*
- **RESIST globalization:- Real science v CO2 con; Social cleansing + Agenda 21; #SaveTreesSTOP5Gs #THINKagainstFalseNarratives**
- **The Accountability Revolution must sweep out fraud & corruption**
- **#Action4Life! For proper accountability, evidence-based honest science+politics – Brexit + End CO2 scam – Mobilize against false narratives!**

BTU Cottbus - Senftenberg • Postfach 10 13 44 • 03013 Cottbus

Die vorliegende Stellungnahme gibt nicht die Auffassung des Ausschusses wieder, sondern liegt in der fachlichen Verantwortung des/der Sachverständigen. Die Sachverständigen für Anhörungen/Fachgespräche des Ausschusses werden von den Fraktionen entsprechend dem Stärkeverhältnis benannt.

**Fakultät 5: Wirtschaft, Recht,
und Gesellschaft**

*Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre,
insb. Mikroökonomik*

Univ.-Prof. Dr. oec.
Jan Schnellenbach

Cottbus, den 31.10.2019

Schriftliche Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung des Umweltausschusses des Deutschen Bundestages am 6. November 2019

Zunächst ist der Bundesregierung ausdrücklich zuzustimmen, wenn sie in ihrer Unterrichtung zum Klimapakett (Drucksache 19/13900) einen dringenden Handlungsbedarf zum Klimaschutz konstatiert. Gerade die Dimension des Problems erfordert es aber, die zur Verfügung stehenden politischen Ansätze so effizient wie möglich zu nutzen. Es ist wichtig, die Kontrolle der globalen Erwärmung zu so geringen gesellschaftlichen und ökonomischen Kosten wie möglich zu erreichen — nicht zuletzt auch, um die Akzeptanz dieser Politik in der Bevölkerung so weit wie möglich abzusichern.

Der vorliegende Gesetzentwurf zum Bundes-Klimaschutzgesetz (Drucksache 19/14337) leistet dies bisher leider nicht in überzeugender Weise. Die aus ökonomischer Sicht bedeutenden Kritikpunkte werden in den folgenden Abschnitten kurz zusammengefasst.

a) Einführung der CO₂-Bepreisung

Die Bundesregierung geht mit ihren Beschlüssen einen ersten Schritt in Richtung CO₂-Bepreisung. Dies ist zu befürworten, da die ökonomische Forschung eindeutig eine Bepreisung von negativen externen Effekten als effizientesten Weg identifiziert

Lehrstuhlassistenz

Anja Markusch, B.A.
T +49 (0)355 69 2907
E Anja.Markusch@b-tu.de

Wissenschaftliches Personal

apl. Prof. Dr. Steffen Groß
T +49 (0)355 69 3148
E Steffen.Gross@b-tu.de

Martin Höppner, M.Sc.
T +49 (0)355 69 29 82
E Martin.Hoepfner@b-tu.de

Cheng-Wen Jaw, M.Sc.
T +49 (0)355 69 39 91
E Cheng-Wen.Jaw@b-tu.de

Dr. Sören C. Schwuchow
T +49 (0)355 69 29 83
E Soeren.Schwuchow@b-tu.de

hat, um diese auf ein gesellschaftlich effizientes Niveau zu reduzieren.

Auf der Grundlage der naturwissenschaftlichen Modelle zu den Auswirkungen des anthropogenen Klimawandels, sowie auf der Grundlage einer ökonomischen Bewertung dieser Effekte, schätzt das Umweltbundesamt einen Wert von rund 180 € pro t CO₂ als sinnvollen Zielwert für einen CO₂-Preis. Selbstverständlich sind solche Schätzungen immer mit einer gewissen Unsicherheit behaftet. Allerdings kommen auch andere plausible Berechnungen zu Ergebnissen in dieser Größenordnung, so dass ein Zielwert von 180 €, der zukünftig natürlich auch noch an die allgemeine Preissteigerung anzupassen ist, als von einem breiten wissenschaftlichen Konsens gestützt angesehen werden kann.

Die in der Unterrichtung zum Klimaschutzprogramm 2030 (19/13900) angegebenen Preispfade erscheinen verglichen mit diesem Zielwert deutlich zu flach. Der für 2021 avisierte Festpreis von 10 € pro t CO₂ kann als homöopathische Symbolpolitik gelten, auch der Festpreis von 35 € pro t im Jahr 2025 erscheint noch deutlich zu niedrig, ebenso wie der für 2026 geplante Höchstpreis von 60 €. Die Anreizwirkung zur Vermeidung von CO₂-Emissionen, die von diesen Preisen ausgeht, ist in den ersten Jahren vernachlässigbar und wird auch bei 60 € pro t noch gering sein. Ab 2027 ist weder eine Freigabe der Preisbestimmung am Markt, noch ein automatischer Anstieg von Höchstpreisen vorgesehen. Stattdessen behält sich die Politik die erneute, diskretionäre Setzung eines Preiskorridors vor. Hier ist zu befürchten, dass auch nach 2027 die Wirkung der CO₂-Bepreisung politisch gebremst wird.

b) Form der CO₂-Bepreisung

Die Bundesregierung sieht in ihrer Unterrichtung nominell einen CO₂-Handel vor. Ein Emissionshandel mit Fixpreis wirkt jedoch ökonomisch exakt wie eine Steuer. Hier handelt es sich letztlich um einen Etikettenschwindel; um die Bezeichnung als CO₂-Steuer zu vermeiden, wird stattdessen von einem Emissionshandel mit Fixpreis gesprochen.

Aus einer grundsätzlichen Perspektive ist die Frage zweitrangig, ob besteuert werden oder ob ein Emissionshandel etabliert werden soll. Beide Systeme können theoretisch äquivalent implementiert werden, sofern z.B. notwendige Informationen über die Preiselastizitäten vorliegen, die messen, wie stark die Bürgerinnen und Bürger mit ihrem Verhalten auf Preiserhöhungen reduzieren. In der aktuellen Situation würden allerdings einige Argumente dafürsprechen, einen echten Emissionshandel zu installieren.

Das Pariser Klimaabkommen sieht einen Reduktionspfad der emittierten Menge von CO₂ vor. Gegeben eine unvollständige Information über empirische Preiselastizitäten wären solche Mengenziele über einen Emissionshandel leichter und eindeutiger durchzusetzen. Es könnte schlicht die Zielmenge eines Jahres festgelegt und die Preisbildung dem Marktmechanismus im Emissionshandel überlassen werden. Dies würde gleichzeitig Effizienz in dem Sinne sicherstellen, dass die Emissionsrechte automatisch von denjenigen gekauft würden, die selbst relativ hohe Vermeidungskosten haben, während diejenigen, die geringe Vermeidungskosten haben, ihre Zertifikate verkaufen und Emissionen vermeiden. Das Ziel, eine möglich kosteneffiziente Kontrolle des Klimawandels zu gewährleisten, würde automatisch erreicht.

Die Bundesregierung verzichtet in ihren bisherigen Planungen darauf, diesen effizienten Mechanismus zu nutzen. Darüber hinaus besteht das Problem, dass die deutsche CO₂-Bepreisung nicht alle diejenigen Sektoren umfasst, die bisher im Europäischen Emissionshandel (EU-ETS) nicht enthalten sind. Gerade dies wäre aber sinnvoll, um die bestehende Effizienzlücke zumindest auf nationaler Ebene zu schließen, bis zu einem späteren Zeitpunkt der EU-ETS selbst auf alle Sektoren ausgeweitet wird.

Zusätzliche Kosten für die öffentlichen Haushalte können sich ergeben, wenn die Marktteilnehmer zum Fixpreis mehr Emissionsrechte nachfragen als erwartet. In diesem Fall ist vorgesehen, die fehlenden Zertifikate über den EU-ETS einzukaufen. Ist dort der Preis aber höher als der deutsche Fixpreis, so werden in Höhe der Differenz die öffentlichen Haushalte in Deutschland belastet.

Zusammenfassend wäre es aus ökonomischer Sicht sinnvoll, eine zulässige Gesamtmenge von Zertifikaten für alle nicht im EU-ETS enthaltenen Sektoren zu definieren und diese in einem nationalen Emissionshandel ohne Höchstpreis zuzuteilen.

c) Rückerstattung von Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung

Die Bundesregierung plant, unerwünschte Verteilungseffekte der ausgeweiteten CO₂-Bepreisung durch drei Maßnahmen abzufedern: i) eine Senkung der EEG-Umlage und damit des Strompreises, ii) eine Erhöhung der Pendlerpauschale und iii) eine Erhöhung des Wohngeldes. Die erste Maßnahme soll ausdrücklich aus den Einnahmen des Emissionshandels finanziert werden, bei den beiden anderen ist vermutlich eine Finanzierung aus allgemeinen Haushaltsmitteln vorgesehen.

Eine Senkung des Strompreises ist grundsätzlich zu befürworten. Dafür spricht neben im engeren Sinne ökonomischen Gründen vor allem, dass CO₂-sparende

Technologien oft eine Elektrifizierung voraussetzen, wie etwa beim Umstieg von Verbrennungsmotoren auf E-Mobilität. Sinkt der Strompreis, so wird es für Verbraucher und Unternehmen attraktiver, in einen solchen Umstieg zu investieren. Es wäre aber wünschenswert, wenn dies aus sonstigen Haushaltsmitteln finanziert würde, während die Mittel aus der CO₂-Bepreisung direkt an die Haushalte zurückverteilt werden sollten.

Dies wäre technisch einfach möglich, indem etwa in jedem Jahr die Einnahmen durch die Einwohnerzahl geteilt und dann zu gleichen Beträgen pro Kopf ausgeschüttet würden. Ein solcher, sehr einfacher Mechanismus würde dazu führen, dass die unteren Dezile der Einkommensverteilung unmittelbar profitieren würden, während höhere Einkommensschichten, die typischerweise auch durch einen höheren CO₂-Ausstoß gekennzeichnet sind, netto belastet würden. Es ist außerdem zu vermuten, dass ein solcher einfacher und transparenter Mechanismus die Akzeptanz der CO₂-Bepreisung in der Bevölkerung steigern würde.

Indem der Umweg über die EEG-Umlage gegangen wird, werden stattdessen gerade gutverdienende Haushalte mit hohem Stromverbrauch besonders stark entlastet. Es ist dabei wichtig zu sehen, dass die Alternative der pauschalen Rückerstattung immer noch mit starken Anreizwirkungen zur Vermeidung von CO₂-Emissionen verbunden wäre. Die Bürger würden nämlich sehen, dass der pauschale Rückerstattungsbetrag nicht vom eigenen Emissionsniveau abhängt und hätten daher aufgrund des gestiegenen relativen Preises von CO₂-intensiven Konsumoptionen weiterhin einen Anreiz, weniger stark belastete Optionen zu wählen.

d) Das fehlende Primat der Preissteuerung

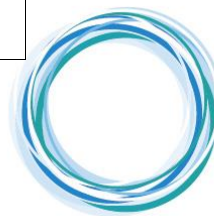
Wie oben beschrieben, wäre es unter Effizienzgesichtspunkten sinnvoll, einen einheitlichen CO₂-Preis zu haben, der sich am Markt bildet und lediglich durch die zuvor erfolgte Festlegung einer Zielmenge gesteuert wird. Anstatt aber auf die effiziente Anreizwirkung von Preisen zu vertrauen, sieht der Gesetzentwurf des Bundes-Klimaschutzgesetzes Sektorziele vor. Dies bedeutet, dass die Politik das Gesamt-Reduktionsziel für die Emissionen auf einzelne Sektoren aufteilt. Dies ist aber bei einer CO₂-Bepreisung schlicht unsinnig und schädlich, denn die Bürger und Unternehmen sollen ja gerade erst in Anpassung an den Preis herausfinden, wo sich Emissionen relativ kostengünstig vermeiden lassen. Sektorziele sind dagegen das Resultat einer ineffizienten Anmaßung von Wissen durch die Politik; sie tut so, als wüsste sie schon im Vorhinein, wo eine besonders effiziente Emissionsvermeidung zu erreichen ist.

Je stärker dieses politische Mikromanagement ausgeprägt ist, desto mehr wird der Sinn eines Emissionshandels oder einer CO₂-Steuer ad absurdum geführt. Man kann nicht sinnvoll beides tun. Entweder man überlässt es den Haushalten und Unternehmen, als Reaktion auf die CO₂-Bepreisung selbst nach sinnvollen Lösungen zu suchen, oder man betreibt CO₂-Planwirtschaft. Beides gleichzeitig zu tun funktioniert jedoch nicht. Insbesondere § 8 des Gesetzentwurfs ist vor diesem Hintergrund äußerst kritisch zu sehen.

Wiederum wäre es wünschenswert, wenn die Bundesregierung stattdessen einen Emissionshandel ohne Höchstpreise installieren würde. Um es nochmals zu sagen: In diesem Fall wäre durch das strikte Mengenlimit eine Erreichung des angestrebten Emissionsziels garantiert. Der Umweg, stattdessen Ministerien zu beauftragen, innerhalb ihrer Ressorts politisch festgelegte Emissionsreduktionen durchzuführen, kann nicht effizient sein und führt dazu, dass die Klimaziele (wenn überhaupt) zu deutlich höheren ökonomischen und gesellschaftlichen Kosten erreicht werden, als es eigentlich nötig wäre.

Cottbus, den 31. Oktober 2019

Univ.-Prof. Dr. Jan Schnellenbach



Stellungnahme zum Entwurf eines Bundes-Klimaschutzgesetzes und zur Änderung weiterer Vorschriften sowie zum Klimaschutzprogramm 2030 der Bundesregierung zur Umsetzung des Klimaschutzplans 2050

Anhörung im Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit am 6.11.2019

Die Bundesregierung hat mit ihrem Klimaschutzprogramm 2030 zur Umsetzung des Klimaschutzplans 2050 kein Programm für den Klimaschutz bis 2030 präsentiert. Weder die nationalen Klimaziele und erst recht nicht das Pariser Klimaabkommen können mit diesem Programm erreicht werden.

Die Treibhausgasemissionen Deutschlands müssen von rund 860 Millionen Tonnen pro Jahr (Stand heute) auf rund 560 Millionen Tonnen im Jahr 2030 sinken. Das entspricht einer Minderung von minus 55 Prozent gegenüber 1990, zu der Deutschland auch europäisch verpflichtet ist. Ein Teil davon wird nach den Prognosen der Bundesregierung durch bereits beschlossene Maßnahmen erreicht. Laut Projektionsbericht der Bundesregierung 2019 soll durch bereits beschlossene Maßnahmen bis 2030 eine Minderung von rund 42 Prozent auf rund 730 Millionen Tonnen erreicht werden. Allerdings scheinen die Annahmen in dem Bericht teils sehr optimistisch, etwa was die unterstellten Minderungen im Industriesektor angeht.

Der größte Teil der Treibhausgase müsste durch jetzt vorgelegte Maßnahmen vermieden werden. Nach Einschätzung der Agora Energiewende wird mit den beschlossenen Maßnahmen aber lediglich etwa ein Drittel der Klimaschutzlücke geschlossen. Gerade weil es die Bundesregierung in den letzten zehn Jahren nicht geschafft hat, die Emissionen relevant zu senken, ist jetzt eine deutliche Umkehr und eine schnelle Minderung der Emissionen nötig.

Doch dieses Programm sorgt nicht für relevante politische Neuerungen. Neues wird zwar gefördert, Bestehendes aber kaum angetastet. So sinken Emissionen nicht oder nur sehr langsam.

Das Klimaschutzgesetz muss stark nachgebessert werden. Klimaziele nach 2030 müssen ergänzt werden, Treibhausgasneutralität muss das verbindliche Ziel sein. Versagen in einem Sektor muss durch Sofortmaßnahmen im gleichen Sektor umgehend behoben werden. Für ein effektives Monitoring muss der Expertenrat für Klimaschutz die Regierungsmaßnahmen in einem Jahresgutachten evaluieren und eigene Vorschläge machen können. Nur, wenn der Rat

der Experten die Leitlinie für den Ehrgeiz beim Klimaschutz ist, hat er eine effektive Funktion. Zudem muss der Bundestag als weitere „Transparenz- und Kontrollinstanz“ einbezogen werden. Andernfalls kontrolliert sich die Bundesregierung vor allem weiterhin selbst. Genau das hat in der Vergangenheit nicht funktioniert.

Die Ausgestaltung der Bepreisung von CO₂ in den Bereichen Verkehr und Wärme als Emissionshandel, der extrem niedrige Einstiegspreis von 10 Euro pro Tonne CO₂ und der geplante Preisdeckel von 60 Euro pro Tonne CO₂ sorgen dafür, dass es kaum zu CO₂-Einsparungen kommen wird. Ein wirklicher Anreiz zum Umstieg auf klimafreundliche Mobilität oder Heizsysteme durch einen CO₂-Preis besteht so nicht.

Die Einführung eines Emissionshandels ist ungleich aufwändiger als es die Einführung eines CO₂-Preises im Steuersystem gewesen wäre – das effektive Alternativmodell. Expert*innen schätzen, dass es mindestens drei Jahre in Anspruch nehmen würde, den Emissionshandel einzuführen. Das jetzt vorgesehene Mischsystem ist eine Krücke, die weitere Fragen aufwirft. Im Gegensatz zu einer CO₂-Steuer gibt es bei einem nationalen Emissionshandel außerdem erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken. Damit ein CO₂-Preis schnell wirken könnte, bräuchte es bei Wärme und Verkehr ab 2020 einen CO₂-Preis von mindestens 50 Euro pro Tonne, der bis 2030 auf 180 Euro steigt. Nur so würde überhaupt eine Lenkungswirkung erzielt, die andere Maßnahmen in den Bereichen Verkehr und Wärme unterstützen könnte.

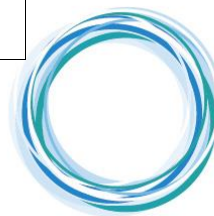
Die Bundesregierung bekräftigt bislang lediglich, dass sie die Empfehlungen der Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung (Kohlekommission) zum Kohleausstieg umsetzen will. Jedoch liegt auch neun Monate nach Abschluss der Kommission kein Gesetzentwurf vor. Es ist weiterhin unklar, wie die Regierung den Ausstieg umsetzen wird. Damit ist auch unklar, ob er klimapolitisch integer erfolgt.

Dabei ist der Ausstieg aus der Kohleverstromung die zentrale Klimaschutzmaßnahme, die die stärksten CO₂-Einsparungen bringen würde. Das Kohleausstiegsgesetz muss noch in diesem Jahr beschlossen werden, damit die ersten Blöcke wie empfohlen ab 2020 vom Netz gehen. Die Verzögerungen gefährden diesen Zeitplan. Der Hambacher Wald und die von Tagebauen bedrohten Dörfer müssen durch eine verantwortliche Umsetzung der Kommissionsempfehlungen erhalten bleiben. Dazu bedarf es der schnellen Stilllegung der empfohlenen 3,1 GW Braunkohlekapazitäten an den Standorten Neurath und Niederaußem. Die Inbetriebnahme des neuen Steinkohlekraftwerks Datteln 4 würde gegen die Vereinbarungen des Kohlekompromisses verstoßen und wäre zudem eine schwere Bürde für den Klimaschutz. Der Ausstiegspfad muss mindestens linear in Jahresschritten festgelegt werden mit der Option, ordnungspolitisch nachzusteuern, wenn andere Instrumente fehlgehen. Die Umweltverbände und eine Vertreterin der Tagebaubetroffenen haben im Abschlussbericht der Kohlekommission

mit ihrem Sondervotum deutlich gemacht, dass ein beschleunigter Kohleausstieg bis 2030 im Sinne des Klimaschutzes notwendig wäre.“ Deshalb müssen Revisionszeitpunkte ab 2023 für ein Vorziehen genutzt werden.

Die Bundesregierung bleibt die Antwort auf die Krise beim Erneuerbaren-Ausbau schuldig. Der Ausbau der Windkraft an Land ist aktuell faktisch zum Erliegen gekommen. Die Vereinbarung zu pauschalen Abstandsregeln – zudem noch unklar formuliert – wird den Ausbau der Windkraft verhindern oder durch landesplanerisch nötige Anpassungen nochmals erschweren. Das wird Anfang der 2020er Jahre netto sogar zu einem Abbau der Windkraftkapazitäten führen, wenn vermehrt Altanlagen aus der EEG-Förderung fallen. Es braucht zwar bundesweite Vorgaben bei der Windkraft – aber nicht zu pauschalen Abständen, sondern für den Natur- und Artenschutz und für die ausreichende Flächenausweisung in den Ländern. Die Behörden und Gerichte müssen personell und fachlich besser ausgestattet werden. Das beschleunigt Verfahren, nicht etwa das Schleifen von Naturschutzrecht oder des Rechtsweges wie seitens des Bundeswirtschaftsministeriums ins Spiel gebracht wird. Zahlreiche Vorschläge liegen hierfür vor. Die Akzeptanz der Energiewende und ausdrücklich auch der Windkraft an Land ist ungebrochen hoch, wie auch neue Umfragen der Fachagentur *Windenergie an Land* belegen. Zugleich muss eine bessere Beteiligung von Bürger*innen und Kommunen gewährleistet werden. Hier fehlen bislang relevante Vorschläge. Eine Verbesserung für Mieterstrommodelle etwa wurde bereits im Koalitionsvertrag vereinbart. Die Zukunft der traditionellen Bürgerenergie wird bislang gar nicht adressiert, obwohl sie eine tragende Säule für die breit akzeptierte Energiewende ist. Die Streichung des „Solardeckels“ ist begrüßenswert, aber ohne konkreten Zeitplan und Ausbauziele nicht ausreichend.

Die verkehrlichen Maßnahmen bleiben mit ihrer Wirkung weit hinter den Erfordernissen und den damit verbundenen notwendigen Treibhausgasminderungen zurück. Eine ökologische Verkehrswende ist so nicht möglich, die Besteuerung über den CO₂-Preis zu gering um eine Wirkung zu haben. Die aktuellen Planungen führen dazu, dass weiter große, schwere Pkw mit großen Batterien und dem entsprechenden Ressourceneinsatz auf Kosten der Steuerzahler*innen subventioniert werden. Die notwendige und richtige Erhöhung der Luftverkehrssteuer muss schnellstens erfolgen. Eine undifferenzierte Erhöhung der Pendlerpauschale wäre klimapolitisch falsch und zudem unsozial. Sie würde in erster Linie Besserverdienende belohnen, die es sich leisten können, ein Haus auf dem Land zu kaufen und jeden Tag in die Stadt zu pendeln. Deshalb müssen die Maßnahmen, die eine Verteuerung von Benzin oder Diesel mit sich bringen, sozial abgefedert werden.



Stellungnahme zum Entwurf eines Bundes-Klimaschutzgesetzes und zur Änderung weiterer Vorschriften sowie zum Klimaschutzprogramm 2030 der Bundesregierung zur Umsetzung des Klimaschutzplans 2050

Anhörung im Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit am 6.11.2019

Die Bundesregierung hat mit ihrem Klimaschutzprogramm 2030 zur Umsetzung des Klimaschutzplans 2050 kein Programm für den Klimaschutz bis 2030 präsentiert. Weder die nationalen Klimaziele und erst recht nicht das Pariser Klimaabkommen können mit diesem Programm erreicht werden.

Die Treibhausgasemissionen Deutschlands müssen von rund 860 Millionen Tonnen pro Jahr (Stand heute) auf rund 560 Millionen Tonnen im Jahr 2030 sinken. Das entspricht einer Minderung von minus 55 Prozent gegenüber 1990, zu der Deutschland auch europäisch verpflichtet ist. Ein Teil davon wird nach den Prognosen der Bundesregierung durch bereits beschlossene Maßnahmen erreicht. Laut Projektionsbericht der Bundesregierung 2019 soll durch bereits beschlossene Maßnahmen bis 2030 eine Minderung von rund 42 Prozent auf rund 730 Millionen Tonnen erreicht werden. Allerdings scheinen die Annahmen in dem Bericht teils sehr optimistisch, etwa was die unterstellten Minderungen im Industriesektor angeht.

Der größte Teil der Treibhausgase müsste durch jetzt vorgelegte Maßnahmen vermieden werden. Nach Einschätzung der Agora Energiewende wird mit den beschlossenen Maßnahmen aber lediglich etwa ein Drittel der Klimaschutzlücke geschlossen. Gerade weil es die Bundesregierung in den letzten zehn Jahren nicht geschafft hat, die Emissionen relevant zu senken, ist jetzt eine deutliche Umkehr und eine schnelle Minderung der Emissionen nötig.

Doch dieses Programm sorgt nicht für relevante politische Neuerungen. Neues wird zwar gefördert, Bestehendes aber kaum angetastet. So sinken Emissionen nicht oder nur sehr langsam.

Das Klimaschutzgesetz muss stark nachgebessert werden. Klimaziele nach 2030 müssen ergänzt werden, Treibhausgasneutralität muss das verbindliche Ziel sein. Versagen in einem Sektor muss durch Sofortmaßnahmen im gleichen Sektor umgehend behoben werden. Für ein effektives Monitoring muss der Expertenrat für Klimaschutz die Regierungsmaßnahmen in einem Jahresgutachten evaluieren und eigene Vorschläge machen können. Nur, wenn der Rat

der Experten die Leitlinie für den Ehrgeiz beim Klimaschutz ist, hat er eine effektive Funktion. Zudem muss der Bundestag als weitere „Transparenz- und Kontrollinstanz“ einbezogen werden. Andernfalls kontrolliert sich die Bundesregierung vor allem weiterhin selbst. Genau das hat in der Vergangenheit nicht funktioniert.

Die Ausgestaltung der Bepreisung von CO₂ in den Bereichen Verkehr und Wärme als Emissionshandel, der extrem niedrige Einstiegspreis von 10 Euro pro Tonne CO₂ und der geplante Preisdeckel von 60 Euro pro Tonne CO₂ sorgen dafür, dass es kaum zu CO₂-Einsparungen kommen wird. Ein wirklicher Anreiz zum Umstieg auf klimafreundliche Mobilität oder Heizsysteme durch einen CO₂-Preis besteht so nicht.

Die Einführung eines Emissionshandels ist ungleich aufwändiger als es die Einführung eines CO₂-Preises im Steuersystem gewesen wäre – das effektive Alternativmodell. Expert*innen schätzen, dass es mindestens drei Jahre in Anspruch nehmen würde, den Emissionshandel einzuführen. Das jetzt vorgesehene Mischsystem ist eine Krücke, die weitere Fragen aufwirft. Im Gegensatz zu einer CO₂-Steuer gibt es bei einem nationalen Emissionshandel außerdem erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken. Damit ein CO₂-Preis schnell wirken könnte, bräuchte es bei Wärme und Verkehr ab 2020 einen CO₂-Preis von mindestens 50 Euro pro Tonne, der bis 2030 auf 180 Euro steigt. Nur so würde überhaupt eine Lenkungswirkung erzielt, die andere Maßnahmen in den Bereichen Verkehr und Wärme unterstützen könnte.

Die Bundesregierung bekräftigt bislang lediglich, dass sie die Empfehlungen der Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung (Kohlekommission) zum Kohleausstieg umsetzen will. Jedoch liegt auch neun Monate nach Abschluss der Kommission kein Gesetzentwurf vor. Es ist weiterhin unklar, wie die Regierung den Ausstieg umsetzen wird. Damit ist auch unklar, ob er klimapolitisch integer erfolgt.

Dabei ist der Ausstieg aus der Kohleverstromung die zentrale Klimaschutzmaßnahme, die die stärksten CO₂-Einsparungen bringen würde. Das Kohleausstiegsgesetz muss noch in diesem Jahr beschlossen werden, damit die ersten Blöcke wie empfohlen ab 2020 vom Netz gehen. Die Verzögerungen gefährden diesen Zeitplan. Der Hambacher Wald und die von Tagebauen bedrohten Dörfer müssen durch eine verantwortliche Umsetzung der Kommissionsempfehlungen erhalten bleiben. Dazu bedarf es der schnellen Stilllegung der empfohlenen 3,1 GW Braunkohlekapazitäten an den Standorten Neurath und Niederaußem. Die Inbetriebnahme des neuen Steinkohlekraftwerks Datteln 4 würde gegen die Vereinbarungen des Kohlekompromisses verstoßen und wäre zudem eine schwere Bürde für den Klimaschutz. Der Ausstiegspfad muss mindestens linear in Jahresschritten festgelegt werden mit der Option, ordnungspolitisch nachzusteuern, wenn andere Instrumente fehlgehen. Die Umweltverbände und eine Vertreterin der Tagebaubetroffenen haben im Abschlussbericht der Kohlekommission

mit ihrem Sondervotum deutlich gemacht, dass ein beschleunigter Kohleausstieg bis 2030 im Sinne des Klimaschutzes notwendig wäre.“ Deshalb müssen Revisionszeitpunkte ab 2023 für ein Vorziehen genutzt werden.

Die Bundesregierung bleibt die Antwort auf die Krise beim Erneuerbaren-Ausbau schuldig. Der Ausbau der Windkraft an Land ist aktuell faktisch zum Erliegen gekommen. Die Vereinbarung zu pauschalen Abstandsregeln – zudem noch unklar formuliert – wird den Ausbau der Windkraft verhindern oder durch landesplanerisch nötige Anpassungen nochmals erschweren. Das wird Anfang der 2020er Jahre netto sogar zu einem Abbau der Windkraftkapazitäten führen, wenn vermehrt Altanlagen aus der EEG-Förderung fallen. Es braucht zwar bundesweite Vorgaben bei der Windkraft – aber nicht zu pauschalen Abständen, sondern für den Natur- und Artenschutz und für die ausreichende Flächenausweisung in den Ländern. Die Behörden und Gerichte müssen personell und fachlich besser ausgestattet werden. Das beschleunigt Verfahren, nicht etwa das Schleifen von Naturschutzrecht oder des Rechtsweges wie seitens des Bundeswirtschaftsministeriums ins Spiel gebracht wird. Zahlreiche Vorschläge liegen hierfür vor. Die Akzeptanz der Energiewende und ausdrücklich auch der Windkraft an Land ist ungebrochen hoch, wie auch neue Umfragen der Fachagentur *Windenergie an Land* belegen. Zugleich muss eine bessere Beteiligung von Bürger*innen und Kommunen gewährleistet werden. Hier fehlen bislang relevante Vorschläge. Eine Verbesserung für Mieterstrommodelle etwa wurde bereits im Koalitionsvertrag vereinbart. Die Zukunft der traditionellen Bürgerenergie wird bislang gar nicht adressiert, obwohl sie eine tragende Säule für die breit akzeptierte Energiewende ist. Die Streichung des „Solardeckels“ ist begrüßenswert, aber ohne konkreten Zeitplan und Ausbauziele nicht ausreichend.

Die verkehrlichen Maßnahmen bleiben mit ihrer Wirkung weit hinter den Erfordernissen und den damit verbundenen notwendigen Treibhausgasminderungen zurück. Eine ökologische Verkehrswende ist so nicht möglich, die Besteuerung über den CO₂-Preis zu gering um eine Wirkung zu haben. Die aktuellen Planungen führen dazu, dass weiter große, schwere Pkw mit großen Batterien und dem entsprechenden Ressourceneinsatz auf Kosten der Steuerzahler*innen subventioniert werden. Die notwendige und richtige Erhöhung der Luftverkehrssteuer muss schnellstens erfolgen. Eine undifferenzierte Erhöhung der Pendlerpauschale wäre klimapolitisch falsch und zudem unsozial. Sie würde in erster Linie Besserverdienende belohnen, die es sich leisten können, ein Haus auf dem Land zu kaufen und jeden Tag in die Stadt zu pendeln. Deshalb müssen die Maßnahmen, die eine Verteuerung von Benzin oder Diesel mit sich bringen, sozial abgefedert werden.



Die vorliegende Stellungnahme gibt nicht die Auffassung des Ausschusses wieder, sondern liegt in der fachlichen Verantwortung des/der Sachverständigen. Die Sachverständigen für Anhörungen/Fachgespräche des Ausschusses werden von den Fraktionen entsprechend dem Stärkeverhältnis benannt.

Stellungnahme des WWF Deutschland

zum Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD zum Entwurf eines „Gesetzes zur Einführung eines Bundes-Klimaschutzgesetzes und zur Änderung weiterer Vorschriften“ (BT-Drs. 19/14337)

Anlage 10

Notwendigkeit für ein Bundes-Klimaschutzgesetz

Deutscher Bundestag
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz
und nukleare Sicherheit
Ausschussdrucksache
19(16)292-I
zur Anhörung 6.11.19
05.11.2019

Das deutsche Klimaschutzrecht besteht gegenwärtig aus einer Vielzahl von Einzelregelungen in verschiedenen Gesetzen. Es fehlt ein rechtsförmiger, koordinierender Mechanismus, der sicherstellt, dass insgesamt ausreichend wirksame Maßnahmen ergriffen werden, um die langfristigen Ziele für die Reduktion der Treibhausgasemissionen zu erreichen. Darüber hinaus fehlt es an einheitlichen verbindlichen Zielsetzungen zum Klimaschutz¹. Der rechtlich unverbindliche und in Teilen unvollständige Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung kann dieses Defizit nicht kompensieren. Der Umstand, dass die bislang ohne die Verbindlichkeit und die Legitimität eines Gesetzes in politischen Programmen festgeschriebenen Zielsetzungen und Maßnahmenpläne der Bundesregierung zur Bewältigung der Transformationsaufgabe Dekarbonisierung ungenügend sind, wird durch die abzusehende deutliche Verfehlung des Klimaschutzziels 2020² eindrücklich belegt.

Ein Bundes-Klimaschutzgesetz würde den lange geforderten übergreifenden Rechtsrahmen für die einzelnen nationalen Maßnahmen zum Klimaschutz erstmalig schaffen.

Durch eine rechtsverbindliche und langfristige Festschreibung der Verpflichtungen Deutschlands nach dem Pariser Abkommen in einer entsprechenden Budget-Logik und eine Orientierung sämtlicher Hoheitsakte an dem Rahmengesetz könnten Erfolgsaussichten von Klimaschutzbestrebungen wesentlich verbessert werden. Um dies zu erreichen, sind die folgenden Kernelemente zwingend erforderlich:

Das Bundes-Klimaschutzgesetz muss (1) **Langfristziele in Einklang mit den internationalen Verpflichtungen** enthalten, mit (2) **sektoralen Zielen** und **Dekadenzielen für 2030, 2040 und 2050** einen verlässlichen Entwicklungspfad beschreiben sowie (3) **Ressortverantwortlichkeiten** und (4) wirksame **Kontroll- und Nachsteuerungsmechanismen** verbindlich regeln. Das Klimaschutzgesetz muss dabei Querschnittsfelder wie das Finanzsystem als befähigenden Lösungshebel anführen, denn die erfolgreiche Transformation wird Kapitalzugang brauchen.

Die Beurteilung des vorliegenden Gesetzesentwurfs orientiert sich wesentlich an den eben genannten notwendigen Anforderungen an ein Bundes-Klimaschutzgesetz.

¹ WWF (2018): Vorschlag für ein Klimaschutz- und Energiewende-Rahmen-Gesetz (KENRAG), abrufbar unter: https://www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/Publikationen-PDF/WWF_Klimaschutzgesetz_juristisches_Gutachten-neu.pdf.

² Bundesregierung (2019): Projektionsbericht 2019 für Deutschland gemäß Verordnung (EU) Nr.525/2013.

Zwecks des Gesetzes (§1)

Die Bundesregierung hat sich im Pariser Abkommen von 2015 völkerrechtlich dazu verpflichtet, einen Beitrag zu leisten, den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf deutlich unter 2°C, möglichst 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es der Treibhausgasneutralität bis spätestens 2050, wahrscheinlich sogar deutlich früher. Das im gegenwärtigen Entwurf vorgesehene *Bekenntnis*, das langfristige Ziel „zu verfolgen“ ist nicht ausreichend, um die notwendige langfristige Planungs- und Investitionssicherheit für alle beteiligten Akteure zu schaffen. Eine langfristige Transformation kann durch ein vages Bekenntnis nicht hinreichend angestoßen werden, da Unsicherheiten durch eine solche Formulierung weiterhin bestehen bleiben. Es braucht ein eindeutiges Signal darüber, wohin sich Deutschland mittel- und langfristig entwickeln wird. Nur durch eine verbindliche Vorausschau kann langfristig Orientierung und Investitionssicherheit für alle relevanten Akteure gewährleistet werden.

Aus diesem Grund plädiert der WWF nachdrücklich dafür, zunächst das Langfristziel für 2050, die Reduktion der Treibhausgase um 95 Prozent gegenüber 1990 (Treibhausgasneutralität bis spätestens 2050), in dem zu verabschiedenden Bundes-Klimaschutzgesetz verbindlich festzuschreiben, um langfristige Sicherheit für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu erwirken.

Nationale Klimaschutzziele (§ 3)

Um die Transformation zu gestalten, bedarf es eines langfristigen und verbindlichen Entwicklungspfads für die vorgesehene Treibhausgasreduktion in Deutschland. Die Verankerung des Klimazieles für 2040 und der Treibhausgasneutralität bis spätestens 2050 ist hierfür ein notwendiger Schritt. Der WWF setzt sich mit Nachdruck dafür ein, neben dem Klimaziel-2030 auch das Dekadenziel für 2040 (Reduktion um 70 Prozent gegenüber 1990) und das Langfristziel der Treibhausgasneutralität bis 2050 verbindlich festzuschreiben. Zur Vermeidung von „Lock-In“-Effekten und um die langfristige Investitions- und Planungssicherheit für alle Akteure der betreffenden Sektoren zu erhöhen, sollte der Deutsche Bundestag den vorliegenden Gesetzesentwurf wie folgt anpassen: § 3 Abs. 1 wird ergänzt um einen Satz 3:

„Bis zum Zieljahr 2040 gilt eine Minderungsquote von mindestens 70 %“

und einen Satz 4:

„Bis zum Zieljahr 2050 gilt eine Minderungsquote von mindestens 95%“.

Schon heute ist bekannt, dass die im Klimaschutzplan 2050 festgelegten nationalen Ziele nicht ausreichen werden, um die europäischen und internationalen Verpflichtungen im Rahmen des Pariser Klimaabkommens zu erfüllen. Aus diesem Grund begrüßt der WWF den im vorgesehenen Mechanismus, dass die Bundesregierung notwendige Schritte zur Zielerhöhung einleitet, sollten höhere Ziele für die Erfüllung der europäischen oder internationalen Ziele notwendig sein. Auch die Regelung, dass nationale Klimaschutzziele erhöht, aber nicht abgesenkt werden können, wird positiv bewertet. Zwar kann sie nach unserer Rechtsauffassung den Gesetzgeber nicht juristisch binden, in Zukunft gegenteilig zu verfahren, die Regelung ist aber als politische Festlegung von Wert.

Zulässige Jahresemissionsmengen, Verordnungsermächtigung (§ 4)

Der WWF begrüßt die gesetzliche Fixierung der zulässigen Jahresemissionsmengen für die einzelnen Sektoren sowie die durch das Gesetz auferlegte Verantwortung der zuständigen Bundesministerien für das Einhalten der sektoralen Ziele. Um die festgelegten Ziele zu erreichen, sind die Ministerien dafür verantwortlich, die erforderlichen Maßnahmen zu veranlassen. Die Wahl und Ausgestaltung der Maßnahmen liegt somit in den Händen der einzelnen Fachministerien, die so die Möglichkeit haben die kosteneffizientesten, innovativen und wirksamsten Maßnahmen für ihren Sektor umzusetzen. Durch die klar definierten Zuständigkeiten wird die politische Steuerung modernisiert und Klimaschutz zur gemeinschaftlichen Aufgabe der gesamten Bundesregierung. Es ist ein wichtiger Schritt, alle Sektoren in die Pflicht zu nehmen und Klimaschutz als verbindliche Aufgabe zuzuweisen. Denn nur durch die sektorübergreifende Einbindung und die Umsetzung wirksamer Klimaschutzmaßnahmen in allen betroffenen Sektoren kann es gelingen, die Klimaschutzziele in Deutschland zu erreichen.

Maßnahmen bei Überschreitung der Jahresemissionsmengen (§ 8)

Die im vorliegenden Entwurf festgeschriebene Angabe, die Bundesregierung entscheide „schnellstmöglich“ über die zu ergreifenden Maßnahmen, birgt aus Sicht des WWF die Gefahr einer starken zeitlichen Verzögerung der tatsächlichen Umsetzung der Maßnahmen. Der WWF empfiehlt, eine konkrete Frist für den Beschluss der Bundesregierung über die zu ergreifenden Maßnahmen im Gesetz festzulegen.

Stärkung der Rolle des Deutschen Bundestag/ Expertenrat für Klimafragen (§ 11, § 12)

Das Klimaschutzgesetz in der aktuell vorliegenden Entwurfsfassung überwiegend exekutiv ausgestaltet. Die Bundesregierung hat verschiedene Kompetenzen im Bereich der Festlegung und Anpassung der jährlichen Emissionsmengen pro Sektor und ist ausgestattet mit verschiedenen Kontroll- und Überwachungsfunktionen. Auch der Expertenrat für Klimafragen ist bei der Bundesregierung angesiedelt. Demgegenüber hat der Deutsche Bundestag bisher nur eingeschränkte Rechte und Kompetenzen. Eine Stärkung der Rolle des Bundestages sollte u.a. erfolgen, indem ihm die Möglichkeit gegeben wird, den Expertenrat anzurufen und diesen mit Sondergutachten zu beauftragen. Die Expertise des Rates sollte dem Deutschen Bundestag auch bei der Gesetzgebung zur Verfügung stehen. Sogar die Einsetzung des Gremiums durch den Bundestag statt durch die Bundesregierung ist vorstellbar.

Der WWF begrüßt grundsätzlich die Einsetzung eines Expertenrates für Klimafragen, sieht aber deutlichen Bedarf für eine stärkere Befähigung des Gremiums. Die Einrichtung eines solchen Beratungsgremiums ist Bestandteil fast aller bisher beschlossenen nationalen Klimaschutzgesetze, um ein umfassendes und unabhängiges Monitoring zu gewährleisten. Um dieses nicht nur ex-post, sondern auch ex-ante zu ermöglichen, ist die im vorliegenden Entwurf vorgesehene Rolle der Expertenkommission nicht ausreichend.³ Der WWF spricht sich dafür aus, nicht nur die Bewertung der durch das UBA veröffentlichten Emissionsdaten und der bereits beschlossenen Maßnahmen als Aufgaben der Expertenkommission zuzuweisen, sondern das Gremium auch zu mandatieren, bestehende und geplante Maßnahmen auf ihre Wirksamkeit und Effizienz zu bewerten und Bundestag und Bundesregierung Nachsteuerungsvorschläge zu unterbreiten. Auch für das in den Empfehlungen der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ angelegte Monitoring sollte der Expertenrat herangezogen werden.

³ Edenhofer u.a. (2019): Bewertung des Klimapakets und nächste Schritte: CO₂-Preis, sozialer Ausgleich, Europa, Monitoring.

Die Expertenkommission sollte zudem mit dem Gesetz beauftragt werden, alsbald nach ihrer Einsetzung eine Bestandsaufnahme der aktuellen Emissionsdaten sowie der eingeleiteten Maßnahmen erstellen und Empfehlungen formulieren, die zur Erreichung der zulässigen Jahresemissionsmengen für 2020 und die Folgejahre geeignet sind, um zu gewährleisten, dass bis zum ersten regulären umfassenden Bericht im Jahr 2021 keine Handlungslücke entsteht.

Erste konkrete Änderungsvorschläge des WWF zu § 11 und §12:

§ 12, Absatz 1 wird wie folgt ergänzt:

„Der Expertenrat für Klimafragen prüft die Emissionsdaten nach § 5 Absatz 1 und 2 und legt der Bundesregierung und dem Deutschen Bundestag innerhalb von einem Monat nach Übersendung durch das Umweltbundesamt eine Bewertung der veröffentlichten Daten vor. Er evaluiert die beschlossenen Maßnahmen. *Er prüft die bestehenden Klimaschutzmaßnahmen auf ihre Wirksamkeit hinsichtlich der Erreichung der nationalen und europäischen Klimaschutzziele, ihre ökonomische Effizienz und sozialen Implikationen und spricht Empfehlungen zu ihrer Weiterentwicklung aus.*“

In §12 werden neue Absätze eingefügt:

„Der Expertenrat für Klimafragen prüft die Auswirkungen neuer Regelungen auf ihre Vereinbarkeit mit den Klimaschutzzielen. Dem Prüfungsrecht des Expertenrats für Klimafragen unterliegen:

1. Entwürfe für neue Bundesgesetze,
2. bei Entwürfen von Änderungsgesetzen auch die Stammgesetze,
3. Entwürfe nachfolgender nachrangiger Rechts- und Verwaltungsvorschriften,
4. Vorarbeiten zu Rechtsakten (Rahmenbeschlüssen, Beschlüssen, Übereinkommen und den diesbezüglichen Durchführungsmaßnahmen) der Europäischen Union und zu Verordnungen, Richtlinien und Entscheidungen der Europäischen Gemeinschaft,
5. bei der Umsetzung von EU-Recht die betroffenen Gesetze und nachrangigen Rechts- und Verwaltungsvorschriften,
6. bestehende Bundesgesetze und auf ihnen beruhende Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften.“

„Der Expertenrat für Klimafragen unternimmt jährlich eine Begutachtung der gesamtklimapolitischen Entwicklung und leitet diese bis zum 15. November eines jeden Jahres der Bundesregierung sowie dem Deutschen Bundestag zu. Die Bundesregierung ist zur Stellungnahme gegenüber dem Bundestag binnen drei Monaten verpflichtet.“

„Darüber hinaus können der Deutsche Bundestag oder die Bundesregierung den Expertenrat für Klimafragen mit der Erstellung von Sondergutachten beauftragen.“

Zur Stärkung der Rolle des Deutschen Bundestag stellt der WWF zudem folgende Änderung zur Diskussion: § 11 Abs. 1 Satz 2 könnte künftig lauten:

„Der Bundestag benennt für die Dauer von fünf Jahren die Mitglieder, davon jeweils mindestens ein Mitglied mit hervorragenden wissenschaftlichen Kenntnissen und Erfahrungen aus einem der Bereiche Klimawissenschaften, Wirtschaftswissenschaften, Umweltwissenschaften sowie soziale Fragen.“

Klimaneutrale Bundesverwaltung (§ 15)

Das Ziel der klimaneutralen Bundesverwaltung bis zum Jahr 2030 wird vom WWF nachdrücklich begrüßt. Die Verabschiedung hierfür vorgesehener Maßnahmen im Jahr 2023 wird jedoch als zu spät erachtet, da jedes verlorene Jahr das Erreichen des Ziels erschwert. Der WWF plädiert dafür, bereits im Jahr 2020 Maßnahmen anzustoßen, um die Bundesverwaltung klimaneutral zu organisieren.

Sustainable Finance

Das Klimaschutzgesetz ist auch vor dem Hintergrund zu bewerten, ob es die erforderlichen systemischen und strukturellen Verbindungen schafft, um die Erfüllung der Umsetzung von Paragraph 2.1.c des Pariser Klimaabkommens in Deutschland zu erreichen. Dazu gehören effektive Kapitalallokation, Minimierung öffentlicher Finanzierungsbelastungen, Vermeidung von Fehlallokation privatwirtschaftlicher Kapitalströme sowie damit verbundener Risikopositionen. Der vorliegende Gesetzesentwurf berücksichtigt diese Anforderungen noch nicht.

Der WWF empfiehlt, den Sustainable Finance Beirat der Bundesregierung zum Thema anzuhören und das Gesetz um folgende Inhalte zu ergänzen: In Anlehnung an die Verpflichtung im Pariser Klimaschutzabkommens, Artikel 2.1.c, wonach die Finanzflüsse in Einklang mit dem Zielniveau der Vereinbarungen des Abkommens gebracht werden müssen, werden alle erforderlichen oder relevanten Bezüge zum Finanzsystem in den jeweiligen Regulierungsbereichen berücksichtigt. Hierzu werden Offenlegungs-, Transparenz- und Informationspflichten begründet, zukunftsgerichtete Risikoerfassungs- und -bewertungsvorgehen ebenso betrachtet wie Standardisierungs- und Definitionsfragestellungen. Die Integration der Verpflichtungen des Pariser Abkommens in die Bereiche der öffentlichen Hand und der Förderinstitutionen und -programme wird gleichermaßen vorgenommen.

Zusammenfassende Schlussbewertung

Das Bundes-Klimaschutzgesetz bietet die Chance, endlich die lange überfällige Verbindlichkeit für Klimaschutzpolitik in Deutschland zu schaffen, die politische Steuerung zu modernisieren und Investitionssicherheit zu erhöhen.

Mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf werden die deutschen Klimaschutzziele bis 2030 erstmals gesetzlich verbindlich festgeschrieben. Der WWF begrüßt die durch das Gesetz neu geschaffene Governance-Struktur für klimapolitisches Handeln in Deutschland. Die gesetzliche Einbindung aller Sektoren für das Erreichen der jeweiligen Jahresziele wird als wichtiger Schritt erachtet, um Klimaschutzpolitik erfolgreich zu gestalten. Nur mit angemessenen Beiträgen aller Sektoren zum Klimaschutz, wird es möglich, die Klimaschutzziele Deutschlands auch im Rahmen der EU und international zuverlässig zu erreichen. Dafür ist jedoch ein robuster Kontroll- und Nachsteuerungsmechanismus die Grundvoraussetzung. Durch eine regelmäßige Überprüfung und Bewertung der bestehenden und geplanten Maßnahmen kann der Fortschritt in Sachen Klimaschutz gemessen und unzureichende oder fehlende Entwicklungen aufgedeckt werden. Zur Unterstützung dieser Aufgabe sollte der Expertenrat für Klimafragen im Gesetz deutlich gestärkt werden. Der vorgesehene Nachsteuerungsmechanismus durch die Pflicht zur Auflegung eines Sofortprogramms innerhalb von drei Monaten nach Prüfung der Emissionsdaten wird vom WWF als geeignetes Vorgehen erachtet. Hierbei gilt es sicherzustellen, dass die Maßnahmen zur Nachbesserung in einer festgelegten Zeit von der Bundesregierung umgesetzt werden, um weitere Zeitverzögerungen zu vermeiden.

Ein wesentlicher Änderungsbedarf wird vom WWF bei der gesetzlichen Festschreibung der Klimaschutzziele nach 2030 identifiziert. Die im Gesetz zu verankernden Klimaschutzziele müssen mit den Zielen des Pariser Klimaabkommens in Einklang stehen und sicherstellen, dass Deutschland seine internationalen und europäischen Verpflichtungen erfüllt. Die Verankerung des Klimaziels für 2040 und des Langfristziels der Treibhausgasneutralität bis spätestens 2050 ist hierfür ein notwendiger Schritt. Nur durch diese langfristige Ausrichtung der deutschen Klimapolitik kann die Transformation in nötigem Umfang stimuliert werden. Ein Klimaschutzgesetz mit langfristigen Zielvorgaben legt einen verbindlichen Pfad fest, der es ermöglicht, die Veränderungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft konsequent und verlässlich zu gestalten und umzusetzen.

Stellungnahme des WWF Deutschland

zum „Klimaschutzprogramm 2030 der Bundesregierung zur Umsetzung des Klimaschutzplans 2050“ (BT-Drucksache 19/13900)

Der WWF hat die zentralen Inhalte des geplanten Klimaschutzprogrammes auf ihren Wirkungsgrad hin analysiert. Die Auswertung zeigt, dass zwar bei einigen Themen bereits ein Schritt in die richtige Richtung erkennbar ist, die nötigen strukturellen Veränderungen allerdings ausbleiben. Noch adressieren die Maßnahmen auch in der Summe in keiner Weise angemessen die Tragweite des Problems. Sie bleiben dramatisch weit hinter den Handlungserfordernissen zurück, die sich aus der naturwissenschaftlichen Forschung ergeben, wie sie etwa in den Berichten des IPCC („Weltklimarat“) aber auch des IPBES („Weltbiodiversitätsrat“) deutlich werden. Auch die ökonomischen Chancen einer an den Pariser Zielen ausgerichteten Klimapolitik, wie sie etwa der OECD-Report „Investing in Climate, Investing in Growth“ deutlich macht, können so nicht gehoben werden. Das erkennbare Bestreben der Bundesregierung, Klimapolitik so zu gestalten, dass Wirtschaftsakteure nicht überfordert und soziale Härten vermieden werden, wird durch das Klimaschutzprogramm 2030 nicht erreicht, sondern im Gegenteil konterkariert. Denn mit jedem weiteren Jahr verzagten und zögerlichen Handelns wird der künftige Minderungspfad für Treibhausgasemissionen steiler.

Die identifizierten Defizite des Klimaschutzprogramms 2030 der Bundesregierung hat der WWF in dem anliegenden Dokument zusammengefasst und Lösungsvorschläge formuliert. Zentral ist nun, die wichtigsten Stellhebel des Programms mutig auf die klimaneutrale Zukunft auszurichten, damit viele weitere Maßnahmen überhaupt den gewünschten Erfolg haben können.

Die wichtigsten Hebel, um das Klimaschutzprogramm 2030 auf Zukunft zu stellen:

Den Ausbau der Erneuerbaren Energien massiv beschleunigen:

Den Erneuerbaren kommt eine herausragende Bedeutung bei der Umstellung auf eine saubere Energieversorgung und der CO₂-freien Elektrifizierung der anderen Wirtschaftssektoren zu. Eine vollständig auf erneuerbaren Energien basierende Stromversorgung bildet also den Grundstein für das Erreichen des Ziels CO₂-Neutralität. Bereits deutlich vor 2050 muss die Stromversorgung allein auf Grundlage erneuerbarer Energien erfolgen. Insbesondere gilt es den Ausbau der Windenergie an Land zu forcieren. Doch anstatt systematisch die vielfältigen Ausbauhemmnisse zu beseitigen, drohen die Beschlüsse der Bundesregierung u.a. mit dem angekündigten bundesweiten Mindestabstand von 1000m zu „dörflichen Strukturen mit signifikanter Wohnbebauung“ und kommunal auszugestaltenden gesonderten Grundsteuerhebesätzen, eine verfahrenere Lage zu verkomplizieren und Rechtsunsicherheit zu erhöhen.

Die bundespolitischen Ausbauziele für Erneuerbare sollten in möglichst konkrete länderspezifische Strommengen- und Flächenziele für die Windenergienutzung übersetzt werden. Die Länder sollten auf Grundlage landschafts- und artenschutzbezogener Raumbewertungen nach bundesweit einheitlichen Kriterien darlegen, wie sie diese Ziele erreichen wollen und entsprechende Flächen ausweisen und nutzbar machen. Eine solche kaskadenförmige Ableitung raumplanerischer Zielsetzungen zur Erfüllung länderspezifischer Strommengen- und Flächenziele für die Windenergienutzung kann zudem akzeptanzfördernd wirken. Bei der vollziehenden Umsetzung regionalplanerischen

Festlegungen und der Bewältigung von Konflikten mit Anwohnern würde die kommunale Bauleitplanung zudem entlastet.

Um Klimaschutz- und Artenschutzziele miteinander zu vereinbaren, sollten in sogenannten Dichtezentren der Erhaltungszustand der Populationen windsensibler Arten mithilfe von bestandsstabilisierenden Maßnahmen und Landesartenschutzprogrammen gestützt und wirksamer populationsbezogener Artenschutz gewährleistet werden. In den regionalplanerisch abschließend gesicherten Windkonzentrationszonen – räumlich von den oben genannten Dichtezentren getrennt – sollten regelmäßige Ausnahmen von §45 (7) BNatschG (Individuenbezug im Artenschutz) ermöglicht werden.

Grundlage einer sachgemäßen Bearbeitung durch die Genehmigungsbehörden bleibt allerdings die Erarbeitung allgemein anerkannter Fachstandards (untergesetzlich), um eine möglichst rechtssichere Anwendung der artenschutzfachlichen Einzelfallprüfung zu gewährleisten. Dazu hat der WWF in einer kürzlich veröffentlichten Positionierung umfassende und konkrete Vorschläge veröffentlicht⁴.

Weichen stellen, um ein erfolgreicher, treibhausgasneutraler Industriestandort zu werden: Energieeffizienz ist der Schlüssel zum Erreichen des 2030 Emissionsminderungsziels in der Industrie. Eine Neuordnung von bestehenden Förderprogrammen reicht nicht aus, um die Effizienzpotentiale in nötigem Maße zu heben. Die Regelungen zu Effizienz in der Industrie müssen unbedingt um zusätzliche Anreize um Verpflichtungen zur Umsetzung von Energieeffizienzmaßnahmen erweitert werden. Mindestens nötig ist eine begünstigte Abschreibung für Investitionen in Energieeffizienz und die Knüpfung von Kostenentlastungen bei Energiepreisen an die Umsetzung von Effizienzmaßnahmen. Gleich dringend ist die Weichenstellung für Klimaneutralität in 2050. In dem Zusammenhang ist aus Sicht des WWF positiv, dass das Paket eine Wasserstoffstrategie und CCS erwähnt. Diese Handlungsfelder gilt es auszugestalten. Zusätzlich bedarf es eines Gesetzespakets zur Weichenstellung 2050. Kernpunkte dieses Pakets müssen sein (1) die Schaffung von Leitmärkten für klimaneutrale Materialien und Produkte durch Quoten und konsequente Anwendungen von Klimaschutzkriterien bei der öffentlichen Beschaffung; (2) Schaffung von Investitionssicherheit durch einen Instrumentenmix aus berechenbar steigendem CO₂-Preis für die Industrie, Carbon Contracts for Difference und Förderung; und (3) eine Weiterentwicklung der Kreislaufwirtschaft durch eine Enquete-Kommission. Weitere Informationen dazu finden Sie in einem juristischen Kurzgutachten zu Sofortmaßnahmen für Klimaschutz in der Industrie⁵ und in unserem jüngst veröffentlichten WWF-Positionspapier Klimaschutz in der Industrie⁶.

Den Kohleausstieg ambitioniert umsetzen und dazu einen europäisch-regionalen CO₂-Mindestpreis im Stromsektor einführen: Der Kohleausstiegspfad für Deutschland auf den sich die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ geeinigt hat, muss nun schnellstmöglich umgesetzt werden. Dies kann am wirksamsten durch die Einigung mit den Nachbarländern auf einen Mindestpreis auf CO₂ im Stromsektor geschehen und muss zügig im Kohleausstiegsgesetz für Braun- und Steinkohle verankert werden. Die Höhe des Mindestpreises sollte dabei in 2020 bei 25 Euro liegen und bis 2025 auf möglichst 40 Euro ansteigen. Ein Mindestpreis verstetigt das Preissignal des europäischen Emissionshandels und erhöht dadurch dessen Wirksamkeit - durch die Zusammenarbeit mit den Nachbarländern würden Emissionen europaweit eingespart. Zusätzlich können durch die Einnahmen Endverbraucher von steigenden Strompreisen entlastet werden, außerdem ist die Kompensation stromintensiver

⁴ WWF (2019): Windenergie an Land - Den Ausbau beschleunigen und mit Rücksicht auf Mensch und Natur gestalten, abrufbar unter: <https://www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/Publikationen-PDF/WWF-Position-Windenergie-2019.pdf>.

⁵ WWF (2019): Sofortmaßnahmen für Klimaschutz in der Industrie, abrufbar unter: <https://www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/Publikationen-PDF/WWF-KSG-Gutachten-3-Klimaschutzmassnahmen-im-Industriesektor.pdf>.

⁶ WWF (2019): Klimaschutz in der Industrie, abrufbar unter: <https://www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/Publikationen-PDF/WWF-Klimaschutz-in-der-Industrie.pdf>.

Industrien möglich. Auch die EEG-Umlage würde durch die Einführung eines solchen Preises deutlich sinken. Die Bundesregierung teilt die Einschätzung, dass ein Mindestpreis im ETS „Planungssicherheit für Klimainvestitionen“ schafft und spricht sich für eine Einführung innerhalb der EU aus (Punkt 3.2.2 der Drucksache). Die Umsetzung eines gesamteuropäischen Ansatzes ist jedoch derzeit nicht aussichtsreich, wohingegen eine entsprechende Lösung für den zentraleuropäischen Strommarkt auch von wichtigen Nachbarländern befürwortet wird und nach dem erfolgreichen britischen Modell relativ schnell umsetzbar wäre.

Die CO₂-Bepreisung wirksam gestalten: Der WWF begrüßt grundsätzlich den Einstieg in die CO₂-Bepreisung in den Sektoren Verkehr und Wärme. Allerdings ist der Einstiegspreis von 10 EUR im Jahr 2021 viel zu niedrig, um eine Wirksamkeit hin zu einem klimafreundlichen Verhalten zu entfalten. Dafür ist es geboten, sowohl den Einstiegspreis als auch den Preiskorridor ambitionierter auszugestalten, damit Minderungen sofort erzielt werden können. Auch weil andernfalls Strafzahlungen in Milliardenhöhe aus der EU drohen.

Jetzt die Grundlagen legen, um den internationalen Klimaschutzprozess im nächsten Jahr (Paris plus 5) mit den internationalen Partnern zum Erfolg führen zu können: Der jetzige EU-Beitrag, der für das Erreichen des Pariser Abkommens unter der EU-Mitgliedsstaaten vereinbart wurde, ist zu schwach, wie der der meisten anderen Staaten auch. Das Pariser Abkommen sieht vor, dass jedes Land seinen Klimabeitrag bis 2020 nachschärft. Es ist deshalb von besonderer Bedeutung, dass Deutschland in einem ersten Schritt den Vorschlag der neuen Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen kraftvoll unterstützt, das EU-Minderungsziel für 2030 von -40% auf -55% gegenüber 1990 zu erhöhen. Die anstehende internationale Nachschärfung der nationalen Klimaschutzbeiträge („NDC“) kann nur gelingen, wenn die EU sich aktiv daran beteiligt.

Der WWF empfiehlt dem Deutschen Bundestag nachdrücklich, die Bundesregierung aufzufordern, ein umfassend überarbeitetes Maßnahmenpaket vorzulegen, mit dem sie ihr für das Jahr 2020 selbstgestecktes 40%-Reduktionsziel tatsächlich sobald als möglich und nicht erst in der zweiten Hälfte des nächsten Jahrzehnts erreicht. Weiterhin empfehlen wir dem Deutschen Bundestag darauf hinzuwirken, dass die nationalen und europäischen Klimaziele von der Bundesregierung mit ausreichenden Maßnahmen unterlegt werden, auch um Planungs- und Investitionssicherheit herzustellen.

Ansprechpartner:

Michael Schäfer
Leiter Klimaschutz & Energiepolitik
WWF Deutschland
Reinhardtstr. 18
10117 Berlin
Telefon: +49 (0)30 311 7770
michael.schaefer@wwf.de



Bewertung

WWF Forderungen

Klimaschutzrahmengesetz



Die in den Eckpunkten festgehaltenen Entscheidungen, die jährlichen Sektorziele gesetzlich festzuschreiben, Kontroll- und Nachsteuerungsmechanismen zu verankern und ein Expertengremium einzusetzen, werden vom WWF begrüßt.



Ein „Klimaschutzrahmengesetz“ ist in den Eckpunkten nicht explizit genannt. Ein Kabinettsbeschluss und ein klarer Zeitplan für die Verabschiedung des Klimaschutzrahmengesetzes durch den Bundestag bleibt weiterhin aus, obwohl der Gesetzesentwurf bereits seit Anfang des Jahres vorliegt.

» Das Klimaschutzrahmengesetz muss mit den in den Eckpunkten vorgesehenen Elementen (jährliche Sektorziele, Kontroll- und Nachsteuerungsmechanismen, Einsetzung eines Expertengremiums) sowie der gesetzlichen Festlegung des Langfristziels der Treibhausgasneutralität bis spätestens 2050 bis zum 29.11. zur Beratung in den Deutschen Bundestag eingebracht werden. Darüber hinaus gilt es, den Kabinettsausschuss Klimaschutz („Klimakabinett“) schnellstmöglich zu institutionalisieren und ihm die Aufgabe der jährlichen Überprüfung der Maßnahmen auf ihre Wirksamkeit und Zielgenauigkeit zuzuweisen.

Zielerhöhung (EU Klimabeitrag)



Die notwendige Zielerhöhung für einen fairen EU-Klimabeitrag zur Erfüllung des Pariser Abkommens wird nicht erwähnt. Nicht einmal der Plan der neuen EU-Kommissionspräsidentin, den europäischen Klimaschutzbeitrag auf 55% zu erhöhen, wird unterstützt.

» Das Pariser Abkommen sieht vor, dass jedes Land seinen Klimabeitrag bis 2020 nachschärft. Deshalb muss die Bundesregierung jetzt die neue Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen darin unterstützen, das EU-Minderungsziel für 2030 von 40% auf 55% zu erhöhen. Bis zur Weltklimakonferenz gilt es zudem, die Klimaschutz-Langfriststrategie der EU im Rat zu beschließen. Im zweiten Schritt muss das Ziel für 2030 auf 65% Treibhausgasmindernge angehoben werden, um die EU auf einen 1,5°C Pfad zu setzen.

CO₂-Bepreisung



Die niedrigen Einstiegs- und Festpreise im nationalen Emissionshandel bis 2025 in den Bereichen Gebäude und Verkehr geben keinen Anreiz für ein klimafreundliches Verhalten. Sie sind praktisch wirkungslos.

» Der Einstiegspreis sollte bei 50 EUR je Tonne CO₂ liegen, damit klimafreundliches Verhalten belohnt wird. Die CO₂-Bepreisung sollte noch im nächsten Jahr eingeführt werden und bis 2030 auf die Größenordnung von 180 EUR je Tonne CO₂ steigen. Darüber hinaus brauchen wir rechtliche Sicherheit bei der Umsetzung, dabei wäre eine CO₂-Steuer geeigneter als eine Emissionshandelslösung.

FARBLEGENDE

- Keine angemessene Adressierung des Problems
- Schritt in die richtige Richtung, aber keine strukturelle Veränderung
- Ambition ist gegeben und Bewegung erkennbar

Bewertung

WWF Forderungen

Energiewende

Ausbau der erneuerbaren Energien

Es braucht einen Anteil von 75% erneuerbarer Energien am Stromverbrauch in 2030. Vorgenommen hat die Bundesregierung sich nur 65% und selbst dafür keine Maßnahmen zur sicheren Zielerreichung hinterlegt. Die klimafreundliche Elektrifizierung anderer Sektoren und die angekündigte großvolumige Skalierung der Elektrolyse sind ohne einen beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren nicht möglich.

» Das Ziel, bis 2030 möglichst 75%, mindestens aber 65% des Bruttostromverbrauchs durch erneuerbare Energien zu decken, muss im EEG verankert werden. Damit die Ziele verlässlich erreicht werden, bedarf es einer Bund-Länder-Strategie zur Ermittlung und Nutzbarmachung der Flächen- und Ertragspotenziale für Windenergie an Land und PV Freifläche, die eine vollständig auf Erneuerbaren basierende Stromversorgung in 2050 sicherstellt. Dies muss unter Berücksichtigung ökologischer Kriterien erfolgen.

Reform der Steuern, Abgaben und Umlagen Abbau fossiler Subventionen

Hinweise auf eine dringend gebotene, umfassende und ökologische, am CO₂-Gehalt der Brennstoffe orientierte Reform der Steuern, Abgaben und Umlagen fehlen. Es gibt keinerlei Ansätze fossile Subventionen abzubauen.

» Die Umsetzung eines konkreten und verbindlichen Zeitplans für den konsequenten Abbau der klima- und umweltschädlichen Subventionen (46 Mrd. EUR in 2017) bis 2026 ist geboten. Dies muss durch eine umfassende ökologische, am Energie- und CO₂-Gehalt (Energie- und CO₂-Komponente) der Energieträger orientierte Reform der Steuern, Abgaben und Umlagen begleitet werden.

Windenergie an Land

Komplettversagen: Die Bundesregierung hat den Windenergieausbau schon zum Erliegen gebracht und jetzt neue Hürden beschlossen. Mindestabstände von 1000 Metern reduzieren die Flächenverfügbarkeit um 20-50% und erhöhen die Planungs- und Genehmigungshemmnisse, statt diese zu mindern. Damit sind die EE-Ausbauziele nicht zu erreichen.

» Der Ausbaupfad für Windenergie an Land sollte auf mindestens 2.500 MW (netto) jährlich angehoben werden. Die Länder sollten spezifische Strommengen- und Flächenziele für die Windenergie i.H.v. langfristig 2% der bundesdeutschen Landesfläche ausweisen und nutzbar machen. Die Regionalplanebene und Genehmigungspraxis gilt es durch eine bessere personelle und finanzielle Ausstattung zu stärken. Für wirkungsvollen Populationschutz gefährdeter Arten sollten Landes-Artenschutzprogramme etabliert und artenschutzrechtliche Prüf- und Methodenstandards entwickelt werden. Beteiligungsprozesse vor Ort sollten gestärkt und die Standortgemeinden angemessen und regelmäßig an der Wertschöpfung der Anlagennutzung beteiligt werden.

Solarenergie

Die Streichung des 52 GW und die Umlagenbefreiung für Speicher sind überfällig und zu begrüßen. Es fehlt bei Letzterem der konkrete Zeitplan.

Die wichtige Schaffung eines Eigenstromprivilegs für Mieterstrom und eine Solarpflicht für Neubauten fehlen gänzlich. Ebenso fehlt eine Anhebung der Ausbauziele.

» Damit die Energiewende in die Städte einziehen kann und die energetische Dachnutzung mit Photovoltaik und Solarthermie für Neubauten und Dachneudeckungen flächendeckend erfolgen kann, sollte das Eigenstromprivileg auch für Mieterstrom gelten. Dachflächen aller öffentlichen Gebäude und Liegenschaften sowie der Wirtschaftsgebäude müssen zur Erzeugung von Strom und Wärme aus Solar- und Windenergie nutzbar gemacht werden.

Netzausbau

Es fehlen Hinweise auf eine Beschleunigung des Netzausbaus. Der Netzausbau muss den Erneuerbaren folgen, nicht umgekehrt. Wenn Netze und Erneuerbare fehlen, sind alle Pläne zur Sektorkopplung (Elektromobilität, Wärmepumpen und neue Industrieprozesse) hinfällig.

» Es bedarf einer Abkehr vom Mantra des netzsynchronen Ausbaus der Erneuerbaren. Die Regionalisierung der Erneuerbaren und der verstärkte Einsatz von P2X-Technologien muss in der Netzplanung besser berücksichtigt werden. Es braucht zudem eine integrierte, langfristige Planung der Strom- und Gasnetzinfrastruktur unter vollständiger Berücksichtigung der Klimaschutzziele und Treibhausgasneutralität bis spätestens 2050.

Kohleausstieg

Ein ambitioniertes Kohleausstiegsgesetz für Braun- und Steinkohle fehlt noch immer. Ein „moderater europäischer“ CO₂-Mindestpreis soll im EU-Emissionshandel eingeführt werden. Allerdings ist offen, was mit „moderat“ gemeint ist. Schnell umsetzbar wäre allerdings nur eine Einigung in einer europäischen Vorreiterallianz.

» Das Kohleausstiegsgesetz für Braun- und Steinkohle muss in diesem Jahr verabschiedet werden und mindestens zu allen Revisionszeitpunkten eine Revision des Enddatums ermöglichen. Ein CO₂-Mindestpreis im Stromsektor sollte gemeinsam mit europäischen Nachbarländern eingeführt werden. Der WWF fordert eine schnellstmögliche Einführung des Mindestpreises mit zunächst mindestens 25 EUR je Tonne CO₂, einen steilen Anstieg auf 40 EUR in 2025 und einen flacheren, aber stetigen Anstieg in den Folgejahren.

Strombasierte Energieträger

Die Entwicklung einer nationalen Wasserstoffstrategie ist ein wichtiger erster Schritt auf dem Weg zur Bereitstellung von erneuerbaren Energieträgern und als Rohstoff für die Industrie. Die Schwerpunktsetzung auf die Anwendungsbereiche Industrie sowie den Luft-, Schiffs- und Schwerlastverkehr ist ebenfalls zu begrüßen. Doch eine Klimaschutzwirkung wird nur mit dem beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien erzielt, der bisher weder ambitioniert noch schnell genug gefördert wird.

» Die Entwicklung des regulatorischen Rahmens für Wasserstoff und CCU/CCS ist vordringlich. Der Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft auf Basis Erneuerbarer Energien sowie in einigen industriellen Anwendungen der Einsatz strombasierter Brenn-, Kraft- und Grundstoffe (PtX, CCU) ist für Klimaschutz in der Industrie essentiell. Ferner wird für anderweitig nicht vermeidbare Restmengen an Industrieemissionen (ca. 6%) auch die unterirdische Speicherung von CO₂ (CCS) für das Erreichen von Null-Emissionen benötigt. Parallel zum regulatorischen Rahmen muss die Umsetzung glaubwürdig begonnen werden, zum Beispiel mit der Einrichtung von Modellregionen. Die Grundvoraussetzung für die Transformation ist auch hier der beschleunigte Ausbau der erneuerbaren Energien.

Bewertung

WWF Forderungen

Klimaschutz in der Industrie

● Effizienzpaket bis 2030

Energieeffizienz ist der zentrale Hebel für das Erreichen der Emissionsminderungsziele für 2030 in der Industrie. Das Klimapakett enthält keine zusätzlichen Maßnahmen und macht lediglich Vorschläge, wie schon bestehende Förderprogramme anders administriert werden sollen. Das ist unzureichend.

» Ein Gesetzespaket zur Beseitigung von Barrieren und Fehlanreizen bei Energieeffizienzmaßnahmen muss dringend verabschiedet werden. Dieses muss existierende Fehlanreize zu hohem Energieverbrauch bei Industrieprozessen beseitigen und es ermöglichen, deutlich mehr Kapital in die Umsetzung von Energieeffizienzmaßnahmen zu lenken. Mindestens notwendig ist es, eine begünstigte Abschreibung von Effizienzinvestitionen einzuführen und Entlastungen bei Strompreisen an die Umsetzung von Energieeinsparmaßnahmen zu knüpfen.

● Weichenstellung für klimaneutrale Industrie 2050

Weichenstellungen für eine klimaneutrale Industrie 2050 fehlen gänzlich. Der Umbau der Industrie hin zu klimaneutralen Prozessen ist eine Transformation, die in ihrer Reichweite einer industriellen Revolution gleichkommt. Ein einziges Förderprogramm ist angesichts dessen absurd.

» Es braucht ein Gesetzespaket zur Weichenstellung für klimaneutrale Industrie bis spätestens 2050, bestehend aus drei Kernkomponenten: (1) Die Etablierung von Leitmärkten für klimaneutrale Materialien und Produkte durch die öffentliche Beschaffung, (2) Investitions- und Planungssicherheit für klimaneutrale Prozesse in den Grundstoffindustrien durch ein CO₂-Preissignal, Carbon Contracts oder Carbon Contracts for Difference und die Förderung der Investitionen in klimaneutrale Technologien sowie (3) Anpassungen im Kreislaufwirtschaftsgesetz.

Verkehrswende

● Auslaufen von Verbrennungsmotoren

Die Beschlüsse enthalten keinerlei strukturellen Ansatz für das Auslaufen der fossilen Mobilität, der CO₂-Preis im Verkehrssektor liegt innerhalb der täglichen Preisschwankungen an Tankstellen und ist wirkungslos.

» Ein klares Bekenntnis zum Auslaufen des Pkw-Verbrennungsmotors ist essentiell für Klimaschutz im Verkehr und die zukunftsfähige Aufstellung der deutschen Automobilindustrie. Dazu ist eine jährliche Mindestquote für effiziente E-Autos notwendig, ebenso wie die Beendigung der steuerlichen Vergünstigung von Dieselmotoren und ein wirksamer CO₂-Preis im Verkehr.

● Erhöhung der Infrastrukturinvestitionen und Attraktivität für Bahn und ÖPNV

Die Mittelerhöhung für Bahn und ÖPNV ist ein erster richtiger Schritt, eine Infrastrukturförderung aller Verkehrsträger ist jedoch nicht zielführend. Es braucht ein strukturelles Umlenken von Straßenbaumitteln in klimafreundliche Infrastruktur. Dies ist aus den vorliegenden Maßnahmen nicht ersichtlich.

» Um die nötigen Infrastrukturinvestitionen in klimafreundliche Verkehrsträger zu ermöglichen müssen Haushaltsmittel darauf konzentriert werden. Dazu muss der Bundesverkehrswegeplan strukturell so umgestaltet werden, dass die parallele Förderung aller Verkehrsträger schrittweise abgebaut wird, da sie nicht geeignet ist, die Klimaziele zu erreichen. Für die nächsten zehn Jahre ist dafür ein Moratorium für den Aus- und Neubau von Fernstraßen und Flughäfen eine Möglichkeit.

● Förderung der Elektromobilität und Infrastruktur

Die vorgesehene Förderung elektrischer Antriebe über Dienstwagenbesteuerung und Kaufprämie, ohne gleichzeitige Belastung des Verbrennungsmotors ist nicht ausreichend. Es braucht ein Bonus-Malus-System bei der Förderung. Die Belastung fossilen Kraftstoffverbrauchs über den zu geringen CO₂-Preis bei gleichzeitiger Erhöhung der Entfernungspauschale ist inakzeptabel.

» Zur Förderung energieeffizienter und verbrauchsarmer PKW ist beim Neuwagenkauf ein Bonus-Malus-System notwendig, um die Anreize weg von fossiler Energienutzung richtig zu setzen: Wagen mit niedrigen Werten bei CO₂-Emissionen, Gewicht und Leistung werden hierdurch attraktiv, solche mit hohen Werten hingegen belastet. Darüber hinaus braucht es eine Gegenfinanzierung der Förderung von Dienstwagen mit Elektroantrieb über eine höhere Besteuerung von Dienstwagen mit Verbrennungsmotor.

● Begrenzung des Luftverkehrs

Die Luftverkehrsabgabe zu erhöhen, um damit die Mehrwertsteuer-senkung auf Bahnfahrten gegenzufinanzieren, ist ein erster richtiger Schritt. Ein ähnlicher Mechanismus wäre für Pkw notwendig gewesen.

» Es braucht eine Energiesteuer auf Kerosin, idealerweise im Verbund mit den Nachbarstaaten. Diese sollte beim europäischen Energiesteuer-Mindestsatz von 33 Eurocent/Liter beginnen und schrittweise auf 65 Eurocent/Liter angehoben werden. Die Anhebung der Luftverkehrssteuer muss bis zum Jahresende umgesetzt und die bisher geltende Deckelung aufgehoben sein. Darüber hinaus braucht es im EU-ETS eine vollständige Auktionierung der Zertifikate (statt aktuell nur 15%) und eine komplette Anrechnung der stärkeren Klimaschädlichkeit der Luftverkehrsemissionen.

Gebäude

● Neubau

Das Festschreiben von strengeren gesetzlichen Anforderungen an den Energiebedarf von Gebäuden ist elementar für die Reduktion der Treibhausgasemissionen des Gebäudesektors. Das Klimakabinett schiebt die Verschärfung der energetischen Standards von Gebäuden allerdings bis 2023 auf.

» Es müssen bis zum 29.11. mit einem Gebäudeenergiegesetz (GEG) nahezu klimaneutrale Neubauten zum Standard gemacht und damit die EU-Gebäuderichtlinie endlich umgesetzt werden. Der Einbau neuer Ölheizungen muss 2022 beendet werden, um heute schon klimafreundliche Investitionsentscheidungen zu ermöglichen.

● Energetische Sanierung von Altbauten

Die steuerliche Förderung energetischer Sanierungsmaßnahmen ist mehrfach beschlossen, aber nie umgesetzt worden. Diverse Förderprogramme und das Verbot des Einbaus neuer Ölheizungen ab 2026 sind auf den Weg gebracht. Um die Sanierungsquote und -tiefe auf das für effektiven Klimaschutz notwendige Maß zu erhöhen, reichen die Maßnahmen allerdings bei Weitem nicht aus.

» Die bereits mehrfach angekündigte steuerliche Förderung einer ambitionierten energetischen Gebäudemodernisierung (KfW-Standards) muss jetzt durch eine schnelle Bund-Länder-Vereinbarung umgesetzt und bis November im Haushalt verankert werden. Die diversen Förderprogramme für die energetische Sanierung müssen an strenge energetische Standards und die Verwendung von erneuerbaren Energien geknüpft werden. Im Sinne der Vorbildfunktion müssen für öffentliche Gebäude bis Ende 2020 Modernisierungsfahrpläne erstellt und im öffentlichen Wohnungsbau eine höhere Förderquote für energetische Sanierungen eingeführt werden.

Bewertung

WWF Forderungen

Landwirtschaft

- **Koppelung der EU-Agrarzahlungen an Umwelt- und Klimaleistungen**
Dieser Punkt bleibt zu unkonkret. Die Koppelung der Agrarzahlungen an Umwelt- und Klimaleistungen ist der elementare Hebel, um die Landwirtschaft in Deutschland und Europa nachhaltiger zu gestalten. Naturschutzfachliche Leistungen werden so zur Basis für eine zukunftsgerichtete nachhaltige Landwirtschaft.
- **Reduktion der Nutztierbestände durch flächengebundene Tierhaltung**
Anfang September hat die Bundesregierung erste Vorschläge zum Tierwohl vorgelegt, die auch klimarelevant sind. Diese Idee spiegelt sich im Eckpunktepapier wider. Jedoch führt die Koppelung der Tierbestände an das Tierwohl nicht zwangsläufig zur notwendigen Reduzierung der Tierbestände. Die Tierhaltung und Flächenbewirtschaftung zukünftig zusammenzudenken wird begrüßt.
- **Reduktion der Stickstoffüberschüsse**
Eine nationale Stickstoffreduktionsstrategie fehlt. Solange die Düngegesetzgebung nicht mit konkreten Maßnahmen versehen ist, wird sie die Lachgasemissionen nicht reduzieren.
- **Förderung von Bodenhumus-aufbauenden Maßnahmen**
Der Verweis auf die Ackerbaustrategie ist an dieser Stelle nicht ausreichend, da die Strategie nicht ausdifferenziert ist und voraussichtlich keinen verbindlichen Charakter haben wird. Forststreifen an Feldrändern reichen bei Weitem nicht aus.

- » Mindestens 30% der Direktzahlungen der EU im Rahmen der sogenannten Eco-Schemes müssen für den Umweltschutz reserviert werden. Deutschland muss außerdem von den bestehenden flächengebundenen EU-Subventionen die maximal möglichen 15% in die Förderung von Naturschutz auf dem Acker umleiten.
- » Nutztierbestände sind im Sinne einer flächengebundenen Tierhaltung auf Bestandsgrößen von 1,5 GVE/ha zu reduzieren. So lässt sich die Gesamtwirtschaftsdüngermenge verringern. Dies muss insbesondere in den so genannten roten Nitrat-Gebieten erfolgen, deren Messstellen weit über dem Grenzwert liegen. Die durch Methan entstehenden Emissionen sind auf unter 30 Mt CO₂e/Jahr zu senken.
- » Eine Reduzierung der Stickstoffüberschüsse ist essentiell, um Lachgasemissionen in 2030 auf unter 24 Mt CO₂e/Jahr zu reduzieren. Im Zusammenhang ist die verbesserte landwirtschaftliche Praxis in der gesamten Bundesrepublik sicherzustellen. Dies beinhaltet die Einhaltung der bestehenden Düngeverordnung sowie eine Anpassung der Maßnahmen mit Blick auf die laufenden Mahnverfahren gegen die Bundesregierung.
- » Die Bundesregierung sollte mit der kommenden Ackerbaustrategie Anreize für eine aktive langfristige Fixierung von Kohlenstoff (Humusaufbau) in landwirtschaftlich genutzten Böden (100-400 kg C/ha/Jahr) setzen. Zu empfehlen ist insbesondere die Förderung von breiten Fruchtfolgen mit Klee gras.

Sustainable Finance

- **Zukunftsfähiger Finanzmarkt**
Sustainable Finance ist in den Eckpunkten zwar als „zu entwickeln“ adressiert, jedoch nicht als systemisches Handlungsfeld mit Bezügen zu den Maßnahmen verankert. Um die Klimaziele der Sektoren zu erreichen, muss ein politischer Rahmen das Finanzsystem befähigen, die Transformation der Realwirtschaft durch das Umlenken von Kapitalströmen zu nachhaltigen Aktivitäten zu unterstützen.
- **Paris-kompatibles Handeln der öffentlichen Hand**
Die Erarbeitung einer Strategie durch den Sustainable Finance Beirat, die Weiterentwicklung der KfW als transformative Förderbank sowie die Emission von Green Bonds sind zu begrüßen, reichen jedoch nicht aus. Die Bundesregierung bleibt unglaublich, solange sie das Handeln der öffentlichen Hand und aller mit ihr verbundenen Institutionen nicht an den Klimazielen ausrichtet.
- **Zukunftsgerichtete Transparenzregelungen**
Zukunftsgerichtete Transparenz- und Offenlegungsanforderungen für Akteure und Produkte in Finanz- und emissionskritischer Realwirtschaft fehlen. Zur Vermeidung von Risiken und für wirkungsvollen Klimaschutz in der Finanzwirtschaft müssen diese entlang der Empfehlungen der Task Force on Climate-related Financial Disclosures (TCFD) umgesetzt werden.

- » Sustainable Finance muss als Querschnittshandlungsfeld verankert werden, um dem von der Bundesregierung formulierten Anspruch gerecht zu werden, Deutschland als führenden Sustainable-Finance-Standort zu etablieren. Dabei müssen alle erforderlichen und relevanten Bezüge zum Finanzsystem in den jeweiligen Regulierungsbereichen (d. h. Risikoerfassung und -bewertung, Stabilitätssicherung, Transformationsunterstützung, Herstellung von Transparenz, Standardisierung und Definition) berücksichtigt werden.
- » Die öffentliche Hand und alle mit ihr verbundenen Institutionen (z. B. Landesbanken) müssen eine mit den Klimazielen kompatible Strategie und Kapitalbereitstellung realisieren. Dies gilt ebenso für Projektfinanzierungen und -deckungen (z. B. Euler Hermes), die an zukunftsgerichtete Prüfprozesse auf Basis „Paris-kompatibler“ Transformationsanforderungen ausgerichtet werden müssen. Öffentliche Vermögen (z. B. KENFO und Pensionsanlagen) müssen Vorbilder für die Transformation des Finanzsystems werden.
- » Um Kapitalströme in transformationskompatible Aktivitäten lenken zu können, ist Transparenz über Wirkung (positiv und negativ), Risiko und Zielerreichung eine Grundvoraussetzung. Daher müssen zeitnah zukunftsgerichtete Transparenz- und Offenlegungsanforderungen für Finanz- und emissionskritische Realwirtschaft im Sinne der Task-Force on Climate-related Financial Disclosures (TCFD) eingeführt werden.

FARBLEGENDE

● Keine angemessene Adressierung des Problems

● Schritt in die richtige Richtung, aber keine strukturelle Veränderung

● Ambition ist gegeben und Bewegung erkennbar